



Monatsbericht Mai 2014

66. Jahrgang
Nr. 5

Deutsche Bundesbank
Wilhelm-Epstein-Straße 14
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0
Durchwahlnummer 069 9566-
und anschließend die gewünschte
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:
16. Mai 2014, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



■ Inhalt

■ Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014	5
Überblick	6
Internationales und europäisches Umfeld	11
<i>Zur Arbeitsmarktentwicklung in den USA und dem Vereinigten Königreich angesichts der „Forward Guidance“-Strategie der Notenbanken</i>	17
<i>Zur Entwicklung der Nominallöhne im Euro-Raum vor dem Hintergrund der makroökonomischen Anpassungsprozesse</i>	23
Geldpolitik und Bankgeschäft	29
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf</i>	30
<i>Finanzierungsumfeld von kleinen und mittleren Unternehmen im Euro-Raum – Konzept und Ergebnisse der SAFE-Umfrage</i>	41
Finanzmärkte	45
<i>Diskrepanz zwischen der Veränderung des Auslandsvermögens und des kumulierten Saldos der Kapitalbilanz: kein geeigneter Indikator für Vermögensverluste</i>	52
Konjunktur in Deutschland	57
<i>Wettereffekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2013/2014</i>	58
Öffentliche Finanzen	70
<i>Zur Entwicklung der Finanzen im Euro-Gebiet</i>	72

■ Statistischer Teil.....	1*
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5*
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion	8*
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16*
Banken	20*
Mindestreserven	42*
Zinssätze.....	43*
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48*
Kapitalmarkt	50*
Finanzierungsrechnung	54*
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	56*
Konjunkturlage in Deutschland	63*
Außenwirtschaft	70*
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank	79*

Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Überblick

Aufschwung in Deutschland gewinnt an Breite

Weltwirtschaft

Nach der Festigung der globalen Konjunktur im Jahr 2013 expandierte die weltweite Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Quartal wohl eher verhalten. Dabei war eine Wachstumsverlangsamung sowohl im Kreis der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch unter den Schwellenländern zu beobachten. Im Hinblick auf die zuletzt genannte Gruppe sind der holprige Start der chinesischen Wirtschaft in das neue Jahr und die ökonomischen Probleme Russlands, die durch die Ukraine-Krise spürbar verschärft worden sind, hervorzuheben. Die Entwicklung in der Industrieländergruppe wurde durch verschiedene gegenläufige Sonderfaktoren beeinflusst. Während in den USA der außergewöhnlich strenge Winter die Produktion zum Teil behindert hat, haben in Japan kräftige Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 2014 zu einem starken Anstieg der Binnennachfrage und damit auch des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) geführt. Das Wachstum im Euro-Raum blieb gedämpft. Im laufenden Quartal dürfte die Weltwirtschaft ihr moderates Expansionstempo zumindest halten, und die Sonderinflüsse in den Industrieländern sollten gewissermaßen das Vorzeichen wechseln. In den USA legen monatliche Indikatoren am aktuellen Rand bereits ein deutliches Anziehen der Konjunktur nahe. Dagegen ist in Japan als Reflex auf die Vorzieheffekte mit einer erheblichen Nachfragekontraktion bei den privaten Haushalten zu rechnen, der sogar zu einem BIP-Rückgang führen könnte.

Finanzmärkte

Die Finanzmärkte zeigten sich im ersten Quartal 2014 angesichts einer Vielzahl belastender Faktoren vergleichsweise robust. Die geopolitischen Anspannungen um die Ukraine wirkten zwar immer wieder je nach tagespolitischer Nachrichtenlage auf die Kurse ein. Eine den gesamten Finanzmarkt erfassende erhöhte Risiko-

aversion, die in der Regel mit hohen Preisabschlägen einhergeht, war aber nicht zu verzeichnen. Auch die erneuten Finanzmarkt-turbulenzen in einigen Schwellenländern zu Beginn des Jahres ebten recht zügig wieder ab. Einige bis Ende März überwiegend auf der negativen Seite überraschende Konjunkturindikatoren belasteten die Märkte ebenfalls nur moderat. Offenbar schirmten das als relativ robust eingeschätzte Grundtempo des weltwirtschaftlichen Wachstums und die weiterhin – trotz der schrittweisen Zurücknahme der Wertpapierkäufe der amerikanischen Zentralbank – expansiv ausgerichtete Geldpolitik der großen Industrieländer die Finanzmärkte teilweise von Belastungen ab. Zudem hellte sich das Stimmungsbild zuletzt wieder auf. Im Ergebnis gaben die Renditen von Anleihen weltweit nach, während die Aktienmärkte – mit Ausnahme von Japan – Kursgewinne verzeichneten. Insbesondere die Staatsanleihen der europäischen Peripherieländer wiesen erhebliche Renditerückgänge auf. Die Finanzierungsbedingungen europäischer Unternehmen am Kapitalmarkt haben sich ebenfalls weiter verbessert und stützen die konjunkturelle Erholung im Euro-Raum. Die Festigung des Wechselkurses des Euro, die insbesondere von Herbst 2012 bis Ende 2013 zu beobachten war, ist deshalb auch vor dem Hintergrund von Kapitalzuflüssen im Wertpapierverkehr des Euro-Raums zu sehen, die ihrerseits zu den Renditerückgängen beigetragen haben. Insgesamt ist der gesamtwirtschaftliche Stimulierungseffekt für die Peripherieländer klar positiv. Eine diesbezüglich nur an der Höhe des Wechselkurses anknüpfende Argumentation blendet wichtige Zusammenhänge aus und greift deshalb zu kurz. Im Übrigen hat der Euro seit Jahresbeginn im gewogenen Durchschnitt sogar wieder etwas an Wert verloren (–1/2%).

Vor dem Hintergrund der moderaten wirtschaftlichen Erholung und des im weiteren Verlauf des Erholungsprozesses erwarteten all-

Geldpolitik

mählichen Anstiegs der Inflationsraten ergriff der EZB-Rat im laufenden Jahr bislang keine weiteren zinspolitischen Maßnahmen. Die Zinssätze für die Spitzen- und die Hauptrefinanzierungsfazilität liegen damit seit Mitte November 2013 bei 0,75% und 0,25%, während der Zinssatz für die Einlagefazilität seit Mitte Juli 2012 bei 0,00% liegt.

Der EZB-Rat bekräftigte seine Absicht, angesichts der trotz der erkennbaren konjunkturellen Erholungstendenzen noch bestehenden ungenutzten Kapazitäten und der verhaltenen Geldmengen- und Kreditentwicklung die Leitzinssätze für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen. Angesichts des weiter nachlassenden Inflationsdrucks signalisierte der EZB-Rat zudem Anfang April, dass er bereit ist, im Rahmen seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation wirksam entgegenzutreten.

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland hat sich nach dem Jahreswechsel 2013/2014 weiter deutlich gefestigt. Die ohnehin seit einiger Zeit beobachtbare Aufwärtsbewegung der Binnenkonjunktur hat sich zuletzt noch dadurch verstärkt, dass nunmehr auch die Ausrustungsinvestitionen nach längerer Durststrecke wieder nach oben tendieren. Das nachfrageseitig breit getragene Wirtschaftswachstum wird dadurch abgerundet, dass aus dem Ausland seit einem Jahr zwar insgesamt eher moderate, aber recht stetige Impulse kommen. Störeinflüsse aus dem internationalen Umfeld haben die gute Stimmung der hiesigen Unternehmen und Verbraucher bislang nicht merklich beeinträchtigt; stattdessen dürfte die Erholungstendenz im Euro-Raum dazu beigetragen haben, dass sich das lange Zeit von Unsicherheiten geprägte Investitionsklima verbessert hat. Der für das erste Vierteljahr 2014 gemeldete Zuwachs des realen BIP von saison- und kalenderbereinigt 0,8% gegenüber dem Vorquartal übertrifft aber die zyklische Grunddynamik erkennbar. Großen Einfluss hatte der Wit-

terungseffekt, da der außergewöhnlich warme und trockene Winter die wirtschaftliche Aktivität in den Außenberufen nur wenig beeinträchtigte.

Die Bauinvestitionen sind insgesamt kräftig gestiegen, was insbesondere am Wohnungsbau gelegen haben dürfte. Außerdem haben die Unternehmen ihre Investitionsbudgets erhöht. Üblicherweise ziehen im Zuge sich verbessernder konjunktureller Perspektiven die Ausrüstungsinvestitionen an. Dies gilt insbesondere dann, wenn – wie am aktuellen Rand – die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung bereits Normalniveau erreicht hat. Der private Konsum ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine wichtige Säule der zyklischen Aufwärtsbewegung geblieben.

Hierzu passt, dass sich das Kreditgeschäft der Banken mit privaten Haushalten im Berichtsquartal spürbar belebte. Neben einer beschleunigten Zunahme der Konsumentenkredite wurde die Buchkreditvergabe an private Haushalte (und somit an den inländischen Privatsektor insgesamt) erneut hauptsächlich durch die Wohnungsbaukredite getrieben, die von der milden Witterung und den weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen profitierten. Die negative Entwicklung des Buchkreditgeschäfts mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen im Berichtsquartal dürfte auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein: Zum einen spricht vieles dafür, dass Unternehmen ihre Gewinne angesichts der in der Vergangenheit moderaten Investitionstätigkeit verstärkt zur Rückführung ihrer Außenstände genutzt haben. Hinzu kommt, dass die Bedeutung von Bankkrediten als eine Finanzierungsquelle für Unternehmen bereits seit Jahren trendmäßig abnimmt und andere Finanzierungsformen (insbesondere die interne Finanzierung) an Bedeutung gewinnen. Die wieder anziehende Investitionskonjunktur dürfte sich zudem erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung in einer höheren Kreditnachfrage ausdrücken.

Der Außenhandel ist seit einem Jahr wieder aufwärtsgerichtet. An Dynamik hat zuletzt vor allem die Importseite gewonnen, während die Exportaktivität der deutschen Unternehmen vor dem Hintergrund des moderaten globalen Wachstums derzeit lediglich ein verhaltenes Expansionstempo anschlägt. Mit Blick auf die transferierten Gütermengen sind somit grundsätzlich dämpfende Effekte auf den Außenhandelsüberschuss angelegt. Dem haben bislang allerdings spürbare Terms-of-Trade-Gewinne entgegengewirkt, was auf deutlich nachgebende Preise für international gehandelte Rohstoffe und Halbwaren zurückzuführen war. Gleichwohl haben sich in den ersten drei Monaten 2014 sowohl Handels- als auch Leistungsbilanzsaldo gegenüber dem erhöhten Niveau zum Ende des vergangenen Jahres saisonbereinigt substantiell ermäßigt.

Der konjunkturelle Aufwind hat den Arbeitsmarkt im Winter 2014 deutlich belebt. Hinzu kamen Effekte durch die milde Witterung in Wirtschaftsbereichen, in denen die Beschäftigung während dieser Jahreszeit üblicherweise gedrückt ist. Die Ausweitung der Beschäftigung ist vor allem auf zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zurückzuführen. Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Winter in saisonbereinigter Rechnung spürbar gesunken, nachdem die Arbeitslosenzahlen in den beiden Jahren davor tendenziell leicht angestiegen waren. Der Rückgang betraf sowohl die eher kurzfristige Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem als auch die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Die expansive Arbeitsnachfrage in Deutschland begünstigt angesichts niedriger Arbeitslosigkeit die Aktivierung von Personen, die dem Arbeitsmarkt bislang nicht zur Verfügung gestanden haben, und sorgt für eine anhaltend kräftige Zuwanderung insbesondere aus den EU-Staaten. Die Einstellungspraxis der gewerblichen Wirtschaft und der unternehmensnahen Dienstleister dürfte vorerst ähnlich expansiv wie im Winter bleiben.

Der Zuwachs der Tarifverdienste ist in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 erheblich

kräftiger als im Vorquartal ausgefallen. Dies lag vor allem daran, dass der rückwirkend gewährte Teil der Tarifierhöhung im Einzelhandel häufig zu Beginn dieses Jahres als Einmalbetrag gezahlt wurde. Die Lohnrunde 2014 schließt den bisherigen Ergebnissen zufolge nahtlos an die letztjährige an. Bei branchenspezifischen Unterschieden lag der auf Jahresbasis hochgerechnete Tariflohnzuwachs im Durchschnitt bei rund 3%. Anfang April 2014 verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf des Tarifautonomiestärkungsgesetzes, das unter anderem die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € je Stunde ab Januar 2015 vorsieht. Von dieser Lohnuntergrenze sind nur sehr wenige Arbeitnehmergruppen ausgenommen.

Die Preistendenzen in Deutschland werden gegenwärtig von gegenläufigen Kräften bestimmt. Während die stärker unter außenwirtschaftlichem Einfluss stehenden Preise nachgeben, steigen die in größerem Maß im Inland bestimmten Preise spürbar an. Auf den vorgelagerten Absatzstufen gaben die Preise im Vergleich zum Vorzeitraum saisonbereinigt wieder nach, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Bei den inländischen Erzeugerpreisen konzentrierte sich der Rückgang auf die Energiekomponente und, mit geringerer Intensität, auf die Vorleistungen, während die Preise von Investitionsgütern unverändert blieben und die von Konsumgütern spürbar anzogen. Trotz der außerordentlich guten Baukonjunktur erhöhten sich die Preise für Bauleistungen weiterhin nur moderat. Die Verbraucherpreise zogen im ersten Vierteljahr 2014 wieder spürbar an. Zwar gaben die Preise für Energie aufgrund fallender Rohölnotierungen, der Aufwertung des Euro sowie des warmen Winterwetters abermals merklich nach, aber weniger stark als noch im Schlussquartal 2013. Bei den Nahrungsmitteln setzte im Quartalsverlauf eine Gegenbewegung zu den auch witterungsbedingt kräftigen Preissteigerungen des Vorjahres ein. Dagegen zogen insbesondere die Preise für Dienstleistungen trotz des erst in das zweite Quartal fallenden Ostertermins wieder spürbar an, und der

Mietenanstieg verstärkte sich. Auch die Preise für gewerbliche Waren stiegen trotz der Euro-Aufwertung etwas stärker als im Vorquartal an. Der aufwärtsgerichtete Preistrend setzte sich im April verstärkt fort, wobei der späte Ostertermin zum Anstieg der Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex auf 1,3% beitrug.

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland wird in den kommenden Monaten überwiegend auf binnenwirtschaftlichen Antriebskräften beruhen. Die Impulse aus dem Ausland dürften hingegen verhaltener ausfallen. Zudem ist angesichts der erhöhten Wahrnehmung von wirtschaftlichen Risiken in einigen Schwellenländern sowie der erheblichen geopolitischen Unwägbarkeiten in Osteuropa das Potenzial für externe Störungen zuletzt merklich gestiegen. Werden größere unvorhergesehene Ereignisse aus diesem Spektrum außen vor gelassen, ist mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung zu rechnen. Da der positive Witterungseffekt des ersten Quartals rein rechnerisch eine Dämpfung der saisonbereinigten Verlaufsrate im zweiten Quartal bewirkt, wird der BIP-Zuwachs im Frühjahr saison- und kalenderbereinigt aber wohl vergleichsweise gering ausfallen. Dies sollte jedoch nicht als ein Rückgang des konjunkturellen Grundtempos interpretiert werden.

Für die deutschen Staatsfinanzen sind im laufenden Jahr weiterhin ein etwa ausgeglichener Gesamthaushalt und eine spürbar sinkende Schuldenquote zu erwarten. Auch in struktureller Betrachtung dürfte der Haushalt annähernd ausgeglichen sein. Dabei wurde nach der Bundestagswahl einerseits der fiskalische Kurs durch verschiedene Ausgabenprogramme gelockert. Andererseits führen unter anderem die vorteilhafte Konjunktorentwicklung, die weiter günstigen Finanzierungsbedingungen und der höhere Bundesbankgewinn zu merklichen Entlastungen der Staatsfinanzen. Der Rückgang der Schuldenquote wird vor allem durch das nominale BIP-Wachstum (im Nenner der Quote) getrieben. Hinzu kommt der voraussichtlich fortgesetzte Abbau von Verbindlichkeiten

der staatlichen Bad Banks im Gefolge der Verwertung von Finanzaktiva. Bei allerdings merklichen Risiken im internationalen Umfeld könnte sich die Entwicklung im kommenden Jahr ähnlich darstellen, wobei die Belastungen durch die neuen Ausgabenprogramme zunehmen.

Im aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramm wird bis zum Jahr 2018 ein ausgeglichener bis leicht überschüssiger Haushalt in Aussicht gestellt. Bei einem von der Bundesregierung bis 2017 als negativ veranschlagten konjunkturellen Einfluss wird ein struktureller Überschuss von ½% des BIP ausgewiesen. Die Schuldenquote soll bis 2018 auf 65% sinken. Die Defizit- und Schuldenziele erscheinen erreichbar, und es ist zu begrüßen, dass die europäischen Vorgaben deutlich eingehalten werden sollen. Die Lage der deutschen Staatsfinanzen ist im internationalen Vergleich damit relativ vorteilhaft.

Allerdings ist die finanzpolitische Ausrichtung keinesfalls ambitioniert. Im Vergleich zu den vorangegangenen Planungen hat die Bundesregierung den Ausgabenkurs spürbar gelockert. Zwar betreffen die vorgesehenen Ausgabenausweitungen auch die Bereiche Investitionen, Bildung, Kinderbetreuung, Forschung und Entwicklung. Der weit überwiegende Teil erfolgt aber im Bereich der Renten. So stellt der Bund für die erstgenannten Kategorien – teilweise zur Entlastung anderer Ebenen – in der laufenden Legislaturperiode zusätzlich rund 3½ Mrd € im Jahresdurchschnitt in Aussicht. Die Rentenausgaben sollen hingegen per saldo um rund 8 Mrd € jährlich erhöht werden (ab Mitte 2014). Dies kontrastiert mit dem in den vergangenen Jahren und auch in anderen Ländern verfolgten Kurs, der einerseits auf eine Begrenzung des absehbaren demografisch induzierten Drucks auf die Ausgaben und Sozialbeitragsätze sowie andererseits eher auf eine Förderung der Erwerbsbeteiligung als einen vorzeitigen Renteneintritt abzielt. Die insgesamt im Stabilitätsprogramm angelegte tendenzielle Lockerung der deutschen Finanzpolitik wird dabei

durch eine sich verbessernde Konjunkturlage, weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen und Entlastungen durch den Rückgang der hohen Schuldenquote überdeckt. Dabei sollen die automatischen Mehreinnahmen aus der Einkommensteuerprogression in den Jahren 2014 bis 2018 weitgehend unkompensiert zur Haushaltsentlastung genutzt werden.

Angesichts der erwarteten günstigen und störungsfreien gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der weiterhin hohen Staatsverschuldung und der absehbaren demografischen Belastungen der Staatshaushalte wären ambitioniertere Ziele für den Finanzierungssaldo durchaus empfehlenswert. Die im Stabilitätsprogramm enthaltenen strukturellen Überschüsse von rund ½% des BIP sind dabei auch insofern zu relativieren, als es nicht naheliegend erscheint, im laufenden Jahr von einem spürbar negativen Konjunkturlageinfluss auf den Staatshaushalt auszugehen. Vielmehr spricht der aktuelle gesamtwirtschaftliche Datenkranz in Deutschland dafür, dass die konjunkturelle Lage für die Haushalte nicht ungünstig ist. Die im Stabilitätsprogramm für die kommenden Jahre in Aussicht gestellte unbereinigte Finanzentwicklung mit einem ausgeglichenen Saldo beziehungsweise leichten Überschüssen würde damit auch günstige Konjunkturlageinflüsse reflektieren, und die

strukturelle Haushaltsposition wäre eher ausgeglichen oder leicht defizitär.

Auch mit Blick auf die nationalen Haushaltsregeln wäre es empfehlenswert, bei der erwarteten günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zügig die verbliebenen Defizite bei den Gebietskörperschaften abzubauen und merkliche Sicherheitsabstände zu den langfristigen Defizitgrenzen aufzubauen. In guten Zeiten sind dabei auch spürbare Überschüsse erforderlich, und es wäre nicht empfehlenswert, wenn der Fokus allein auf einen unbereinigten Haushaltsausgleich gerichtet würde. Mit den strikten Defizitobergrenzen, die zur Absicherung solider Staatsfinanzen in der Verfassung verankert wurden, kommt Sicherheitsabständen eine besondere Rolle zu. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist die Unsicherheit hinsichtlich der Schätzung der strukturellen Haushaltslage hoch, und negative gesamtwirtschaftliche Überraschungen bedeuten häufig auch eine grundsätzliche Neueinschätzung der Wachstumsperspektiven und eine Aufwärtsrevision der strukturellen Defizite. In dem Maß, wie dieser Unsicherheit durch Sicherheitsabstände in den Planungen Rechnung getragen wird, lassen sich prozyklische Konsolidierungserfordernisse in wirtschaftlichen Schwächephasen vermeiden.

Internationales und europäisches Umfeld

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Im Winter 2014 eher verhaltenes globales Wachstum

Nach der Festigung der globalen Konjunktur im Jahr 2013 expandierte die weltweite Wirtschaftsleistung im abgelaufenen Quartal wohl eher verhalten. So legte die globale Industrieproduktion im Januar/Februar saisonbereinigt um $\frac{3}{4}\%$ gegenüber dem vierten Quartal zu, in dem sie um $1\frac{1}{4}\%$ gestiegen war. Das Welthandelsvolumen schrumpfte sogar leicht in den ersten beiden Monaten. Die Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums war sowohl im Kreis der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften als auch unter den Schwellenländern zu beobachten. Mit Blick auf die zuletzt genannte Gruppe sind der holprige Start der chinesischen Wirtschaft in das neue Jahr und die ökonomischen Probleme Russlands, die durch die Ukraine-Krise spürbar verschärft worden sind, hervorzuheben. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) der USA, Japans, des Vereinigten Königreichs und des Euro-Raums zusammen genommen legte saisonbereinigt um $\frac{1}{4}\%$ gegenüber der Vorperiode zu, in der es um knapp $\frac{1}{2}\%$ expandiert hatte. Das Ergebnis vor Jahresfrist wurde weiterhin um 2% übertroffen. Die Entwicklung in der Gruppe der Industriestaaten wurde durch verschiedene gegenläufige Sonderfaktoren beeinflusst. So hat der außergewöhnlich strenge Winter in den USA die Produktion zum Teil behindert, während kräftige Vorzieheffekte aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung zum 1. April 2014 in Japan zu einem starken Anstieg der Binnennachfrage und damit auch des realen BIP geführt haben. Das Wachstum im Euro-Raum blieb gedämpft.

Im Frühjahr voraussichtlich Umkehrung der Sondereinflüsse

Im laufenden Quartal dürften diese Sondereinflüsse gewissermaßen das Vorzeichen wechseln. In den USA legen monatliche Indikatoren am aktuellen Rand bereits ein deutliches Anziehen der Konjunktur nahe. Dagegen ist in Japan als Reflex auf die Vorzieheffekte mit einem

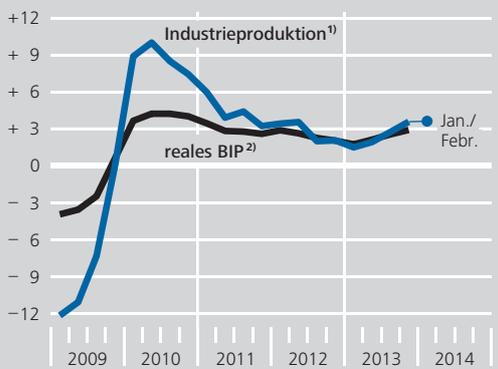
Nachfrageeinbruch bei den privaten Haushalten zu rechnen, der sogar zu einem BIP-Rückgang führen könnte. Im zweiten Halbjahr 2014 sollte die wirtschaftliche Entwicklung in den großen Industrieländern dann aber mehr von den zugrunde liegenden konjunkturellen Auftriebskräften bestimmt werden. Insbesondere die zyklische Erholung im Euro-Raum könnte im weiteren Jahresverlauf an Kraft gewinnen. Dies würde auch der Weltwirtschaft zugutekommen. Auf die kurze Sicht signalisieren die bis April vorliegenden globalen Einkaufsmanagerindizes für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor mit Werten deutlich über der Expansionsschwelle eine Fortsetzung des bisherigen Wachstumskurses.

Der Stab des IWF hat seine globale Wachstumsprognose im Weltwirtschaftsausblick (World Economic Outlook: WEO) vom April gegenüber der Vorausschätzung vom Januar geringfügig herabgesetzt, und zwar auf 3,6% für 2014 und 3,9% für 2015. Die Abwärtsrevision ist auf etwas ungünstigere Aussichten für die Gruppe der Schwellenländer zurückzuführen. Dabei wurde unter anderem die Vorausschätzung für die russische Wirtschaft reduziert. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise hat der IWF-Stab Ende April seine Russland-Prognose noch einmal deutlich nach unten revidiert. Die Setzung für China wurde im WEO trotz des schwierigen Jahresauftakts bei +7,5% belassen; für 2015 werden +7,3% erwartet. In der Gruppe der Industrieländer stand einer spürbaren Abwärtskorrektur der japanischen BIP-Zuwachsrate für 2014 eine beträchtliche Aufwärtsrevision für das Vereinigte Königreich gegenüber, das nun mit 2,9% unter den G7-Ländern den Spitzenplatz einnimmt. Geringfügig auf +1,2% angehoben wurde zudem die Prognose für den Euro-Raum. Der reale Welt-handel wird dem IWF zufolge in diesem Jahr (+4,3%) und im nächsten Jahr (+5,3%) zwar erheblich stärker wachsen als 2013, damit aber immer noch weit unter den (teilweise zweistel-

Globale Wachstumsprognose des IWF geringfügig abgesenkt

Indikatoren für die globale Aktivität

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, saisonbereinigt



1 Gewogenes Mittel aus 81 ausgewählten Industrie- und Schwellenländern. Quelle: Centraal Planbureau. 2 Bundesbank-Aggregation von Daten aus 48 Industrie- und Schwellenländern auf der Basis von Marktwechsellkursen.

Deutsche Bundesbank

ligen) Expansionsraten vor der Krise bleiben. Im Hinblick auf die Risiken seiner Prognose sieht der IWF nach wie vor eine Reihe möglicher wachstumsdämpfender Einflüsse. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, insbesondere im Euro-Raum, wird vor dem Hintergrund des derzeit geringen Preisanstiegs die Gefahr eines Abrutschens in die Deflation bei einem gegenüber den Erwartungen ungünstigeren Konjunkturverlauf betont. Was die Schwellenländer betrifft, wird unter anderem auf die Risiken erneuter Finanzmarkturbulenzen hingewiesen. Zudem hätten in jüngerer Zeit wegen des Ukraine-Konflikts die geopolitischen Risiken zugenommen.

Uneinheitliche Preistendenzen an den Rohstoffmärkten

Die Notierungen an den internationalen Rohstoffmärkten tendierten im Berichtszeitraum in unterschiedliche Richtungen. Zwar verharrte der in US-Dollar gerechnete HWWI-Industrie-länderindex für Rohstoffpreise insgesamt (ohne Energie) im Schnitt der Wintermonate praktisch auf dem Stand des Vorquartals. Allerdings verdeckt die aggregierte Betrachtung eine kräftige Verteuerung speziell einiger Genussmittel, für die sich unter dem Eindruck widriger Witterungseinflüsse die Ernteaussichten verdüstert haben. Dem stand jedoch eine spürbare Verbilligung von Industrierohstoffen gegenüber, die im Zusammenhang mit dem nicht so schwungvollen Jahresauftakt der Konjunktur im

globalen Verarbeitenden Gewerbe zu sehen ist. Im April zogen dann die Rohstoffpreise auf breiter Front an. Die Kassanotierung für ein Fass Rohöl der Sorte Brent schwankte im Beobachtungszeitraum zumeist unterhalb der Marke von 110 US-\$ und bewegte sich damit im Wesentlichen weiterhin seitwärts. Dabei standen Sorgen um eine mögliche Verschärfung der geopolitischen Lage in Osteuropa dem Ausblick auf eine Ausweitung der Öllieferungen aus Libyen gegenüber. Bei Abschluss dieses Berichts wurde ein Fass Brent am Kassamarkt zu 109½ US-\$ gehandelt. Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Spannungen weiteten sich die Abschlüsse auf den Terminmärkten zuletzt etwas aus.

Ohne Impulse speziell vom Rohölmarkt gingen die Verbraucherpreise in den Industrieländern in den Wintermonaten nur wenig nach oben. Der Vorjahresabstand eines entsprechenden Index verminderte sich von +1,3% im Dezember 2013 auf +1,1% im März. Klammert man Energieträger ebenso wie Nahrungsmittel aus dem zugrunde liegenden Warenkorb aus, tendieren die Konsumentenpreise weiterhin verhalten aufwärts; die auf dieser Abgrenzung beruhende Kernrate verharrte bei +1,3%. In den Frühjahrsmonaten könnte sich nicht zuletzt aufgrund der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes in Japan, aber auch wegen der recht niedrigen Energiepreise im Vergleichszeitraum 2013 wieder eine etwas stärkere Teuerung ergeben. Nach wie vor sind in der Gruppe der fortgeschrittenen Volkswirtschaften insgesamt keine Deflationstendenzen erkennbar.

Nach wie vor verhaltene Teuerung auf der Verbraucherstufe in den Industrieländern

Ausgewählte Schwellenländer

Die chinesische Konjunktur hat sich zum Jahresbeginn etwas abgeschwächt. Nach einer vom chinesischen Statistikamt vorgelegten Schätzung hat das reale BIP im ersten Quartal 2014 sein Vorjahresniveau um 7½% überschritten, verglichen mit +7¾% im Schlussquartal 2013. Die saisonbereinigte Expansionsrate gegenüber dem Vorquartal hat sich

Nachlassendes Wachstum in China

ebenfalls ermäßigt. Die gesamtwirtschaftliche Wachstumsmoderation scheint vor allem auf ein weniger schwungvolles Exportgeschäft sowie eine nachlassende Investitionsdynamik zurückzugehen. Die chinesische Regierung hat in den letzten Wochen mehrere Maßnahmen angekündigt, die – neben ihren eigentlichen Zwecken – auch der Wachstumsstimulierung dienen sollen. Dazu gehört ein Programm zur Schaffung und Renovierung von Wohnraum für Personen, die bislang in schlechten Wohnverhältnissen leben. Für die Bauwirtschaft dürften diese zusätzlichen Aufträge zur rechten Zeit kommen, da sich mehr und mehr eine deutliche Abkühlung des privaten Häusermarkts in China abzeichnet. Die Geldpolitik hat ihren Kurs in den letzten Monaten im Wesentlichen beibehalten. Allerdings hat die Zentralbank den Renminbi gegenüber dem US-Dollar moderat abwerten lassen. Die Verbraucherpreisentwicklung verlief zum Jahresbeginn weiterhin in ruhigen Bahnen. Im Durchschnitt der ersten vier Monate des Jahres betrug die Teuerungsrate 2,2%; das ist etwas weniger als im Gesamtjahr 2013.

Indische Wirtschaft weiterhin auf flachem Expansionspfad

Die Konjunktur in Indien scheint bis zuletzt noch keine Fahrt aufgenommen zu haben. Im Vorjahresvergleich betrug der Anstieg der realen Bruttowertschöpfung – der in Indien bevorzugte Indikator für das gesamtwirtschaftliche Produktionsergebnis – im Schlussquartal 2013, bis zu dem vierteljährliche Angaben der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vorliegen, 4¾%. Auf diesem, im historischen Vergleich eher flachen Expansionspfad bewegt sich die indische Wirtschaft schon seit dem Frühjahr 2012. Dabei fällt auf, dass die Investitionen seitdem mehr oder weniger stagniert haben. Zu den vordringlichsten Aufgaben der neuen Regierung, die sich nach der Parlamentswahl vom April und Mai bilden wird, dürfte es somit gehören, das Investitionsklima im Land zu verbessern und notwendige öffentliche Investitionsprojekte, insbesondere im Bereich Infrastruktur, anzustoßen. Die Inflationsrate hat sich in Indien seit Ende 2013 etwas verringert, sie ist aber mit zuletzt 8,6% nach wie vor hoch.

Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2010 = 100, Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



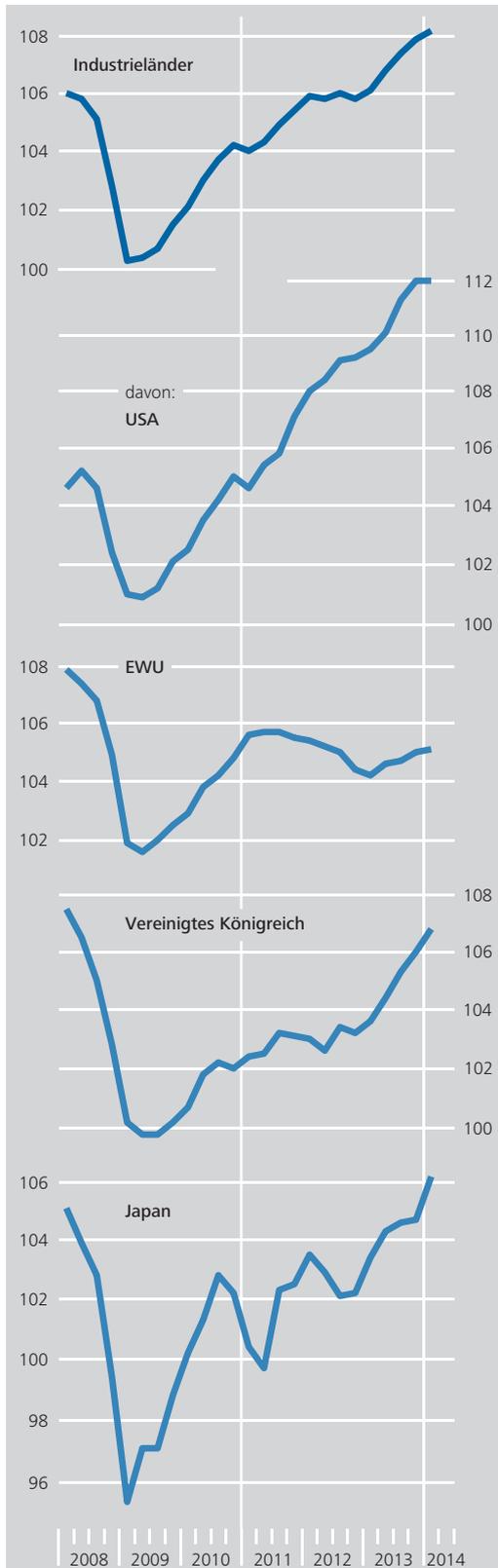
Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 9. Mai bzw. 1. bis 14. Mai 2014 (Rohöl). Deutsche Bundesbank

Für Brasilien liegen ebenfalls noch keine BIP-Ergebnisse für das abgelaufene Quartal vor. Allerdings lässt das Indikatorenbild darauf schließen, dass die Wirtschaftsleistung auf einem moderaten Expansionskurs geblieben ist. In diesem Zusammenhang ist es auf den ersten Blick erstaunlich, dass sich die günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt bis zuletzt fortgesetzt hat. So ist die städtische Arbeitslosenquote im Durchschnitt der 12 Monate bis März 2014 auf 5,2% gefallen und hat damit einen historischen Tiefstand markiert. Dabei spielt aber auch eine Rolle, dass die Zahl der Personen, die dem brasilianischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, nicht mehr wächst. Die Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe bewegte sich zum Jahresbeginn weiter auf einem recht hohen Niveau. Im Durchschnitt des ersten Quartals belief sie sich auf 5,8% und hielt sich damit deutlich über dem geldpolitischen Zielwert von 4,5%. Vor diesem Hintergrund hat die brasilianische Zentralbank den Leitzins in mehreren Schritten auf zuletzt 11% angehoben.

Reales BIP in Brasilien moderat aufwärtsgerichtet

Gesamtwirtschaftliche Produktion in Industrieländern *)

2005 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quellen: Nationale Statistiken, Eurostat und eigene Berechnungen. * USA, Euro-Raum, Vereinigtes Königreich und Japan.
 Deutsche Bundesbank

Die russische Wirtschaft ist derzeit einem starken Gegenwind ausgesetzt. Das reale BIP-Wachstum hat sich im Winterquartal nach einer ersten Meldung des Statistikamtes deutlich auf 1% binnen Jahresfrist verlangsamt. In saisonbereinigter Betrachtung – diese Ergebnisse liegen noch nicht vor – dürfte die Wirtschaftsleistung gegenüber dem letzten Jahresviertel 2013 sogar merklich zurückgegangen sein; im laufenden Quartal scheinen sich die rezessiven Tendenzen fortzusetzen. Die Konjunktur war den Indikatoren zufolge bereits relativ schwach in das neue Jahr gestartet. Als wesentlicher zusätzlicher Störeinfluss erwies sich die Verschärfung der Spannungen in Osteuropa. Dadurch kam es in Russland zu einem erheblichen Vertrauensverlust bei heimischen und internationalen Investoren. Zudem sah sich die Zentralbank gezwungen, zur Abmilderung des Abwertungsdrucks auf den Rubel den Leitzins kräftig anzuheben. Ungeachtet dieser Belastungen, die insbesondere die private Investitionstätigkeit beeinträchtigen dürften, sind die russischen Importe bisher kaum zurückgegangen. Auch im Falle eines stärkeren Einbruchs der Inlandsnachfrage wären die negativen Ausstrahlungseffekte auf andere Volkswirtschaften, speziell die EWU, wohl begrenzt (siehe dazu S. 22). Die Teuerung auf der Verbraucherstufe hat sich vor allem infolge der Rubelschwäche zuletzt merklich verstärkt. Im April betrug die Teuerungsrate 7,3%; das sind 0,8 Prozentpunkte mehr als noch zum Jahresende 2013.

Russische Wirtschaft infolge des Ukraine-Konflikts erheblichen Belastungen ausgesetzt

USA

Die Erholung der US-Wirtschaft ist zum Jahresauftakt ins Stocken geraten. Dabei wird die Stagnation des um saisonale Effekte und Preisänderungen bereinigten BIP vielfach im Zusammenhang mit der außergewöhnlich kalten Witterung in weiten Teilen der USA gesehen. Andererseits sind durchaus auch besondere aktivitätssteigernde Einflüsse zu beobachten gewesen. So hatte etwa das Winterwetter über höhere reale Heizausgaben partiell stimulierende Wirkungen entfaltet. Zudem hat in den VGR

Besondere Faktoren lassen gesamtwirtschaftliche Erholung pausieren

die Gesundheitsreform mit einem Anstieg der Aufwendungen privater Haushalte für entsprechende Dienstleistungen spürbar zu Buche geschlagen. Trotz eines schwachen Warenkonsums konnte daher der private Verbrauch insgesamt in einem ähnlich beträchtlichen Umfang ausgeweitet werden wie im Vorquartal. Allerdings sind die privaten Bruttoanlageinvestitionen merklich eingeschränkt worden. Speziell die erneute Abnahme der Wohnungsbauinvestitionen dürfte nicht allein auf widrige Witterungseinflüsse zurückzuführen sein. Hier könnten auch die vorangegangenen Erhöhungen langfristiger Zinsen noch nachgewirkt haben. Zudem ist die öffentliche Nachfrage leicht reduziert worden, obgleich die Normalisierung der Regierungsaktivitäten nach der temporären Schließung von Bundesbehörden im Herbst einen geringfügig positiven Effekt ausgeübt haben sollte. Vor allem aber haben der Außenhandel und die Lagerbewegungen das gesamtwirtschaftliche Wachstum erheblich belastet. In den beiden Vorquartalen hatten diese Komponenten die BIP-Expansion deutlich gestützt. Insofern ist das schwache Ergebnis im Winter auch vor dem Hintergrund der günstigen Entwicklung der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres einzuordnen. In annualisierter Rechnung hat die Wirtschaftsleistung seit Mitte 2013 im Schnitt um 2¼% expandiert; das ist auch die mittlere Wachstumsrate seit Beginn des Aufschwungs im Sommer 2009. Für eine im Grunde intakte konjunkturelle Erholung spricht ebenfalls die anhaltende Besserung am Arbeitsmarkt. Die Erwerbslosenquote fiel im April auf 6,3%, nachdem sie Ende 2013 noch 6,7% betragen hatte. Im gleichen Monat kletterte die Teuerungsrate auf Basis des Verbraucherpreisindex auf 2,0%; ohne Energie und Nahrungsmittel gerechnet betrug sie 1,8%.

Japan

Nach nur mäßigen Zuwächsen im zweiten Halbjahr 2013 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion Japans im ersten Quartal 2014 saisonbereinigt sehr kräftig gegenüber der Vor-

periode gestiegen (+ 1½%). Ausschlaggebend hierfür war eine beträchtliche Belebung der Inlandsnachfrage im Vorfeld der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes zum 1. April 2014. Vor diesem Hintergrund haben insbesondere die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben in realer Rechnung stark ausgeweitet. Zudem sind die privaten Wohnungsbauinvestitionen, die bereits in den Vorquartalen von Vorzieheffekten profitiert hatten, nochmals erheblich nach oben gegangen. Die kräftige Steigerung der Unternehmensausgaben für neue Ausrüstungen und Bauten könnte ein Hinweis darauf sein, dass der zugrunde liegende Wachstumspfad der Wirtschaft trotz des zu erwartenden temporären Nachfrageausfalls im Frühjahr intakt bleiben dürfte. Demgegenüber sind die öffentlichen Investitionen im Winter deutlich zurückgeführt worden; erklärte Absicht der Regierung ist es, mit der Steuerung ihrer Ausgaben zu einer Stabilisierung der Inlandsnachfrage beizutragen. Vor dem Hintergrund der äußerst lebhaften Binnendynamik haben sich die Importe sprunghaft erhöht. Da aber die Exporte fast im Gleichschritt nach oben gegangen sind, hat der Außenhandel das gesamtwirtschaftliche Wachstum per saldo nur wenig gebremst. Dass die Unternehmen die Steuererhöhung in erheblichem Umfang an die Konsumenten weitergegeben haben, zeigt die Verstärkung des Verbraucherpreisanstiegs im Großraum Tokio von 1,3% im März auf 2,9% im April an; entsprechende nationale Angaben liegen noch nicht vor. Im März belief sich die Teuerungsrate für Japan insgesamt wie schon im Dezember 2013 auf 1,6%. Die Arbeitslosenquote rutschte im Februar und März auf 3,6%, den Tiefstand des vorangegangenen Konjunkturzyklus.

Wirtschaftsleistung im Vorfeld der Anhebung der Mehrwertsteuer sehr kräftig gestiegen

Vereinigtes Königreich

Der Aufschwung der britischen Wirtschaft hat sich im Winterquartal ohne Tempoverlust fortgesetzt. Wie bereits in den Vorquartalen legte das um saisonale Einflüsse und Preisänderungen bereinigte BIP um ¾% gegenüber dem

Verstetigung des konjunkturellen Aufschwungs

vorherigen Dreimonatsabschnitt zu; binnen Jahresfrist ergibt sich so eine Zunahme um gut 3%. Hält die Expansion unvermindert an, dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Frühjahr ihren Höchststand vom ersten Jahresviertel 2008 wieder erreichen. Ohne die trendmäßig schrumpfende Öl- und Gasförderung gerechnet, hat sie dieses Vorkrisenniveau bereits erklommen; der Output im Dienstleistungsbereich, auf den fast vier Fünftel der gesamten nominalen Bruttowertschöpfung entfallen, übertrifft seinen vorangegangenen zyklischen Gipfel sogar schon um 2%. Aber auch die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe (ohne Bau) ging im ersten Quartal weiter deutlich nach oben, während der Bausektor seine Leistung nur vergleichsweise wenig steigern konnte. Hier haben möglicherweise widrige Wetterbedingungen zum Jahresauftakt das Ergebnis belastet. Folgt man den realen Einzelhandelsumsätzen, ist auf der Verwendungsseite der private Verbrauch wohl ein wichtiger Antriebsmotor des BIP-Wachstums geblieben. Dazu dürfte beigetragen haben, dass die Kaufkraft der Konsumenten nicht mehr in dem Maße durch Preissteigerungen belastet wurde wie zuvor. So reduzierte sich die am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) gemessene Teuerungsrate von 2,0% im Dezember auf 1,6% im März. Zudem entwickelte sich der Arbeitsmarkt weiterhin günstig. Die Erwerbslosenquote belief sich im Schnitt von Januar bis März nur noch auf 6,8%, verglichen mit 7,2% in der vorangegangenen Dreimonatsperiode. Damit wurde der frühere Schwellenwert von 7,0% unterschritten, den die Bank von England in ihrer Kommunikation zur Orientierung der geldpolitischen Erwartungen eine Zeitlang betont hatte. Insgesamt verdeutlichen die Erfahrungen der Notenbanken im Vereinigten Königreich und den USA, wie schwierig es sein kann, die Entwicklung der Arbeitslosenquote zu prognostizieren (siehe Erläuterungen auf S. 17 ff.).

Neue EU-Mitgliedsländer

In den neuen EU-Staaten (EU-7¹⁾) insgesamt hat sich die konjunkturelle Erholung im ersten Jahresviertel zügig fortgesetzt. So ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Vorperiodenvergleich in vier von sechs Staaten der EU-7, die bisher erste saisonbereinigte Ergebnisse zum BIP-Wachstum veröffentlicht haben, spürbar bis deutlich gestiegen; lediglich in Tschechien und Rumänien hat die Wirtschaftsleistung stagniert. Die industrielle Erzeugung, die vielerorts ebenfalls deutlich aufwärtsgerichtet war, dürfte erneut positive Impulse aus dem Euro-Raum erhalten haben. Die Lage an den Arbeitsmärkten hat sich in der Tendenz weiter verbessert. In der Ländergruppe insgesamt lag die Erwerbslosenquote im Berichtszeitraum bei saisonbereinigt 9,1%, verglichen mit 10,0% ein Jahr zuvor. Zum jüngsten Rückgang des EU-7-Länderaggregats hat insbesondere eine starke Belebung auf dem ungarischen Arbeitsmarkt beigetragen, die aber zu einem Gutteil auf ein staatliches Beschäftigungsprogramm zurückgeht. Die HVPI-Teuerungsrate der EU-7, die bereits im Herbst auf einen historischen Tiefstand gefallen war, ist im abgelaufenen Quartal nochmals leicht auf 0,5% gesunken. Die Bandbreite reichte im März von –2,0% in Bulgarien über +0,6% in Polen bis +1,3% in Rumänien.

Erholung gut vorangekommen

Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

Das Expansionstempo im Euro-Raum blieb in den Wintermonaten 2014 verhalten. Nach ersten Schätzungen lag das reale BIP saisonbereinigt um ¼% über dem Stand der Vorperiode, in der es mit der gleichen Rate gewachsen war. Binnen Jahresfrist stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1%, verglichen mit +½% im Herbst 2013. Der deutlich vergrößerte Vorjahresabstand ist zumindest teilweise auf einen

Wachstum im ersten Quartal 2014 weiterhin gedämpft

¹ Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, sofern sie noch nicht zur EWU gehören.

Zur Arbeitsmarktentwicklung in den USA und dem Vereinigten Königreich angesichts der „Forward Guidance“-Strategie der Notenbanken

In Anbetracht eines nominalen Kurzfristzinses nahe der Nullgrenze versuchten sowohl die Federal Reserve als auch die Bank von England im vergangenen Jahr durch die Beschreibung der Umstände, unter denen sie den Leitzins unverändert lassen würden, die Erwartungsbildung der Anleger über den Verlauf der Kurzfristzinsen und somit insbesondere die längerfristigen Zinssätze zu beeinflussen. Im Rahmen dieser sogenannten „state-contingent forward guidance“ machten beide Notenbanken die Normalisierung ihrer Zinspolitik im Wesentlichen abhängig vom Verlauf der Erwerbslosenquote als Maß für die Unterbeschäftigung. Dabei gaben beide Zentralbanken konkrete Schwellenwerte für die Erwerbslosenquote vor, die mindestens erreicht werden müssten, bevor sie den Leitzins erstmals wieder anheben würden.¹⁾ Gemäß den damaligen Projektionen der beiden Notenbanken sollten die Arbeitslosenquoten jeweils erst in der mittleren Frist diese Orientierungsmarken unterschreiten, sodass die Zinserwartungen entsprechend gedämpft bleiben sollten.

Konkret verkündete der Offenmarktausschuss der Federal Reserve im Dezember 2012 einen Schwellenwert von 6,5%, der den Projektionen der damaligen Sitzungsteilnehmer zufolge erst im Verlauf des Jahres 2015 erreicht werden würde.²⁾ Allerdings ist die Erwerbslosenquote bereits im April 2014 auf 6,3% gerutscht. Analog setzte die Bank von England im August 2013 einen Schwellenwert von 7,0% fest. Damals rechnete der geldpolitische Ausschuss damit, dass die Arbeitslosigkeit wahrscheinlich nicht vor 2016 auf dieses Niveau fallen würde.³⁾ Tatsächlich aber unterschritt die Erwerbslosenquote schon im ersten Quartal 2014 die 7%-Marke.

Dies verdeutlicht die hohe Unsicherheit bei der Vorausschätzung der Arbeitslosenquote. Hierbei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stellt nur eine der Größen dar, die für die Prognose der Erwerbslosenquote von Bedeutung ist und deren Projektion selbst bereits mit großer Unsicherheit behaftet ist. Im Zusammenspiel mit einer Vorstellung über die Fortschritte in der Produktivität, definiert als Output je Erwerbstätigen, ergibt sich aus der Wachstumsprojektion eine Erwartung bezüglich der Änderung der Beschäftigung. Doch auch dies ist noch nicht hinreichend, da die Arbeitslosenquote selbst bei unverändertem Beschäftigungsstand sinkt, sofern die Zahl der Erwerbslosen abnimmt. Dazu kann es etwa kommen, wenn sich arbeitssuchende Personen aufgrund generell düsterer Aussichten auf eine Anstellung enttäuscht vom Arbeitsmarkt zurückziehen. Denkbar ist auch, dass vermehrt Beschäftigte in den Ruhestand wechseln und die frei werdenden Stellen mit Erwerbslosen besetzt werden. Während der Rückgang der Arbeitslosigkeit in der ersten Situation ungünstige zyklische Einflüsse widerspiegelt, kann die zweite das Ergebnis längerfristiger Entwicklungen sein, speziell der Alterung der Gesellschaft. In beiden Fällen sinkt mit der Zahl der Arbeitslosen ebenfalls die Zahl der Erwerbspersonen, die sich aus der Summe der Erwerbslosen und Erwerbstätigen ergibt und bei der Berechnung der Arbeitslosenquote die Be-

¹ Ein Automatismus wurde damit explizit ausgeschlossen. Außerdem wurden zusätzliche Faktoren genannt, welche Anlass zu anderen geldpolitischen Entscheidungen geben könnten. Insbesondere wurde auf die Bedeutung von Inflation und Inflationserwartungen verwiesen.

² Vgl. hierzu auch: Statement des Federal Open Market Committee vom 12. Dezember 2012.

³ Vgl. hierzu auch: Bank von England, Inflation Report, August 2013.

Indikatoren zum Arbeitsmarkt in den USA und im Vereinigten Königreich

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen: Haver Analytics, Bureau of Labor Statistics und Office for National Statistics. **1** Im Rahmen der „Forward Guidance“-Strategie. **2** Ankündigung der „Forward Guidance“-Strategie. **3** Gemäß Current Population Survey in den USA und Labour Force Survey im Vereinigten Königreich.
 Deutsche Bundesbank

zugsgröße ist. Mithin fällt aber auch die sogenannte Erwerbsquote, welche die Zahl der Erwerbspersonen ins Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter setzt.

Um die Arbeitslosenquote vorauszuschätzen, sind daher neben der Projektion des Wirtschaftswachstums auch Einschätzungen über die weitere Entwicklung der Produktivität, der Erwerbsquote und der Bevölkerungszahl relevant. Mit Ausnahme der zuletzt genannten Größe unterliegen diese Faktoren längerfristigen und zyklischen Einflüssen, wobei die Unterscheidung insbesondere am aktuellen Rand schwerfällt, aber für eine Projektion durchaus von Bedeutung ist. Im Folgenden sollen einige Entwicklungen aufgezeigt werden, die zu dem überraschend zügigen Rückgang der Arbeitslosigkeit in den USA beziehungsweise im Vereinigten Königreich beigetragen haben könnten. Dabei zeigt sich, dass die möglichen Einflussfaktoren auf die Erwerbslosenquote in unterschiedlichem Maße auf den nationalen Arbeitsmärkten zu Buche geschlagen haben.

Die US-Wirtschaft hatte im Verlauf der Jahre 2010 bis 2012 eine moderate Expansion ihres realen BIP generiert, die von jeweils verhaltenen Zuwächsen der Produktivität und der Beschäftigung getragen worden war. Im Zusammenspiel mit einem fortgesetzten Anstieg der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter war daher der recht deutliche Rückgang der Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum rein rechnerisch eher das Ergebnis einer spürbaren Abnahme der Erwerbsbeteiligung gewesen.⁴⁾ Nun erwartete der Offenmarktausschuss der Federal Reserve im Dezember 2012, dass sich zwar das reale Wachstum des BIP in den nächsten drei Jahren erheblich beschleunigen

4 In der US-Statistik gelten Personen ab einem Alter von 16 Jahren als erwerbsfähig. Eine obere Altersgrenze wird nicht berücksichtigt. Das Wachstum der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter in diesem Zeitraum geht weitgehend auf Gruppen höheren Alters zurück.

würde. Zugleich aber rechnete er mit einer Verlangsamung des Abbaus der Arbeitslosigkeit. Klammert man einen Tempowechsel im Produktivitätsfortschritt aus, deutet dies darauf hin, dass man möglicherweise eine Rückkehr entmutigter Personen auf den Arbeitsmarkt und damit eine gewisse zyklische Erholung der Erwerbsbeteiligung antizipiert hatte.⁵⁾ Tatsächlich aber fiel die Arbeitslosenquote im Verlauf des Jahres 2013 beträchtlich stärker, als der Offenmarktausschuss veranschlagt hatte, während das reale BIP-Wachstum den Erwartungen entsprach und die Erwerbsbeteiligung weiter sank.

Vor diesem Hintergrund erscheint es wichtig, die Antriebskräfte hinter dem bis zuletzt anhaltenden Rückgang der Erwerbsquote in den USA näher zu beleuchten. Unstrittig ist, dass mit der Alterung speziell der sogenannten Babyboom-Generation Kohorten mit vergleichsweise geringer Erwerbsbeteiligung an Gewicht gewonnen haben und dadurch bereits ein Teil des Rückgangs der aggregierten Erwerbsquote erklärt wird.⁶⁾ Inwieweit die Abnahme der Erwerbsbeteiligung einzelner Alters- und Bevölkerungsgruppen zyklische Einflüsse oder längerfristige Trends widerspiegelt, ist jedoch Gegenstand einer kontroversen Debatte.⁷⁾ Die aggregierte Erwerbsquote hatte bereits zum Jahrtausendwechsel gegipfelt, sodass schon vor der letzten Rezession eine Diskussion über die Ursachen ihres Rückgangs geführt worden war.⁸⁾ Damals hatten Aaronson et al. (2006) durch Modellierung der Erwerbsbeteiligung spezifischer Jahrgänge eine Abnahme der trendmäßigen Erwerbsquote auf 64,0% im Jahr 2011 und auf 63,7% beziehungsweise 63,3% in den darauf folgenden Jahren vorausgeschätzt. Die tatsächliche Erwerbsquote fiel 2012 und 2013 exakt auf diese Werte, und von der Projektion für das Jahr 2011 wich sie nur um einen Zehntelpunkt ab.⁹⁾ Gegen starke zyklische Einflüsse spricht zudem, dass in den vergangenen Jahren weiter gefasste Unterbeschäftigungs-

maße, welche auch Personen einschließen, die nur lose mit der Erwerbsbevölkerung verbunden sind – darunter die Entmutigten – oder aus wirtschaftlichen Gründen teilzeitbeschäftigt sind, in ähnlichem Maße nach unten gingen wie die offizielle Arbeitslosenquote.

Der überraschend starke Rückgang der Arbeitslosigkeit im Vereinigten Königreich nach Ankündigung der Forward Guidance Strategie war wohl vor allem dem anhaltend schwachen Produktivitätswachstum geschuldet. Zentrale Annahme der Projek-

⁵ Im Monetary Policy Report von Mitte 2013 wurde angeführt, dass der Rückgang der Erwerbsbeteiligung wahrscheinlich zum Teil dem Rückzug entmutigter Personen vom Arbeitsmarkt geschuldet sei. In diesem Sinne äußerte sich auch der Vorsitzende des Offenmarktausschusses auf der Pressekonferenz zur geldpolitischen Sitzung im Dezember 2012. Damals schätzten Daly et al., dass der Rückgang der Arbeitslosenquote zeitweise sogar stocken könnte, wenn Personen, die eine Beschäftigung wünschen, aber bislang sich nicht um eine bemühten, auf den Arbeitsmarkt drängten. Vgl.: Board of Governors of the Federal Reserve System, Monetary Policy Report, Juli 2013, S. 4 f.; sowie M. Daly, E. Elias, B. Hobijn und Ö. Jordà (2012), Will the Jobless Rate Drop Take a Break?, Federal Reserve Bank of San Francisco, Economic Letter, Nr. 2012–37.

⁶ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Rückgang der Erwerbsbeteiligung in den USA, Monatsbericht, Mai 2012, S. 19 ff.

⁷ Erceg und Levin etwa argumentierten auf Basis von Beobachtungen über die einzelnen Bundesstaaten der USA hinweg, dass der Rückgang der Erwerbsbeteiligung von Männern mittleren Alters weitgehend zyklisch bedingt sei. Andererseits tendiert auch in dieser Bevölkerungsgruppe die Erwerbsbeteiligung langfristig nach unten. Vgl.: C. J. Erceg und A. T. Levin (2013), Labor Force Participation and Monetary Policy in the Wake of the Great Recession, IWF, Arbeitspapier, Nr. WP/13/245.

⁸ Vgl. im Folgenden auch: J. Bullard, The Rise and Fall of Labor Force Participation in the United States, Federal Reserve Bank of St. Louis, Review, First Quarter 2014, S. 1–12.

⁹ Kudlyak gelangte auf der Grundlage eines vergleichbaren empirischen Modells ebenfalls zu dem Schluss, dass die tatsächliche Erwerbsquote von ihrem Trendpfad wenig abgewichen sei. Vgl.: S. Aaronson, B. Fallick, A. Figura, J. Pingle und W. Wascher (2006), The Recent Decline in the Labor Force Participation Rate and Its Implications for Potential Labor Supply, Brookings Papers on Economic Activity, Vol 37, Nr. 1, S. 69–139; sowie M. Kudlyak, A Cohort Model of Labor Force Participation, Federal Reserve Bank of Richmond, Economic Quarterly, First Quarter 2013, Vol 99, Nr. 1, S. 25–43.

tionen der Bank von England war jedoch ein graduelles Anziehen des Produktivitätswachstums, das rasch wieder sein langfristiges Vorkrisentempo erreichen sollte. Der gesamtwirtschaftliche Ausstoß pro Erwerbstätigen ist im Vereinigten Königreich seit dem Ende der Rezession der Jahre 2008/2009 aber nur gedämpft gewachsen und unterschreitet sein Vorkrisenniveau nach wie vor weit. Inwiefern temporäre Faktoren eine Rolle spielen oder sich der entsprechende Trendpfad abgeflacht hat, ist ein wesentliches Element des sogenannten britischen Produktivitätspuzzles.¹⁰⁾ In den letzten drei Quartalen hat die britische Wirtschaftsleistung zwar recht schwungvoll expandiert, sodass die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im Winter 2014 ihren Stand vom Frühjahr 2013 um 2¼% übertraf. Zugleich ging allerdings die Beschäftigung fast im Gleichschritt nach oben. Mithin ist der gesamtwirtschaftliche Output je Erwerbstätigen auch seit Mitte 2013 kaum gewachsen.

Bemerkenswert am britischen Arbeitsmarkt – nicht zuletzt im Vergleich zu den USA – ist die anhaltende Stärke des Beschäftigungsaufbaus, welche gleichsam die makroökonomische Kehrseite der Produktivitätsschwäche ist. Die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung erreichte Ende 2013 einen historischen Höchststand, obschon die aggregierte Wirtschaftsleistung noch 1½% unter ihrem Vorkrisenniveau lag. Mit ins Bild zu nehmen ist allerdings, dass ein Großteil der Zuwächse auf einen Anstieg der selbständig Beschäftigten zurückzuführen ist. Zuletzt lag ihr Anteil an der Gesamtbeschäftigung bei 15% und damit 2½ Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 2000 bis 2007. Auch die Quote der Beschäftigung in Teilzeit hat sich gegenüber ihrem langfristigen Durchschnitt um 1½ Prozentpunkte auf 27% ausgeweitet. Der Anteil derer, die eine Vollzeitstelle erfolglos suchen, hat sich dabei nahezu verdoppelt. Vor dem Hintergrund dieser Beschäftigungsgewinne ist die Erwerbsbeteili-

gung in den vergangenen Jahren weitgehend stabil geblieben und übertraf zuletzt sogar das durchschnittliche Vorkrisenniveau leicht. Zwar spielen demografische Entwicklungen beim Verlauf der Erwerbsquote zunehmend eine Rolle. Die sogenannte Babyboom-Generation ist aber jünger als in den USA, sodass Alterungseffekte erst allmählich an Bedeutung gewinnen dürften.¹¹⁾ Insbesondere die erhöhte Partizipation in der Altersgruppe der 35- bis 64-Jährigen hat zuletzt maßgeblich zur Ausweitung der aggregierten Erwerbsquote beigetragen. Diese Entwicklungen mögen in gewissem Maße institutionell bedingt sein. So dürften zahlreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in den vergangenen Jahren (z. B. Reformen im Bereich der Sozialleistungen) Anreize zur Erwerbsbeteiligung im Vereinigten Königreich geschaffen haben.

Wie die durchaus unterschiedlichen Erfahrungen in den USA und im Vereinigten Königreich verdeutlichen, wird die Erwerbslosenquote von diversen Faktoren beeinflusst und ist nicht unbedingt leicht zu prognostizieren. Zudem scheint keine Einigkeit darüber zu bestehen, inwiefern die Erwerbslosenquote die Verhältnisse am Arbeitsmarkt angemessen zusammenfasst. Als sich die Erwerbslosenquoten den Schwellenwerten näherten, haben sowohl die Federal Reserve als auch die Bank von England ihre geldpolitische Kommunikation angepasst und messen diesem Indikator mittlerweile eine geringere Bedeutung bei.¹²⁾

¹⁰ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Produktivitätsschwäche in Großbritannien im Vergleich zu den USA, Monatsbericht, April 2013, S. 28 ff.

¹¹ Vgl.: V. Madouros (2006), Projections of the UK labour force: 2006 to 2020, Office for National Statistics Feature, S. 13–27.

¹² Vgl. hierzu auch: Bank von England, Inflation Report, Februar 2014; sowie das Statement des Federal Open Market Committee vom 19. März 2014.

positiven Witterungseffekt zurückzuführen, da der letzte Winter relativ mild und der Winter 2013 außergewöhnlich hart war und in einigen Mitgliedsländern zu überdurchschnittlichen Produktionsausfällen geführt hatte.

Länderbild sehr heterogen

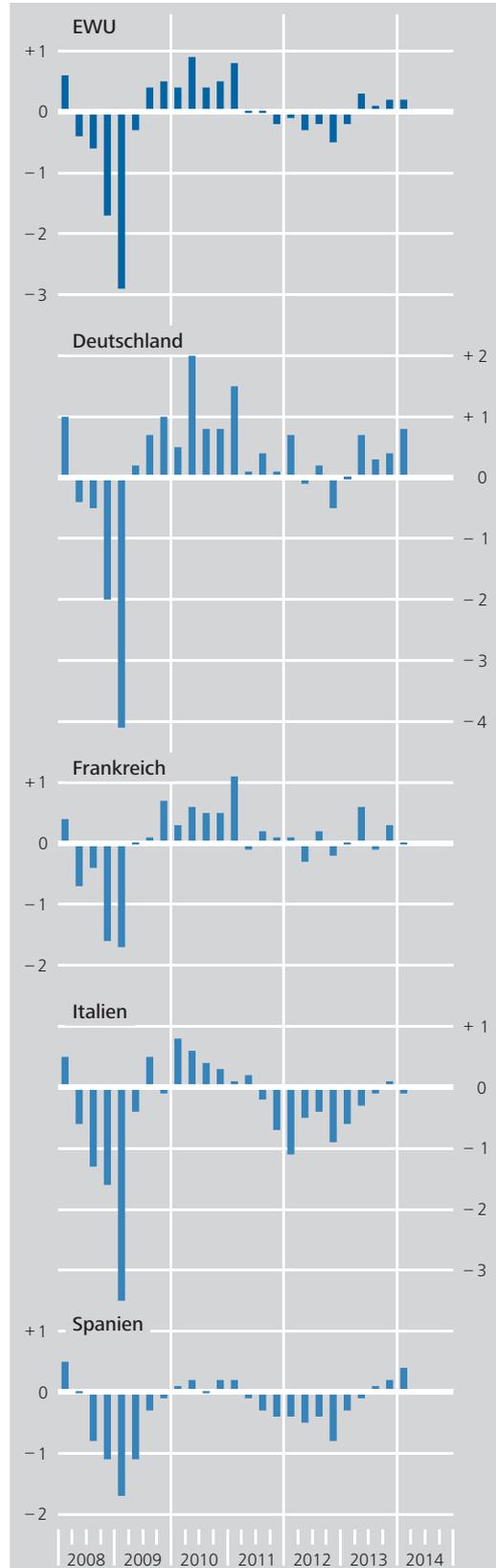
Regional betrachtet sind die Wachstumsunterschiede auch aufgrund von Sonderfaktoren im ersten Quartal wieder größer geworden. Von den 13 EWU-Mitgliedsländern, die bisher erste saisonbereinigte Ergebnisse zum BIP-Wachstum veröffentlicht haben, wiesen sechs Länder einen Anstieg aus, in einem Land stagnierte die gesamtwirtschaftliche Leistung, und in sechs Staaten ging sie zurück. Die höchste Steigerungsrate verbuchte Deutschland (+ ¾%), wobei die günstige Witterung eine Rolle gespielt hat. Die französische Wirtschaft verharrte auf dem Niveau von Ende 2013. Dazu hat auch ein deutlicher witterungsbedingter Rückgang der Energieerzeugung beigetragen.²⁾ Das schlechte Ergebnis in den Niederlanden (- 1½%) hängt zu einem guten Teil mit dem wegen der milden Temperaturen ausgesprochen schwachen Inlandsverbrauch und Export von Erdgas zusammen. Im Kreis der Peripherieländer wies nur Spanien mit saisonbereinigt + ½% ein positives Wachstum auf. Das portugiesische BIP gab um ¾% nach, und die italienische Volkswirtschaft schrumpfte geringfügig. Auf Zypern dauerte die Rezession an. Für Griechenland werden bis auf Weiteres keine saisonbereinigten Daten veröffentlicht; im Vorjahresvergleich sank das reale BIP um 1%, nach - 2¼% im Herbst 2013.

Die aktuellen Frühindikatoren deuten darauf hin, dass sich die wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum im Frühjahr fortsetzen wird. So la-

²⁾ Der Einfluss der Witterung in Frankreich auf die Energieerzeugung kommt in der Statistik besonders deutlich zum Vorschein, weil viele Haushalte mit Strom heizen, dessen Erzeugung sich zeitlich genauer zuordnen lässt als die Wärmegewinnung mit fossilen Energieträgern, die in anderen Ländern dominiert. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Energieerzeugung in Frankreich wegen des hohen Atomstromanteils relativ wertschöpfungsintensiv ist und ein Rückgang deshalb im gesamtwirtschaftlichen Aggregat größere Spuren hinterlässt als in anderen Ländern, die stärker importierte Energieträger einsetzen.

Wachstumstendenzen im Euro-Raum

Reales BIP, saisonbereinigt,
 Veränderung gegenüber Vorquartal in %



Quellen: Nationale Statistiken, Eurostat und EZB.
 Deutsche Bundesbank

*Konjunkturelle
Grundtendenz
im Frühjahr
weiter aufwärts-
gerichtet*

gen die Auftragseingänge in der Industrie im Zeitraum Januar/Februar ohne Großaufträge gerechnet saisonbereinigt um nominal 1% über dem Stand des vierten Quartals. Dabei haben die heimischen Bestellungen in den Mitgliedsländern (+ 1½%) wie schon im Herbst stärker zugenommen als die aus dem Ausland (+ ½%). Der Indikator für das Industrietrauen verharrt schon seit Ende 2013 oberhalb seines langfristigen Durchschnitts. Der zusammengesetzte Einkaufsmanagerindex, der die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich abbildet, ist im April weiter kräftig gestiegen und signalisiert einen guten Start in das zweite Jahresviertel. Zudem hat sich das Konsumentenvertrauen in den letzten Monaten in der Tendenz spürbar verbessert und nach langer Zeit auch wieder sein mehrjähriges Mittel übertroffen.

*Konjunktur-
risiken durch
Ukraine-Krise*

Der Ukraine-Konflikt und die beschlossenen Sanktionen gegen Russland haben bisher noch nicht zu spürbaren makroökonomischen Folgen für den Euro-Raum geführt. Dies könnte sich jedoch ändern, wenn sich der Konflikt deutlich verschärfen und zusätzliche einschneidende Sanktionen wirksam würden. Zum einen ist der Euro-Raum sehr stark von Energielieferungen aus Russland abhängig; so stammte 2013 jeweils ein Viertel der Gesamteinfuhr von Erdgas und von Rohöl aus Drittstaaten dorthin. Als Absatzmarkt spielt Russland, in das die EWU-Länder im vergangenen Jahr knapp 5% ihrer für die übrige Welt bestimmten Waren lieferten, jedoch eine deutlich geringere Rolle.

Unterstellt man in einem Risikoszenario, dass sich der gegenwärtig zu beobachtende konjunkturelle Abschwung in Russland zu einem krisenhaften Einbruch der Inlandsnachfrage etwa im Umfang der Russland-Krise von 1998 ausweiten würde, hielten sich nach Simulationen mit dem Weltmodell NiGEM die realwirtschaftlichen Effekte für den Euro-Raum insgesamt in engen Grenzen. Dabei wird aber von ungehinderten Energielieferungen ausgegangen. Sollten diese in einer weiteren Eskalationsstufe ganz oder teilweise unterbrochen wer-

den, wären die makroökonomischen Effekte im Euro-Raum jedoch – bei großen Unterschieden von Land zu Land – nach aller Voraussicht deutlich stärker. Ausbleibende Erdgaslieferungen aus Russland ließen sich im Euro-Raum unter anderem mangels alternativer Transportkapazitäten kurzfristig nicht kompensieren und könnten bei längerer Dauer wirtschaftlich erheblich schlechter verkraftet werden als ein starker Rückgang der russischen Ölexporte. Letzteres würde zwar an den Rohölmärkten zu kräftigen Preisausschlägen führen, mit denen Kaufkraftverluste nicht nur im Euro-Raum, sondern auch in außereuropäischen Ölverbraucherländern einhergingen, eine Versorgungskrise könnte aber wohl abgewendet werden, da in anderen Ölexportländern derzeit beachtliche ungenutzte Förderkapazitäten und in den großen Industrieländern teilweise umfangreiche strategische Reserven vorhanden sind.

Das BIP-Wachstum in der EWU erhielt im abgelaufenen Quartal positive Impulse von der Bauwirtschaft; sie steigerte wegen des erwähnten milden Winterwetters ihre Leistung im Januar/Februar saisonbereinigt um nicht weniger als 2¾% gegenüber den vorangegangenen drei Monaten. Die Industrieproduktion (ohne Bau) nahm im ersten Quartal jedoch mit ¼% gegenüber der Vorperiode langsamer zu als zuvor. Dabei ist der witterungsbedingte Rückgang der Energieerzeugung um 4% mit ins Bild zu nehmen. Das Verarbeitende Gewerbe, für sich betrachtet, konnte dagegen seinen Ausstoß um ¾% ausweiten. Differenziert nach Sektoren wiesen die Hersteller von Gebrauchsgütern im Quartalsvergleich das stärkste Produktionsplus (+ 2½%) aus, gefolgt von den Produzenten von Vorleistungen (+ 1%) sowie von Investitionsgütern und der Verbrauchsgüterbranche (jeweils + ¾%).

Auf der Verwendungsseite scheinen die Bruttoanlageinvestitionen erneut einen positiven Wachstumsbeitrag generiert zu haben. Dafür spricht nicht nur die deutlich gesteigerte Bauproduktion, sondern auch das zügige Wachstum der Erzeugung von Ausrüstungsgütern.

*Im Winter-
quartal spürbare
Impulse vom
Bau, aber nur
geringer Beitrag
der Industrie*

*Binnennachfrage
mit mehr
Schwung*

Zur Entwicklung der Nominallöhne im Euro-Raum vor dem Hintergrund der makroökonomischen Anpassungsprozesse

Angesichts der in den letzten Monaten deutlichen Verlangsamung des Verbraucherpreisanstiegs im Euro-Raum auf eine Rate von zuletzt 0,7% gegenüber dem Vorjahr sowie der insgesamt eher schleppenden konjunkturellen Erholung nimmt die Gefahr eines Abgleitens in die Deflation derzeit einen breiten Raum in der öffentlichen Diskussion ein. Dahinter steht die Befürchtung, dass negative Preisänderungsraten, wenn sie nicht nur einmalig, sondern über mehrere Monate in Folge auftreten, in eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale münden könnten, die dann durch wirtschaftspolitische Stabilisierungsmaßnahmen nur schwer zu bremsen wäre.

Unabhängig davon, dass zurzeit wenig auf ein Absinken der Teuerungsrate unter die Nulllinie hindeutet, stellt sich die Frage, unter welchen Voraussetzungen ein Preisrückgang – zum Beispiel ausgelöst durch eine Währungsaufwertung oder durch Anpassungsprozesse zur Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte – überhaupt zu einer länger andauernden und sich möglicherweise noch selbst verstärkenden Abwärtsspirale führen kann. Ähnlich wie ein inflationärer Prozess letztlich nur durch wechselseitige Beziehungen zwischen steigenden Preisen und Löhnen am Leben erhalten werden kann, ist auch eine Deflation nur im Zusammenspiel von sinkenden Preisen und Löhnen vorstellbar. Wenn die Nominallöhne nicht deutlich und über einen längeren Zeitraum nachgeben, wird sich ein allgemeiner Preisrückgang nicht sehr lange fortpflanzen können, sondern rasch wieder zum Erliegen kommen.

Im Euro-Raum insgesamt hat sich der Anstieg der Löhne und Gehälter je Arbeits-

stunde nach Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise merklich verlangsamt. So betrug der Zuwachs im Jahr 2013 1,9%, verglichen mit 2,9% im Durchschnitt der Jahre 2006 bis 2008.¹⁾ Insgesamt haben sich die gesamtwirtschaftlichen Stundenlöhne in der EWU im Zeitraum 2008 bis 2013 um 11,5% erhöht. Die kräftigsten Zuwächse wurden dabei in Österreich, Finnland, der Slowakei und Estland verzeichnet, in Deutschland lagen die Lohnanhebungen ebenfalls über dem EWU-Durchschnitt. Vor allem in den von der Krise am stärksten betroffenen Ländern reagierte die Lohnsetzung in den vergangenen Jahren auf den durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ausgelösten und später durch die Staatsschuldenkrise verschärften Anpassungsprozess, der mit einem kräftigen Anstieg der Arbeitslosigkeit einherging. Das Lohnwachstum schwächte sich dort ganz erheblich ab oder schlug in manchen Ländern zumindest zeitweilig in Lohnsenkungen um.

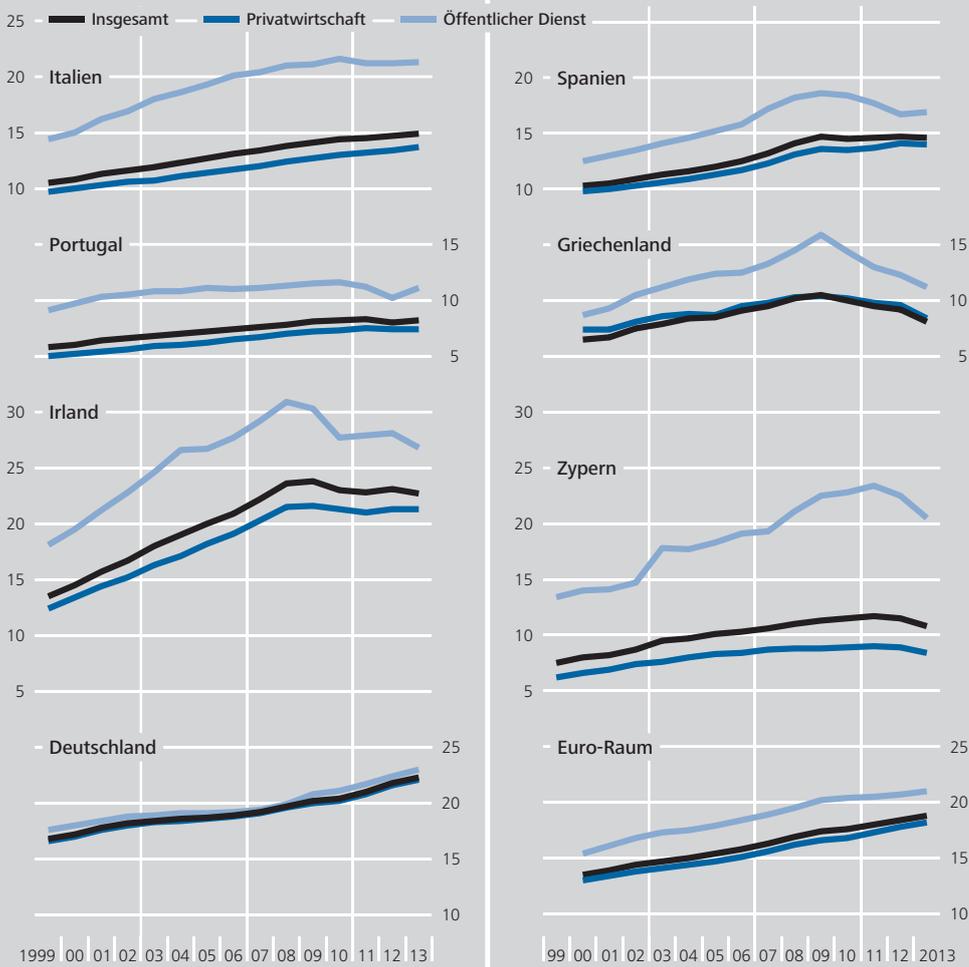
In der gegenwärtigen Diskussion um Deflationsgefahren im Euro-Raum wird unter anderem darauf verwiesen, dass insbesondere von den Anpassungsprozessen in den Peripherieländern des Euro-Raums ein deflationärer Druck ausgehen könne, der angesichts der auch in den übrigen Mitgliedsländern zumeist recht niedrigen Teuerungsraten das gesamte Währungsgebiet auf Deflationskurs bringen könne.²⁾ Eine solche Ansteckung würde jedoch eine sehr ausge-

¹ Das Jahr 2008 ist zwar gemessen am Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Produktion schon ein Krisenjahr. Das Lohnwachstum, das üblicherweise erst mit Verzögerungen auf zyklische Veränderungen reagiert, war aber noch relativ hoch.

² Vgl.: IWF, World Economic Outlook, April 2014.

Bruttostundenlöhne

in €



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

prägte Abwärtsbewegung der Preise in den Krisenländern voraussetzen, nicht zuletzt weil die sechs Staaten Italien, Spanien, Portugal, Irland, Griechenland und Zypern nur ein Drittel des EWU-BIP produzieren und lediglich 37% des EWU-Warenkorbs repräsentieren. Derzeit sind persistent sinkende Preisniveaus gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) aber nur in Griechenland und Zypern zu beobachten. Spanien und Portugal wiesen im März zwar einen Preisrückgang auf der Verbrauchersstufe gegenüber dem Vorjahr von 0,2% beziehungsweise 0,4% auf, im April verringerte sich dieser jedoch (Portugal) oder schlug wieder in einen geringfügigen An-

stieg um (Spanien). In Italien und Irland beliefen sich die Teuerungsraten im April auf 0,5% beziehungsweise 0,4%. Die geringe Teuerung in den Peripherieländern ist nicht nur auf länderspezifische Faktoren, sondern auch auf die gesunkenen Rohstoffpreise und die Aufwertung des Euro zurückzuführen.

Zudem müsste ein kontraktiver Impuls bei den Preisen in den Peripherieländern von sinkenden Löhnen weiter getragen werden. Auch hier ist die Entwicklung divergent. In Griechenland sind die Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde in der Gesamtwirtschaft seit 2010 im Jahresdurchschnitt um 4,9% bezie-

hungsweise kumuliert um 18,2% gesunken, und damit weit stärker als die Preise. Auf Zypern, das relativ spät in den Sog der Krise geriet, hat dieser Prozess der Lohnkontraktion erst im Jahr 2012 eingesetzt. Rückgänge gab es auch in Irland; diese haben maßgeblich dazu beigetragen, dass die Stundenlöhne im Jahr 2013 um 5,1% niedriger waren als 2009. In Spanien stagnieren die Löhne und Gehälter je Stunde seit 2009 auf dem zuvor erreichten hohen Niveau, und in Portugal waren sie im Jahr 2013 um 0,6% niedriger als 2009. In Italien dauerte das Lohnwachstum dagegen an; in den fünf Jahren bis 2013 belief es sich immerhin auf insgesamt 6,0%, auch wenn die Zuwächse seit 2011 geringer ausfielen als in den drei Jahren zuvor.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass die gesamtwirtschaftliche Lohnentwicklung in den Peripherieländern in den letzten Jahren in erheblichem Maße durch administrative Maßnahmen und Vereinbarungen der Tarifpartner im Öffentlichen Dienst (Gehaltskürzungen, insbesondere Kürzungen des Weihnachtsgeldes, Einfrieren von Gehältern oder Ausweitung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich) beeinflusst wurde.³⁾ Am stärksten sind die Stundenlöhne im Öffentlichen Dienst Griechenlands gesunken, und zwar seit ihrem Höchststand im Jahr 2009 um 27,0%. Deutliche Rückgänge gegenüber den jeweiligen Höchstständen gab es zudem in Irland (–12,0%), Zypern (–9,8%) und Spanien (–10,0%). Die im Jahr 2012 wirksam gewordene kräftige Lohnreduktion im portugiesischen Öffentlichen Dienst musste fast vollständig rückgängig gemacht werden, weil sie vom Verfassungsgericht verworfen worden war. Dennoch sind auch hier die Löhne der Staatsbediensteten seit 2010 um 6,3% gesunken. In Italien sind die Bruttolöhne im Öffentlichen Dienst seit 2010 nicht mehr gewachsen, womit sich dieser Bereich auch

dort von der Privatwirtschaft abgekoppelt hat. Die Regierungen der Krisenländer sahen sich teils unter dem Druck der vereinbarten Anpassungsprogramme mit dem IWF, der Europäischen Kommission und der EZB, teils aus eigenem Antrieb zu diesen Maßnahmen veranlasst, um die zumeist ausgeufern öffentlichen Defizite zu reduzieren und das an den Märkten verloren gegangene Vertrauen in die Solidität der Staatsfinanzen wiederherzustellen.

Die mitunter kräftigen Korrekturen bei den Löhnen und Gehältern der Staatsbediensteten waren aber nicht nur wegen des hohen Konsolidierungsbedarfs bei den öffentlichen Haushalten angesagt, sondern auch, weil die Verdienste in den Jahren vor der Krise – Portugal ausgenommen – stärker gestiegen waren als in der Privatwirtschaft. Hinzu kommt, dass der Lohnvorsprung des Öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft vor Ausbruch der Krise in allen Krisenländern deutlich ausgeprägter war als im EWU-Durchschnitt. So übertrafen die Stundenlöhne im Jahr 2008 im Öffentlichen Dienst in Zypern den gesamtwirtschaftlichen Durchschnittslohn (einschl. Öffentlicher Dienst) um 82%. In Italien, Portugal und Griechenland fiel der Abstand mit 40%, 45% beziehungsweise 42% ebenfalls sehr deutlich aus. Auch in Irland und Spanien wurden im Staatssektor merklich höhere Löhne bezahlt als im Landesmittel.⁴⁾

³ Der Öffentliche Dienst beinhaltet hier die Sektoren O (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung), P (Erziehung und Unterricht) und Q (Gesundheits- und Sozialwesen) gemäß der NACE 2-Klassifikation.

⁴ Zwar wird in diesem Zusammenhang häufig darauf hingewiesen, dass die höhere durchschnittliche Entlohnung im Öffentlichen Dienst mit den Ausbildungsprofilen zusammenhängt. Eine aktuelle Studie der Europäischen Kommission kommt jedoch zum Schluss, dass vielerorts im Öffentlichen Dienst substanzielle Aufschläge bei den Löhnen bestehen, auch wenn andere relevante Faktoren berücksichtigt werden. Vgl.: Europäische Kommission, Directorate-General for Economic and Financial Affairs (2014), Government wages and labour market outcomes, Occasional Paper No190.

Am aktuellen Rand fällt der Gehaltsvorprung zwar nicht mehr so hoch wie vor der Krise aus, er ist aber immer noch erheblich größer als etwa in Deutschland. Die Lohnsenkungen im Staatssektor haben nicht nur zur Haushaltskonsolidierung beigetragen, sondern sind insofern gesamtwirtschaftlich relevant, als eine relative Senkung der Löhne staatlich Bediensteter die Anreize zur Suche eines Arbeitsplatzes in der Privatwirtschaft erhöht und die Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst Signalwirkung für Abschlüsse in anderen Branchen haben dürfte.

In der Privatwirtschaft, das heißt in der Gesamtwirtschaft ohne den Öffentlichen Dienst, sind die durchschnittlichen Stundenlöhne in den letzten Jahren nur in Griechenland und auf Zypern merklich gesunken, allerdings deutlich weniger als im Öffentlichen Dienst. In den anderen Peripherieländern haben die Stundenverdienste im Privatsektor entweder praktisch stagniert (Irland, Portugal) oder sind seit 2009 noch leicht gestiegen (Italien, Spanien). Hierbei handelt es sich jedoch um aggregierte Daten, die auch Kompositionseffekte enthalten. In der Krise wurden nämlich überproportional viele Arbeitnehmer mit geringerem Ausbildungsgrad und entsprechend niedrigem Lohn entlassen.⁵⁾ Das gestiegene Gewicht von Arbeitnehmern mit höherem Stundenlohn hat zu einer leichten Anhebung der Durchschnittslöhne geführt. Studien auf Basis von Mikrodaten deuten zudem darauf hin, dass außerhalb des Staatssektors Lohnkürzungen, wenn sie stattfanden, vor allem über geringere Zusatzzahlungen (wie Boni oder Weihnachts- und Urlaubsgeld) umgesetzt wurden. Von einer Absenkung des Stundenlohns waren danach zumeist nur Neueinsteiger betroffen, während der alte Personalstamm sein Lohnniveau zumindest halten konnte.⁶⁾ Es besteht somit zwar keine vollständige Rigidität

in Bezug auf Lohnsenkungen, dennoch finden in den meisten Ländern die notwendigen Korrekturen der kostenseitigen Wettbewerbsfähigkeit vorzugsweise über das Einfrieren der Löhne statt.

Da die Kürzungen der Löhne im Öffentlichen Dienst jedoch inzwischen weitgehend ausgelaufen sind, dürften sich die Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft in den entsprechenden Ländern künftig wieder stärker im Einklang mit denen der Privatwirtschaft entwickeln. Auch wenn sich die meisten Peripherieländer inzwischen auf einem moderaten Erholungskurs befinden und sich die Lage am Arbeitsmarkt seit der Mitte des vergangenen Jahres stabilisiert hat, ist wegen der nach wie vor hohen Erwerbslosigkeit bis auf Weiteres nur eine geringe gesamtwirtschaftliche Lohndynamik zu erwarten. Unter den genannten sechs Peripherieländern werden nach der aktuellen Prognose der Europäischen Kommission Griechenland und Zypern in diesem Jahr noch Rückgänge des Arbeitseinkommens je abhängig Beschäftigten⁷⁾ in einer Größenordnung von 3% registrieren. In Portugal wird es voraussichtlich um weniger als 1% sinken, und für Italien, Spanien und Irland werden weitere moderate Anhebungen

5 Vgl.: Banco de Espana, Analysis of composition effects on wage behaviour, Economic Bulletin February 2014.

6 Vgl.: D. Dias, C. Robalo Marques und F. Martins (2013), Wage rigidity and employment adjustment at the firm level: evidence from survey data, Labour Economics, Vol. 23, S. 40–49; sowie A. Doris, D. O'Neill und O. Sweetman (2013), Wage flexibility and the Great Recession: The response of the Irish Labour Market, NUI Maynooth Working Paper WP N244–13.

7 Da für die Löhne und Gehälter je Arbeitsstunde von den internationalen Institutionen keine Prognosen veröffentlicht werden, liegt es nahe, sich ersatzweise an den Vorausschätzungen des Arbeitseinkommens je abhängig Beschäftigten, das neben den Löhnen und Gehältern auch die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung umfasst, zu orientieren. Dies scheint auch insofern gerechtfertigt, als sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden je Beschäftigten von Jahr zu Jahr erfahrungsgemäß nicht spürbar ändert, wenn man von Phasen starker konjunktureller Umschwünge absieht.

vorausgeschätzt. Im nächsten Jahr erwartet die Kommission für Griechenland eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau und für die übrigen fünf Länder Zuwächse zwischen ¼% (Spanien) und 1¼% (Italien). Zudem zeichnet sich in Deutschland und anderen EWU-Mitgliedsländern mit relativ guter Konjunkturlage eine weitere Verstärkung des Lohnwachstums ab. Im Euro-Raum insgesamt könnte das Arbeitseinkommen je abhängig Beschäftigten nach der Prognose der Kommission in diesem Jahr um 1½% und im nächsten Jahr um 2% steigen.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Mehrzahl der Peripherieländer in den letzten Jahren zum Teil erhebliche Verbesserungen der kostenseitigen Wettbewerbsfähigkeit erreicht haben. Diese Korrekturen kamen in erster Linie über ein Einfrieren der Löhne in der gewerblichen Wirtschaft und nur in Einzelfällen durch Lohnkürzungen im

privaten Sektor zustande, sodass in dieser Ländergruppe eine deflationäre Preis-Lohn-Spirale, die auf den übrigen Euro-Raum hätte ausstrahlen können, nicht in Gang gesetzt worden ist. Dazu wird es nach aller Voraussicht auch nicht kommen. Gleichwohl ist die gegenwärtige Lohnzurückhaltung in den Krisenländern in Anbetracht der sehr großen Unterbeschäftigung noch über einen längeren Zeitraum geboten, damit die Beschäftigungsschwelle sinken und ein beschäftigungsintensiveres Wachstum zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit beitragen kann.

Dazu passt, dass die Industrieunternehmen der Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission vom März/April 2014 zufolge planen, ihre Investitionen in diesem Jahr um real 5% auszuweiten, nach einer Kürzung der Investitionsbudgets um 2% im vergangenen Jahr. Die Entwicklung des privaten Konsums dürfte im Berichtszeitraum zumindest leicht nach oben gerichtet gewesen sein. So lagen die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeuge und Kraftstoffe) im ersten Quartal saisonbereinigt um ¾% über dem Niveau des letzten Jahresviertels 2013 und um 1% über dem vor Jahresfrist. Dem stand jedoch ein Rückgang bei den Kfz-Zulassungen um 2½% im Vergleich zum Vorquartal gegenüber, womit das Ergebnis vor Jahresfrist aber noch um 5% überschritten wurde. Vom Außenhandel scheinen am Jahresanfang rein rechnerisch kaum Wachstumsimpulse gekommen zu sein. Jedenfalls nahmen die nominalen Warenexporte in Länder außerhalb der EWU im Januar/Februar mit saisonbe-

reinigt ¼% ähnlich verhalten gegenüber dem Herbstquartal zu wie die wertmäßigen Importe.

Am Arbeitsmarkt, der dem Zyklus der Produktion erfahrungsgemäß merklich hinterherläuft, waren im Winterhalbjahr 2013/2014 erste Besserungstendenzen zu beobachten. Die Zahl der Beschäftigten im Euro-Raum nahm im vierten Quartal 2013 – aktuellere Angaben liegen nicht vor – geringfügig zu. Dabei standen Stellenverlusten beispielsweise in Italien und in den Niederlanden von jeweils ½% Beschäftigungszuwächse zwischen ½% und ¾% in Spanien, Irland und Portugal gegenüber. In Frankreich wurden erstmals seit zwei Jahren in geringem Umfang wieder neue Arbeitsplätze geschaffen, und in Deutschland hielt die positive Beschäftigungsentwicklung an. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl im Euro-Raum nahm im ersten Jahresviertel weiter leicht ab und lag um 360 000 unter ihrem Stand vor Jahresfrist. Die entsprechende Erwerbslosenquote unterschritt

*Leichte
Besserung am
Arbeitsmarkt*

mit 11,8% den zyklischen Höhepunkt im Jahr 2013 um 0,2 Prozentpunkte.

*Weiter nur ver-
haltener Anstieg
der Verbraucher-
preise*

In den ersten drei Monaten des Jahres 2014 sind die Verbraucherpreise im Euro-Raum zwar wieder etwas gestiegen, die Vorjahresrate des HVPI verringerte sich aber weiter auf +0,7%. Im Vergleich zum Vorquartal erhöhten sich die Verbraucherpreise saisonbereinigt leicht um 0,2%, nach einem geringfügigen Rückgang um 0,1% im vierten Quartal 2013. Wesentlich für den Vorzeichenwechsel war zum einen, dass sich die Preise von unverarbeiteten Nahrungsmitteln und von Energie nicht weiter ermäßigten. Zum anderen zogen die Dienstleistungspreise spürbar an. Bei den gewerblichen Waren (ohne Energie) setzte sich hingegen die verhaltene Teuerung fort. Auch die Preisdaten für April zeigen eine insgesamt flache Tendenz. Der Vorjahresabstand des HVPI fiel mit +0,7% nicht höher aus als im Mittel des ersten Viertel-

jahres, und angesichts des Verlaufspröfils der letzten Monate ist auch für die nähere Zukunft mit niedrigen HVPI-Raten zu rechnen.

Hinter den niedrigen Preissteigerungsraten in der EWU stehen gemeinsame Faktoren wie die Aufwertung des Euro, die sich vor allem bei den Preisen von Industriewaren und den Energiepreisen bemerkbar macht, und die günstigen Preistendenzen für Nahrungsmittel, welche auch als Normalisierung nach den kräftigen Steigerungen der vergangenen Jahre gesehen werden können. Dazu kommen länderspezifische Faktoren, die mit der Bewältigung der Schulden- und Strukturkrisen zusammenhängen und Druck auf Löhne sowie Preise ausüben. Zur Bedeutung und dem Ausmaß der Lohnanpassung in den Krisenländern und den Implikationen für die Preistendenzen siehe die Erläuterungen auf Seite 23 ff.

*Gemeinsame
und länderspezi-
fische Faktoren*

Geldpolitik und Bankgeschäft

Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

Leitzinsen unverändert auf historischem Tiefstand

Vor dem Hintergrund der moderaten wirtschaftlichen Erholung und des im weiteren Verlauf des Erholungsprozesses erwarteten Anstiegs der Inflationsraten ergriff der EZB-Rat im laufenden Jahr bislang keine weiteren zinspolitischen Maßnahmen. Die Zinssätze für die Spitzen- und die Hauptrefinanzierungsfazilität liegen damit seit Mitte November 2013 bei 0,75% und 0,25%, während der Zinssatz für die Einlagefazilität seit Mitte Juli 2012 bei 0,00% liegt.

EZB-Rat signalisiert Bereitschaft zu weiteren geldpolitischen Maßnahmen

Der EZB-Rat bekräftigte seine Absicht, die Leitzinssätze für längere Zeit auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau zu belassen. Dahinter steht die Einschätzung, dass die hohen ungenutzten Kapazitäten und die verhaltene Geldmengen- und Kreditentwicklung die Inflationssichten auch auf mittlere Sicht dämpfen. Angesichts des weiter nachlassenden Inflationsdrucks signalisierte der EZB-Rat zudem Anfang April, dass er bereit ist, im Rahmen seines Mandats auch unkonventionelle Instrumente einzusetzen, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation wirksam entgegenzutreten. Zu diesen Risiken zählt insbesondere die Gefahr, dass sich die längerfristigen Inflationserwartungen, die derzeit noch nahe bei 2% liegen, mit zunehmender Dauer der Niedriginflationsphase nach unten anpassen.

Weiterhin keine Anleihekäufe im Rahmen der OMT

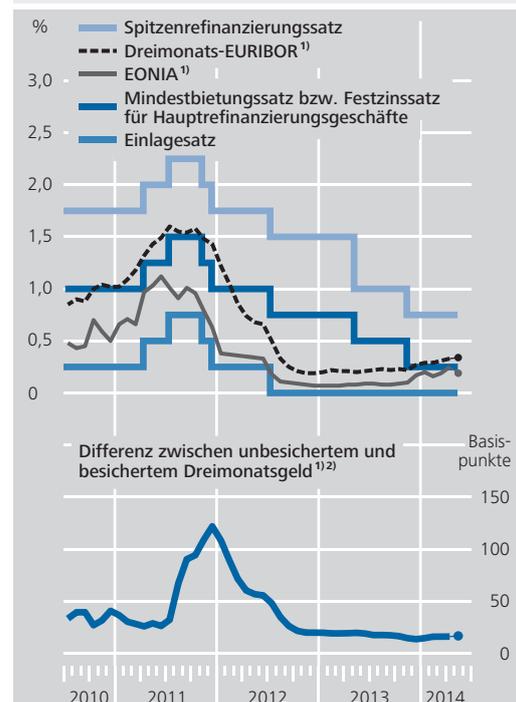
Im Betrachtungszeitraum erwarb das Eurosystem keine zusätzlichen Wertpapiere im Rahmen geldpolitisch begründeter Wertpapierankaufprogramme. Insbesondere wurden weiterhin keine sogenannten Outright Monetary Transactions (OMT) getätigt. Die im Rahmen des im Jahr 2012 beendeten Programms für die Wert-

papiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) sowie der beiden ebenfalls beendeten Programme zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen gehaltenen Wertpapierbestände des Eurosystems verringern sich im Zeitablauf aufgrund fällig werdender Titel.

Das ausstehende Refinanzierungsvolumen folgte im Betrachtungszeitraum durch fortgesetzte freiwillige Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern weiter einem insgesamt abnehmenden Trend. Während die Rückzahlungen im Februar zunächst gering ausfielen, zahlten die Banken insbesondere im März größere Volumina zurück, was im Zusammenhang mit dem bilanziellen Ausweis zum Quartalsende und dem Rückgang der Restlaufzeit auch des zweiten Dreijahrestenders unter ein Jahr gestanden haben dürfte.¹⁾ Auch im April setzten sich die

Refinanzierungsvolumen und Überschussliquidität mit insgesamt abnehmendem Trend, ...

Geldmarktzinsen im Euro-Raum



Quelle: EZB. **1** Monatsdurchschnitte. **2** Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EUREPO. • Durchschnitt 1. bis 14. Mai 2014.

Deutsche Bundesbank

¹ Durch den Rückgang der Restlaufzeit unter ein Jahr sind die Mittel nicht mehr vollständig als stabile Refinanzierung im Rahmen der Net Stable Funding Ratio anrechenbar, deren Erfüllung Marktteilnehmer z. T. bereits vor dem offiziellen Inkrafttreten anstreben.

Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den drei Reserveperioden vom 15. Januar bis 8. April 2014 nahm der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren von durchschnittlich 492 Mrd € in der Januar/Februar-Periode auf 468 Mrd € in der März/April-Periode ab. Dabei waren die autonomen Faktoren im Euro-Raum sehr volatil und bewegten sich zwischen 451 Mrd € und 512 Mrd €. Während die Einlagen öffentlicher Haushalte per saldo um 12,6 Mrd € stiegen, führte ein insgesamt gesunkener Banknotenumlauf (per saldo – 9,5 Mrd €) sowie in der Summe eine liquiditätszuführende Veränderung der übrigen autonomen Faktoren zu einem geringen rechnerischen Bedarf der Kreditinstitute im Euro-Raum an Zentralbankliquidität (siehe unten stehende Tabelle). Dieser Effekt wurde zudem noch durch ein per saldo um 0,3 Mrd € gesunkenes Mindestreservesoll unterstützt.

Das ausstehende Tendervolumen (ohne absorbierende Feinsteuerungsoperationen) nahm innerhalb des Betrachtungszeitraums von 672 Mrd € auf 627 Mrd € ab, wobei dies hauptsächlich von der Nachfrage in den Hauptrefinanzierungsgeschäften und den vorzeitigen Rückzahlungen der beiden Dreijahrestender bestimmt war. In der Regel nahm das durchschnittlich rund 100 Mrd € betragende Haupttendervolumen vor den Monatsultimos zu, in der Periode März/April wegen des Quartalsultimos sogar bis auf 121 Mrd €. Die vorzeitigen Rückzahlungen der Dreijahrestender summierten sich im Verlauf der drei Reserveperioden auf insgesamt 58,3 Mrd €, wobei die Abgabebereitschaft der Banken von Mitte bis Ende März 2014 am größten war. Dies könnte unter anderem am Bilanzstichtag Quartalsultimo gelegen haben.

Liquiditätsbestimmende Faktoren ¹⁾

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2014		
	15. Jan. bis 11. Febr.	12. Febr. bis 11. März	12. März bis 8. April
I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (–) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren			
1. Banknotenumlauf (Zunahme: –)	+ 16,1	– 0,3	– 6,3
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: –)	– 22,2	+ 1,6	+ 8,0
3. Netto-Währungsreserven ²⁾	– 22,4	+ 0,1	+ 8,5
4. Sonstige Faktoren ²⁾	+ 37,6	+ 4,7	+ 7,4
Insgesamt	+ 9,1	+ 6,1	+ 17,6
II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems			
1. Offenmarktgeschäfte			
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	– 23,9	– 13,6	+ 13,6
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	– 15,7	– 6,0	– 35,8
c) Sonstige Geschäfte	– 19,4	– 14,1	– 2,0
2. Ständige Fazilitäten			
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,4
b) Einlagefazilität (Zunahme: –)	+ 18,0	+ 12,6	+ 0,3
Insgesamt	– 41,0	– 21,1	– 23,5
III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)	– 32,1	– 14,9	– 5,9
IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: –)	– 0,4	+ 0,8	– 0,7

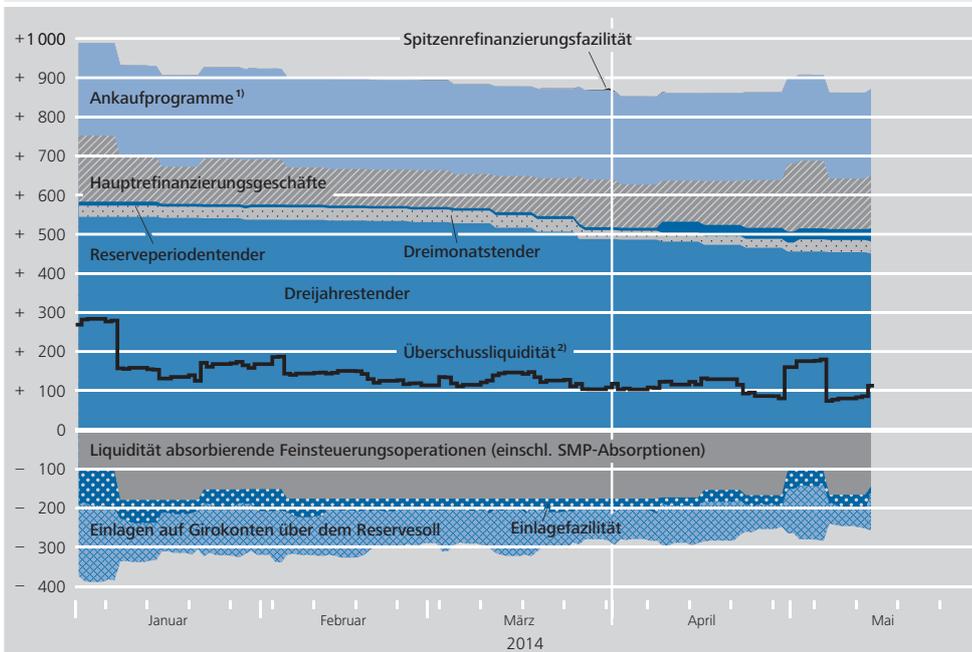
¹ Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14*/15* im Statistischen Teil dieses Berichts.

² Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

Liquiditätsbereitstellung und Liquiditätsverwendung

Mrd €, Tageswerte



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. **1** Programm für die Wertpapiermärkte (SMP), Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP1), Neues Programm zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP2). **2** Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität.

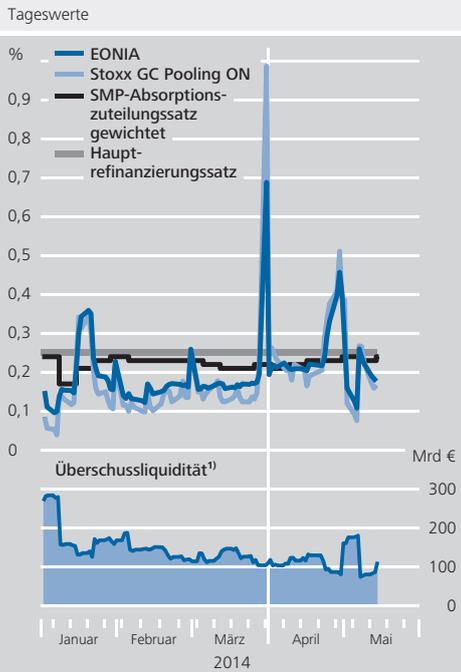
Deutsche Bundesbank

Bei den beiden Ankaufprogrammen für gedeckte Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme: CBPP1 und CBPP2) reduzierten sich im Betrachtungszeitraum die bilanziellen Bestände um 3,9 Mrd € auf 37,8 Mrd € beziehungsweise um 0,9 Mrd € auf 14,5 Mrd €. Der bilanzielle Bestand der Wertpapiere, die im Rahmen des Programms für die Wertpapiermärkte (Securities Markets Programme: SMP) gekauft worden waren, nahm aufgrund von Fälligkeiten und unter Berücksichtigung der vierteljährlichen Neubewertungen um 4,9 Mrd € auf 172,5 Mrd € ab. Weiterhin wurden auch im Berichtszeitraum absorbierende Feinststeuerungsoperationen durchgeführt, um den Liquiditätseffekt aus den SMP-Wertpapierkäufen zu neutralisieren. Dabei kam es gegen Ende Januar in zwei Fällen zu Unterbietungen, was auch die erhöhte Liquiditätspräferenz der Kreditinstitute vor dem Monatsultimo unterstrich.

Die Überschussliquidität nahm seit der Periode Januar/Februar 2014 um durchschnittlich 34 Mrd € auf 121 Mrd € in der Periode März/April ab, wobei es zu größeren, kurzfristigen Schwankungen kam, oft durch Veränderungen der autonomen Faktoren, aber auch aufgrund von höheren Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern, eine volatilere Tendernachfrage sowie Unterbietungen bei den SMP-Absorptionstendern (siehe oben stehendes Schaubild). Zum Ende des Berichtszeitraums näherte sich die Überschussliquidität der Marke von 100 Mrd €.

Zu Anfang der Reserveperiode Januar/Februar lagen sowohl der unbesicherte Tagesgeldsatz EONIA als auch der GC-Pooling-Satz für besichertes Tagesgeld aufgrund einer merklich gefallen Überschussliquidität für einige Tage auf spürbar erhöhten Niveaus und dabei mit Sätzen bis 0,36% teilweise deutlich über dem Hauptrefinan-

Notenbankzinsen, Geldmarktsätze und Überschussliquidität



¹ Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität.
 Deutsche Bundesbank

zierungssatz (siehe oben stehendes Schaubild). Nachdem sich die Überschussliquidität in der folgenden Woche durch entsprechendes Bietungsverhalten der Kreditinstitute wieder deutlich um 46 Mrd € auf 171 Mrd € erhöht hatte, sanken die Tagesgeldsätze und blieben für eine längere Zeit – bis zum Quartalsultimo Ende März – recht konstant, obwohl in diesem Zeitraum größere Schwankungen und Rückgänge der Überschussliquidität zu verzeichnen waren. Außer den üblichen Anstiegen an den Monatsenden stand EONIA zumeist bei 0,16%/0,17% und der besicherte Tagesgeldsatz bei GC Pooling noch ein paar Basispunkte darunter. Diese recht geringe Volatilität der Tagesgeldsätze ließ vermuten, dass die Kreditinstitute sich allmählich an die niedrigeren und auch volatileren Liquiditätsverhältnisse gewöhnt und ihre Liquiditätssteuerung daran angepasst hatten. Ab dem Quartalsultimo März kam es allerdings wieder zu höheren Tagesgeldsätzen, wobei

die Sätze am Monatsultimo März selbst sehr stark anstiegen (bis fast 1,00%).

Die Zuteilungssätze der wöchentlich durchgeführten SMP-Absorptionstender zeigten sich im Betrachtungszeitraum wenig volatil und lagen gewichtet nahe am Höchstbietungssatz von 0,25%. Für liquiditätsstarke Banken war daher die Teilnahme am Absorptionstender vermutlich meist rentabler als die tägliche Verleihung der Liquidität am Geldmarkt, wie auch das nebenstehende Schaubild nochmals zeigt.

Die sich an den Betrachtungszeitraum anschließende Reserveperiode April/Mai 2014 war ebenfalls von volatilen Liquiditätsverhältnissen geprägt, wobei der durchschnittliche EONIA mit 0,24% höher war als in der Vorperiode. Weitere Rückzahlungen bei den Dreijahrestendern von insgesamt 32 Mrd €, aber auch ein ab Ende April erhöhtes Niveau der autonomen Faktoren mit Anstiegen auf bis zu 531 Mrd € am Aprilultimo ließen die Überschussliquidität mehrfach unter die Marke von 100 Mrd € fallen, sodass die Tagesgeldsätze stark stiegen (EONIA bis auf 0,46%). Als Reaktion darauf sowie zur Liquiditätssicherung am Monatsultimo und über das verlängerte erste Maiwochenende erhöhten die Banken ihre Nachfrage im Haupttender kräftig auf 173 Mrd €. Parallel dazu kam es zu einer deutlichen Unterbietung beim SMP-Absorptionstender, sodass sich die Überschussliquidität schlagartig auf bis zu 180 Mrd € erhöhte und EONIA bis auf 0,11% fiel. Danach drehten sich die Liquiditätsverhältnisse aufgrund der gesunkenen Haupttendernachfrage und der nahezu vollständigen SMP-Absorption wieder. Bei durchschnittlich rund 80 Mrd € Überschussliquidität lagen die Tagesgeldsätze zunächst wieder über dem Hauptrefinanzierungssatz und nahmen bis zum Periodenende am 13. Mai ab (O/N GC Pooling (ECB Basket) bei 0,16%).

Rückzahlungen auf einem vergleichsweise hohen Niveau fort. Dadurch ging die rechnerische Überschussliquidität bis Ende April insgesamt weiter zurück und fiel – auch im Zusammenhang mit einem unerwartet hohen temporären Anstieg der Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem, die Teil der liquiditätsabsorbierenden autonomen Faktoren sind – erstmalig seit August 2011 wieder unter die Schwelle von 100 Mrd €.

... aber zuletzt mit starken wöchentlichen Schwankungen

Diesem Rückgang der Überschussliquidität, der mit einem deutlichen Anstieg der kurzfristigen Geldmarktsätze einherging, folgte Ende April eine stark erhöhte Nachfrage des Bankensektors in den regelmäßig angebotenen Refinanzierungsgeschäften des Eurosystems. Gleichzeitig kam es zu einer hohen Unterbietung in den wöchentlich angebotenen Absorptionstendern.²⁾ Zusammen genommen führte dies dazu, dass sich die rechnerische Überschussliquidität wieder mehr als verdoppelte. Offenbar wies der Bankensektor wie üblich aufgrund der durch Feier- und Brückentage verstärkten Monatsendeffekte eine spürbar erhöhte Liquiditätsnachfrage auf. In der darauffolgenden Woche kehrte sich diese Entwicklung aufgrund eines abermals angepassten Bietungsverhaltens des Bankensektors aber bereits wieder fast vollständig um. Insgesamt bewegte sich die tägliche Überschussliquidität dadurch in den letzten Wochen innerhalb einer vergleichsweise großen Bandbreite von 74 Mrd € bis 179 Mrd €, was auch mit erhöhten Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze einherging.

Individuelles Bietungsverhalten der Banken bestimmt Liquiditätslage und Geldmarktsätze

Dahinter steht ein Wechselspiel zwischen Liquiditätslage und Geldmarktsätzen: Wenn im Umfeld abnehmender Überschussliquidität die am Interbankenmarkt verfügbare Liquidität beispielsweise durch einen Schock in den autonomen Faktoren verknappt wird, während die Liquiditätsnachfrage der Banken ansteigt, bewirkt dies tendenziell einen Anstieg der Geldmarktsätze. Da die Banken ihr individuelles Bietungsverhalten in den Refinanzierungsgeschäften und liquiditätsabsorbierenden Operationen des Eurosystems nur einmal pro Woche an das

Niveau der Geldmarktsätze anpassen können, ist trotz der bestehenden Vollzuteilung in den Refinanzierungsgeschäften auch ein Anstieg von EONIA über den Hauptrefinanzierungssatz an mehreren Tagen in Folge möglich. Sobald die Banken ihre Gebote in den Geschäften des Eurosystems entsprechend adjustiert haben, nimmt die Überschussliquidität wieder zu und die Geldmarktsätze sinken, was in der Folgewoche ein abermals angepasstes Bietungsverhalten wahrscheinlich macht. Da die einzelnen Banken ihr individuelles Bietungsverhalten nicht untereinander abstimmen, sind auch künftig verstärkte Schwankungen von Überschussliquidität und kurzfristigen Geldmarktsätzen zu erwarten. Grundsätzlich ist es aber als positiv zu werten, dass die Banken zunehmend wieder zu einem normaleren Liquiditätsmanagement zurückkehren, statt aus Vorsichtsgründen sehr hohe Bestände an überschüssiger Zentralbankliquidität zu halten.

Die kurzfristigen Geldmarktsätze stiegen im Euro-Raum in den Monaten Februar und März als Reaktion auf die trendmäßig abnehmende Überschussliquidität nur allmählich an. Verstärkte Schwankungen des unbesicherten Tagesgeldsatzes EONIA und anderer kurzfristiger Geldmarktsätze waren dabei zunächst nur am Monats- und Quartalsende zu beobachten. Erst der geschilderte unerwartete Anstieg der autonomen Faktoren in Kombination mit der erhöhten Liquiditätspräferenz des Bankensystems in der letzten Aprilwoche beendete das offensichtlich nach den Schwankungen im Januar gefundene Gleichgewicht und führte zu einem mehrtägigen Anstieg von EONIA über den Hauptrefinanzierungssatz. Dieser kehrte sich zwar zunächst Anfang Mai wieder um, aber die Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze sind im Kontext der Liquiditätsbedingungen seitdem hoch geblieben. Anstieg

Geldmarktsätze im April mit merklichen Schwankungen

² Das Eurosystem bietet den Banken jede Woche eine liquiditätsabsorbierende Operation in Höhe des ausstehenden Portfoliovolumens des SMP an. Diese Operation war im Mai 2010 gemeinsam mit dem SMP eingeführt worden, um zu unterstreichen, dass mit diesem Programm keine Lockerung des geldpolitischen Kurses beabsichtigt war.

und Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze sind aber nicht als Zeichen von Spannungen am Geldmarkt zu werten, sondern markieren vielmehr den graduellen Übergang von einem Regime hoher Überschussliquidität, in dem die Geldmarktsätze nahe des Einlage-satzes verankert waren, zu einem Regime mit ausgeglicheneren Liquiditätsbedingungen, in dem die Geldmarktsätze nahe des Hauptrefinanzierungssatzes notieren sollten. Die Entwicklung kann daher als Zeichen einer langsamen, aber stetigen Normalisierung der Geldmarktfunktionalität angesehen werden.

*Geldmarkt-
terminsätze
wenig verändert
bei weiterhin
flacher Struktur
der Terminkurve*

Die Geldmarktterminsätze³⁾ im Euro-Raum sind von Beginn bis Mitte März geringfügig angestiegen, nachdem sie während des Februar nahezu durchgängig auf einem sehr niedrigen Niveau verharrten. Im weiteren Betrachtungszeitraum bis Anfang Mai bewegten sich die Terminalsätze in einer sehr engen Bandbreite zwischen dem Tiefstand des Februar und dem leicht höheren Niveau Mitte März. Der Anstieg und die Schwankungen der Terminalsätze blieben dabei deutlich hinter den Bewegungen von EONIA zurück. Die Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze haben sich damit insgesamt nicht auf die Terminalsätze übertragen. Auch die Struktur der Terminkurve blieb in den betrachteten Monaten durchgängig flach und weist aktuell am kurzen Ende einen leicht inversen Verlauf auf, was weiterhin darauf hindeutet, dass Marktteilnehmer mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zusätzliche geldpolitische Maßnahmen des Eurosystems einpreisen oder zumindest auf absehbare Zeit trotz der Schwankungen der kurzfristigen Geldmarktsätze nicht mit einer merklichen Erhöhung des Zinsniveaus rechnen.

Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Der Deleveraging-Prozess im MFI-Sektor des Euro-Raums, der sich in den Herbstmonaten vor dem Hintergrund der bevorstehenden Bilanzprüfung durch die EZB kurzzeitig be-

schleunigt hatte, hat sich nach dem Jahreswechsel insgesamt fortgesetzt. Bei den für das Geldmengenwachstum relevanten Bilanzpositionen betraf dies vor allem die Bestände der Banken an Wertpapieren privater Emittenten. Buchkredite an den Privatsektor stehen derzeit nicht im Fokus des Bilanzabbaus. So gingen die Ausleihungen an diesen Sektor in den Wintermonaten per saldo nur noch geringfügig zurück. Der seit mehreren Quartalen anhaltende Abwärtstrend des Geldmengen- und Buchkreditwachstums ist damit im Berichtsquartal zum Stillstand gekommen. Trotz vereinzelter Anzeichen dafür, dass die gesamtwirtschaftliche Erholung der letzten Quartale langsam auch die Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen stützt, kann von einer breit angelegten Erholung der Ausleihungen an diesen Sektor aber weiterhin nicht die Rede sein.

Gestützt durch fortgesetzte Mittelzuflüsse aus dem Ausland, verzeichnete die Geldmenge M3 im ersten Quartal per saldo wieder einen spürbaren Zuwachs. Er betraf in erster Linie die täglich fälligen Einlagen, die von weiter rückläufigen Zinsen für übrige Einlagen profitierten und wieder deutliche Zuwächse verzeichneten. Die sonstigen in M3 enthaltenen Anlageformen, insbesondere kurzfristige Termineinlagen, Geldmarktfondsanteile sowie Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von unter zwei Jahren, wurden vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus und der gesunkenen Risikoaversion hingegen mehrheitlich erneut abgebaut.

Vor diesem Hintergrund setzte sich der seit Anfang letzten Jahres zu beobachtende Abwärtstrend des Geldmengenwachstums im Berichtsquartal nicht weiter fort, und die Jahreswachstumsrate von M3 stieg marginal auf 1,1%. Da gleichzeitig die Jahresrate der (um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten) Buchkredite an den Privatsektor im Euro-Raum auf

*M3-Wachstum
von Sichteinlagen
getrieben*

*Abwärts-
bewegung des
Geldmengen-
und Kredit-
wachstums
gestoppt*

*Gesamtwirt-
schaftliches
Umfeld*

³⁾ Aus Swapsätzen abgeleitete implizite Terminalsätze für den unbesicherten Interbanken-Tagesgeldsatz EONIA und Zinssätze börsengehandelter Futures auf den Dreimonats-EURIBOR.

Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU ^{*)}					
Veränderung in Mrd €, saisonbereinigt					
Aktiva	2014, 1. Vj.	2013, 4. Vj.	Passiva	2014, 1. Vj.	2013, 4. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	- 30,4	- 153,2	Einlagen von Zentralstaaten	1,8	- 25,3
Buchkredite ¹⁾	- 8,7	- 57,7	Geldmenge M3	52,6	- 10,6
Wertpapierkredite	- 19,0	- 89,7	davon Komponenten:		
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	16,5	- 50,7	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	91,3	48,7
Buchkredite	20,2	- 14,9	Übrige kürzerfristige Bankeinlagen (M2-M1)	- 24,0	- 39,3
Wertpapierkredite	- 3,7	- 35,9	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	- 14,8	- 20,1
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	89,9	154,8	Geldkapital	6,8	- 19,9
andere Gegenposten von M3	- 17,5	- 12,4	davon:		
			Kapital und Rücklagen	53,9	- 17,1
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 47,0	- 2,8

* Statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.
 Deutsche Bundesbank

ihrem Vorquartalsniveau von - 2,0% verharnte, blieb der Abstand zwischen Geldmengen- und Kreditwachstum unverändert groß. Die monetäre Grunddynamik ist damit nach wie vor sehr gedämpft.

Abbau der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen weiter verlangsamt

Zwar sank das Volumen der Buchkredite an den heimischen Privatsektor in den Wintermonaten per saldo nur noch geringfügig, nachdem sie in den vorhergehenden drei Quartalen spürbar zurückgegangen waren. Die Schwächung der Abwärtsdynamik war jedoch vor allem auf die Buchkredite an finanzielle Unternehmen zurückzuführen, die erstmals seit einem Jahr wieder Nettozuflüsse verzeichneten. Die Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen gingen dagegen im ersten Vierteljahr per saldo erneut deutlich zurück, wobei sich das Tempo des Abbaus gegenüber den beiden Vorquartalen nochmals – wenn auch nur leicht – verlangsamte. Aufgrund eines Basiseffekts sank die Jahresrate dieser Kredite dennoch weiter auf - 3,1%.

Standards für Unternehmenskredite laut BLS weitgehend unverändert

Anzeichen für eine allmähliche Stabilisierung im nichtfinanziellen Unternehmenssektor lieferte die im ersten Quartal durchgeführte Umfrage im Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS): Die befragten Banken im Euro-Raum gaben an, dass der seit dem dritten Quartal 2011 andauernde Rückgang der Nachfrage nichtfinanzieller

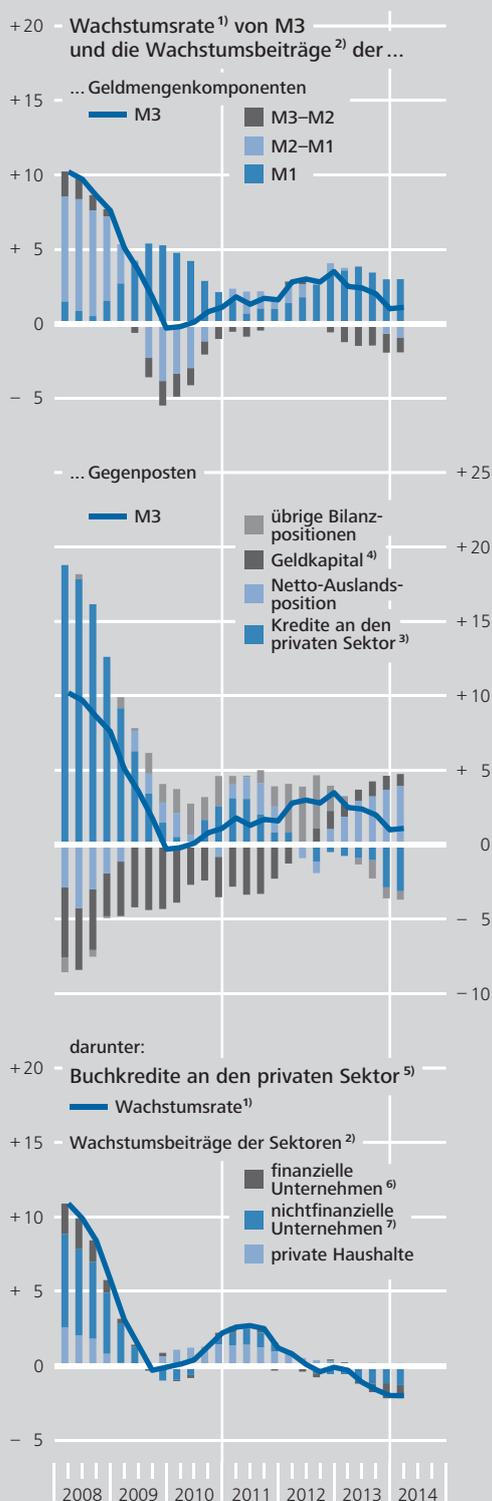
Unternehmen nach Bankkrediten zum Stillstand gekommen ist. Gleichzeitig haben die Banken ihre Standards für Unternehmenskredite per saldo weitgehend auf dem Niveau des Vorquartals belassen. Dieses Niveau schätzen die Banken im Euro-Raum indes als relativ straff ein, verglichen mit den Niveaus, die sich seit der Intensivierung der Staatsschuldenkrise ergeben hatten.

Bei der Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum blieb die Heterogenität auf Länderebene hoch: In den vier großen Mitgliedsländern meldeten nur die französischen Banken spürbar positive Quartalszuflüsse; in Italien und vor allem in Spanien setzte sich der Abbau der Ausleihungen dagegen fort, das Tempo schwächte sich gegenüber den Vorquartalen jedoch ab. Dies könnte Folge der allmählichen gesamtwirtschaftlichen Erholung in diesen Ländern sein, die – typischerweise um einige Quartale verzögert – auch die Entwicklung der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen unterstützen sollte. Allerdings werden diese positiven Impulse davon überlagert, dass der Privatsektor in einigen dieser Länder weiterhin einen hohen Korrekturbedarf hinsichtlich seiner Verschuldungsniveaus aufweist. Im gesamten Euro-Raum wurde die Kreditnachfrage zudem dadurch gedämpft, dass nichtfinanzielle Unter-

Heterogenität der Kreditvergabe im Euro-Raum weiterhin hoch

Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

saisonbereinigt, Quartalsendstände



Quelle: EZB. **1** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **2** In Prozentpunkten. **3** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **4** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **5** Ab 1. Vj. 2010 bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **6** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **7** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

nehmen in einigen Mitgliedsländern die Finanzierung über Bankkredite teilweise durch eine erhöhte Finanzierung aus Eigenmitteln oder – angesichts aktuell günstiger Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – den direkten Zugriff auf Kapitalmärkte ersetzt haben.

Die Branchenbetrachtung spiegelt eine breite Betroffenheit des Unternehmenssektors von der schwachen Kreditentwicklung wider: Zwar ist der Abbau der Bankkredite in dem von der Finanz- und Wirtschaftskrise in hohem Maße betroffenen Immobiliengewerbe besonders ausgeprägt. Aber auch in fast allen anderen Wirtschaftsbranchen der Peripherieländer bewegen sich die Jahreswachstumsraten der Bankkredite erkennbar im negativen Bereich. Eine breiter angelegte Aufwärtsbewegung der Kreditvergabe zeichnet sich in diesen Ländern somit derzeit noch nicht ab.

Schwache Kreditentwicklung betrifft in Peripherie fast alle Branchen

Die Buchkredite an private Haushalte im Euro-Raum nahmen mit einer Jahreswachstumsrate von 0,4% schwach zu; dies war im ersten Vierteljahr vor allem auf moderate Zuflüsse bei den Wohnungsbaukrediten zurückzuführen. Auch hier besteht eine anhaltende Heterogenität auf Länderebene: Der Anstieg der Wohnungsbaukredite beschränkte sich erneut auf die Kernländer der Währungsunion; in den Ländern der Peripherie waren die Ausleihungen vor dem Hintergrund des bestehenden Entschuldungsbedarfs der privaten Haushalte anhaltend rückläufig.

Buchkredite an private Haushalte mit leichter Zunahme

Im Euro-Raum insgesamt hat sich die laufende Erholung der Wirtschaft mittlerweile in einer moderaten Zunahme der privaten Konsumausgaben niedergeschlagen, in deren Gefolge auch die Konsumentenkredite im ersten Vierteljahr erstmals seit 4½ Jahren per saldo wieder leicht zunahmen. Diese grundsätzlich positive Wachstumsdynamik wird durch den BLS bestätigt. Dort gaben die Banken an, die Richtlinien für Kredite an private Haushalte marginal gelockert zu haben und berichteten zugleich von einem insgesamt moderat gestiegenen Mittelbedarf der privaten Haushalte. Damit konnte

erstmals seit dem ersten Quartal 2007 sowohl bei Wohnungsbau- als auch bei Konsumentenkrediten eine Lockerung der Kreditrichtlinien, verbunden mit einer gleichzeitig steigenden Nachfrage, verzeichnet werden.

Moderater Rückgang der Wertpapierkredite

Die im Jahresendquartal 2013 beobachtete Beschleunigung des Abbaus bestimmter Bilanzpositionen, die im Zusammenhang mit der Bilanzprüfung systemrelevanter Euro-Raum-Banken gestanden haben dürfte, hat sich im Berichtsquartal wie erwartet nicht fortgesetzt.⁴⁾ Vielmehr deuten nicht saisonbereinigte Daten für die vier großen Mitgliedsländer darauf hin, dass ein Teil der aus bilanztechnischen Gründen durchgeführten Geschäfte schon im Januar wieder rückabgewickelt wurde. Betragsmäßig betraf dies vor allem Forderungen an andere Euro-Raum-Banken sowie Finanzderivate des Handelsbestandes, das heißt Positionen, die keinen oder keinen wesentlichen Einfluss auf die Geldmengenentwicklung haben. Aber auch bei den Wertpapierbeständen der MFIs schwächte sich der zum Jahresende zu beobachtende beschleunigte Abbau im ersten Vierteljahr 2014 deutlich ab. Zudem deutet insbesondere bei französischen und spanischen Banken die monatliche Bilanzstatistik darauf hin, dass im Januar wieder verstärkt Wertpapiere von Regierungen aus dem Euro-Raum gekauft wurden. Insgesamt gesehen dämpfte der Abbau der Wertpapierkredite sowohl an öffentliche Haushalte als auch an den Privatsektor die Ausweitung der Geldmenge M3 im ersten Vierteljahr nur moderat.

Netto-Auslandsposition mit deutlicher Ausweitung

Den dämpfenden Einflüssen der Kreditvergabe stand erneut eine deutliche Ausweitung der Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors gegenüber. Dabei spielten die anhaltenden Leistungsbilanzüberschüsse des Euro-Raums eine etwas geringere Rolle als in den Quartalen zuvor, während vom Wertpapierverkehr mit dem Ausland stärkere Impulse für das Geldmengenwachstum ausgingen. Wie in den Vorquartalen war dafür insbesondere die starke Nachfrage ausländischer Anleger nach Wertpapieren aus dem Euro-Raum ausschlaggebend. Die daraus

resultierenden Kapitalzuflüsse in den Euro-Raum wurden von den anhaltenden Käufen ausländischer Wertpapiere durch inländische Nicht-MFIs nur teilweise kompensiert.

Im Gegensatz dazu übte das Geldkapital im Berichtsquartal keinen bedeutenden Einfluss auf die Geldmenge aus. Der per saldo leichte Anstieg resultierte allein aus einem deutlichen Aufbau von Kapital und Rücklagen, die im Jahresschlussquartal 2013 auch vor dem Hintergrund von Bilanzanpassungen noch zurückgegangen waren. Dem stand – neben leichten Abflüssen bei langfristigen Bankeinlagen – vor allem ein neuerlicher deutlicher Abbau von Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren gegenüber, die im Schlussquartal erstmals seit Mitte 2011 wieder aufgebaut worden waren. Trotz der von den im Rahmen des BLS befragten Instituten gemeldeten Verbesserungen bei der Begebung von längerfristigen Bankschuldverschreibungen wiesen insbesondere deutsche, spanische und französische Banken Abflüsse in diesem Bereich auf. Dies legt nahe, dass hier weiterhin auch bankseitige Faktoren eine Rolle spielen: Neben dem geringen Finanzierungsbedarf einiger Kreditinstitute im Zuge des Verschuldungsabbaus zählt hierzu vor allem die bankseitige Substitution von Bankschuldverschreibungen durch alternative Finanzierungsquellen, wie der günstig vom Eurosystem zur Verfügung gestellten Liquidität und dem weiter wachsenden Einlagenbestand. Hierzu passt, dass die im Zuge des BLS befragten Banken auch eine insgesamt leicht verbesserte Refinanzierungssituation meldeten. Der Einfluss der Staatsschuldenkrise auf die Refinanzierung und die Kreditangebotspolitik änderte sich laut Umfrageteilnehmern erneut kaum.

Geldkapital ohne großen Einfluss auf die Geldmenge

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Abbau der Bilanzaktiva in den Bankbilanzen der vier großen Euro-Raum-Mitgliedstaaten, Monatsbericht, Februar 2014, S. 38 ff.

Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland^{*)}

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2013	2014
	4. Vj.	1. Vj.
Einlagen von inländischen Nicht-MFIs ¹⁾ täglich fällig mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren über 2 Jahre	12,6 1,2 -7,3	20,6 9,9 -7,6
mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten über 3 Monate	-0,5 -1,3	-3,2 -0,3
Kredite		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	-0,8	-1,2
Wertpapierkredite	5,0	-2,0
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite ²⁾	2,1	3,0
darunter: an private Haushalte ³⁾	3,1	5,6
an nichtfinanzielle Unternehmen ⁴⁾	-0,1	-4,6
Wertpapierkredite	-2,6	-1,1

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen ausgeschaltet. **1** Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. **2** Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. **3** Und Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.

Deutsche Bundesbank

Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

Einlagen-geschäft erneut mit Zuwachs, ...

Ähnlich wie im übrigen Euro-Gebiet war das Anlageverhalten der Nichtbanken in Deutschland im ersten Quartal 2014 von einem fortgesetzten Aufbau kurzfristiger Einlagen bei gleichzeitigem Abbau längerfristiger Einlagen geprägt. In dieser Entwicklung kommt die nach wie vor ausgeprägte Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors zum Ausdruck, die angesichts der weiter gesunkenen Opportunitätskosten der kurzfristigen Geldhaltung eine spürbare Ausweitung insbesondere von Sichteinlagen bewirkte. Die leichte Verflachung der Zinsstruktur führte überdies dazu, dass sich die bereits im Vorquartal zu beobachtende Ausweitung der kurzfristigen Termineinlagen im Berichtsquartal weiter beschleunigte. Neben diesen Umschichtungen innerhalb von M3 wurde das Einlagengeschäft der Banken in Deutsch-

land im Berichtszeitraum erneut dadurch bestimmt, dass die geldhaltenden Marktakteure auf der Suche nach höheren Zinserträgen einen Teil ihrer Mittel aus vergleichsweise niedrig verzinsten, länger laufenden M3-Instrumenten in risikoreichere Aktiva außerhalb von M3 verlagerten.

Im Gegensatz zum Vorquartal wurde der aktuelle Zuwachs an kurzfristigen Einlagen im Berichtsquartal von allen geldhaltenden Sektoren getragen, wobei die größten Zuflüsse bei den privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen zu verzeichnen waren. Während private Haushalte erneut Sichteinlagen aufbauten, wenn auch gegenüber den Vorquartalen merklich abgeschwächt, zeigten nichtfinanzielle Unternehmen ein größeres Interesse an kurzfristigen Termineinlagen, deren Bestände nach leichtem Zuwachs im Vorquartal im Berichtszeitraum spürbar aufgestockt wurden. Ursächlich für diese Entwicklung dürfte neben dem nochmals leicht gesunkenen Zinsabstand zu länger laufenden M3-Einlagen die bereits seit einigen Quartalen zu beobachtende Liquiditätsstärke der nichtfinanziellen Unternehmen sein, die durch ihre stabile Gewinnsituation bedingt ist.

... weiterhin getrieben durch Sichteinlagen sowie kurzfristige Termineinlagen

Ferner war das Einlagengeschäft inländischer Banken im Berichtsquartal erneut durch einen spürbaren Abbau der langfristigen Termineinlagen gekennzeichnet. Wie auch in den vorangegangenen Quartalen wurden die größten Bewegungen dabei auf den Konten von finanziellen Unternehmen, insbesondere Versicherungsunternehmen und Pensionseinrichtungen, verbucht. Angesichts der insgesamt positiven Kapitalmarktentwicklung im Berichtsquartal dürften diese einen Teil der frei gewordenen Gelder in weniger liquide und riskantere Aktiva außerhalb von M3 umgeschichtet haben. Aber auch andere geldhaltende Sektoren bauten ihre längerfristigen M3-Einlagen ab, wenngleich in deutlich geringerem Umfang. Entscheidend hierfür dürfte die weiter gesunkene Verzinsung dieser Anlageformen gewesen sein.

Längerfristige Einlagen erneut abgebaut

Ausleihungen der Banken an inländische Nichtbanken mit positiver, jedoch nachlassender Dynamik

Die Belebung des Kreditgeschäfts der Banken in Deutschland mit dem inländischen Nichtbankensektor, die in den zwei vorangegangenen Quartalen zu beobachten war, hat sich im ersten Vierteljahr 2014 nicht mit gleicher Dynamik fortgesetzt. Verantwortlich hierfür waren im Wesentlichen ein merklicher Rückgang der Kredite an öffentliche Haushalte sowie eine deutliche Abnahme der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen. Da die Buchkredite an private Haushalte jedoch gleichzeitig spürbare Zuflüsse verzeichneten und die unverbrieften Ausleihungen an finanzielle Unternehmen erstmals seit dem vierten Quartal 2012 wieder leicht zunahmen, entwickelte sich die Buchkreditvergabe an den Privatsektor insgesamt positiv.

Wohnungsbaukredite weiter ausgebaut

Wie auch in den Quartalen zuvor war die Buchkreditvergabe an private Haushalte (und somit an den inländischen Privatsektor insgesamt) hauptsächlich durch die Wohnungsbaukredite getrieben. Diese wurden im Berichtszeitraum wieder verstärkt ausgebaut, wozu die äußerst vorteilhafte Witterung sowie die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen beigetragen haben. Hinweise darauf liefern auch die aktuellen BLS-Ergebnisse: So hat sich den Angaben der am BLS teilnehmenden Banken zufolge die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten im ersten Quartal 2014 wieder deutlich belebt, nachdem sich der Nachfrageanstieg in den vorangegangenen Quartalen stetig verlangsamt hatte. Nach Meinung der befragten Bankmanager schätzten die Kreditnehmer im Berichtsquartal die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt deutlich besser ein als im Vorquartal.

Ausweitung der Buchkredite zu Konsumzwecken leicht beschleunigt

Auch bei den Konsumentenkrediten sahen sich die am BLS teilnehmenden Banken im ersten Quartal 2014 einer spürbar gestiegenen Nachfrage gegenüber, hinter der insgesamt verbesserte Einkommensaussichten und eine damit einhergehende steigende Anschaffungsneigung standen. Im Ergebnis schlugen sich diese günstigen Rahmenbedingungen für den privaten Konsum in einer beschleunigten Zunahme

Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren

saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



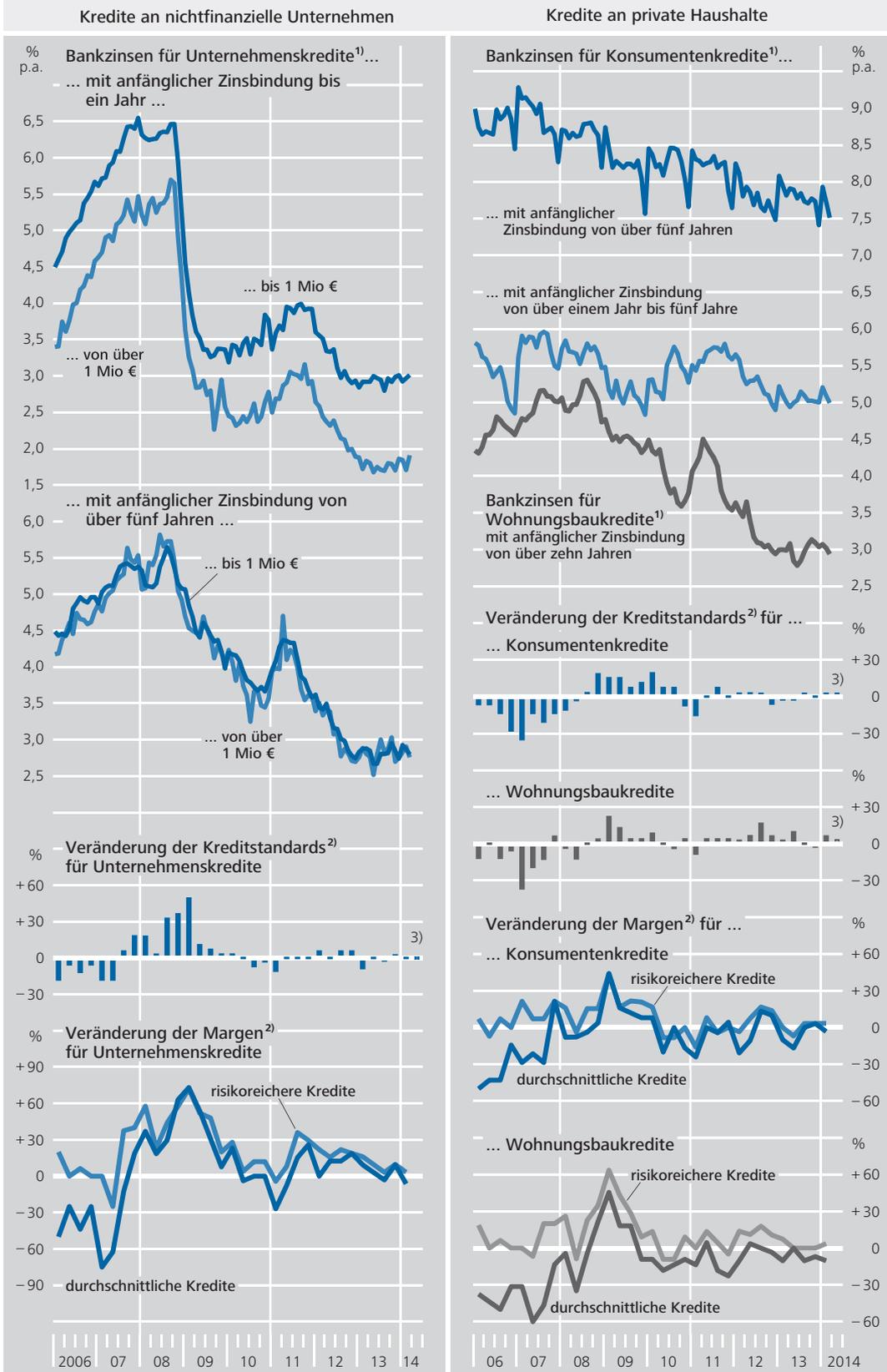
1 Veränderungsrate gegenüber Vorjahr. 2 Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. 3 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften.
 Deutsche Bundesbank

der Ausleihungen zu Konsumzwecken nieder. Insgesamt gesehen bleibt die Buchkreditvergabe an inländische private Haushalte im ersten Vierteljahr 2014 trotz der verbuchten Zuwächse jedoch weiterhin moderat: Die 12-Monatsrate der Buchkredite an private Haushalte erhöhte sich von 1,2% im Vorquartal nur leicht auf 1,3%.

Das Buchkreditgeschäft der Banken in Deutschland mit inländischen nichtfinanziellen Unternehmen war im Berichtsquartal hingegen spürbar rückläufig, nachdem sich Neukreditvergabe und Tilgungen im vorangegangenen Quartal noch die Waage gehalten hatten. Die verstärkte Nettotilgung von Unternehmenskrediten in Deutschland dürfte auf mehrere Faktoren zurückzuführen sein: Vor dem Hintergrund der moderaten Investitionstätigkeit und gleichzeitig stabilen Gewinnsituation der deutschen Unternehmen sowie der geringen Attraktivität von M3-Instrumenten deutet diese Entwicklung darauf hin, dass Unternehmen ihre Ge-

Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen spürbar gesunken

Bankkonditionen in Deutschland



1 Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditstandards: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärft“ und „leicht verschärft“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 2. Vj. 2014.

Finanzierungsumfeld von kleinen und mittleren Unternehmen im Euro-Raum – Konzept und Ergebnisse der SAFE-Umfrage

Bei der anhaltenden wirtschaftspolitischen Diskussion um die Finanzierungssituation von Unternehmen in einigen Ländern des Euro-Raums stehen regelmäßig kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Zentrum. Diese sind im Gegensatz zu großen Firmen nur begrenzt in der Lage, ihren Finanzierungsbedarf über diversifizierte externe Quellen zu decken und flexibel auf Veränderungen in der Verfügbarkeit bestimmter Finanzierungsinstrumente zu reagieren. Grund hierfür ist, dass ihnen für die Fremdfinanzierung in aller Regel lediglich der Bankkredit zur Verfügung steht, während Großunternehmen auf den Kapitalmarkt oder andere Nichtbanken ausweichen können.¹⁾ Mögliche Restriktionen des Bankkreditangebots könnten somit auf die KMU einen stärkeren Einfluss ausüben als auf größere Unternehmen.

Der Survey on the Access to Finance of SMEs in the Euro Area (SAFE) der Europäischen Zentralbank gibt Auskunft über das Finanzierungsumfeld von KMU im Euro-Raum und ermöglicht eine Analyse auf Länder- und Branchenebene sowie entlang verschiedener Unternehmenscharakteristika. Die Umfrage wurde im Jahr 2009 nach Verschärfung der globalen Finanzkrise eingeführt, als viele Banken Liquiditätsengpässe erlitten und die Befürchtung aufkam, sie könnten ihre Kreditvergabe insbesondere an KMU deutlich einschränken. Seither wird sie halbjährlich durchgeführt und richtet sich primär an KMU; große Unternehmen werden lediglich zu Vergleichszwecken mit einbezogen.²⁾ Die Antwortmöglichkeiten sind ausschließlich qualitativer Natur und erfordern eine Einschätzung der Lage auf Basis einer vorgegebenen Skala. Befragt werden in der Regel rund 7 500 Unternehmen, darunter knapp 7 000 KMU.³⁾ Gegenstand der Befragung ist dabei die finanzielle Situation und das wahrgenommene Finanzierungsumfeld im voran-

gegangenen halben Jahr. Inzwischen liegen die Ergebnisse aus zehn Umfragewellen vor – die jüngsten wurden am 30. April 2014 publiziert.

Gemäß der Umfrage hat sich die finanzielle Situation der KMU im Euro-Raum insgesamt in den ersten Jahren der Finanz- und Wirtschaftskrise stetig verschlechtert. Dies galt sowohl für die individuelle Umsatz- und Gewinnsituation als auch für den – damit verbundenen – Zugang zu externen Finanzierungsmöglichkeiten. Am aktuellen Rand fällt die Einschätzung der Unternehmen hingegen spürbar besser aus als zuvor. Über den gesamten Zeitraum zeigt sich dabei eine recht große Heterogenität, und zwar sowohl zwischen den Ländern des Euro-Raums als auch in Bezug auf die jeweiligen Unternehmensbranchen.

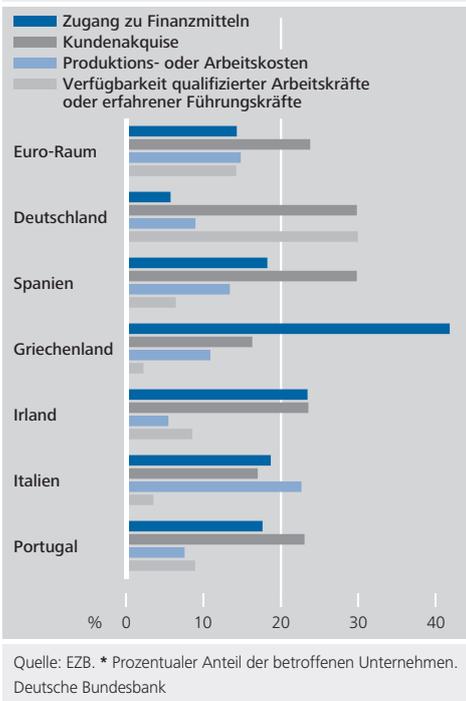
Zuletzt berichteten die KMU im Euro-Raum insgesamt von einer Stabilisierung ihrer Umsatzsituation, nachdem sich diese im Gefolge der Krise über einen längeren Zeitraum verschlechtert hatte. Im Baugewerbe, das infolge der Immobilienbooms in manchen Ländern im Vorfeld der Krise einem besonders starken Anpassungsbedarf unterliegt, hat sich die Umsatzsituation für die Mehrheit der befragten Unternehmen hingegen bis zuletzt verschlechtert. Die Gewinnsituation, die sich analog zur Umsatzentwicklung in den letzten Jahren schwach entwickelte, fiel nach Angaben der KMU im

¹ Zwar existieren auch für KMU alternative Fremdfinanzierungsformen wie Mittelstandsanleihen, Schuldscheine, Formen des Finanzierungsleasings oder Handelskredite; jedoch ist das Volumen dieser Finanzierungsarten relativ gering.

² Die Definition von KMU umfasst hier Unternehmen mit weniger als 250 Angestellten.

³ Aufgrund der geringen Stichprobengröße für die Mehrheit der Länder, die mit meist 500 oder weniger Unternehmen nur bedingt repräsentativ ist, sollten die Ergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden. Größere Stichproben von rd. 1 000 Unternehmen liegen nur für Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien vor.

Drängendste Probleme der kleinen und mittleren Unternehmen im zweiten Halbjahr 2013^{*)}



Euro-Raum auch in der jüngsten Umfrage-
 welle schlechter aus, allerdings in geringe-
 rem Umfang als in den Vorperioden.

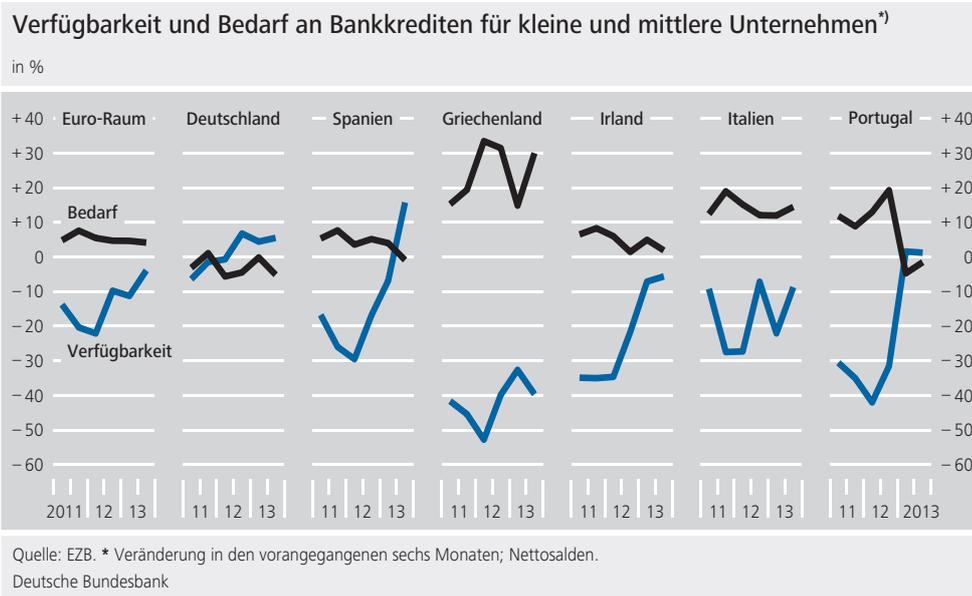
Dennoch haben die KMU am aktuellen
 Rand ihre schon seit Längerem erkennbaren
 Bemühungen zum Abbau der Verschuldung
 weiter intensiviert. Dies gilt vor allem für
 KMU im Verarbeitenden Gewerbe, wäh-
 rend der Schuldenabbau im Baugewerbe
 bisher nur schwach ausfiel. Auf Länder-
 ebene schlug sich der Verschuldungsabbau
 insgesamt am stärksten in Irland und in den
 Niederlanden nieder, während die KMU in
 Italien eine erneute Erhöhung des Verschul-
 dungsgrades verzeichneten.

Der Zugang zu Finanzierungsmitteln, der
 sich aus Sicht der KMU vor allem in den
 Jahren 2009 und 2012 spürbar verschlech-
 tert hatte, wurde zuletzt als weniger pro-
 blematisch wahrgenommen: Der Anteil
 derjenigen KMU, die darin das drängendste
 Problem sahen, lag in der letzten Umfrage-
 welle auf dem niedrigsten Stand seit Erhe-

bungsbeginn (als drängendstes Problem
 wurde – vor allem am aktuellen Rand – die
 schwache Kundennachfrage genannt).
 Während der Zugang zu Finanzierungsmit-
 teln in Griechenland weiterhin als beson-
 ders problematisch wahrgenommen wird,
 war dieser Anteil in den meisten Ländern
 rückläufig. Trotz unterschiedlicher Niveaus
 deutet dies auf eine Entspannung hin. In
 Deutschland dominiert zudem hingegen
 schon seit Längerem die Sorge um eine
 ausreichende Verfügbarkeit von qualifizier-
 ten Arbeitskräften.

Um etwaige Probleme beim Zugang zu
 Finanzierungsmitteln möglichst präzise er-
 fassen zu können, wird im SAFE auch ge-
 sondert nach der Verfügbarkeit von Bank-
 krediten gefragt. Diese hat sich in der
 Wahrnehmung der KMU im gesamten
 Euro-Raum in den letzten Jahren per saldo
 stetig verschlechtert, jüngst allerdings mit
 deutlich abnehmender Dynamik: Der Anteil
 der KMU, die von einer Verschlechterung
 berichteten, fiel zuletzt auf den niedrigsten
 Wert seit Beginn der Umfrage. Treiber die-
 ser Verschlechterung waren in erster Linie
 der getrübtte gesamtwirtschaftliche Ausblick
 sowie firmenspezifische und bankangebots-
 seitige Faktoren. Betroffen war davon ins-
 besondere der Bausektor, aber auch hier fiel
 die Verschlechterung jüngst weniger stark
 aus als in den vorigen Umfragewellen. Auf
 Länderebene wurde per saldo erneut in
 Deutschland und Portugal sowie zum ersten
 Mal auch in Spanien eine Verbesserung
 beim Zugang zu Finanzierungsmitteln ver-
 zeichnet.

Der Bedarf an Bankkrediten nahm bei den
 befragten Unternehmen im Euro-Raum ins-
 gesamt in den letzten Jahren stetig zu, am
 aktuellen Rand jedoch nur noch gering-
 fällig. In der jüngsten Umfragewelle fiel der
 Anstieg in Griechenland, Italien und Frank-
 reich besonders hoch aus. In Deutschland,
 Portugal und erstmals auch in Spanien
 wurde per saldo von einem Rückgang des
 Bankkreditbedarfs berichtet.



Für die Zukunft erwarten die KMU im Euro-Raum gemäß SAFE per saldo eine leichte Verbesserung beim Zugang zu Finanzmitteln sowie eine weitere Verbesserung bei der Verfügbarkeit interner Mittel. Der dies-

bezügliche Ausblick stellte sich für KMU in Deutschland und Spanien besonders positiv dar und fiel in Italien zugleich weniger negativ aus als in vorherigen Umfragen.

winne verstärkt zur Rückführung ihrer Außenstände genutzt haben. Hinzu kommt, dass die Bedeutung von MFI-Krediten als Finanzierungsquelle für Unternehmen bereits seit Jahren trendmäßig abnimmt und ein zunehmender Teil der Unternehmensinvestitionen aus anderen Finanzierungsformen und alternativen Kapitalgebern (insbesondere Krediten im Konzernverbund, kapitalmarktbasierter Mittelzuflüssen sowie Handelskrediten) bestritten wird.⁵⁾ Die Ergebnisse des BLS untermauern diese Einschätzung: Die teilnehmenden deutschen Banken geben bereits seit einigen Quartalen an, dass primär die Inanspruchnahme anderer Finanzierungsquellen, insbesondere die Innenfinanzierung, die Nachfrage der Unternehmen nach Bankkrediten gedämpft hat.

folge haben die befragten Institute im ersten Quartal 2014 ihre Standards im Unternehmenskreditgeschäft unabhängig von der Laufzeit und der Unternehmensgröße per saldo nicht verändert. Damit setzt sich die seit Mitte 2009 andauernde Periode insgesamt wenig veränderter Kreditrichtlinien weiter fort. Im Jahresanfangsquartal ging zwar von den Eigenkapitalkosten sowie von branchen- und firmenspezifischen Faktoren für sich genommen ein leicht restriktiver Einfluss auf die Kreditstandards aus. Im Gegenzug hatte aber die Kreditvergabe durch andere Banken isoliert betrachtet eine lockernde Wirkung auf die Richtlinien der befragten Banken. Die Margen wurden in Abhängigkeit von der Bonität der Kreditnehmer unterschiedlich angepasst: Sie verringerten sich bei durchschnittlich riskanten Unternehmenskrediten im Vergleich zum Vorquartal leicht und

Kreditstandards deutscher Banken gegenüber Unternehmen und ...

Die beobachtete leichte Ausweitung der Buchkredite an den nichtfinanziellen Privatsektor im Berichtsquartal ging mit einer weitgehend unveränderten Kreditvergabepolitik der Banken einher. Den deutschen Ergebnissen des BLS zu-

⁵ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Struktur der Unternehmensfinanzierung vor dem Hintergrund einer schwachen Buchkreditentwicklung in Deutschland und im Euro-Raum, Monatsbericht, August 2013, S. 43 f.

wurden für risikoreichere Ausleihungen marginal ausgeweitet.

... gegenüber privaten Haushalten kaum verändert

Auch die Vergabekonditionen für Kredite an private Haushalte änderten sich insgesamt nur wenig. Die Standards für Wohnungsbaukredite verschärfte die teilnehmenden Banken per saldo etwas, weil sie selbst – im Gegensatz zu den Kreditnehmern – eine Eintrübung der Aussichten für den Wohnungsmarkt wahrnahmen. Gleichzeitig verengte die teilnehmenden Institute in diesem Geschäftsfeld die Margen für durchschnittlich riskante Ausleihungen moderat. Keine nennenswerten Anpassungen ihrer Kreditvergabepolitik nahmen die Banken demgegenüber im Bereich der privaten Konsumfinanzierung vor.

Derzeitiges Niveau der Standards im Unternehmenskreditgeschäft vergleichsweise straff

Die April-Umfrage des BLS enthielt zusätzlich Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der befragten Banken, zu den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise auf die Refinanzierung sowie auf die Kreditangebotspolitik und – erstmalig – zu den Niveaus der Kreditstandards. Allgemein berichteten die Institute von einem insgesamt leicht verbesserten Refinanzierungsumfeld im ersten Quartal 2014. Von der Staatsschuldenkrise gingen wie schon in den Vorquartalen nur marginale Wirkungen auf die Veränderung der Refinanzierungsbedingungen aus, die Kreditangebotspolitik wurde dadurch aber nicht beeinflusst.

Die Frage nach den Niveaus der Kreditstandards in der Einschätzung der jeweiligen Bank bezog sich auf den Mittelpunkt der Bandbreite der Standards seit Intensivierung der Staatsschuldenkrise. Verglichen mit diesem (subjektiven) Bezugspunkt sind die Vergaberichtlinien im Firmenkundengeschäft nach Einschätzung der befragten Banken derzeit vergleichsweise straff. Für das Geschäft mit den privaten Haus-

halten meldeten die Banken hingegen, dass ihre derzeitigen Standards sowohl für Wohnungsbau- als auch für Konsumentenkredite im Ergebnis nur geringfügig restriktiver seien als der jeweilige Bezugspunkt.

Die Bankkreditzinsen im Neugeschäft dürften sich angesichts ihres weiterhin sehr niedrigen Niveaus eher stützend auf die inländische Kreditvergabe an den privaten Sektor ausgewirkt haben. Den leichten Rückgang der Zinsen an den Kapitalmärkten vollzogen die Bankzinsen im ersten Quartal über die gemeldeten Geschäftszweige, Laufzeiten und Volumina überwiegend nach oder sie stagnierten.

Bankkreditzinsen vollziehen Zinsrückgang am Kapitalmarkt nach oder stagnieren

So verharrten die Zinsen für Unternehmenskredite im ersten Quartal 2014 in etwa auf dem Niveau des Vorquartals. In der Niveaubetrachtung verlangten die meldenden Institute für kurzfristige Mittel an inländische nichtfinanzielle Unternehmen Ende März 3,0% für kleinvolumige beziehungsweise 1,9% für großvolumige Kredite. Die Zinsen für langfristige Ausleihungen lagen für beide Größenordnungen zuletzt bei 2,8%.

Wohnungsbaukredite waren dagegen im Anfangsquartal 2014 etwas günstiger als zuvor. Ende März lag der Zins für langfristige Ausleihungen bei 2,9%. Die einzige Ausnahme von der allgemeinen Entwicklung stellt der deutliche Anstieg der Zinsen für kurzfristige Konsumentenkredite dar. In diesem Anstieg kommt unter anderem zur Geltung, dass die für das Schlussquartal typische Senkung der Zinsen für Konsumfinanzierungen im ersten Quartal 2014 zurückgenommen wurde. Die Einlagen der privaten Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen wurden im Vergleich zum Vorquartal insgesamt etwas niedriger vergütet.

■ Finanzmärkte

■ Finanzmarktumfeld

*Finanzmärkte
trotz belastender
Faktoren robust*

Die Finanzmärkte zeigten sich im ersten Quartal 2014 angesichts einer Vielzahl belastender Faktoren vergleichsweise robust. Die geopolitischen Anspannungen um die Ukraine wirkten zwar immer wieder je nach tagespolitischer Nachrichtenlage auf die Kurse ein. Eine den gesamten Finanzmarkt erfassende erhöhte Risikoaversion, die in der Regel mit hohen Preisabschlägen einhergeht, war aber nicht zu verzeichnen. Auch die Finanzmarkturbulenzen in einigen Schwellenländern zu Beginn des Jahres ebneten recht zügig wieder ab. Einige bis Ende März überwiegend auf der negativen Seite überraschende Konjunkturindikatoren belasteten die Märkte ebenfalls nur moderat. Offenbar schirmten das als relativ robust eingeschätzte Grundtempo des weltwirtschaftlichen Wachstums und die weiterhin – trotz der schrittweisen Zurücknahme der Wertpapierkäufe der amerikanischen Zentralbank – expansiv ausgerichtete Geldpolitik der großen Industrieländer die Finanzmärkte teilweise von Belastungen ab. Zudem hellte sich das Stimmungsbild zuletzt wieder auf. Im Ergebnis gaben die Renditen von Anleihen weltweit nach, während die Aktienmärkte überwiegend Kursgewinne verzeichneten. An den Devisenmärkten gewann zu Beginn des Jahres vor allem der Yen an Wert, was neben seiner Rolle als traditionelle „Safe Haven“-Währung auch auf die Auflösung riskanter „Carry Trade“-Geschäfte zurückzuführen sein dürfte. Der Euro hat sich im gewogenen Durchschnitt dagegen nur wenig verändert (–½%), bleibt aber weiterhin vergleichsweise hoch bewertet.

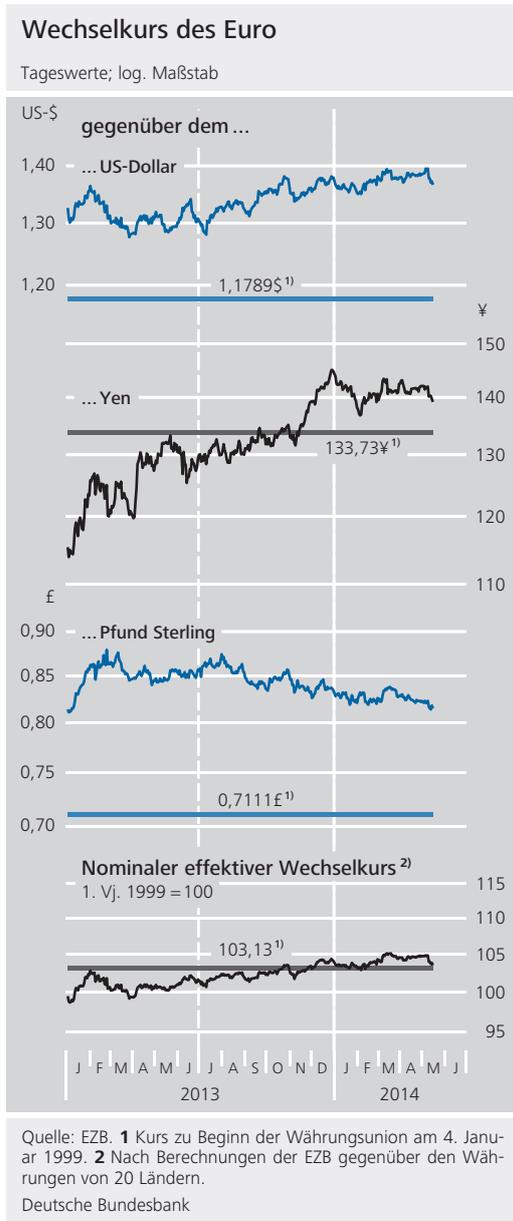
■ Wechselkurse

*Wechselkurs-
entwicklung des
Euro gegenüber
dem
US-Dollar, ...*

Nachdem der Euro-Dollar-Kurs Anfang Februar bei 1,36 US-\$ notierte, wertete er in der Folgezeit spürbar auf. Auslöser für die deutliche Befestigung des Euro war, dass die EZB auf ihrer

geldpolitischen Sitzung im Februar – entgegen den bestehenden Erwartungen einiger Marktteilnehmer – weitere Lockerungsmaßnahmen weder angedeutet noch beschlossen hatte. Zusätzlich gestützt wurde der Euro durch die Veröffentlichung überraschend negativer Daten zu den amerikanischen Einzelhandelsumsätzen und zum US-Immobilienmarkt. Nachdem der EZB-Rat auf seiner Sitzung im März sich erneut abwartend positioniert hatte und besser als erwartet ausgefallene Konjunkturdaten aus dem Euro-Währungsgebiet und aus Deutschland gemeldet wurden, stieg der Euro-Dollar-Kurs weiter an. Mit einer Notierung von 1,39 US-\$ erreichte er Mitte März den höchsten Stand seit 2½ Jahren.

In der Folgezeit gab der Euro einen Teil der erzielten Kursgewinne gegenüber dem US-Dollar zunächst wieder ab. In dieser Zeit hatten Äußerungen der Vorsitzenden des Federal Open Market Committee Spekulationen aufkommen lassen, dass die US-Leitzinsen bereits Mitte nächsten Jahres – und damit überraschend früh – heraufgesetzt werden könnten. Doch schon Anfang April hat die Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls gezeigt, dass einige Mitglieder des geldpolitischen Ausschusses der Fed die jüngsten Zinserwartungen für überzeichnet halten, woraufhin sich der Euro erneut befestigte. Mitte April wurde der Euro zusätzlich durch besser als erwartet ausgefallene Daten zur deutschen und zur spanischen Industrieproduktion und die reibungslose Emission einer griechischen Staatsanleihe gestützt. In den folgenden Wochen bewegte sich der Euro-Dollar-Kurs ohne klar erkennbaren Trend in einem engen Band zwischen 1,38 US-\$ und 1,39 US-\$. Erneut aufkommende Erwartungen auf weitere Lockerungsmaßnahmen der EZB haben den Euro zuletzt unter Druck gesetzt. Bei Abschluss dieses Berichts notierte er bei 1,37 US-\$ und damit 1% unter seinem Stand zu Jahresbeginn.



... dem Yen ...

In den ersten Wochen des Jahres 2014 hatte der Euro – wie auch eine Vielzahl anderer Währungen – deutliche Wertverluste gegenüber dem Yen zu verkraften; bis Mitte Februar fiel er auf 137 Yen. Nachdem Erwartungen auf eine weitere Lockerung der Geldpolitik im Euro-Raum gedämpft wurden, gewann der Euro gegenüber dem Yen anschließend spürbar an Wert und stieg bis Mitte März auf 143 Yen; ein Teil der Wertzuwächse hat er in der zweiten Monatshälfte aber wieder abgegeben. Anfang April erhöhte sich der Euro erneut auf 143 Yen. Eine Rolle spielten dabei aufkommende Spekulationen, dass die japanische Notenbank die Wirtschaft – angesichts der Mehrwertsteuer-

erhöhung in Japan und den zu erwarteten Belastungen für die Konjunktur – durch zusätzliche geldpolitische Expansionsmaßnahmen stimulieren würde. Entgegen dieser Erwartungen blieben weitere Lockerungsmaßnahmen der Bank von Japan bislang aber aus. Zuletzt stand der Euro bei 139 Yen und war damit rund 4% schwächer als zu Jahresbeginn.

Gegenüber dem Pfund Sterling hat der Euro im Berichtszeitraum per saldo an Wert verloren. Gestützt wurde das Pfund durch überraschend günstige Zahlen vom britischen Arbeitsmarkt, einer zuversichtlichen Wirtschaftsprognose der Bank von England sowie Daten vom Immobilienmarkt. Zuletzt gipfelten die positiven Konjunkturnachrichten in der Meldung eines starken Anstiegs des britischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im ersten Quartal 2014, der mit 3,1% noch etwas besser als erwartet ausgefallen ist. Bei Abschluss dieses Berichts lag der Euro bei 0,82 Pfund Sterling; er notierte somit 2% unter seinem Wert zu Beginn des Jahres.

... und dem Pfund Sterling

Im Durchschnitt gegenüber den Währungen 20 wichtiger Handelspartner hat der Euro seit Jahresbeginn um ½% an Wert verloren. Neben den erwähnten Kursverlusten gegenüber dem Yen und dem britischen Pfund, gab er unter anderem gegenüber dem australischen Dollar spürbar nach. Diesen Verlusten standen leichte Kursgewinne zum US-Dollar sowie Wertzuwächse gegenüber den Währungen Chinas, Kanadas, Schwedens und Ungarns entgegen. Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen in der Ukraine legte der Euro auch gegenüber dem russischen Rubel und der ukrainischen Hrywnja, die nicht in dem 20er-Länderkreis enthalten sind, merklich zu. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern des Euro-Raums gegenüber wichtigen Handelspartnern hat sich durch die Euro-Aufwertung etwas verschlechtert; sie ist – gemessen am langfristigen Durchschnitt – tendenziell ungünstig.

Effektiver Wechselkurs des Euro

Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

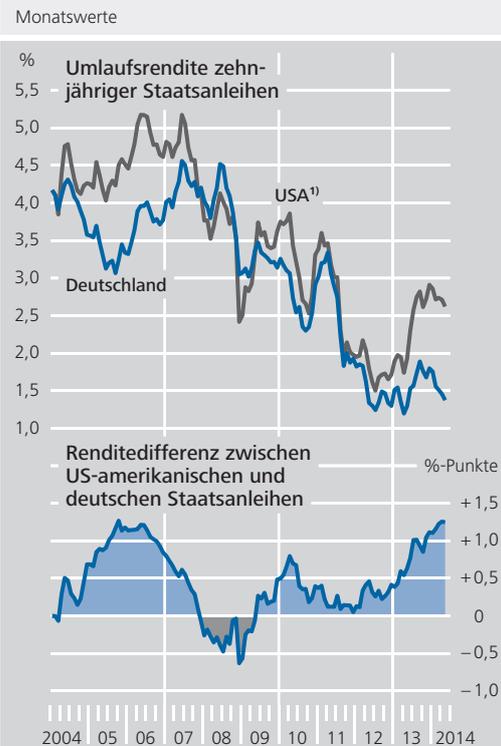
Fallende Zinsen in den USA, ...

Die Renditen am US-amerikanischen Rentenmarkt sind im Berichtszeitraum deutlich gefallen. Zu Beginn des Jahres lag die Rendite zehnjähriger US-Treasuries noch bei 3%. In diesem – gemessen an den Vorjahren – vergleichsweise hohen Niveau spiegelte sich die Erwartung, dass die US-Wirtschaft auf einen steileren Expansionspfad einschwenken und die US-Notenbank die im Dezember beschlossene Drosselung der Anleihekäufe im Jahresverlauf fortsetzen würde. Die für viele Marktteilnehmer dann überraschend geringen Wachstumsimpulse in den USA und die Turbulenzen an den Finanzmärkten in einigen Schwellenländern, die eine vermehrte Nachfrage nach sicheren Anleihen auslösten, drückten die Rendite im Ergebnis um 55 Basispunkte auf 2,5%. Von ihrem Kurs, die monatlichen Anleihekäufe um weitere 5 Mrd US-\$ pro Anleihekategorie – also Treasuries und Hypothekenanleihen – zu reduzieren, rückte die US-Notenbank indes nicht ab, da offenbar nicht zuletzt Witterungseinflüsse den konjunkturellen Schwung im ersten Quartal dämpften.

... in Japan, ...

Auch in Japan gaben die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen von niedrigem Niveau aus zu Beginn des Jahres nach, und zwar um 15 Basispunkte auf 0,6%. Seitdem liegt die Schwankungsbreite japanischer Renditen bei lediglich 7 Basispunkten. Verantwortlich für den Rückgang zeichnete trotz des durch steuerinduzierte Vorzieheffekte starken realwirtschaftlichen Wachstums im ersten Quartal – neben internationalen Einflüssen – eine ganze Serie von schlechter als erwartet ausgefallenen Konjunkturindikatoren, die bei Marktteilnehmern die Befürchtung auslösten, dass das von der Regierung beschlossene Maßnahmenbündel aus geldpolitischer Lockerung, fiskalisch induzierter Nachfrage und Strukturereformen nicht in dem erhofften Ausmaß greift. Zudem dominiert die Bank von Japan den Anleihenmarkt und tritt im Rahmen ihrer quantitativen und qualitativen geldpolitischen Lockerungsmaßnahmen (Quan-

Anleiherenditen in Deutschland und in den USA



1 Quelle: Thomson Reuters.
 Deutsche Bundesbank

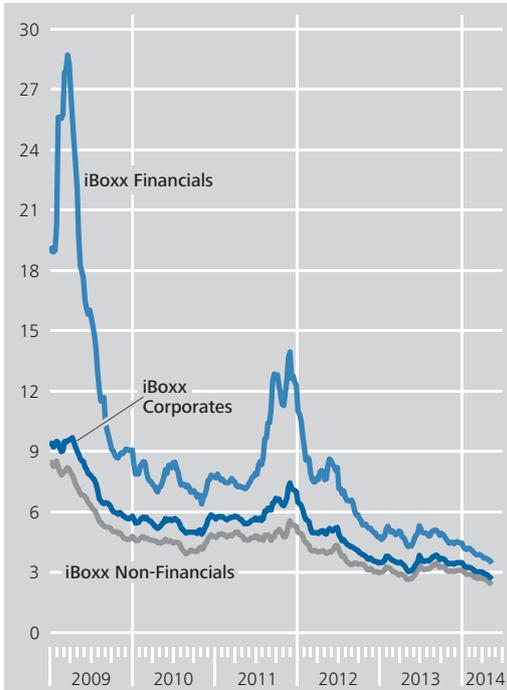
titative and Qualitative Monetary Easing) massiv als Käufer von Staatsanleihen auf und deckelt damit das niedrige Zinsniveau. Als Konsequenz der preisunelastischen Nachfrage der Bank von Japan, die bei Neuemissionen in dem entsprechenden Laufzeitsegment bis zu 70% des Volumens erwirbt, verlängert sich die Bilanz der Notenbank beständig.

Von dem allgemeinen Zinstrend haben sich auch die Renditen im Euro-Raum nicht abkoppeln können. Hier kommt der Zinsverbund mit den USA zum Tragen. Zudem schließen die Akteure an den Finanzmärkten vor dem Hintergrund der aufmerksam beobachteten aktuellen Inflationszahlen im Euro-Raum weitere geldpolitische Lockerungsmaßnahmen des Eurosystems nicht aus, trotz der allmählich anziehenden Konjunktur im Euro-Währungsgebiet. In der Konsequenz gaben im Berichtszeitraum die Zinsen in den EWU-Kernländern noch stärker nach als in den USA. Der Renditeabstand zwischen zehnjährigen US-Treasuries und Bundes-

... im Kerngebiet des Euro-Raums ...

Renditen für Unternehmensanleihen im Euro-Raum*)

in %, Wochendurchschnitte



Quelle: Markit. * BBB-Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren.
 Deutsche Bundesbank

anleihen vergrößerte sich um 15 Basispunkte auf 120 Basispunkte. Der Spread erreichte damit das höchste Niveau seit mehreren Jahren.

... und der EWU-Peripherie

Die BIP-gewichtete Rendite langfristiger Anleihen von EWU-Staaten (ohne Deutschland) ist – wie auch schon in den Monaten davor – seit Ende Dezember mit 95 Basispunkten auf 2,5% deutlich stärker gefallen als die Rendite von Bundesanleihen. Überdurchschnittlich stark sanken die Zinsen in den Peripherieländern. Hierzu trug zum einen das allgemeine Investmentklima bei, das durch niedrige Zinsen und einen hohen Risikoappetit für Anleihen geprägt ist. Seinen Widerhall findet hierin aber auch, dass sich kritische Größen wie die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzdefizite dieser Länder überwiegend in die richtige Richtung bewegen. Diese Entwicklung hat sich auch in den Bewertungen der Rating-Agenturen niedergeschlagen, die dieses Jahr die Bonitätseinschätzungen für Zypern, Spanien, Portugal und Irland hochgestuft haben. Allerdings

stehen nachhaltig positive Wachstumseffekte, die langfristig die Schuldentragfähigkeit der Peripherieländer sichern, in einigen Ländern noch aus. Demgegenüber wirken im Hintergrund nach wie vor das beschlossene, aber noch nicht aktivierte OMT-Programm sowie die bereits geleisteten oder in Aussicht gestellten Hilfgelder. Besonders deutlich wird das im Falle Griechenlands, dessen Schuldenquote von derzeit 175% des BIP nach Vorhersage der Europäischen Kommission im laufenden Jahr noch einmal leicht ansteigen dürfte. Das Land hat im Jahr 2013 einen sogenannten Programm-Primärüberschuss erzielt, also einen Überschuss, wenn Zahlungen für Zinsen und mit der Krise zusammenhängende Ausgaben, wie die Kosten für die Bankenrekapitalisierung, unberücksichtigt bleiben. Vor diesem Hintergrund gelang es dem griechischen Staat, am 17. April 2014 eine fünfjährige Anleihe mit einem Volumen von 3 Mrd € nach englischem Recht zu begeben, die zuletzt knapp über 5% rentierte. Diese Anleihe stieß auf reges Interesse unter anderem bei ausländischen Privatinvestoren. Darin dürfte neben der Suche nach Rendite auch zum Ausdruck kommen, dass die Anleger der wiederholten Aussage der Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums vertrauen, wonach der Schuldenschnitt des Jahres 2012 für griechische Anleihen in den Händen privater Gläubiger einen Einzelfall darstellen solle.

Die deutsche Zinsstrukturkurve, die aus den Renditen von Bundeswertpapieren ermittelt wird, hat sich – gemessen am Renditeabstand von zwei- beziehungsweise zehnjährigen Anleihen – um 50 Basispunkte abgeflacht. Mit gut 140 Basispunkten weist sie aber immer noch eine recht hohe Steigung auf. Rückläufig war vor allem das längerfristige Laufzeitsegment. Allerdings hat auch die Rendite im Laufzeitbereich von zwei Jahren, der durch die Geldpolitik maßgeblich mitbestimmt wird, etwas nachgegeben. Hierin spiegelt sich die oben erwähnte Spekulation um weitere geldpolitische Lockerungen.

Zinsstrukturkurve aus Bundeswertpapieren verflacht

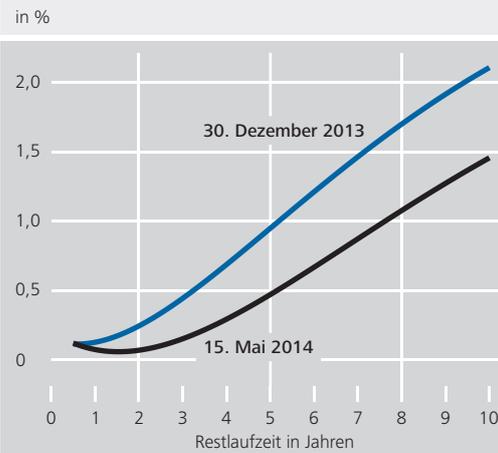
*Inflations-
erwartungen
fest verankert*

Eine Zerlegung der Zinsstrukturkurve in ihre Komponenten Realzins und Inflationserwartung zeigt, dass im Berichtszeitraum in erster Linie der realzinsbereinigte, also reale Zins nachgegeben hat, und zwar um 45 Basispunkte. Die fünfjährige Termininflationserwartung in fünf Jahren, eine Größe, auf die Zentralbanken bevorzugt abstellen, weil kurzfristige Störungen weniger stark auf sie durchwirken, liegt weiterhin bei 2%, und damit in der Nähe des Wertes zum Jahreswechsel. Die entsprechende Termininflationserwartung auf Basis von Inflationsswaps hat bis Ende Februar etwas nachgegeben; zuletzt lag sie bei gut 2,0%. Die längerfristigen Inflationserwartungen sind deshalb auch im derzeitigen Zinsumfeld als verankert anzusehen.

*Finanzierungs-
bedingungen
von Unter-
nehmen weiter
verbessert*

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen am Kapitalmarkt haben sich weiter verbessert und stützen die Erholung im Euro-Raum. Für europäische finanzielle Unternehmen verringerten sich die Renditen von Anleihen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren und einem BBB-Rating seit Jahresanfang deutlich von 4,5% auf zuletzt 3,5%.¹⁾ Die entsprechenden Anleiherenditen von europäischen nichtfinanziellen Unternehmen sanken ebenfalls, und zwar von 3,1% auf 2,3%. Damit rentierten Unternehmensanleihen weiterhin deutlich unterhalb ihres Fünfjahresdurchschnitts und auch merklich niedriger als vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Trotz rückläufiger Bundesanleiherenditen engten sich auch die Renditeaufschläge gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen ein. Sie fielen für finanzielle und realwirtschaftliche BBB-Unternehmen um 40 beziehungsweise 20 Basispunkte auf 2,4 Prozentpunkte beziehungsweise 1,2 Prozentpunkte. Die Einengung der Spreads steht im Einklang mit einer rückläufigen Unsicherheit am europäischen Aktienmarkt. Sie deutet außerdem auf eine weiter gesunkene Risikoaversion der Bondmarktakteure und auf eine recht niedrige Kompensation der Investoren für erwartete Kreditausfallverluste hin. Vor dem Hintergrund des fortbestehenden globalen Niedrigzinsumfelds dürfte hierin eine anhal-

Zinsstruktur am deutschen Rentenmarkt^{*)}



* Zinssätze für (hypothetische) Nullkuponanleihen (Svensson-Methode), basierend auf börsennotierten Bundeswertpapieren. Deutsche Bundesbank

Fünfjährige Termininflationserwartung in fünf Jahren^{*)}



Quellen: BGC Partners, Bloomberg und eigene Berechnungen.
 *) Abgeleitet aus dem festen Zins von Inflationsswaps, der gegen die jährlichen realisierten Inflationsraten (HVPI ohne Tabakwaren) der nächsten fünf bzw. zehn Jahre getauscht wird. Deutsche Bundesbank

tende Suche der Investoren nach Rendite zum Ausdruck kommen.

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im ersten Quartal 2014 auf 395 ½ Mrd €; es lag somit über dem Wert des Vorquartals (366 Mrd €). Nach Abzug der deutlich gestiegenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis inländische Anleihen für 11 ½ Mrd € getilgt. Aller-

*Gestiegener
Nettoabsatz am
Rentenmarkt*

¹ Hierbei werden Renditen von Anleihen der Unternehmen aus den nach Ratingklassen unterschiedenen Anleiheindizes von iBoxx zugrunde gelegt.

Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2013		2014
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Schuldverschreibungen			
Inländer	1,2	8,1	1,8
Kreditinstitute	- 14,9	- 0,6	- 5,4
darunter:			
ausländische Schuldverschreibungen	- 2,7	2,3	5,0
Deutsche Bundesbank	- 4,1	- 2,1	- 2,3
Übrige Sektoren	20,1	10,8	9,5
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 8,3	- 8,0	- 14,8
Ausländer	10,4	- 19,9	14,3
Aktien			
Inländer	14,0	- 7,0	10,7
Kreditinstitute	8,3	- 2,2	7,2
darunter:			
inländische Aktien	4,4	- 1,9	5,7
Nichtbanken	5,7	- 4,8	3,5
darunter:			
inländische Aktien	2,1	- 1,7	1,2
Ausländer	- 5,4	4,9	- 6,0
Investmentzertifikate			
Anlage in Spezialfonds	24,5	29,1	20,9
Anlage in Publikumsfonds	5,0	- 0,5	2,7
darunter:			
Aktienfonds	0,0	1,2	- 0,6

Deutsche Bundesbank

dings brachten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 27½ Mrd € am deutschen Markt unter. Das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt betrug im Berichtszeitraum somit im Ergebnis 16 Mrd €.

Mittelaufnahme öffentlicher Stellen

Die öffentliche Hand nahm im ersten Quartal 2014 den Rentenmarkt mit 4 Mrd € in Anspruch, nach 9 Mrd € im Quartal zuvor. In diesen Zahlen sind auch die Emissionen von Abwicklungsanstalten deutscher Banken enthalten, die statistisch dem öffentlichen Sektor zuzurechnen sind. Der Bund selbst emittierte vor allem Bundesobligationen (13½ Mrd €), in geringerem Umfang auch 30-jährige Anleihen (2½ Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von unverzinslichen Bubills in Höhe von 8½ Mrd € gegenüber. Die Länder tilgten im Berichtsquartal im Ergebnis eigene Anleihen für 5½ Mrd €.

Nettoabsatz von Unternehmensanleihen

Inländische Unternehmen gaben im ersten Quartal 2014 Schuldverschreibungen für per saldo 2 Mrd €. Wie schon seit einiger Zeit nutz-

ten dabei inländische Firmen die günstigen Finanzierungsbedingungen am Kapitalmarkt und verlängerten die Duration ihrer Passiva. Während sie Anleihen mit Laufzeiten von über einem Jahr für 5½ Mrd € am Markt platzierten, ließen sie Geldmarktpapiere für netto 3 Mrd € auslaufen.

Die inländischen Kreditinstitute befinden sich weiter in einem Prozess der Schuldenrückführung. Auf Jahresfrist verringerten sie ihre Kapitalmarktverschuldung um 107½ Mrd €, davon 17½ Mrd € im ersten Quartal 2014. Dabei tilgten sie vor allem die flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen (10 Mrd €) und Öffentliche Pfandbriefe (8 Mrd €), aber auch Hypothekendarlehen (1 Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute in Höhe von 1 Mrd € gegenüber.

Nettotilgungen der Kreditinstitute

Als Erwerber am heimischen Anleihenmarkt traten im ersten Quartal 2014 vor allem ausländische Investoren in Erscheinung, die Rentenwerte für 14½ Mrd € in ihre Portfolios nahmen. Dabei handelte es sich im Ergebnis ausschließlich um Titel öffentlicher Emittenten. Inländische Nichtbanken erwarben Schuldverschreibungen für 9½ Mrd €; hier standen ausländische Papiere im Fokus des Anlageinteresses. Hingegen reduzierten die heimischen Kreditinstitute sowie die Bundesbank ihre Bestände an zinstragenden Papieren um 5½ Mrd € beziehungsweise 2½ Mrd €.

Erwerb von Schuldverschreibungen

In einem Umfeld, in dem sich stützende und belastende Faktoren lange fast die Waage hielten, verzeichneten die Aktienmärkte in Europa und den USA Kursgewinne. Zu Beginn des Jahres führten vor allem gesamtwirtschaftliche Schwächen und politische Unsicherheiten in einigen Schwellenländern zu Finanzmarktspannungen, die zusammen mit überwiegend verhalten ausgefallenen weltwirtschaftlichen Konjunkturmeldungen auch die Notierungen an den internationalen Aktienmärkten belasteten. Global sinkende Renditen von Staatsanleihen sowie die Aussicht auf geldpolitische Kon-

Aktienmärkte etwas fester

tinuität in den USA und auf ein fortdauerndes Niedrigzinsumfeld trugen dann aber im weiteren Quartalsverlauf zu einer Kursstabilisierung bei. Auch die sich seit April verfestigende Erwartung eines moderaten Konjunkturaufschwungs in den USA und einige positive Konjunktursignale für den Euro-Raum und für Deutschland gaben den Aktienmärkten Auftrieb. Die gewachsene konjunkturelle Zuversicht spiegelte sich auf beiden Seiten des Atlantiks in einigen günstigen Quartalsergebnissen von Unternehmen und in einer erhöhten Aktivität an geplanten Fusionen und Übernahmen wider. In Deutschland und Europa standen der Kurserholung aber auch immer wieder aufflammende Sorgen der Marktteilnehmer gegenüber, dass der geopolitische Konflikt um die Ukraine und daraus resultierende mögliche Wirtschaftssanktionen gegen Russland die Unternehmen belasten könnten.

Merkliche Kursgewinne europäischer Banken

Im Ergebnis notierten europäische und US-amerikanische Aktien gemessen an den marktbreiten Indizes Euro Stoxx und S&P 500 zuletzt 2,1% beziehungsweise 1,2% höher als Ende Dezember. Aktien des CDAX-Kursindex verloren hingegen 0,6% an Wert. Bankaktien verzeichneten in den USA Kursverluste (– 0,9%); in der EWU legten sie hingegen merklich zu (+ 3,0%). Hierzu dürfte beigetragen haben, dass die Marktteilnehmer den Peripherieländern einen Vertrauensvorschuss entgegengebracht und ihre begonnenen strukturellen Reformanstrengungen honoriert haben, was den Banken über gestiegene Kurse von Staatsanleihen der Peripherieländer zugutegekommen sein dürfte. Dies zeigt sich auch an der Entwicklung der nationalen Aktienmärkte im Euro-Raum; vor allem italienische, portugiesische und irische Aktien verzeichneten hohe Kurszuwächse.

Kurs-Gewinn-Verhältnis gestiegen

Das Kurs-Gewinn-Verhältnis auf der Grundlage 12-monatiger Gewinnwachstumserwartungen lag zuletzt für den Euro Stoxx und für den S&P 500 mit 13,7 sowie 15,2 über beziehungsweise nahe dem Wert von Ende Dezember. Zusammen mit einer rückläufigen Kursunsicherheit, die weiterhin merklich unter den jeweiligen

Aktienmarkt



Quelle: Thomson Reuters und eigene Berechnungen.
 Deutsche Bundesbank

Fünfjahresdurchschnitten liegt, deutet dies auf eine relativ hohe Bewertung von Aktien hin. Allerdings muss bei der Beurteilung des Bewertungsniveaus berücksichtigt werden, dass sich vor dem Hintergrund der konjunkturellen Aufhellung auch die mittelfristigen Gewinnwachstumserwartungen von europäischen und US-amerikanischen Unternehmen erhöht haben. Mithilfe von Dividendenbarwertmodellen gelangt man auf dieser Basis zu einer Aktienrisikoprämie von 8,3% für den Euro Stoxx, verglichen mit 7,8% Ende Dezember. In diesem Anstieg der Risikoprämie kommt zum einen zum Ausdruck, dass die bereits leicht negativen langfristigen Realzinsen, gemessen an zehnjährigen Bundesanleihen und Inflationserwartungen aus Umfragen (Consensus Forecast), weiter gesunken sind. Zum anderen weist die höhere geforderte Kompensation für die Aktienrisiken auf eine gewisse Vorsicht der Akteure am Aktienmarkt hin, die das höhere Kurs-Gewinn-Verhältnis relativiert.

Diskrepanz zwischen der Veränderung des Auslandsvermögens und des kumulierten Saldos der Kapitalbilanz: kein geeigneter Indikator für Vermögensverluste

In den ersten Jahren der Europäischen Währungsunion (EWU) ließ sich der Anstieg des Netto-Auslandsvermögens recht gut mit den kumulierten, in der Zahlungsbilanz erfassten Netto-Kapitalexporten erklären.¹⁾ Andere Einflussfaktoren wie Bewertungseffekte oder statistische Besonderheiten gliederten sich über die Zeit zu einem großen Teil aus. Seit etwa 2007 baut sich allerdings eine zunehmende Diskrepanz auf, die bis Ende 2013²⁾ auf 636½ Mrd € angewachsen ist.³⁾ Der Unterschied zwischen den kumulierten Netto-Kapitalexporten⁴⁾ und der Veränderung des Auslandsvermögens wird häufig als Indikator hoher Verluste auf die deutschen Auslandsanlagen in der Finanzkrise interpretiert.⁵⁾ Vermutet wird, dass Abschreibungen und Wertänderungen die grenzüberschreitenden Forderungen gebietsansässiger Anleger massiv geschmälert hätten. Daraus wird dann die Schlussfolgerung gezogen, dass die deutschen Auslandsanlagen insgesamt wenig rentabel, also ein „schlechtes Investment“ seien. Dies ist so nicht korrekt, denn bei der Interpretation der Diskrepanz dürfen vielfältige statistische und methodische Unterschiede zwischen der Stromrechnung der Zahlungsbilanz und der Bestandsrechnung des Auslandsvermögensstatus (AVS) nicht vernachlässigt werden. Dabei spielten krisenbedingte Abschreibungen eine gewisse, auf aggregierter Ebene aber unbedeutende Rolle. Schlussendlich lässt sich zeigen, dass die deutschen Auslandsforderungen auch in der Krise eine höhere Gesamtrendite aufwiesen als beispielsweise die deutschen Auslandsverbindlichkeiten.

Beiträge zur Diskrepanz

Statistische Faktoren

Statistische Faktoren führten zu merklichen Unterschieden zwischen den (kumulierten) Kapitalströmen und den Veränderungen des Auslandsvermögens (seit 2007 in der Summe über 400 Mrd €). Den beiden Rechenwerken Zahlungsbilanz und AVS liegen für viele Positionen unterschiedliche Primärstatistiken zugrunde. Dies kann zu Abweichungen führen, die zugleich aber auch der Kontrolle und Verbesserung der Erhebungssysteme dienen. Ein Beispiel hierfür sind Finanzderivate, die seit Jahren in der Zahlungsbilanz erfasst werden und dort zu Netto-Kapitalexporten geführt haben. Seit 2010 – beginnend mit den Monetären Finanzinstituten – werden in Deutschland Schritt für Schritt

1 Vgl.: Deutsche Bundesbank, Das deutsche Auslandsvermögen seit Beginn der Währungsunion: Entwicklung und Struktur, Oktober 2008, S. 15 ff.

2 Gemäß vorläufiger Angaben aus dem vierteljährlichen Auslandsvermögensstatus.

3 Bei einer Betrachtung für den Zeitraum ab Beginn der EWU verringert sich die Abweichung auf 540 Mrd €, weil in den ersten Jahren der Währungsunion das Netto-Auslandsvermögen stärker als die kumulierten Zahlungsbilanztransaktionen angestiegen ist.

4 Gelegentlich wird auch auf die kumulierten Salden der Leistungsbilanz abgestellt. Die Differenz zwischen der Kapital- und der Leistungsbilanz (einschl. Vermögensübertragungen) wird in der statistischen Größe „Restposten“ in der Zahlungsbilanz ausgewiesen. Ein wesentlicher Faktor für den (überwiegend positiven) Restposten sind grenzüberschreitende Bargeldbewegungen, die in der EWU bislang statistisch nicht verlässlich erfasst werden können.

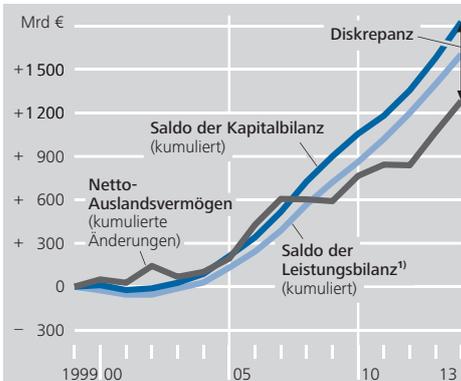
5 Vgl.: K. Klär, F. Lindner und K. Šehović (2013): Investition in die Zukunft? Zur Entwicklung des deutschen Auslandsvermögens, Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 93 (3), S. 189–197; sowie G. Baldi und B. Bremer (2013), Verluste auf das deutsche Nettoauslandsvermögen – wie sind sie entstanden?, DIW Wochenbericht, Nr. 49, S. 32–40. Aber auch in: Europäische Kommission, Macroeconomic Imbalances Germany 2014, European Economy Occasional Papers 174, März 2014, S. 72.

auch Derivatebestände erfasst und fließen in den AVS ein. Gleichwohl lag die Nettoposition der Finanzderivate im AVS Ende 2013 um rund 173 Mrd € niedriger als nach den Zahlungsströmen für alle Sektoren seit 2007 zu erwarten gewesen wäre. Diese Diskrepanz erklärt sich überwiegend aus zwischenzeitlich hohen Ankäufen in der Zahlungsbilanz erfasster Finanzderivate durch Verbriefungsgesellschaften,⁶⁾ für die diese eine Absicherung für in Deutschland emittierte strukturierte Wertpapiere (sog. Zertifikate) darstellen.⁷⁾ Die grenzüberschreitenden Transaktionen mit den zugehörigen Zertifikaten werden wiederum im Wertpapierverkehr verbucht. Weitere Beispiele unterschiedlicher Datenquellen betreffen die Wertpapierposition (mit der Depotstatistik) und das Beteiligungskapital von Direktinvestitionsunternehmen (mit der Bestandserhebung über Direktinvestitionen). In der Summe wurde durch statistische Faktoren abseits der Finanzderivate das deutsche Auslandsvermögen um rund 240 Mrd € niedriger ausgewiesen als nach den Kapitalströmen zu erwarten gewesen wäre.

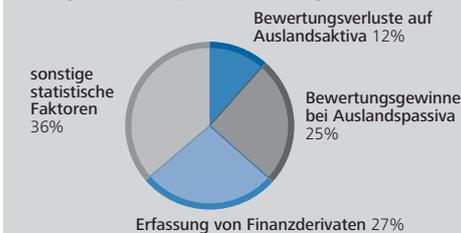
Bewertungseffekte

Bewertungsbedingte Anpassungen gehen in erster Linie auf Marktpreis- und Wechselkurseffekte zurück. Marktpreisänderungen unterliegen unter anderem die Wertpapierpositionen, der Grundbesitz, die Goldbestände der Bundesbank sowie das Beteiligungskapital börsennotierter Unternehmen. Wechselkurseffekte betreffen alle Positionen, die in Fremdwährung notiert sind. Angesichts der typischen Schwankungen von Marktpreisen und Wechselkursen gleichen sich Bewertungseffekte über die Zeit häufig zumindest teilweise wieder aus. Der AVS stellt somit nur eine Momentaufnahme der gesamtwirtschaftlichen Auslandsposition dar. Alles in allem drückten Marktpreis- und Wechselkurseffekte das deutsche Netto-Auslandsvermögen

Kapitalbilanz, Leistungsbilanz und Netto-Auslandsvermögen



Beiträge zur Diskrepanz seit Anfang 2007



¹ Einschl. Vermögensübertragungen.
 Deutsche Bundesbank

gen seit 2007 um 233 Mrd €. Der Rückgang des Netto-Auslandsvermögens um 177½ Mrd € im Rahmen der Marktpreiseffekte war insbesondere auf den Kursanstieg hiesiger Anleihen im Auslandsbesitz zurückzuführen. Nicht zuletzt die „Safe Haven“-Eigenschaft deutscher Staatspapiere in der Krise hat zu einem deutlich höheren Engagement ausländischer Investoren in Bundesanleihen geführt. Dies hat auch deren Renditen gedrückt und zu den Kursgewinnen beigetragen.

Wechselkurseffekte sind per saldo für einen Rückgang des Netto-Auslandsvermögens von 55½ Mrd € verantwortlich. Im Zeitraum von 2007 bis 2012 saldierten sich die posi-

⁶ Künftig sollen zudem die Derivatebestände des Unternehmenssektors, zu dem auch die Verbriefungsgesellschaften gehören, im AVS ausgewiesen werden, sodass eine weitere Lücke im Erfassungssystem geschlossen wäre.

⁷ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zertifikate und Optionscheine in der Zahlungsbilanz, Monatsbericht, März 2008, S. 26 f.

tiven und negativen Wechselkurseinflüsse nahezu gänzlich. Damit ist der Wechselkurseffekt per saldo fast komplett der Aufwertung des Euro im letzten Jahr zuzuschreiben, der aufgrund des höheren Fremdwährungsanteils bei den deutschen Auslandsforderungen im Ergebnis zu einem Rückgang des Netto-Auslandsvermögens geführt hat.

Dauerhafte Wertverluste durch Abschreibungen und Vermögensabgänge schlagen sich beispielsweise in gesondert erfassten Sammelwertberichtigungen von Banken nieder; sie summierten sich während der Finanzkrise im AVS auf 37½ Mrd. €.

Rentabilität des deutschen Auslandsvermögens

Im Folgenden werden mit der Vermögenseinkommensrendite und der die Bewertungseffekte einbeziehenden Gesamtrendite zwei geeignete Konzepte zur Abschätzung der Rentabilität des Auslandsvermögens vorgestellt.

Einkommensrendite

Bei den grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen (vorwiegend handelt es sich um Dividenden und Zinsen) liegt die Rendite aus deutschen Vermögensanlagen im Ausland seit 2004 über der, die gebietsfremde Anleger mit ihren Anlagen in Deutschland erzielen. Zuletzt (2013) betrug die Einkommensrendite aus dem deutschen Auslandsvermögen 2,8%. Ausländer konnten demgegenüber mit ihren hiesigen Anlagen eine Einkommensrendite von nur 2,1% erwirtschaften.

Gesamtrendite

Zusätzlich zu den in der Zahlungsbilanz erfassten Einkommensströmen kann man den verschiedenen Anlageformen die im

AVS berücksichtigten marktpreis- und wechsellkursbedingten Veränderungen sowie abschreibungsbedingte Wertberichtigungen zuordnen und diese jeweils in Relation zum Anfangsbestand der Periode setzen. Die so ermittelte Gesamtrendite des deutschen Auslandsvermögens lag für die Jahre 2005⁸⁾ bis 2013 im Mittel bei 4,0% und damit über der im gleichen Zeitraum erzielten Gesamtrendite der ausländischen Anlagen in Deutschland (3,8%). Eine Aufgliederung nach Anlageformen ergibt für die deutschen Direktinvestitionen im Ausland eine überdurchschnittlich hohe Gesamtrendite von 7,2%. Demgegenüber erzielten ausländische Unternehmen mit ihren Direktinvestitionen in Deutschland eine jährliche Gesamtrendite von nur 4,9%.

Fazit

Der weit überwiegende Teil der von 2007 bis 2013 verzeichneten Diskrepanz zwischen den kumulierten Netto-Kapitalströmen und der Zunahme des Netto-Auslandsvermögens ist nicht auf krisenbedingte Vermögensverluste zurückzuführen, sondern lässt sich mit den unterschiedlichen statistischen Erhebungsverfahren sowie Kurssteigerungen bei den deutschen Auslandspassiva erklären. Alles in allem liegen sowohl die reine Vermögenseinkommensrendite als auch die Bewertungseffekte einbeziehende Gesamtrendite der deutschen Auslandsaktiva jeweils über der Rendite der Auslandspassiva. Letztlich ist dies ein Indiz für das vergleichsweise erfolgreiche Auslandsengagement hiesiger Investoren. Von einer besonders schlechten Performance der deutschen Auslandsanlagen kann jedenfalls keine Rede sein.

⁸ Weiter zurückliegende Angaben liegen für die detaillierte Berechnung der Gesamtrendite nicht vor.

*Mittelaufnahme
 am Aktienmarkt
 und Aktien-
 erwerb*

Die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt war im ersten Vierteljahr 2014 weiterhin relativ verhalten. Inländische Unternehmen emittierten neue Aktien für 1 Mrd €; dabei handelte es sich überwiegend um börsennotierte Werte. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg um 4 Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere in erster Linie von heimischen Kreditinstituten (7 Mrd €), die sich per saldo eher in inländischen Titeln engagierten (5½ Mrd €). Gebietsansässige Nichtbanken kauften Aktien für 3½ Mrd €, hier standen demgegenüber ausländische Werte im Vordergrund. Hingegen trennten sich ausländische Investoren von Aktien in Höhe von 6 Mrd €.

Absatz und Erwerb von Investmentzertifikaten

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtszeitraum einen Mittelzufluss in Höhe von 23½ Mrd €, nach einem Aufkommen von 28½ Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (21 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Rentenfonds (12 Mrd €), aber auch Gemischte Wertpapierfonds (5½ Mrd €), Offene Immobilienfonds (2½ Mrd €) und Gemischte Fonds (2 Mrd €) neue Anteile unterbringen. Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften akquirierten im ersten Quartal 2014 im Ergebnis neue Mittel für 9½ Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilscheine für 34 Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hierunter befanden sich in erster Linie heimische Papiere. Hingegen veräußerten heimische Kreditinstitute Investmentanteile für ½ Mrd €. Ausländische Investoren waren im Ergebnis nur marginal am Fondsmarkt beteiligt.

■ Direktinvestitionen

Ebenso wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, welcher Mittelabflüsse im Umfang von netto 31½ Mrd € verzeichnete, ergaben sich im Bereich der Direktinvestitionen im

*Kapitalexporte
 im Bereich der
 Direkt-
 investitionen*

Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Position	2013		2014
	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj. ^{p)}
Mrd €			
I. Leistungsbilanz ^{1) 2)}	+ 45,2	+ 62,9	+ 48,5
Außenhandel ^{1) 3)}	+ 49,8	+ 49,9	+ 47,7
Dienstleistungen ¹⁾	- 5,1	+ 6,2	+ 4,6
Erwerbs- und Vermögens- einkommen ¹⁾	+ 19,4	+ 23,4	+ 19,6
Laufende Übertragungen ¹⁾	- 10,4	- 7,7	- 15,7
II. Vermögens- übertragungen ^{1) 4)}	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,8
III. Kapitalbilanz ¹⁾ (Netto-Kapitalexport: -)	- 64,7	- 75,4	- 66,2
1. Direktinvestitionen	- 4,0	+ 10,0	- 23,9
Deutsche Anlagen im Ausland	- 8,2	- 9,5	- 22,7
Ausländische Anlagen im Inland	+ 4,2	+ 19,5	- 1,2
2. Wertpapiere	- 38,4	- 34,0	- 31,7
Deutsche Anlagen im Ausland	- 32,6	- 23,7	- 40,6
Aktien	- 8,7	+ 2,9	- 3,4
Investmentzertifikate	- 7,7	- 8,3	- 9,7
Schuldverschreibungen	- 16,3	- 18,2	- 27,5
Anleihen ^{5) 6)}	- 16,6	- 17,7	- 22,6
darunter: auf Euro lautende Anleihen	- 7,8	- 12,0	- 22,4
Geldmarktpapiere	+ 0,3	- 0,5	- 4,9
Ausländische Anlagen im Inland	- 5,7	- 10,3	+ 8,9
Aktien	+ 4,0	+ 4,2	- 5,3
Investmentzertifikate	+ 1,2	+ 5,4	- 0,1
Schuldverschreibungen	- 10,9	- 19,9	+ 14,3
Anleihen ^{5) 6)}	- 5,3	+ 10,9	+ 7,5
darunter: öffentliche Anleihen	+ 4,3	+ 16,4	+ 19,3
Geldmarktpapiere	- 5,6	- 30,8	+ 6,8
3. Finanzderivate ⁷⁾	- 1,2	- 5,5	- 4,5
4. Übriger Kapitalverkehr ⁸⁾	- 22,1	- 44,5	- 6,6
Monetäre Finanz- institute ⁹⁾	- 15,3	- 63,9	+ 0,8
darunter: kurzfristig Unternehmen und Privatpersonen	- 25,9	- 74,7	+ 7,2
darunter: kurzfristig	+ 2,8	- 22,5	- 19,2
Staat	+ 8,5	- 12,8	- 15,6
darunter: kurzfristig	- 11,5	- 9,5	- 6,0
Bundesbank	- 10,4	- 6,3	- 8,7
Bundesbank	+ 2,0	+ 51,4	+ 17,9
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -) ¹⁰⁾	+ 0,8	- 1,5	+ 0,6
IV. Statistisch nicht aufglieder- bare Transaktionen	+ 19,4	+ 11,5	+ 15,9

¹ Saldo. ² Enthält auch die Ergänzungen zum Warenverkehr. ³ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik (Quelle: Statistisches Bundesamt). ⁴ Einschl. Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern. ⁵ Ursprungslaufzeit über ein Jahr. ⁶ Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. ⁷ Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. ⁸ Enthält Finanz- und Handelskredite, Bankguthaben und sonstige Anlagen. ⁹ Ohne Bundesbank. ¹⁰ Ohne SZR-Zuteilung und bewertungsbedingte Veränderungen.

ersten Quartal 2014 Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 24 Mrd €.

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland

Ausschlaggebend war die vergleichsweise hohe Mittelbereitstellung gebietsansässiger Eigner an ihre Tochterunternehmen im Ausland, die im ersten Quartal bei 22 ½ Mrd € lag. Dabei wurden im Wesentlichen ausländische Gewinne reinvestiert (11 ½ Mrd €) und das Beteiligungskapital aufgestockt (8 ½ Mrd €). Wichtige Zielländer deutscher Direktinvestitionen waren hierbei die Niederlande (12 ½ Mrd €) sowie das

Vereinigte Königreich und Frankreich (jeweils 3 Mrd €).

Gebietsfremde Investoren fuhren das Engagement bei ihren Tochtergesellschaften in Deutschland im ersten Quartal leicht zurück (1 Mrd €). Der Kapitalabbau erfolgte per saldo ausschließlich über den konzerninternen Kreditverkehr (4 ½ Mrd €). Dagegen stockten ausländische Muttergesellschaften ihren Kapitalbestand in Form von reinvestierten Gewinnen bei den hiesigen Tochtergesellschaften auf (3 ½ Mrd €).

Ausländische Direktinvestitionen im Inland

Konjunktur in Deutschland

Grundtendenzen

Kräftiger Aufschwung primär binnenwirtschaftlich getragen

Der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland hat sich nach dem Jahreswechsel 2013/2014 weiter gefestigt. Die ohnehin seit einiger Zeit beobachtbare Aufwärtsbewegung der Binnenkonjunktur hat sich zuletzt noch dadurch verstärkt, dass neben dem privaten Konsum und dem Wohnungsbau nunmehr auch die Ausrüstungsinvestitionen nach längerer Durststrecke wieder nach oben tendieren. Das nachfrage-seitig breit getragene Wirtschaftswachstum wird dadurch abgerundet, dass aus dem Ausland seit einem Jahr zwar insgesamt eher moderate, aber recht stetige Impulse kommen. Störeinflüsse aus dem internationalen Umfeld haben die gute Stimmung der hiesigen Unternehmen und Verbraucher bislang nicht merklich beeinträchtigt; stattdessen dürfte die Erholungstendenz im Euro-Raum dazu beigetragen haben, dass sich das lange Zeit von Unsicherheiten geprägte Investitionsklima verbessert hat.

BIP-Zuwachs überzeichnet wegen Wettereinfluss die konjunkturelle Grundtendenz

Die konjunkturelle Belebung im ersten Vierteljahr 2014 ist mit dem für diesen Zeitraum gemeldeten kräftigen Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von saison- und kalenderbereinigt 0,8% gegenüber dem Vorquartal offensichtlich. Evident ist aber auch, dass das Wachstum im ersten Quartal die zyklische Grunddynamik erkennbar übertrifft. Großen Einfluss hatte ein Witterungseffekt, da der außergewöhnlich warme und trockene Winter die wirtschaftliche Aktivität in den Außenberufen nur wenig beeinträchtigte. Eigenen Schätzungen zufolge dürfte die Vorquartalsrate des BIP durch die besondere Wetterkonstellation um 0,3 Prozentpunkte höher ausgefallen sein als im Fall eines „normalen“ Winters (vgl. dazu auch die Erläuterungen auf den S. 58 f.). Die im ersten Quartal 2014 durch den Witterungseffekt erreichte hohe Wirtschaftsleistung bedeutet aber auch, dass die saison- und kalenderbereinigte Zuwachsrate des BIP im zweiten Vierteljahr das zyklische Moment unterzeichnen wird.

Der milde Winter machte es möglich, dass das Produktionsniveau im Baugewerbe saisonbereinigt erheblich stieg. Die Einbußen in der Geräteauslastung der Branche blieben weit hinter dem jahreszeitüblichen Ausmaß zurück. In saisonbereinigter Betrachtung hat der Nutzungsgrad rechnerisch die ohnehin ausgesprochen hohen Werte der Vorquartale nochmals substantiell übertroffen. Die Bauwirtschaft arbeitet bereits seit drei Jahren praktisch an der Kapazitätsgrenze, was vor allem an der beträchtlich zunehmenden Nachfrage nach Wohnbauten liegt. Seit dem vergangenen Jahr ist auch der öffentliche Bau wieder in Gang gekommen, nachdem es 2012 als Folge des Auslaufens der Konjunkturstimulierung zu einem tiefen Einschnitt gekommen war. Zuletzt nahm auch die Nachfrage nach gewerblichen Bauten wieder spürbar zu.

Beträchtliches Plus in der Bauwirtschaft, ...

Gesamtwirtschaftliche Produktion

2005 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

Wettereffekte auf das Bruttoinlandsprodukt im Winterhalbjahr 2013/2014

Außergewöhnliche Wetterbedingungen im Winterhalbjahr können das saisonbereinigte Verlaufsprofil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erheblich beeinflussen. Im Rahmen der Saisonbereinigung wird konzeptionsbedingt um die jährlich wiederkehrenden Einflüsse korrigiert. Dies impliziert, dass die Produktionswirkungen eines „normalen“ Winters aus den Ursprungsdaten herausgerechnet werden. Folglich bleiben die Effekte davon abweichender Witterungsverhältnisse in den bereinigten Angaben sichtbar, was die Interpretation der konjunkturellen Tendenz erschweren kann.

Anlässlich des außergewöhnlich warmen Winterhalbjahrs 2013/2014 stellt sich daher die Frage nach einer genaueren Quantifizierung des Witterungseinflusses auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität. Grundsätzlich kann dies sowohl in einem aggregierten Ansatz direkt über das BIP erfolgen als auch indirekt über dessen Komponenten. Entstehungsseitig sind dies die nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Angaben der Bruttowertschöpfung. Entsprechende Daten liegen in vierteljährlicher Frequenz vor. Eine weitere Alternative ist die Schätzung der Witterungseffekte über monatlich vorliegende Zeitreihen zur Produktion und zu Teilen des Dienstleistungsbereiches.

Auch für die Wahl eines geeigneten Wetterindikators als erklärende Variable bieten sich mehrere Möglichkeiten an. Aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive hat sich die Anzahl der gemessenen Eistage¹⁾ als besonders aussagekräftig erwiesen. Die Beschränkung auf eine einzige Wettervariable hat schätztechnische Vorteile und ermöglicht so eine präzisere Quantifizierung der Wettereffekte.²⁾ So senkt ein zusätzlicher Eistag das BIP im ersten Quartal im Durchschnitt

um rund 0,07%, im vierten lediglich um knapp 0,03%.³⁾ Der negative Einfluss der Zahl der Eistage auf das BIP ist somit im ersten Quartal eines Jahres deutlich stärker ausgeprägt als im vorausgehenden Vierteljahr, was vor allem damit begründet werden kann, dass die Wirtschaftsleistung zwischen Weihnachten und Neujahr im Regelfall unabhängig von den Wetterverhältnissen vergleichsweise gering ist.

Für die Vorquartalsrate des saison- und kalenderbereinigten BIP im ersten Quartal 2014 lässt sich anhand der vorliegenden Wetterdaten ein positiver Effekt von rund 0,3 Prozentpunkten abschätzen. Der Einfluss auf das vierte Quartal 2013 ist hingegen trotz der deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt liegenden Zahl der Eistage nur schwach ausgeprägt.

Eine Abschätzung über die Komponenten der Bruttowertschöpfung zeigt, dass gesamtwirtschaftlich sichtbare Effekte, die durch besondere Wetterverhältnisse verursacht werden, zu einem großen Teil aus dem Baugewerbe stammen. Während die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes und die zusammengefasste Wirtschaftsleistung der Dienstleistungsbereiche ebenfalls

¹ Nach Definition des Deutschen Wetterdienstes liegt genau dann ein Eistag vor, wenn das Maximum der Lufttemperatur unterhalb des Gefrierpunktes liegt. Für die Konstruktion einer gesamtdeutschen Zeitreihe wurden die in 29 repräsentativ ausgewählten deutschen Wetterstationen gemessenen Eistage von Montag bis Freitag nach Einwohnern und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bauhauptgewerbe gewichtet.

² Für einen Ansatz mit mehreren Wettervariablen am Beispiel des niederländischen BIP vgl.: P. Ouwehand und F. Ruth, How unusual weather influences GDP, CBS Discussion Paper, 2014/10.

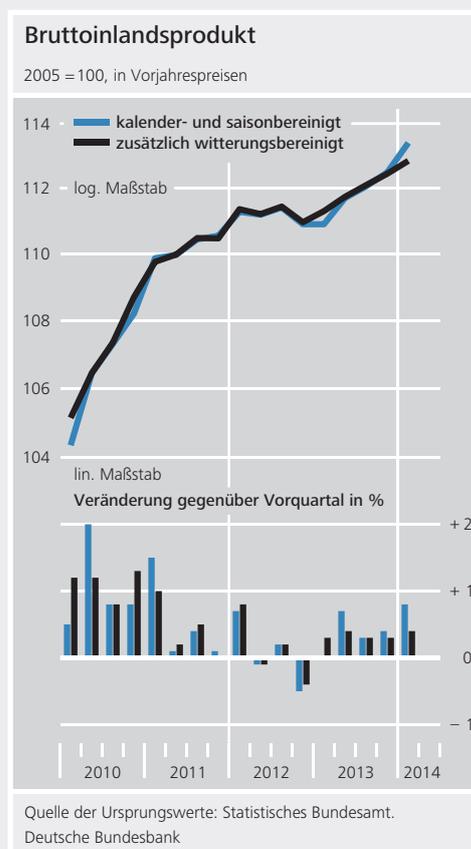
³ Die Schätzung der Semi-Elastizitäten erfolgte im Rahmen eines RegARIMA-Modells, analog zur Ermittlung kalendarischer Effekte. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Kalendarische Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen, Monatsbericht, Dezember 2012, Anhang, S. 62 f.

negativ von der Anzahl der Eistage abhängen, wirkt die Witterung auf die Energieproduktion in umgekehrter Richtung. Monatliche Indikatoren liefern trennschärfere Resultate, liegen jedoch nicht für alle Wirtschaftsbereiche vor. Im Ergebnis liefern der aggregierte und die beiden disaggregierten Ansätze ähnliche Resultate.

Im Vergleich zum Verlauf des amtlichen preis-, kalender- und saisonbereinigten BIP ist die zusätzlich witterungsbereinigte Reihe sichtbar glatter, und auch die Varianz der Vorquartalsveränderungen ist deutlich geringer. Insbesondere die auffälligen Ausschläge der BIP-Wachstumsraten im ersten Halbjahr 2010, im Winterhalbjahr 2010/2011 und auch im ersten Halbjahr 2013 können durch den Einfluss des Wetters gut erklärt werden.

Die angewendete Form der Witterungsbereinigung liefert damit insgesamt zufriedenstellende und plausible Ergebnisse. Allerdings mindern residuale Witterungseinflüsse sowie Überbereinigungsprobleme die Zuverlässigkeit einer zusätzlich witterungsbereinigten Reihe. Im Einklang mit europäischen Empfehlungen ist die Witterungsbereinigung daher nicht Teil der amtlichen Saison- und Kalenderbereinigung.⁴⁾

Schließlich ergeben sich aus den Resultaten der Witterungsbereinigung Implikationen für den weiteren Verlauf des BIP im Jahr 2014 nach einem auch witterungsbedingt starken ersten Vierteljahr. Hierbei sind zwei Effekte zu unterscheiden. Zunächst kehrt das BIP auf das normale, konjunkturell bestimmte Niveau zurück. Hieraus ergibt sich für das zweite Quartal in saison- und kalenderbereinigter Betrachtung ein negativer Rateneffekt von geschätzt 0,3 Prozentpunkten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die wirtschaftliche Aktivität durch besondere Witterungsverhältnisse lediglich zeitlich anders verteilt wird oder ob es einen Niveau-



effekt gibt, also ob die Wirtschaftsleistung im Jahr 2014 insgesamt aufgrund der günstigen Witterungsbedingungen des ersten Vierteljahres höher ausfällt. Im ersten Fall blieben die Wachstumsraten nach einem positiven Witterungseinfluss in den Folgequartalen hinter der konjunkturellen Tendenz zurück, im zweiten Fall würden sie weniger stark oder überhaupt nicht beeinträchtigt. Hier sind die über längere Zeiträume vorliegenden empirischen Ergebnisse nicht eindeutig. Es spricht allerdings vieles dafür, dass es von der jeweiligen konjunkturellen Situation abhängt. Gegenwärtig dürften angesichts der kräftig steigenden Nachfrage nach Bauleistungen und der hohen Geräteauslastung in der Bauwirtschaft die Entzugseffekte in den Folgequartalen gering ausfallen.

⁴ Vgl.: Deutsche Bundesbank, Kalendarische Einflüsse auf das Wirtschaftsgeschehen, Monatsbericht, Dezember 2012, S. 53–63, insbesondere Fußnote 6.

Grundtendenzen im Außenhandel

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bereinigt mit den Preisindizes für den Außenhandel.
 Deutsche Bundesbank

... aber auch spürbar mehr Ausrüstungsinvestitionen

Die Bereitschaft der Unternehmen, die Investitionsbudgets zu erhöhen, betrifft nicht nur Baumaßnahmen. Üblicherweise ziehen im Zuge sich verbessernder konjunktureller Perspektiven die Ausrüstungsinvestitionen an. Dies gilt insbesondere dann, wenn – wie am aktuellen Rand – die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung bereits Normalniveau erreicht hat. Außerdem sind in den vergangenen beiden Jahren angesichts der hohen Unsicherheit wohl auch technisch bedingte Ersatz- und Ausrüstungsvorhaben aufgeschoben worden. Nach dem verhaltenen Plus am Jahresende 2013 sind die Aufwendungen der Unternehmen für bewegliche Anlagegüter in den ersten drei Mona-

ten des laufenden Jahres spürbar gestiegen. So erhöhte sich der Inlandsumsatz der Investitionsgüterhersteller saisonbereinigt um 1¾% gegenüber dem Vorquartal. Hinzu kamen im Januar und Februar 2014 deutlich mehr Lieferungen von Maschinen und Ausrüstungen aus dem Ausland.

Der private Konsum ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres eine wichtige Säule der zyklischen Aufwärtsbewegung geblieben. Den Umfragen der GfK zufolge schätzen die Verbraucher die Einkommensaussichten wieder optimistischer ein, und die Anschaffungsneigung verharrte trotz einer gewissen Korrektur auf einem hohen Niveau. Der Einzelhandel profitierte von der Ausgabenfreudigkeit der Verbraucher; die Geschäftslage wurde im Zeitraum von Januar bis April so günstig wie seit zwei Jahren nicht mehr eingeschätzt. Dies steht im Einklang mit der Meldung, dass die Einzelhandelsumsätze im ersten Jahresviertel 2014 saisonbereinigt wahrnehmbar gegenüber dem Vorquartal zugelegt haben. Bei der Interpretation dieser Angaben ist aber angesichts der bekannten Unzulänglichkeiten der ersten Ergebnisse nach wie vor Vorsicht geboten. Der Pkw-Absatz dürfte im Berichtszeitraum gemessen an den Neuzulassungen für die nichtgewerbliche Nutzung keinen nennenswerten Beitrag zur Erhöhung des privaten Konsums geleistet haben. Überdies ist die Abgabe leichten Heizöls an Wohnungseigentümer infolge des witterungsbedingt geringen Verbrauchs nach dem Jahreswechsel sehr niedrig ausgefallen.

Privater Konsum spürbar gestiegen

Der Außenhandel ist in der Grundtendenz seit einem Jahr wieder aufwärtsgerichtet. An Dynamik hat zuletzt vor allem die Importseite gewonnen, während die Exportaktivität der deutschen Unternehmen angesichts der durchwachsenen Gesamtlage der Weltkonjunktur derzeit lediglich ein verhaltenes Expansions-tempo anschlägt. Vor diesem Hintergrund sind somit grundsätzlich dämpfende Effekte auf den Außenhandelsüberschuss angelegt. Dem haben bislang allerdings spürbare Terms-of-Trade-Gewinne entgegengewirkt, was auf deutlich

Binnenwirtschaftlicher Schwung verringert Überschuss in der Handels- und Leistungsbilanz

nachgebende Preise für international gehandelte Rohstoffe und Halbwaren zurückzuführen war. Gleichwohl haben sich in den ersten drei Monaten 2014 sowohl Handels- als auch Leistungsbilanzsaldo gegenüber dem erhöhten Niveau zum Ende des vergangenen Jahres saisonbereinigt substanziell ermäßigt.

*Exporte
verhalten, ...*

Die Ausfuhren haben dem Statistischen Bundesamt zufolge im Berichtszeitraum das Ergebnis vom Schlussquartal 2013 saisonbereinigt nicht übertroffen. Dies lag wohl wesentlich daran, dass die Lieferungen in den außereuropäischen Raum nach dem Jahreswechsel nicht an das spürbare Expansionstempo des vierten Quartals 2013 anknüpfen konnten. Das USA- und Japan-Geschäft der deutschen Unternehmen kam – den derzeit erst für Januar und Februar vorliegenden Regionalangaben zufolge – erneut nicht voran, nachdem es 2013 nach kräftigen Zuwächsen in den beiden Jahren zuvor markant an Schwung verloren hatte. Der Absatz von Waren in China und den süd- und ostasiatischen Schwellenländern nahm hingegen saisonbereinigt zu, die Steigerungen blieben aber vergleichsweise moderat. Demgegenüber machten die Länder der Europäischen Union als Abnehmer hiesiger Produkte wieder etwas Boden gut. Insbesondere in die mittel- und osteuropäischen Staaten wurden im Berichtszeitraum deutlich mehr Waren geliefert; die Aufwärtstendenz bei den Ausfuhren in diese Region verstärkt sich seit der vorübergehenden Stagnation 2012 recht kontinuierlich. In den ersten Monaten 2014 hat sich auch der Warenabsatz im Euro-Raum spürbar erhöht. Im Exportgeschäft mit den EWU-Partnerländern überwiegen als Folge der dortigen wirtschaftlichen Erholung inzwischen wieder die positiven Vorzeichen. Die starke Expansion der Lieferungen nach Großbritannien setzte sich fort.

*... aber deutlich
mehr Importe*

Die Einfuhren legten zu Beginn des Jahres 2014 kräftig zu. Damit fügt sich das Berichtsquartal in das Bild einer zunehmend an Schwung gewinnenden Grundtendenz ein. Die Aufwärtsentwicklung bezog sich auf alle wichtigen Warengruppen mit Ausnahme der Energie. Wahr-

scheinlich half der milde Winter, die Energielieferungen zu begrenzen. Besonders hoch war zuletzt der Bedarf hiesiger Unternehmen an Vorleistungen aus dem Ausland. Dies spricht dafür, dass sich die Wirtschaft hierzulande auf eine Erhöhung der Produktionsleistung eingestellt hat. Vom Nachfrageimpuls, den die lebhaftere Konjunktur in Deutschland auslöst, haben zu Jahresbeginn 2014 die Anbieter in Europa und Übersee in ähnlichem Maße profitiert, während im Vorjahr europäische Hersteller besser abgeschnitten hatten.

■ Sektorale Tendenzen

Die Industrieproduktion ist im ersten Vierteljahr 2014 im Vorquartalsvergleich mit 1¼% praktisch genauso stark gestiegen wie im Herbst. Angesichts des sehr kräftigen Auftragsplus von 2¼% im Schlussquartal 2014 wäre eigentlich eine Verstärkung der Aufwärtstendenz zu erwarten gewesen.¹⁾ Die Industrieproduktion übertraf den Stand vom letzten Jahresviertel 2012, als die Branchenkonjunktur einen kurzfristigen Einschnitt erlebt hatte, gleichwohl um 4¾%. Aus dem zwischenzeitlichen Tief haben sich Vorleistungs- und Investitionsgüterhersteller nahezu gleichförmig herausgearbeitet. Bei der Kapazitätsauslastung sind hingegen Unterschiede zwischen diesen beiden Hauptbereichen der Industrie erkennbar. So übertraf der Nutzungsgrad der Hersteller von Vorleistungen den April-Ergebnissen des ifo Instituts zufolge den längerfristigen Mittelwert bereits spürbar, wohingegen die zyklische Position der Produzenten von Investitionsgütern dahinter zurückblieb. Insgesamt nutzen die Firmen des Verarbeitenden Gewerbes das installierte Sachkapital im Ausmaß des längerfristigen Durchschnitts.

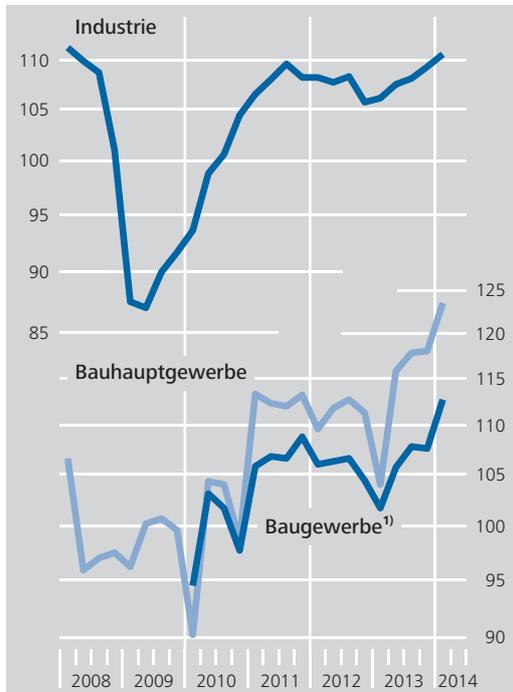
*Industrie-
produktion
erneut
gestiegen ...*

Besonders gut sind im Branchenvergleich die Kfz-Hersteller (saisonbereinigt + 2½% gegen-

¹ Ein höheres Ergebnis war zudem in den vorläufigen Januar- und Februar-Werten angelegt, die allerdings im Rahmen der März-Meldung nach unten revidiert worden sind.

Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. ¹ Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.
 Deutsche Bundesbank

... mit den Kfz-Herstellern an der Spitze

über dem Vorquartal) in das neue Jahr gestartet. Der Maschinenbau entwickelte sich am aktuellen Rand demgegenüber schwächer. Nachdem es im letzten Dreimonatsabschnitt 2013 ein spürbares Plus gegeben hatte, kam dieser Industriezweig im Berichtszeitraum saisonbereinigt nicht über das damals erreichte Produktionsergebnis hinaus. Im Vorleistungsbereich schnitt die Metallbranche mit einem Anstieg von 1¾% relativ günstig ab. Die chemische und pharmazeutische Industrie verringerte den Ausstoß um 1¼% gegenüber dem Vorquartal. Der Ausstoß von Konsumgütern erhöhte sich saisonbereinigt etwas.

Bauproduktion erreichte nicht zuletzt wegen milder Witterung neuen Höchststand

Die Produktion im Baugewerbe ist im ersten Quartal 2014 angesichts der sehr milden Witterung saisonbereinigt mit 4¾% ausgesprochen kräftig gestiegen. Dabei haben die Hochbauleistungen mit 5% leicht überdurchschnittlich zugenommen. Bemerkenswert ist, dass das grundsätzlich weit weniger witterungsabhängige Ausbaugewerbe mit einem Plus von 4¾%

besser als der Tiefbau (+ 4¼%) abschnitt. Dies spricht dafür, dass insbesondere Wohnungsbauunternehmen die günstigen Wetterbedingungen genutzt haben, um den Auftragsbestand abzubauen. Die Erzeugung von Energie neigte weiter zur Schwäche. Im Berichtsquartal gab es saisonbereinigt ein wohl auch witterungsbedingtes Minus von 1½%.

In den Handelssparten hat sich die Geschäftslage im ersten Quartal 2014 spürbar verbessert. Dieser Befund lässt sich sowohl aus den Umsatzmeldungen der amtlichen Statistik als auch aus den Umfrageergebnissen des ifo Instituts ableiten. Außerhalb des Handels wurde die aktuelle Lage von den Dienstleistungsunternehmen insgesamt sogar noch vorteilhafter beurteilt. Im Transportgewerbe dürfte es nach dem Jahreswechsel zu einer spürbaren Leistungsausweitung gekommen sein. Beispielsweise ist die von inländischen Lkw zurückgelegte Gesamtstrecke auf mautpflichtigen deutschen Autobahnen und Bundesstraßen im ersten Quartal saisonbereinigt um 1¼% gegenüber dem letzten Jahresviertel 2013 gestiegen. Hierbei dürften auch Witterungseffekte eine Rolle gespielt haben. Im Gastgewerbe gab es demgegenüber nur ein geringfügiges Umsatzplus.

Wirtschaftslage in den Dienstleistungsbranchen ebenfalls verbessert

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Der konjunkturelle Aufwind hat den Arbeitsmarkt im Winter 2014 deutlich belebt. Hinzu kamen Effekte durch die milde Witterung in Wirtschaftsbereichen, in denen die Beschäftigung während der kalten Monate üblicherweise gedrückt ist. Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im ersten Vierteljahr 2014 gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt um 127 000 Personen beziehungsweise 0,3% und somit spürbar stärker als in den Dreimonatsabschnitten davor. Dies führte zusammen mit Abwärtsrevisionen für die erste Jahreshälfte und mit Aufwärtsrevisionen für die zweite Jahreshälfte 2013 zu einer Ausweitung des Vorjahresabstands auf 0,8%. Die Zunahme der Beschäftigung ist vor allem

Konjunktureller Aufwind hat Arbeitsmarkt erfasst

auf zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zurückzuführen. Überdies gab es etwas mehr geringfügige Beschäftigungsverhältnisse, die Selbständigkeit ging jedoch recht deutlich zurück. Allein im Durchschnitt der ersten beiden Monate 2014 – weitergehende Schätzungen liegen noch nicht vor – belief sich bei den sozialversicherungspflichtigen Stellen das Plus auf 132 000 gegenüber dem Herbst letzten Jahres. Dies entspricht einem Zuwachs von 1/2%.

*Stellenzuwachs
 in allen großen
 Branchen*

Für das Überwiegen der konjunkturellen Komponente spricht, dass die Beschäftigungsexpansion breit angelegt ist. Neue Stellen wurden nicht nur im Baugewerbe, sondern auch im Verarbeitenden Gewerbe sowie in der eng damit verbundenen Arbeitnehmerüberlassung sowie dem Logistikbereich geschaffen. Im Dienstleistungsbereich wuchs die Stellenzahl insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Bereich Erziehung und Unterricht überdurchschnittlich stark an. In nennenswertem Umfang eingestellt wurde aber auch im Handel, Gastgewerbe, dem Bereich Information und Kommunikation sowie den wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitnehmerüberlassung).

*Kräftige
 Zuwanderung
 und ...*

Die expansive Arbeitsnachfrage in Deutschland begünstigt angesichts niedriger Arbeitslosigkeit die Aktivierung von Personen, die dem Arbeitsmarkt bislang nicht zur Verfügung gestanden haben, und sorgt für eine anhaltend kräftige Zuwanderung von Arbeitswilligen insbesondere aus den EU-Staaten. Dem Statistischen Bundesamt zufolge betrug der Migrationsüberschuss von Januar bis November 2013 etwa 430 000 Personen; dies waren 17% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Keinen Zuwachs gab es insgesamt aus den Ländern Mittel- und Osteuropas einschließlich Rumäniens und Bulgariens. Die Zahl der Zuzügler aus den südeuropäischen Euro-Ländern, vor allem aus Italien, steigerte sich hingegen erneut. Mit dem EU-Beitritt Kroatiens Mitte 2013 hat sich die Zuwanderung aus diesem Land vervielfacht; der Wanderungsüberschuss fiel mit 12 000 Perso-



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen und ohne Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **3** Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden.

nen in den ersten 11 Monaten des abgelaufenen Jahres aber nicht nennenswert ins Gewicht. Für Kroaten gelten bezüglich der Arbeitnehmerfreizügigkeit nach wie vor Einschränkungen; für Rumänen und Bulgaren sind sie Ende des abgelaufenen Jahres aufgehoben worden.²⁾

*... erfolgreiche
Arbeitsmarkt-
integration*

Für die größte Zuwanderergruppe – dies waren mit einem Überschuss von schätzungsweise 120 000 Neuankömmlingen 2013 erneut Personen aus den EU-8-Staaten – ist eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration zu konstatieren. So waren nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit im abgelaufenen Jahr 76 000 mehr Staatsangehörige dieser Länder in Deutschland abhängig beschäftigt als im Jahr 2012, und zwar überwiegend auf sozialversicherungspflichtigen Stellen. Gleichwohl gehen die Zuwanderer vorwiegend vergleichsweise gering entlohnter Erwerbsarbeit nach mit Schwerpunkt auf Branchen wie dem Baugewerbe, dem Logistikbereich, dem Gastgewerbe und der Arbeitnehmerüberlassung. Diese Einschätzung wird auch nicht durch die zuletzt etwas gestiegene Arbeitslosigkeit unter EU-8-Staatsangehörigen (im Jahresdurchschnitt 7 600 Personen mehr als 2012) relativiert. Die moderate Zunahme dürfte zum großen Teil mit Sucharbeitslosigkeit unter der zügig wachsenden Zahl an EU-8-Ausländern erklärbar sein. Die Arbeitsmarktintegration scheint auch den Zuwanderern aus anderen Teilen der EU zu gelingen.

*Spürbarer
Rückgang der
Arbeitslosigkeit*

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Winter in saisonbereinigter Rechnung spürbar gesunken, nachdem die Arbeitslosenzahlen in den beiden Jahren davor tendenziell leicht angestiegen waren. Im Durchschnitt des Berichtszeitraums waren 54 000 Personen weniger arbeitslos gemeldet als im Herbst. Die Zahl der Arbeitslosen belief sich auf 2,91 Millionen Personen, die entsprechende Quote verringerte sich um 0,2 Prozentpunkte auf 6,7%. Im April setzte sich der Rückgang recht deutlich fort. Aktuell wird die Zahl der arbeitslos Gemeldeten auf 2,87 Millionen Personen beziffert. Hilfreich dürfte

neben der anziehenden Konjunktur die milde Witterung gewesen sein. Der Rückgang betraf sowohl die eher kurzfristige Arbeitslosigkeit im Versicherungssystem als auch die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Verglichen mit der Situation im Vorjahresquartal haben sich nicht nur die Abgänge aus Arbeitslosigkeit erhöht, sondern auch die Zugänge in Arbeitslosigkeit verringert. Allerdings profitierten von der erhöhten Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes praktisch nur die Personen im Versicherungssystem, während der aktuelle Rückgang unter arbeitslosen Beziehern von Arbeitslosengeld II vor allem auf verminderte Zugänge zurückzuführen ist.

Die Einstellungspraxis der gewerblichen Wirtschaft und der unternehmensnahen Dienstleister dürfte vorerst ähnlich expansiv wie im Winter bleiben. Dies lässt das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts erwarten, welches die Personalplanungen in den nächsten drei Monaten auf Basis von Betriebsbefragungen ermittelt. Seit nunmehr einem halben Jahr verharrt der Frühindikator auf hohem Niveau. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) bestätigt mit seiner leicht aufwärtsgerichteten Tendenz diese Erwartungen. Dabei weisen beide Hauptkomponenten des Index, sowohl der Zugang als auch der Bestand an gemeldeten offenen ungeforderten Stellen, nach oben. Vor allem in konjunkturabhängigen Bereichen wie der Industrie, dem Baugewerbe und dem Handel sowie im Bereich der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen werden vermehrt sozialversicherungspflichtige Stellen angeboten. Die Arbeitslosigkeit dürfte sich in den nächsten drei Monaten dem IAB-Arbeitsmarktbarometer zufolge allerdings nur noch wenig ermäßigen. Seit dem zwischenzeitlichen Höchststand im Februar sinkt der Indikator langsam wieder in den neutralen Bereich.

*Arbeitsmarkt-
aussichten
weiter positiv*

²⁾ Darüber hinaus gab es 2013 vermehrt Flüchtlingsbewegungen insbesondere aus Syrien, Afrika sowie Russland (mit einem kräftigen Plus der Asylgesuche).

■ Löhne und Preise

Zuwachs der Tarifverdienste im ersten Quartal 2014 aufgrund von Nachzahlung im Einzelhandel ausgesprochen kräftig

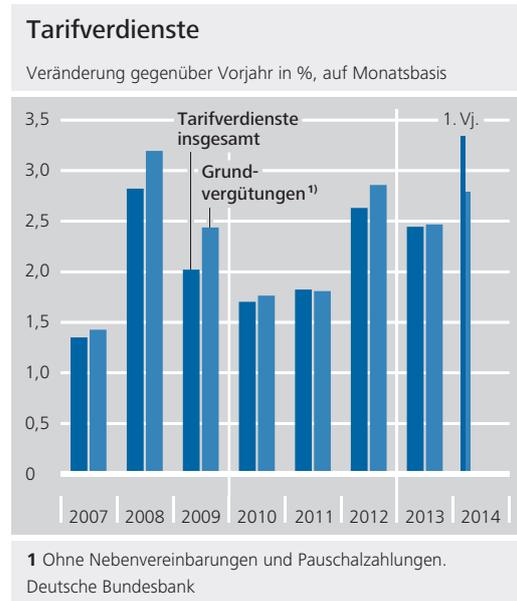
Der Zuwachs der Tarifverdienste ist in den ersten drei Monaten des Jahres 2014 mit 3,3% gegenüber dem Vorjahr erheblich kräftiger als im Schlussquartal 2013 (+ 2,4%) ausgefallen. Dies lag vor allem daran, dass der rückwirkend gewährte Teil der Tarifierhöhung im Einzelhandel häufig zu Beginn dieses Jahres als Einmalbetrag gezahlt wurde. Bei den tariflichen Grundvergütungen erhöhte sich die Vorjahresrate lediglich um 0,4 Prozentpunkte auf + 2,8%. Im Frühjahr dürfte sich die stärkere Grunddynamik der Tarifverdienste fortsetzen. Hierfür sprechen die im Laufe des letzten und zu Beginn dieses Jahres abgeschlossenen Tarifverträge.

Lohnsteigerungen in diesjähriger Tarifrunde bislang ähnlich wie 2013

Die Lohnrunde 2014 schließt den bisherigen Ergebnissen zufolge nahtlos an die letztjährige an. Bei branchenspezifischen Unterschieden lag der auf Jahresbasis hochgerechnete Tariflohnzuwachs im Durchschnitt bei rund 3%. Anhebungen erfolgen in der Regel in zwei Schritten, wobei der erste der größere ist. Die wichtigste und vom Erhöhungsvolumen umfangreichste Vereinbarung betrifft den Öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen mit rund 1,7 Millionen Tarifbeschäftigten.³⁾ Der Tarifvertrag sieht bei einer Laufzeit von zwei Jahren stufenweise Anhebungen der tabellenwirksamen Leistungen um insgesamt 5,4% vor, wobei in der ersten Stufe die Verdienste der niedrigen und mittleren Entgeltgruppen (bis 3 000 € pro Monat) überproportional steigen werden. Dahinter bleiben die Abschlüsse im Baugewerbe sowie für das Maler- und Lackiererhandwerk etwas und die Vereinbarung im Druckgewerbe deutlich zurück. Zudem helfen dort auch lange Laufzeiten, die kostenseitige Belastung der Firmen zu begrenzen.

Allgemeiner Mindestlohn laut Gesetzentwurf nur mit wenigen Ausnahmen

Anfang April 2014 verabschiedete das Bundeskabinett den Entwurf des Tarifautonomiestärkungsgesetzes, das unter anderem die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € je Stunde ab Januar 2015 vorsieht. Von dieser Lohnuntergrenze

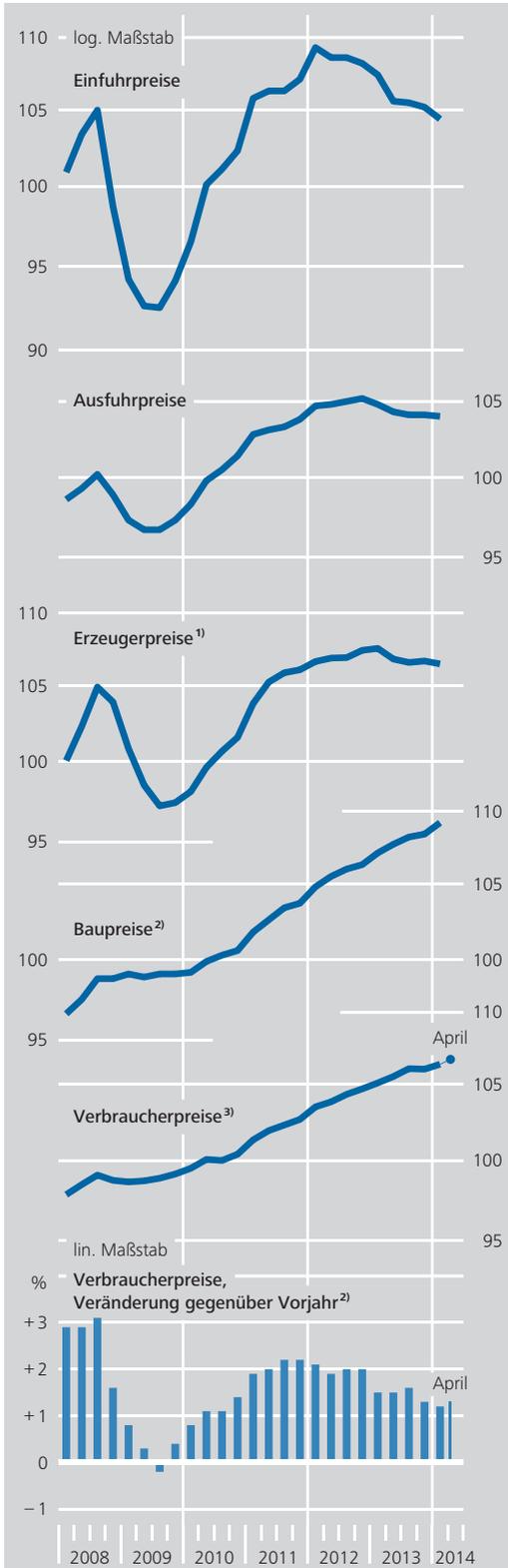


sind lediglich Jugendliche unter 18 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Auszubildende, nicht länger als sechs Wochen im Rahmen einer Orientierungs- oder Ausbildungsphase beschäftigte Praktikanten, ehrenamtlich Tätige und zuvor Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten nach Beschäftigungsaufnahme ausgenommen. Bis Ende 2016 bleiben branchenspezifische Lohnuntergrenzen unterhalb von 8,50 € gültig, sofern sie auf Grundlage des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes allgemeinverbindlich erklärt wurden. Dies betrifft beispielsweise bundesweit die Beschäftigten im Friseurhandwerk sowie die Arbeitnehmer bei Gebäudereinigern, Zeitarbeitsagenturen und Großwäschereien in Ostdeutschland. Im Jahr 2017 kann eine Mindestlohnkommission, die laut Gesetzentwurf neben dem Vorsitzenden aus jeweils drei von den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften benannten stimmberechtigten Mitgliedern und zwei (stimmrechtslosen) wissenschaftlichen Beratern besteht, der Bundesregierung erstmals Vorschläge über die Höhe des Mindestlohns unterbreiten. Anpassungen wären per Rechtsverordnung zu erlassen.

³ Für die Bundesbeamten ist laut Gesetzentwurf vorgesehen, die vereinbarten Entgeltanhebungen um jeweils 0,2 Prozentpunkte zum Aufbau einer Versorgungsrücklage zu mindern.

Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

Deutsche Bundesbank

Das Tarifautonomiestärkungsgesetz sieht zudem eine Öffnung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für alle Branchen und eine Reform der Allgemeinverbindlicherklärung vor. Dem Entwurf zufolge ließen sich tariflich vereinbarte Branchenmindestlöhne künftig in einem erheblich erleichterten Verfahren auf nicht tarifgebundene Unternehmen ausweiten. Derzeit gibt es 15 sektorale Lohnuntergrenzen, von denen 13 für allgemeinverbindlich erklärt wurden. Sie liegen gegenwärtig zwischen 6,50 € für Beschäftigte im ostdeutschen Friseurgewerbe und 13,95 € für Facharbeiter im Bau im Westen.

Auch Ausweitung branchenspezifischer Mindestlöhne geplant

Die Preistendenzen in Deutschland werden gegenwärtig von gegenläufigen Kräften bestimmt. Während die stärker unter außenwirtschaftlichem Einfluss stehenden Preise nachgeben, steigen die in größerem Maß im Inland bestimmten Preise spürbar an. Auf den vorgelagerten Absatzstufen gaben die Preise im ersten Vierteljahr 2014 im Vergleich zum Vorzeitraum saisonbereinigt wieder nach, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Bei den inländischen Erzeugerpreisen konzentrierte sich der Rückgang auf die Energiekomponente und, mit geringerer Intensität, auf die Vorleistungen, während die Preise von Investitionsgütern unverändert blieben und die von Konsumgütern spürbar anzogen. Dabei dürfte die verbesserte konjunkturelle Lage der deutschen Wirtschaft von Bedeutung gewesen sein. Bei den Einfuhren erfasste der Preisrückgang hingegen das gesamte Warenspektrum. Besonders ausgeprägt fiel er bei Energie aus, wobei der Rückgang der Rohölnotierungen mit der Aufwertung des Euro zusammenwirkte. Die Höherbewertung des Euro gegenüber einer Reihe von Währungen wichtiger Handelspartner spielte auch bei dem Preisrückgang anderer Importwaren eine bedeutende Rolle. Verstärkend kam die Ermäßigung der internationalen Notierungen für Industrierohstoffe hinzu. Bei den Wareneinfuhren vergrößerte sich infolge dieser Bewegungen der negative Vorjahresabstand der Preise auf 2,8%, bei den inländischen gewerblichen Erzeugnissen auf 1,0%. Bei den Ausfuhrpreisen verringerte er sich hingegen

Rückgang der Preise auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen

leicht auf 0,9%. Entsprechend verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis im Vorjahresvergleich spürbar um 1,9%, blieb jedoch weiter hinter dem langfristigen Durchschnitt zurück.

*Baupreise
moderat
ansteigend*

Trotz der außerordentlich guten Baukonjunktur erhöhten sich die Preise für Bauleistungen im ersten Vierteljahr 2014 weiterhin nur moderat. Die entsprechende Vorjahresrate verharrte bei 2,0%, und zwar sowohl bei Rohbauarbeiten als auch bei Ausbauarbeiten. Dass die Baunachfrage und die weit überdurchschnittliche Geräteauslastung bisher nicht zu einer Beschleunigung des Preisauftriebs geführt haben, dürfte mit der günstigen Entwicklung der Materialkosten zusammenhängen, deren Anstieg sich ermäßigte. Zudem werden Bauleistungen auch grenzüberschreitend erbracht; entsprechend bremsen die Überkapazitäten in anderen europäischen Ländern den Preisanstieg in Deutschland. Die Preise für selbst genutztes Wohneigentum sind nach Berechnungen des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken im ersten Vierteljahr 2014 um 2,4% binnen Jahresfrist gestiegen. Der Vorjahresabstand hat sich nach der spürbaren Ermäßigung im Vorquartal nicht wieder erhöht. Verglichen mit anderen frühzeitig verfügbaren Indikatoren wird die Preisdynamik am deutschen Wohnimmobilienmarkt vom vdp-Index gegenwärtig recht moderat ausgewiesen.

Verbraucherpreise steigen im ersten Quartal 2014 spürbar an

Nach einem leichten energiepreisbedingten Rückgang im Schlussquartal 2013 zogen die Verbraucherpreise im ersten Vierteljahr 2014 wieder spürbar an. Im Vergleich zum Vorquartal ergab sich saisonbereinigt eine Rate von 0,4%. Zwar gaben die Preise für Energie aufgrund fallender Rohölnotierungen, der Aufwertung des Euro sowie des warmen Winterwetters abermals merklich nach, aber weniger stark als noch im Schlussquartal 2013. Bei den Nahrungsmitteln setzte im Quartalsverlauf eine Gegenbewegung zu den auch witterungsbedingt kräftigen Preissteigerungen des Vorjahres ein. Dagegen zogen insbesondere die Preise für Dienstleistungen trotz des späten Ostertermins

wieder spürbar an, und der Mietenanstieg verstärkte sich. Selbst die Preise für gewerbliche Waren stiegen trotz der Euro-Aufwertung etwas stärker als im Vorquartal an, was auch mit dem durch das warme Winterwetter auf Dezember vorgezogenen Beginn der saisonalen Preisermäßigungen zusammenhängen dürfte. Gleichwohl verringerte sich wegen des im Vergleich zum Jahr 2013 späteren Ostertermins im ersten Vierteljahr der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex dem nationalen Konzept (VPI) zufolge von 1,3% auf 1,1% und in der harmonisierten Abgrenzung (HVPI) von ebenfalls 1,3% auf 1,0%.

Der aufwärtsgerichtete Preistrend setzte sich im April verstärkt fort. Die Verbraucherpreise stiegen im Vergleich zum Vormonat saisonbereinigt um 0,3%, wiederum vor allem wegen anziehender Dienstleistungspreise und der Wohnungsmieten. Zudem verteuerte sich Energie, und die Preise von gewerblichen Waren legten etwas zu. Dagegen blieben die Nahrungsmittelpreise im Vergleich zum Vormonat unverändert. Der späte Ostertermin trug zu dem Anstieg der Vorjahresrate des VPI auf 1,3% und des HVPI auf 1,1% bei.

Weiter anziehende Verbraucherpreise im April

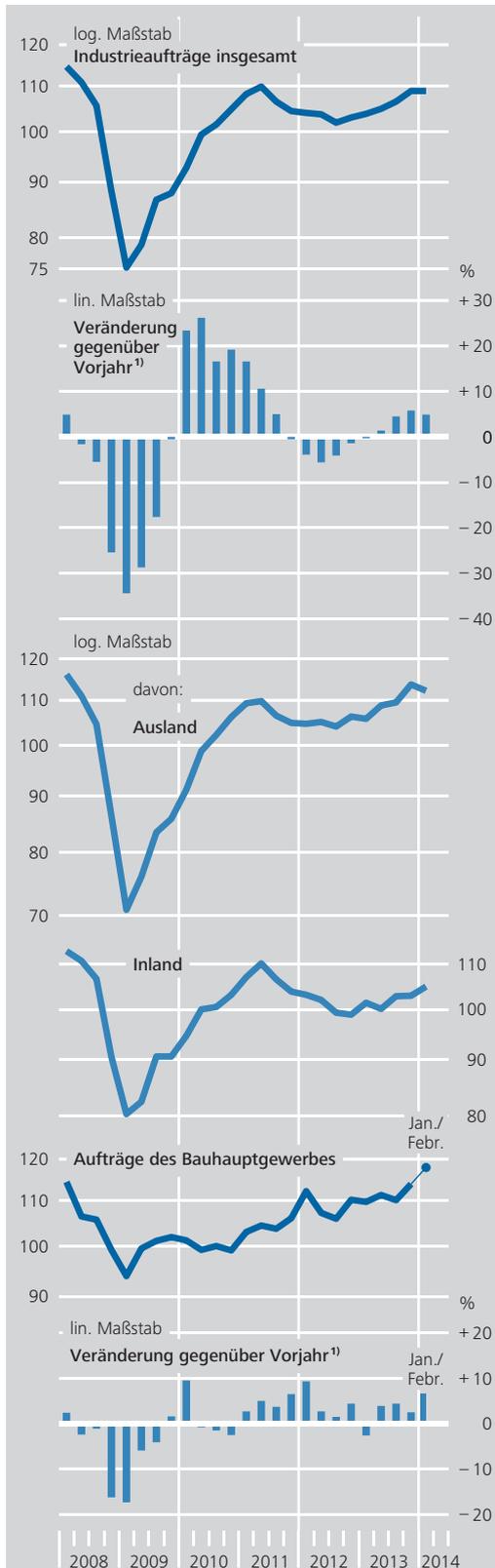
Auftragslage und Perspektiven

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland wird in den kommenden Monaten überwiegend auf binnenwirtschaftlichen Antriebskräften beruhen. Die Impulse aus dem Ausland dürften hingegen eher verhalten ausfallen. Zudem ist angesichts der erhöhten Wahrnehmung von wirtschaftlichen Risiken in einigen Schwellenländern sowie der erheblichen geopolitischen Unwägbarkeiten in Osteuropa das Potenzial für externe Störungen zuletzt merklich gestiegen. Werden größere unvorhergesehene Ereignisse aus diesem Spektrum außen vor gelassen, ist mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung zu rechnen. Da der positive Witterungseffekt des ersten Quartals rein rechnerisch eine Dämpfung der

Aufschwung setzt sich fort

Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.
 Deutsche Bundesbank

saisonbereinigten Verlaufsrate im zweiten Quartal bewirkt, wird der BIP-Zuwachs im Frühjahr saison- und kalenderbereinigt wohl dennoch vergleichsweise gering ausfallen.

Für eine verstärkte binnenwirtschaftliche Komponente des Wachstums spricht, dass die Auftragseingänge der Industrie aus dem Inland in den ersten drei Monaten dieses Jahres mit 2% saisonbereinigt deutlich gestiegen sind, während der Orderzufluss insgesamt nicht über das Vorquartalsergebnis hinauskam. Dahinter stand nicht nur, dass die heimischen Unternehmen im Vorgriff auf geplante Produktionsausweitungen mehr Vor- und Zwischenprodukte orderten (+1%). Vor allem gingen auch bei Investitions- und Konsumgüterherstellern mehr Aufträge von inländischen Kunden ein (+ 2½% bzw. + 3¼%). Der Schwung im Investitionsgüterbereich stammte aber nicht von der Automobilindustrie und nur wenig vom Maschinenbau. Besonders kräftig sind hingegen die in der Regel großvolumigen Orders im sonstigen Fahrzeugbau gestiegen.

Mehr Industrieaufträge aus dem Inland, ...

Die Bestellungen ausländischer Kunden haben im ersten Quartal 2014 saisonbereinigt den Umfang vom vorigen Herbst klar unterschritten. Dabei spielt eine Rolle, dass es im Berichtszeitraum weniger Großaufträge im Bereich des sonstigen Fahrzeugbaus gab als im Dreimonatsabschnitt zuvor. Außerdem konnte das von Oktober bis Dezember 2013 stark erhöhte Niveau von Orders aus den EWU-Partnerländern nach dem Jahreswechsel bei Weitem nicht gehalten werden. Aus den Drittländern gingen im Vorquartalsvergleich hingegen saisonbereinigt etwas mehr Aufträge ein (+ ¾%).

... aber weniger aus dem Ausland

Die verglichen mit den Inlandsbestellungen zuletzt moderatere Grundtendenz der Auslandsnachfrage bezieht sich auf alle wichtigen Industriezweige mit Ausnahme der Automobilindustrie. Die Kfz-Hersteller profitierten nach dem Jahreswechsel erneut von der Beliebtheit deutscher Automarken gerade im nichteuropäischen Raum. Vorleistungen aus deutscher Produktion waren in den sich insgesamt nur lang-

Auslandsnachfrage nach deutschen Kfz zieht wieder an

sam erholenden EWU-Partnerstaaten im ersten Jahresviertel saisonbereinigt nur wenig stärker gefragt als im letzten Vierteljahr 2014, als es erstmals seit Anfang 2012 wieder ein spürbares Plus gegeben hatte. Die von Januar bis März aus dem Nicht-EWU-Bereich eingegangenen Vorleistungsgüterbestellungen konnten im Durchschnitt das erhöhte Niveau aus dem Herbst saisonbereinigt nicht erreichen. Bemerkenswert ist, dass die deutschen Maschinenbauunternehmen seit einem Jahr in der Grundtendenz wieder mehr Bestellungen aus der EWU erhalten; binnen Jahresfrist wurde das Tief vom Jahresanfang 2013 immerhin um knapp ein Zehntel überschritten. Demgegenüber gab es in diesem Zeitraum bei den Maschinenorders nichteuropäischer Kunden Abstriche vom damaligen Stand in Höhe von insgesamt 2¾%.

Aufwärtstrend bei den Bauaufträgen ungebrochen

Die Bauwirtschaft erfreute sich zu Jahresbeginn an einem neuerlichen beträchtlichen Auftragschub. Dieser betraf zum einen den Wohnungsbau. In dieser Sparte ist die Nachfragebelebung ungebrochen. So wurden im Januar und Februar 2014 saisonbereinigt nicht nur deutlich mehr Wohnungen genehmigt als im Durchschnitt des vierten Quartals 2013 (+ 7¾%). Es

wurde auch die sehr hohe Zahl an Wohneinheiten, die in den Sommermonaten des Vorjahres im Rahmen von Neubauvorhaben von den Behörden bewilligt worden waren, etwas übertroffen. Zum anderen haben auch Unternehmen zu Jahresbeginn etwas mehr Bauvorhaben in Auftrag gegeben. Dabei dürften auch Großprojekte im gewerblichen Tiefbau von Bedeutung gewesen sein.

Die günstigen Nachfragebedingungen in der Industrie und im Baugewerbe korrespondieren mit den sich weiter verbessernden Geschäftserwartungen, welche das ifo Institut für diese Wirtschaftsbereiche zuletzt ermittelt hat. Hinzu kommen der steigende Optimismus im Handel und in anderen Dienstleistungsbereichen sowie die zuversichtlichere Stimmung der privaten Haushalte. Die Arbeitsmarktbelebung und die spürbaren Lohn- und Gehaltszuwächse, welche die Grundlage der von den Verbrauchern als sehr günstig eingestuften Einkommensaussichten sind, können als zusätzliche Anhaltspunkte für einen weiteren Aufschwung der Binnenwirtschaft gesehen werden. Für eine weiterhin positive Grundausrichtung der Auslandsnachfrage sprechen die nach wie vor günstigen Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe.

Zuversicht der Unternehmen und Verbraucher tragen binnenwirtschaftlichen Auftrieb

Öffentliche Finanzen^{*)}

■ Staatlicher Gesamthaushalt

*2014 Staats-
haushalt wohl
weiter praktisch
ausgeglichen
und ...*

Der staatliche Gesamthaushalt hat in den vergangenen beiden Jahren praktisch ausgeglichen abgeschlossen, und für 2014 wird sich an diesem Bild aus heutiger Sicht wenig ändern. Einerseits dürften unter anderem die anziehende Konjunktur, die günstigen Finanzierungsbedingungen und der höhere Bundesbankgewinn im Vergleich zu 2013 zu Entlastungen führen. Andererseits schlagen insbesondere die verschiedenen Ausgabenprogramme, die nach der Bundestagswahl auf den Weg gebracht wurden, belastend zu Buche. In struktureller Betrachtung dürfte der Haushalt ebenfalls mehr oder weniger ausgeglichen sein. Die Schuldenquote sank bis Ende des vergangenen Jahres auf 78,4% (Ende 2012: 81,0%), und für 2014 ist ein weiterer deutlicher Rückgang auf eine Größenordnung von etwa 75% zu erwarten. Bei einem zumindest annähernd ausgeglichenen Staatshaushalt spielt dafür das Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Nenner der Quote eine wesentliche Rolle. Hinzu kommt der voraussichtliche weitere Abbau der Verbindlichkeiten im Gefolge der Verwertung von Forderungen der staatlichen Bad Banks. Gebremst wird der Rückgang dagegen durch die vorgesehenen Leistungen im Rahmen der fiskalischen EWU-Hilfsmechanismen, die aber deutlich geringer ausfallen als in den Vorjahren.¹⁾

*... Schulden-
quote deutlich
rückläufig*

*Einnahmen- und
Ausgabenquote
könnten weit-
gehend stabil
bleiben*

Die Einnahmenquote könnte sich im laufenden Jahr wenig ändern. Insbesondere wird der Fiscal drag²⁾ durch Entlastungen bei der Einkommensteuer zum Teil kompensiert. Auch die Ausgabenquote könnte trotz der verschiedenen neuen Ausgabenprogramme – vor allem in den Bereichen Rente, Verkehrsinfrastruktur, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung – weitgehend unverändert bleiben. Zum einen werden diese Maßnahmen im laufenden Jahr zunächst nur zum Teil wirksam. Zum anderen drückt die Konjunktorentwicklung die Ausgabenquote vor

allem durch das Wachstum des nominalen BIP im Nenner. Hinzu kommt ein Rückgang der Zinsausgabenquote, da sowohl die durchschnittliche Verzinsung der Staatsverschuldung als auch die Schuldenquote aus heutiger Sicht sinken werden.

Auch im kommenden Jahr könnte sich die Entwicklung mit einem etwa ausgeglichenen Staatshaushalt und einer zurückgehenden Schuldenquote fortsetzen. So dürften eine positive Konjunktorentwicklung die Staatsfinanzen zunehmend begünstigen und nicht zuletzt mit einer rückläufigen Schuldenquote auch die Zinsausgabenquote nochmals sinken. Diesen Entlastungsfaktoren stehen aber wachsende Belastungen aus den jüngsten Ausgabenprogrammen gegenüber. Außerdem ist zu erwarten, dass die Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung – bei unverminderter Ausgabendynamik, aber hohen Rücklagen – vorübergehend etwas sinken. Auch könnten bei der gesetzlichen Rentenversicherung die Anpassungsregeln zur Einhaltung der Rücklagenobergrenze eine Absenkung des Beitragssatzes vorgeben – wobei der spätere Wiederanhebungsbedarf allerdings ebenso wie bei der Krankenversicherung absehbar ist.

*Auch 2015 aus
heutiger Sicht
wenig Änderung
des Saldos und
weiter sinkende
Schuldenquote*

Die Bundesregierung hat im April ihr aktualisiertes Stabilitätsprogramm für die Jahre 2014 bis

^{*} Der Analyse im Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ liegen die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen auf Basis des derzeit noch gültigen Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995, das ab September 2014 durch den revidierten Standard ESGV 2010 abgelöst wird, zugrunde. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

¹ Grundsätzliche Haushaltsrisiken bestehen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Unsicherheiten im europäischen und globalen Umfeld.

² Der Begriff umfasst hier (positiv) die Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und (negativ) den Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

Eckwerte des aktualisierten Stabilitätsprogramms der Bundesregierung

Position	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Wachstum des realen BIP (in %)						
Stabilitätsprogramm April 2014	0,4	1,8	2,0	1,4	1,4	1,4
Stabilitätsprogramm April 2013	0,4	1,6	1,4	1,4	1,4	–
Staatlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2014	0,0	0	0	0	½	½
Stabilitätsprogramm April 2013	–½	0	0	½	½	–
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2014	0,7	½	½	½	½	½
Stabilitätsprogramm April 2013	0	½	½	½	½	–
Schuldenstand (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2014	78,4	76	72½	70	67½	65
Stabilitätsprogramm April 2013	80½	77½	75	71½	69	–

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.
 Deutsche Bundesbank

Stabilitätsprogramm sieht Einhaltung der europäischen Vorgaben vor

2018 vorgelegt.³⁾ Die dort in Aussicht gestellte Entwicklung erscheint aus heutiger Sicht erreichbar, und es ist zu begrüßen, dass die europäischen Regeln bezüglich des strukturellen Finanzierungssaldos und des Abbaus der Schuldenquote mit einer Sicherheitsmarge eingehalten werden sollen. So soll der gesamtstaatliche Haushalt weiter ausgeglichen bleiben und ab 2017 ein Überschuss von ½% des BIP erreicht werden.⁴⁾ Die Schuldenquote sinkt bis Ende 2018 deutlich auf 65%. Das mittelfristige Haushaltsziel einer strukturellen gesamtstaatlichen Defizitquote von maximal 0,5% des BIP soll durchgehend mit einem Abstand von etwa 1 Prozentpunkt eingehalten werden. Dahinter verbirgt sich allerdings auch ein weiterer Rückgang der Zinslasten. Die gesamtstaatliche Finanzpolitik wird insgesamt gesehen im Zeitverlauf gelockert, wenn zu deren Beurteilung auf den konjunkturbereinigten Primärsaldo (ohne Zinsausgaben) abgestellt wird. Von Bedeutung sind hierfür nicht zuletzt die verschiedenen ausgaben-erhöhenden Maßnahmen der Bundesregierung. Diese werden nur teilweise durch Mehreinnahmen aus dem Fiscal drag und Sozialabgabenerhöhungen sowie einer wohl an anderen Stellen als eher sparsam unterstellten Ausgabenpolitik (u. a. im Personalbereich) kompensiert.

Der im Stabilitätsprogramm vorgesehene strukturelle Überschuss von ½% des BIP resultiert

auch aus der Einschätzung, dass der Konjunkturlauf im laufenden Jahr spürbar ungünstig ist und bis 2017 im negativen Bereich bleibt. Dies ergibt sich aus dem im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung genutzten Konjunkturbereinigungsverfahren. Allerdings spricht der aktuelle gesamtwirtschaftliche Datenkranz alles in allem dafür, dass die konjunkturelle Lage in Deutschland nicht ungünstig ist. Bei der von der Regierung zugrunde gelegten gesamtwirtschaftlichen Projektion wären über den Prognosezeitraum eher positive Konjunkturläufe zu veranschlagen. Die im Stabilitätsprogramm in Aussicht gestellte unbeeinträchtigte Finanzentwicklung mit einem ausgeglichenen Saldo beziehungsweise leichten Überschüssen würde damit auch die günstigen Konjunkturläufe reflektieren, und die struktu-

Strukturelle Lage erscheint zu günstig eingeschätzt

³ Im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung sind von den EU-Mitgliedsländern jährlich im April Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme vorzulegen. Wie in den vergangenen Jahren liegt dem Programm die gesamtwirtschaftliche Projektion der Bundesregierung vom Jahresanfang zugrunde. Mitte April wurde diese Projektion aktualisiert, und Anfang Mai wurde auf dieser Basis eine revidierte offizielle Steuerschätzung vorgelegt (vgl. S. 78). Für die Fiskalprojektion insgesamt ergibt sich aus diesen neuen Informationen aber nur ein recht begrenzter Anpassungsbedarf.

⁴ Für den Projektionszeitraum werden nur Werte im Verhältnis zum BIP ausgewiesen, die auf ½ gerundet sind. Die Analyse wird hierdurch erschwert.

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet

Staatliche Defizitquote 2013 in der EWU spürbar gesunken, Schuldenquote jedoch weiter gestiegen

Eurostat hat Ende April Angaben zu den staatlichen Defiziten und Schuldenständen der EU-Mitgliedsländer im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens veröffentlicht. Demnach ging die Defizitquote im Euro-Raum im vergangenen Jahr von 3,7% auf 3,0% zurück. Dies wurde vor dem Hintergrund einer ungünstigen konjunkturellen Entwicklung erreicht. Um konjunkturelle Effekte bereinigt, belief sich die Verbesserung gemäß der Europäischen Kommission auf etwa 1 Prozentpunkt. Sie erfolgte dabei zu gleichen Teilen über die Einnahmen- und Ausgaben Seite, wobei die konjunkturbereinigte Ausgabenquote auch davon profitierte, dass temporäre Ausgaben zur Stützung des Bankensektors um 0,3 Prozentpunkte geringer ausfielen als im Vorjahr. Die Schuldenquote stieg dagegen auch 2013 noch weiter merklich von 92,7% auf 95,0%.¹⁾

2014 weiterer, aber moderater Defizitabbau bei immer noch steigender Schuldenquote

Für das laufende Jahr erwartet die Europäische Kommission im Euro-Raum gemäß ihrer Frühjahrsprognose einen weiteren Rückgang des Defizits auf 2,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Entwicklung wird dabei aber nunmehr durch einen positiven Konjunkturlauf begünstigt, und temporäre Effekte spielen kaum noch eine Rolle, sodass die strukturelle Verbesserung nur ¼% des BIP beträgt. Für das Jahr 2015 prognostiziert die Europäische Kommission trotz einer dann etwas deutlicheren konjunkturellen Belebung nur noch einen geringen Rückgang der Defizitquote (auf 2,3%), was in struktureller Betrachtung eine fiskalische Lockerung bedeuten würde. Dabei sind jedoch wegen derzeit noch nicht aus-

reichend spezifizierter Planungen nicht alle der in den nationalen Stabilitätsprogrammen vorgesehenen Maßnahmen berücksichtigt. Für die Schuldenquote wird für 2014 ein weiterer Anstieg auf 96,0% erwartet. Im Jahr 2015 soll sie – erstmals seit 2007 – wieder leicht auf 95,4% sinken.

Auch für Länder, die den Referenzwert für die Defizitquote einhalten, meist weiterer Konsolidierungsbedarf

Nur wenige EWU-Staaten – Deutschland, Estland, Finnland, Italien, Lettland und Luxemburg – befinden sich gegenwärtig nicht im Verfahren wegen eines übermäßigen Defizits. Belgien, Malta, die Niederlande, Österreich und die Slowakei haben den Referenzwert für die Defizitquote 2013 wieder eingehalten.²⁾ Nun ist zu prüfen, ob sie die Voraussetzungen erfüllen, um aus dem Verfahren entlassen zu werden, insbesondere ob der Referenzwert für die Defizitquote dauerhaft eingehalten wird und die Schuldenquote hinreichend rückläufig ist. Aber auch wenn ein Mitgliedstaat aus dem Defizitverfahren entlassen wird oder bereits jetzt kein übermäßiges Defizit mehr aufweist, ist der Konsolidierungsprozess noch nicht beendet. Vielmehr gilt es für die meisten dieser Länder, die Mindestanforderung eines (annähernd) strukturell – also ohne den Einfluss der Konjunktur und einmaliger Maßnahmen – ausgeglichenen Haushalts zu erreichen.³⁾ Die Unterzeichner des Fiskal-

1 Die hier verwendeten Angaben der Europäischen Kommission zum Schuldenstand, enthalten – im Unterschied zu denjenigen im Rahmen der Notifikation – auch die Kreditvergaben zwischen Euro-Staaten.

2 Eurostat äußerte jedoch einen Vorbehalt gegenüber den von den Niederlanden gemeldeten Daten aufgrund von Unsicherheiten in Bezug auf die statistische Auswirkung der staatlichen Interventionen bei der Verstaatlichung und Restrukturierung der SNS Reaal im Jahr 2013. Hier erfolgt derzeit eine Klärung mit den niederländischen Statistikbehörden.

3 Außerdem muss die Schuldenquote, sofern sie über 60% liegt, zügig auf diesen Referenzwert zurückgeführt werden.

vertrages müssen diese Vorgabe auch in ihren jeweiligen nationalen Gesetzgebungen verankern. Mit den im Jahr 2011 vereinbarten Verordnungen des „Sixpack“, sollte zudem auf eine striktere Regeleinhaltung und Bindungswirkung des präventiven Arms des Stabilitäts- und Wachstumspakts hingewirkt werden. So sind unter anderem Sanktionsmöglichkeiten (verzinsliche Einlagen) geschaffen worden, wenn das strukturelle Haushaltsziel verfehlt wird und die jährliche Verbesserung des strukturellen Saldos deutlich hinter der Vorgabe von grundsätzlich 0,5% des BIP zurückbleibt. Für das laufende Jahr werden in vielen Fällen trotz Verfehlungen der strukturellen Haushaltsziele sehr geringe Verbesserungen und teilweise sogar wieder Verschlechterungen des strukturellen Saldos prognostiziert. Hier ist die Europäische Kommission (und der Ecofin-Rat) gefordert, die neuen Verfahren stringent anzuwenden, um den reformierten präventiven Arm zu stärken und langfristig tragfähige Haushalte abzusichern. Für Länder mit hohen Schuldenquoten wäre das Abweichen von der gemeinsam abgestimmten Vorgabe strukturell ausgeglichener Haushalte besonders kritisch.

Immer noch viele Mitgliedstaaten im Defizitverfahren

Den Ländern im Defizitverfahren, die im Jahr 2013 noch Defizitquoten über 3% aufwiesen, wurden Korrekturfristen bis 2015 (Frankreich, Irland, Portugal, Slowenien) oder 2016 (Griechenland, Spanien, Zypern) eingeräumt. Gemäß den aktualisierten Stabilitätsprogrammen, in denen die Regierungen ihre fiskalischen Planungen für die kommenden Jahre darlegen, soll zwar in allen Ländern eine fristgerechte Korrektur gelingen. Die Prognose der Europäischen Kommission zeigt aber auf, dass dies – mit Ausnahme von Griechenland und Portugal – ohne zusätzliche Maßnahmen⁴ wohl nicht zu erwarten ist, und es wird eine deutlich nachlassende Konsolidierung ausgewiesen. Slowenien würde demnach die Defizitgrenze 2015 sehr knapp und Frankreich

deutlicher verfehlen – obwohl die Frist für beide Länder erst 2013 um zwei Jahre verlängert worden war. Auch Irland würde ohne weitere Maßnahmen den Referenzwert für die Defizitquote 2015 noch deutlich überschreiten. Die Korrekturfrist 2016 liegt jenseits des Prognosezeitraums der Europäischen Kommission, aber für Zypern und Spanien werden für 2015 immer noch sehr hohe Defizitquoten ausgewiesen.

Europäische Kommission verantwortlich für stringente Anwendung der Defizitverfahren

Im Rahmen des Europäischen Semesters ist von der Europäischen Kommission nun kritisch zu prüfen, ob den Stabilitätsprogrammen belastbare Planungen zugrunde liegen. Zudem ist im Defizitverfahren zu untersuchen, ob die geforderten Zwischenziele erreicht wurden oder die Verfahren zu verschärfen sind.⁵ Zentral ist dabei im Defizitverfahren grundsätzlich die Verbesserung des strukturellen Saldos, wobei die diesbezügliche Vorgabe von Frankreich und Slowenien klar verfehlt wurde. Allerdings hat man sich in den europäischen Gremien darauf verständigt, zusätzliche Aspekte zu berücksichtigen. So soll unter anderem um Prognosefehler bereinigt werden. Dabei kann eine Verfehlung der strukturellen Verbesserung entschuldigt werden, wenn sie darauf zurückzuführen ist, dass das Potenzialwachstum und/oder das Einnahmenwachstum (bereinigt um Rechtsänderungen und Konjunkturfälle) zum Beurteilungszeitpunkt geringer eingeschätzt werden als zum (früheren) Empfehlungszeitpunkt. Darüber hinaus ist ein Exkulpiertwerden auch dann möglich, wenn sich das Volumen der ergriffenen Maßnahmen auf den Umfang der in den Empfehlungen enthaltenen Konsolidierungserfordernisse aufsummiert.

⁴ Für Programmländer weicht die Europäische Kommission von dem grundsätzlichen Vorgehen bei der Prognose ab und berücksichtigt nicht nur die bereits beschlossenen Maßnahmen.

⁵ Für Programmländer gelten besondere Prozeduren.

Es mag zunächst plausibel erscheinen, Zielverfehlungen, die nicht unmittelbar auf Regierungshandeln zurückzuführen sind, unberücksichtigt zu lassen. Allerdings ist es das grundsätzliche Ziel der Regeln, die Tragfähigkeit der Staatsfinanzen sicherzustellen. Diese verschlechtert sich aber auch dann, wenn Belastungen unerwartet entstanden sind, und die angestrebte Senkung der Schuldenquote wird auch dann verfehlt. Im Hinblick auf eine effektive Regelbindung ist zudem kritisch, dass das geänderte Verfahren inzwischen äußerst komplex und die Beurteilung daher kaum nachzuvollziehen ist. Das Verfahren setzt dabei Anreize zu optimistischen Prognosen beziehungsweise einer optimistischen Veranschlagung der Finanzwirkung von Politikmaßnahmen, wenn das Ziel verfolgt wird, eine zeitnahe durchgreifende Konsolidierung zu vermeiden. Liegt der Korrekturempfehlung im Defizitverfahren beispielsweise eine zu optimistische Einnahmenentwicklung zugrunde, so können Zielverfehlungen im weiteren Verlauf eher exkulpiert werden. Im Verfahren besteht des Weiteren auch erheblicher Ad-hoc-Entscheidungsspielraum. Es kommt insgesamt in großem Maße auf die Einschätzung der Europäischen Kommission an, deren Rolle durch die Reform der Regeln gestärkt wurde.⁶⁾ Dabei erscheint allerdings nicht zuletzt angesichts der vielfach sehr hohen Schuldenquoten bei der Nutzung von Spielräumen Zurückhaltung geboten. Die auch längerfristig relevante Bindungswirkung droht zunehmend beschädigt zu werden, wenn regelmäßig zu geringe Defizitrückführungen exkulpiert und Aufschübe gewährt werden. So ist gerade auch die unzureichende Umsetzung der Fiskalregeln vor der Krise als eine Fehlentwicklung anzusehen, die in einigen Fällen mit zum Entstehen der Schuldenkrise beigetragen hat.

Der reformierte Stabilitäts- und Wachstumspakt zielt nicht zuletzt vor diesem Hintergrund auch direkt auf die Verringerung übermäßiger Schuldenquoten. So besteht die Verpflichtung, den Abstand zur

60%-Grenze durchschnittlich jährlich um ein Zwanzigstel zu verringern, bis der Referenzwert erreicht ist. Allerdings ist auch hier ein komplexes Verfahren festgelegt worden, das keine unmittelbare Beurteilung darüber erlaubt, ob die Vorgabe von einem Land eingehalten wird oder nicht. So ist die jahresdurchschnittliche Veränderung im Zeitraum der vergangenen drei Jahre oder alternativ in dem Zeitraum, der vom vergangenen, dem aktuellen und dem folgenden Jahr gebildet wird, maßgeblich, und es können fallweise der Einfluss der Konjunktur, aber auch andere besondere Faktoren berücksichtigt werden.⁷⁾ Der Referenzwert für die Schuldenquote von 60% dürfte 2014 nur von Estland, Lettland, Luxemburg, der Slowakei und Finnland eingehalten werden. In den meisten Ländern erhöht sich die Schuldenquote gemäß der Kommissionschätzung auch im Jahr 2014 noch, dies ändert sich erst 2015.

Mit den Reformen am fiskalischen Regelwerk – nicht zuletzt durch das „Sixpack“ – war grundsätzlich Raum für Verbesserungen geschaffen worden. Hierzu zählen etwa die stärkere nationale Verankerung europäischer Vorgaben und die etwas größere Bedeutung der Schuldenquote. Allerdings deuten bisherige Erfahrungen mit der Anwendung darauf hin, dass die Verfahren in starkem Maße verkompliziert und die Regeln unklarer werden sowie der Spielraum für Ad-hoc-Entscheidungen zunimmt. Da-

⁶ Hierbei ist auch die Schätzung von Produktionslücken von Bedeutung, da sie die Grundlage für die Messung des Einflusses der Konjunktur auf die Staatsfinanzen bilden. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Wirkung verzerrter Potenzialschätzungen im Rahmen von Fiskalregeln, Monatsbericht, April 2014, S. 35 ff. Allerdings variiert i. d. R. die Veränderung des strukturellen Saldos bei verschiedenen Methoden weniger als das Niveau.

⁷ Aufgrund einer Übergangsregelung gelten diese Bestimmungen für diejenigen Länder, die sich zum Zeitpunkt der Regelfestlegung im November 2011 im Defizitverfahren befanden, erst drei Jahre nach Beendigung jenes Defizitverfahrens. Bis dahin gelten besondere Bestimmungen, die gewährleisten sollen, dass am Ende der Übergangsperiode eine Haushaltsposition erreicht ist, die mit dem operationalisierten Schuldenkriterium kompatibel ist.

Prognose und Planung für die öffentlichen Finanzen der EWU-Länder

Land	Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission, Mai 2014						Stabilitätsprogramme ¹⁾ , April/Mai 2014			Frist für Korrektur des übermäßigen Defizits
	Haushaltssaldo in % des BIP			Staatsschulden in % des BIP			Haushaltssaldo in % des BIP			
	2013	2014	2015	2013	2014	2015	2014	2015	2016	
Belgien	- 2,6	- 2,6	- 2,8	101,5	101,7	101,5	- 2,1	- 1,4	- 0,4	2013
Deutschland	0,0	0,0	- 0,1	78,4	76,0	73,6	0	0	0	-
Estland	- 0,2	- 0,5	- 0,6	10,0	9,8	9,6	- 0,7	- 0,5	- 0,4	-
Finnland	- 2,1	- 2,3	- 1,3	57,0	59,9	61,2	- 2,0	- 1,1	- 0,5	-
Frankreich	- 4,3	- 3,9	- 3,4	93,5	95,6	96,6	- 3,8	- 3,0	- 2,2	2015
Griechenland	- 12,7	- 1,6	- 1,0	175,1	177,2	172,4	.	.	.	2016
Irland	- 7,2	- 4,8	- 4,2	123,7	121,0	120,4	- 4,8	- 3,0	- 2,2	2015
Italien	- 3,0	- 2,6	- 2,2	132,6	135,2	133,9	- 2,6	- 1,8	- 0,9	-
Lettland	- 1,0	- 1,0	- 1,1	38,1	39,5	33,4	- 1,0	- 0,8	- 0,7	-
Luxemburg	0,1	- 0,2	- 1,4	23,1	23,4	25,5	0,1	- 0,5	0,2	-
Malta	- 2,8	- 2,5	- 2,5	73,0	72,5	71,1	- 2,1	- 1,6	- 0,7	2014
Niederlande	- 2,5	- 2,8	- 1,8	73,5	73,8	73,4	- 2,9	- 2,1	- 1,9	2014
Österreich	- 1,5	- 2,8	- 1,5	74,5	80,3	79,2	- 2,7	- 1,4	- 0,7	2013
Portugal	- 4,9	- 4,0	- 2,5	129,0	126,7	124,8	- 4,0	- 2,5	- 1,5	2015
Slowakei	- 2,8	- 2,9	- 2,8	55,4	56,3	57,8	- 2,8	- 2,8	- 2,0	2013
Slowenien	- 14,7	- 4,3	- 3,1	71,7	80,4	81,3	- 4,1	- 2,4	- 1,5	2015
Spanien	- 7,1	- 5,6	- 6,1	93,9	100,2	103,8	- 5,5	- 4,2	- 2,8	2016
Zypern	- 5,4	- 5,8	- 6,1	111,8	122,2	126,4	.	.	.	2016
Euro-Raum	- 3,0	- 2,5	- 2,3	95,0	96,0	95,4	.	.	.	-

Quelle: Europäische Kommission. ¹ Unterliegt ein Mitgliedstaat einem makroökonomischen Anpassungsprogramm, so ist er nicht verpflichtet, ein Stabilitätsprogramm vorzulegen.

Deutsche Bundesbank

mit Regeln für die Finanzpolitik die notwendige Bindungswirkung erhalten, sollten sie dagegen transparent und auch für die Öffentlichkeit nachvollziehbar sein. Eine gewisse Klarheit und Einfachheit erscheint daher unverzichtbar, auch wenn dadurch nicht jeder speziellen Situation Rechnung getragen werden kann.

Troika bescheinigt, dass Programmländer weitgehend auf Kurs sind

Spanien, Irland und jüngst auch Portugal (vorbehaltlich der Annahme des letzten Prüfberichts durch die Troika) konnten ihre Hilfsprogramme beenden. Zwar unterliegen sie weiterhin einer besonderen halbjährlichen Überprüfung, solange nicht drei Viertel der Hilfskredite zurückgezahlt sind, aber es werden keine gesonderten Zielvorgaben (abgesehen von denen im Defizitverfahren) mehr gemacht. Für diese Länder ist es nun von entscheidender Bedeutung, dass sie den Weg nachhaltiger Haushaltskonsolidierung konsequent weiterverfolgen, ihre besonders hohen Schuldenquoten rasch ver-

ringern und eine langfristig tragfähige Haushaltsposition erreichen und halten.

Griechenland ist hingegen weiterhin im Hilfsprogramm, das im Mai 2010 aufgelegt und im März 2012 erneuert wurde. Neben besonders lang laufenden Kreditzusagen in Höhe von insgesamt rund 125% des BIP (225 Mrd €) leisten internationale Hilfegeber Unterstützung in Form sehr niedriger Zinsen auf die Hilfskredite. Die EWU-Staaten leisten zusätzlich direkte Transfers (in Höhe unterstellter rechnerischer Zentralbankgewinne aus dem Ankauf griechischer Staatsanleihen). Für das laufende und planmäßig letzte Jahr des Programms der Euro-Länder (das IWF-Programm läuft bis 2016) weist die Troika unter Berücksichtigung der außerplanmäßigen Inanspruchnahme des Kapitalmarkts von April 2014 noch eine Finanzierungslücke von 2 ½ Mrd € aus. Für 2015 sind bei weiterer planmäßiger Entwicklung der staatlichen Einnahmen und Ausgaben für Finanzierungserfordernisse im Umfang von knapp 12 ½ Mrd € noch keine Hilfskredite vorgesehen. Es ist letztlich von entscheidender Bedeutung, dass die Bereit-

schaft zu Konsolidierung und grundlegenden Reformen nicht erlahmt. Seit 2010 wurden erhebliche Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen, und die Defizitquote sank daher trotz der sehr ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung stark. Das im Programm vereinbarte Haushaltsziel für 2013 wurde übererfüllt.⁸⁾ Nach Einschätzung der Troika ist auch für 2014 zu erwarten, dass die Programmziele eingehalten werden. Gleichwohl ist der Erfolg des revidierten Programms für Griechenland noch nicht gesichert. Unzureichende Umsetzungen, zum Beispiel bei vereinbarten strukturellen Reformen, hatten in der Vergangenheit dazu geführt, dass Tranchen der Hilfsmittel erst verzögert ausgezahlt wurden. Die Schuldenquote Griechenlands war im Jahr 2013 – trotz des Schuldenschnitts gegenüber privaten Gläubigern im März 2012 – mit Abstand die höchste im Euro-Raum und belief sich auf rund 175%. Sie soll auch im laufenden Jahr noch einmal steigen, aber ab 2015 sinken. Würde ab 2016 ein Primärüberschuss von 4½% des BIP erreicht und gehalten, könnte die Schuldenquote bei der erwarteten Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums relativ zügig sinken.

Im April 2013 wurde Zypern ein Hilfsprogramm mit Krediten in Höhe von insgesamt 10 Mrd € (rd. 60% des zypriotischen BIP) gewährt, von denen bisher etwa 5 Mrd € ausgezahlt wurden. Das Programm sieht umfangreiche fiskalische Konsolidierungsmaßnahmen vor. Die Zielvorgaben für das Jahr 2013 wurden durch eine restriktive Ausgabenpolitik und insbesondere infolge einer besser als erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung übererfüllt. Von besonderer Bedeutung ist in Zypern daneben aber die Neuordnung des Bankensektors, die ebenfalls Programmbestandteil ist. Hier wurden durch die umfangreiche Beteiligung von Eigentümern und Gläubigern im Zuge der Aufspaltung und Zusammenführung der beiden größten Banken, durch die Rekapitalisierung einer weiteren Bank mit privaten Mitteln und durch die Neuorganisation und Rekapitalisierung des genossenschaftlichen

Bankensektors beachtliche Fortschritte erzielt, auch wenn hier noch Risiken vorhanden sind. Die eingeführten Kapitalverkehrskontrollen konnten mittlerweile teilweise wieder gelockert werden. Die beabsichtigte Privatisierung von Staatsbetrieben kommt hingegen nur schleppend voran. Der weitere Erfolg des Hilfsprogramms und insbesondere die angestrebte Rückführung der seit 2008 sehr stark gestiegenen staatlichen Schuldenquote hängen neben der weiterhin erforderlichen fiskalischen Konsolidierung insbesondere davon ab, dass rasch eine tragfähige Lösung zur Verringerung des sehr hohen Anteils notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen der Banken umgesetzt wird und sich die unterstellten positiven Aussichten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch verwirklichen. Angesichts der erheblichen Herausforderung einer Neuausrichtung auf eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur bestehen hier weiterhin Risiken.

⁸ Griechenland hat einen Haushaltssaldo von –12,7% des BIP gemeldet, der Ende April von Eurostat bestätigt wurde. Zur Ermittlung des Primärsaldos sind die darin enthaltenen Zinsausgaben (4% des BIP) abzuziehen. Abzüglich insbesondere der Ausgaben für Bankenstützung (10,8% des BIP) und der von den übrigen Euro-Ländern transferierten Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ankauf griechischer Staatsanleihen durch die Zentralbanken sowie weiterer spezieller Positionen, ergibt sich der häufig zitierte „Primärüberschuss“ von 0,8% des BIP. So werden die Programmziele – abweichend von der üblichen Definition eines Primärsaldos, bei dem nur die Zinsausgaben unberücksichtigt bleiben – prinzipiell bei allen Programmländern abgegrenzt.

relle Haushaltsposition wäre eher ausgeglichen oder leicht defizitär.⁵⁾

Spürbare Überschüsse angesichts günstiger Rahmenbedingungen angemessen

Angesichts der ausgesprochen günstigen Rahmenbedingungen, der unterstellten störungsfreien gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der Unsicherheiten im europäischen und globalen Umfeld erscheinen spürbarere Überschüsse durchaus angemessen. Die Schuldenquote könnte so schneller unter die 60%-Grenze gesenkt und damit insbesondere besser für die Bewältigung des schon bald merklichen demografischen Wandels vorgesorgt werden. Hierzu erschiene es beispielsweise angebracht, weitere Einsparungen bei den Zinsausgaben zur Haushaltsverbesserung zu nutzen. Auch mit Blick auf die nationalen Haushaltsregeln wäre es empfehlenswert, in der aktuell günstigen Lage zügig die verbliebenen Defizite bei den Gebietskörperschaften ab- und merkliche Sicherheitsabstände zu den langfristigen Defizitgrenzen aufzubauen. Mit den strikten Vorgaben, die zur Absicherung solider Staatsfinanzen in der Verfassung verankert wurden, kommt Sicherheitsabständen eine besondere Rolle zu. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, ist die Unsicherheit hinsichtlich der Schätzung der strukturellen Haushaltslage hoch, und negative gesamtwirtschaftliche Überraschungen bedeuten häufig auch eine grundsätzliche Neueinschätzung der Wachstumsperspektiven und eine Aufwärtsrevision der strukturellen Defizite. In dem Maß, wie dieser Unsicherheit durch Sicherheitsabstände in den Planungen Rechnung getragen wird, lassen sich prozyklische Konsolidierungserfordernisse in wirtschaftlichen Schwächephasen vermeiden.

Haushalte der Gebietskörperschaften

Steuereinnahmen

Die Steuereinnahmen⁶⁾ stiegen im ersten Quartal 2014 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um gut 3½% (siehe oben stehendes Schaubild und Tabelle auf S. 78). Eine

Anstieg um 3½% im ersten Quartal



wichtige Rolle spielte dabei die weiter günstige Entwicklung bei den für die Steuereinnahmen besonders bedeutsamen Bruttolöhnen und -gehältern. In Kombination mit der Steuerprogression führte dies zu einem dynamischen Zuwachs bei der Lohnsteuer. Auch das vom Aufkommen abgesetzte stagnierende Kindergeld trug zu der höheren Zuwachsrate bei. Moderat dämpfend wirkten dagegen Rechtsänderungen (v. a. die Anhebung des Grundfreibetrags sowie die zunehmende steuerliche Freistellung von Altersvorsorgeaufwendungen). Der Anstieg bei den gewinnabhängigen Steuern war dagegen mit 2½% per saldo schwächer und wurde dabei noch letztmals merklich durch die auslaufende Eigenheimzulage gestützt. Insbesondere die veranlagte Einkommensteuer trug zum Anstieg bei den Gewinnsteuern bei, während die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zinserträge und Veräußerungserträge sowie aus der Körperschaftsteuer rückläufig waren. Die Einnahmen aus der Umsatzsteuer stiegen im ersten Vierteljahr mit knapp 3% wieder etwas stärker als zuletzt und wuchsen damit wohl weitgehend in Einklang mit den gesamtwirt-

⁵⁾ In der Vergangenheit wurden Konjunkturkomponenten häufig zu negativ eingeschätzt, vgl.: Deutsche Bundesbank, Die Wirkung verzerrter Potenzialschätzungen im Rahmen von Fiskalregeln, Monatsbericht, April 2014, S. 35–37.

⁶⁾ Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

Steueraufkommen				
Steuerart	1. Vierteljahr			Schätzung für 2014 ^{1) 2)}
	2013	2014		
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
Steuereinnahmen insgesamt ²⁾	135,0	140,0	+ 3,7	+ 3,4
darunter:				
Lohnsteuer	36,5	39,0	+ 7,0	+ 6,0
Gewinnabhängige Steuern ³⁾	23,4	23,9	+ 2,3	+ 0,2
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	10,7	11,8	+ 9,8	+ 7,5
Körperschaftsteuer	6,0	5,6	- 6,7	- 7,5
Kapitalertragsteuer ⁴⁾	6,6	6,5	- 1,8	- 5,9
Steuern vom Umsatz ⁵⁾	49,2	50,5	+ 2,8	+ 3,3
Energiesteuer	4,7	4,7	+ 0,1	+ 0,2
Tabaksteuer	2,1	2,5	+ 15,7	+ 3,5

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. **1** Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2014. **2** Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. **3** Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.
 Deutsche Bundesbank

zulage sowie Erhöhungen der Grunderwerb- sowie Tabaksteuer zu kleineren Mehreinnahmen führen. Die Steuerrückzahlungen nach dem EuGH-Urteil zur Besteuerung von Streubesitzdividenden bremsen den Zuwachs.⁸⁾

Für die Folgejahre wird erwartet, dass sich der Einnahmewachstum zunächst auf 4% im Jahr 2015 beschleunigt und in der mittleren Frist bis 2018 dann bei jahresdurchschnittlich 3½% liegt. Im Wesentlichen ist diese Entwicklung durch die gesamtwirtschaftlichen Wachstumsannahmen sowie den Fiscal drag bestimmt. Bereits verabschiedete Rechtsänderungen dämpfen den Anstieg per saldo leicht. Die Steuerquote (in finanzstatistischer Abgrenzung) steigt von 22,6% (2013) bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 22,9%. Der Fiscal drag erhöht die Quote für sich genommen um rund ½ Prozentpunkt.

Danach etwas dynamischeres Aufkommenswachstum

Im Vergleich zur Prognose vom November letzten Jahres wurde der Ansatz für das Jahr 2014 weitgehend bestätigt. Für die Folgejahre wurden die Ansätze dagegen etwas angehoben. Grund sind die günstigeren gesamtwirtschaftlichen Annahmen. Gegenüber der letztjährigen Schätzung vom November beträgt die Revision - ½ Mrd € für 2014 und nimmt in den Folgejahren von + 3 Mrd € auf + 7 Mrd € zu. Gegenüber den im Frühjahr - im Hinblick auf die Eckwerte für die Planungen zum Bundeshaushalt und das Stabilitätsprogramm - bereits nach oben angepassten Ansätzen ergibt sich ein wenig verändertes Bild.

Einnahmenserwartungen für 2014 weitgehend bestätigt, für die Jahre danach angehoben

schaftlichen Bezugsgrößen. Dagegen waren die Aufkommen aus den sonstigen Verbrauchsteuern leicht rückläufig. Dazu haben wohl auch vorübergehende dämpfende Sondereffekte im Zusammenhang mit der Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer-Erhebung auf den Bund und verzögerte Erstattungen bei der Stromsteuer im Rahmen des „Spitzenausgleichs“ beigetragen.

Gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung wird für das Gesamtjahr 2014 mit knapp 3½% ebenfalls ein solider Zuwachs erwartet (inkl. Gemeindesteuern). Der Anstieg reflektiert vor allem die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.⁷⁾ Der Fiscal drag erhöht das Aufkommen zusätzlich. Rechtsänderungen senken das Aufkommen dagegen per saldo leicht. Die Erhöhung des Einkommensteuer-Grundfreibetrags und der sukzessive Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung führen zu spürbaren Ausfällen, wohingegen das Auslaufen der (vom Kassenaufkommen abgesetzten) Eigenheim-

Solider Einnahmewachstum auch für Gesamtjahr erwartet

7 Die Schätzung basiert auf der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung. Danach wird für 2014 ein Anstieg des BIP um real 1,8% bzw. nominal 3,5% erwartet (November 2013: + 1,7% bzw. + 3,3%). Für 2015 liegen die entsprechenden Raten bei + 2,0% bzw. + 3,8% (November 2013: + 1,4% bzw. + 3,0%). In der mittleren Frist wird mit einem nominalen Wachstum von 3,1% jährlich gerechnet (November 2013: + 3,0%).

8 Urteil vom 20. Oktober 2011 in der Rechtssache C-284/09.

Bundshaushalt

Defizitrückgang zum Jahresauftakt spiegelt höheren Bundesbankgewinn und niedrigere Zinslast wider

Der Bundshaushalt verzeichnete im ersten Quartal ein Defizit von 10½ Mrd €, nach 13 Mrd € in der gleichen Vorjahreszeit. Die Einnahmen stiegen deutlich um 4½% (3 Mrd €). Beim Steueraufkommen blieb der Zuwachs mit 2½% (1½ Mrd €) allerdings wesentlich verhaltener, auch weil die davon abgesetzten Abführungen an den EU-Haushalt um ½ Mrd € höher ausfielen. Einen wichtigen Beitrag zum Einnahmenplus leistete die Gewinnausschüttung der Bundesbank, die in Höhe des gesetzlichen Maximalwerts von 2½ Mrd € in den Haushalt floss (Vorjahr: ½ Mrd €). Auf der Ausgabenseite blieb der Anstieg auf ½% (½ Mrd €) begrenzt. Zuwächse gab es insbesondere bei den Zahlungen an die Sozialversicherungen (1 Mrd €). Die erneute und verstärkte Kürzung der Mittel für den Gesundheitsfonds schlug sich noch nicht nieder.⁹⁾ Die Transfers an private Haushalte übertrafen den Vorjahresstand um ½ Mrd € aufgrund höherer Zahlungen für Eltern- und Betreuungsgeld sowie auch für Arbeitslosengeld II. Die Zuweisungen an die Länder stiegen ebenfalls um ½ Mrd €, nicht zuletzt infolge der letzten Aufstockungsstufe der Kostenübernahme des Bundes für die Grundversicherung im Alter. Eine deutliche Entlastung entstand dagegen bei den Zinsaufwendungen, die um ein Achtel (1½ Mrd €) niedriger ausfielen.

Revidierter Haushaltsplan mit annähernd unverändertem Finanzierungssaldo

Das Bundeskabinett verabschiedete Mitte März den revidierten Haushaltsentwurf für das Jahr 2014. Gegenüber den Planungen der alten Bundesregierung vom Sommer 2013 ist der Defizitansatz mit 6½ Mrd € weitgehend unverändert. Die Koalitionsvereinbarungen schlagen sich insbesondere in einer Aufstockung der nicht mautfinanzierten Verkehrsinvestitionen um ½ Mrd € (freilich bei einer moderaten Kürzung der aus der Lkw-Maut finanzierten Investitionen) sowie in etwas höheren Entwicklungshilfeansätzen und Zuschüssen an die Rentenversicherung infolge der Nichtabsenkung des Beitragssatzes nieder. Wegen fehlender Beschlüsse zur Aufteilung der vereinbarten zusätzlichen Mittel für Kinderbetreuung, Bildung

und Forschung ist für diese Maßnahmen eine globale Mehrausgabe von ½ Mrd € berücksichtigt. Gewichtiger sind damit die Aufwärtsrevisionen der Ansätze für Arbeitslosengeld II um 1 Mrd €, nachdem die alte Regierung hier zuvor im Rahmen des Zukunftspakets 2010 noch Effizienzgewinne von 1½ Mrd € realisieren wollten, und auch für das Elterngeld steht ein Plus von ½ Mrd € zu Buche. Insgesamt belaufen sich die Mehrausgaben gegenüber dem Entwurf vom Sommer 2013 auf 3 Mrd €. Weitgehend ausgeglichen werden sollen diese durch eine Rückholung von offenbar nicht benötigten Mitteln des Fluthilfefonds im Umfang von 1 Mrd €, eine Aufstockung der Privatisierungserlöse um fast 1 Mrd € sowie die um ½ Mrd € höher als geplante Einnahme aus der Gewinnausschüttung der Bundesbank.

Für den strukturellen Finanzierungssaldo im Rahmen der Schuldenbremse wird in den Haushaltsunterlagen für 2014 ein Überschuss von 1½ Mrd € ausgewiesen und damit der im Sommer 2013 ausgewiesene Wert um ½ Mrd € unterschritten. Allerdings wurde die dabei abgezogene konjunkturelle Belastung auf 5½ Mrd € taxiert. Angesichts offenbar weitgehend normal ausgelasteter Kapazitäten und niedriger Arbeitslosigkeit erscheint eine derart hohe konjunkturelle Belastung, die ein sehr günstiges Lagebild der strukturellen Bundesfinanzen zur Folge hat, nicht naheliegend.¹⁰⁾ Darüber hinaus ist im Hinblick auf den ausgewiesenen strukturellen Überschuss anzumerken, dass der Extrahaushalt Fluthilfefonds zwar zu Recht bei der Berechnung des strukturellen Saldos einbezogen ist, die spürbaren Belastungen des Fonds im laufenden Jahr im Entwurf für den Bundshaushalt aber noch ausgeklammert bleiben. Zwar sind diese der genauen Höhe nach tatsächlich noch ungewiss, allerdings erscheint es nicht naheliegend, deshalb auf jedwede Veran-

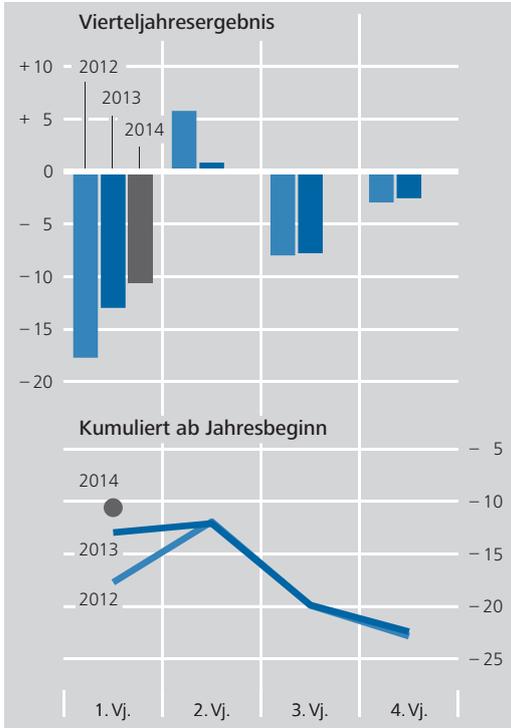
Ausgewiesener struktureller Überschuss fragwürdig

⁹ Bei einer Gleichverteilung der Kürzung auf alle Quartale hätte sich im ersten Quartal ein um 1 Mrd € niedrigerer Zuschuss ergeben.

¹⁰ Zusätzlicher Spielraum hat sich gegenüber dem Stand vom Sommer 2013 zudem dadurch ergeben, dass die konjunkturelle Belastung noch höher veranschlagt, gleichzeitig aber das Steueraufkommen nach oben revidiert wurde.

Finanzierungssalden des Bundes

Mrd €



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen.
 Deutsche Bundesbank

schlagung zu verzichten – zumal grundsätzlich gerade der geplante strukturelle Haushaltsaldo von besonderer Bedeutung für die Haushaltsregel ist. Das gewählte Vorgehen führt im Entwurf sogar dazu, dass das strukturelle Bundesdefizit sinkt, da eine Rückholung von Fondsmitteln in Höhe von 1 Mrd € eingerechnet ist, die entsprechende Auszahlung im Fonds aber unberücksichtigt bleibt.

Veranschlagtes Ergebnis erscheint erreichbar

Alles in allem erscheinen die Ansätze aus heutiger Sicht per saldo wohl erreichbar. Zwar werden nach der jüngsten Steuerschätzung Mindereinnahmen von ½ Mrd € erwartet. Darüber hinaus hat das Finanzgericht Hamburg kürzlich verfügt, dass der Bund Einnahmen von gut 2 Mrd € aus der Kernbrennstoffsteuer bis zu einem – möglicherweise nicht mehr im laufenden Jahr ergehenden – höchstrichterlichen Urteil zurückzahlen muss. Andererseits erscheint unsicher, ob die veranschlagten Mehrausgaben für Verkehrsinvestitionen nicht zuletzt angesichts der absehbar späten Ausferti-

gung des Haushaltsgesetzes und die sogar erst noch zwischen den Fachressorts aufzuteilenden zusätzlichen Mittel für Kinderbetreuung, Bildung und Forschung tatsächlich in diesem Jahr abfließen werden. Außerdem dürften einige Ansätze wie etwa für die Zinsausgaben erneut recht vorsichtig bemessen sein. Allerdings bestehen weiterhin grundsätzlich Haushaltsrisiken nicht zuletzt im internationalen Zusammenhang.

Mit dem revidierten Haushaltsentwurf verabschiedete das Bundeskabinett auch die Eckwerte für das Budget 2015 und den Finanzplan bis 2018. Gegenüber den Planungen vom Sommer 2013 wurden dabei insbesondere die als prioritär klassifizierten Maßnahmen der Koalitionsvereinbarung von Ende 2013 im Umfang von kumuliert 23 Mrd € (bis 2017) einbezogen und – ergänzt um eine deutliche Aufstockung der Mittel für die Kommunen zur Eingliederung Behinderter – wohl zum guten Teil auch in das Jahr 2018 fortgeschrieben. An der dort vereinbarten Zielsetzung eines Bundeshaushalts ohne Nettoneuverschuldung wurde zwar festgehalten, die zuvor ab 2016 vorgesehenen Überschüsse zur Tilgung von Altschulden, die 2017 einen Umfang von 9½ Mrd € aufweisen sollten, sind aber entfallen. Wie in den Vorjahren lässt der Eckwertebeschluss nur begrenzte Rückschlüsse auf die Umsetzung geplanter Vorhaben zu. Für 2015 sind aus der Koalitionsvereinbarung gegenüber dem Finanzplan vom Sommer 2013 Aufstockungen im Verkehrsetat und offenbar auch Belastungen für die Unterstützung der Gemeindehaushalte im Vorfeld der angekündigten Bundesbeteiligung an deren Eingliederungsleistungen für Behinderte von jeweils 1 Mrd € einbezogen. Auch für Entwicklungshilfe wurden zusätzliche Mittel von ½ Mrd € eingerechnet. Besonders gewichtig bleiben indes wie bereits für das laufende Jahr Aufwärtsrevisionen im Zusammenhang mit Leistungen bei Langzeitarbeitslosigkeit von 1½ Mrd €, die letztlich wohl darin begründet sind, dass vormals eingestellte Einsparungen aus Effizienzsteigerungen nunmehr als unrealistisch angesehen werden.

Eckwerte für Bundeshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018 mit höheren Primärausgaben unter Aufgabe zuvor geplanter Überschüsse

Anteilige Gegenfinanzierung durch weitere Absenkung der Ansätze für Zinsen und Gesundheitsfonds

Die Gegenfinanzierung der Mehrbelastungen in den Eckwerten für 2015 erfolgt offenbar im Wesentlichen durch weitere Abwärtsrevisionen bei den Ansätzen für den Schuldendienst von 3 Mrd €, eine weitere diskretionäre Kürzung der Zuweisungen an den Gesundheitsfonds um 2½ Mrd € (gegenüber dem im Grundsatz vorgesehenen Niveau von bisher 14 Mrd € jährlich) sowie die Streichung von gut ½ Mrd €, die ab 2015 zur Finanzierung eines Sozialausgleichs bei bisher einkommensunabhängigen Zusatzbeiträgen der Krankenkassen veranschlagt waren. Der jährliche Umfang der als globale Mehrausgabe angesetzten Zusatzleistungen in den Bereichen Kinderbetreuung, Bildung und Forschung ist nicht aus den Angaben ersichtlich. Dies gilt auch für die Finanzplanung bis 2018. Dabei dürften jedoch die Zusatzlasten aus der Koalitionsvereinbarung im Zeitablauf deutlich ansteigen. Insgesamt wird trotz unterstellter anhaltend sehr günstiger Rahmenbedingungen bis 2018 kein Überschuss mehr geplant, obwohl es neben den allgemeinen Risiken insbesondere die anstehenden demografischen Belastungen ratsam erscheinen lassen, durch nennenswerte Tilgungen die Zinsausgaben nachhaltig einzuschränken.

Nach kräftigem Überschuss 2013 nur leichtes Plus der Extrahaushalte im laufenden Jahr

Die Extrahaushalte des Bundes (ohne Bad Banks und Verlustausgleichszuweisungen an diese) wiesen im ersten Quartal einen Überschuss von 3 Mrd € aus, nach 1 Mrd € vor Jahresfrist. Wie Anfang 2013 verzeichneten die Versorgungsrücklagen und die Postbeamtenversorgungskasse jeweils ein moderates Plus. Anders als im Vorjahr übertraf die Gewinnausschüttung der Bundesbank den zur Finanzierung des Kernhaushalts des Bundes vorgesehenen Betrag. Der Überhang von 2 Mrd € wurde dem 2009 zur Überwindung der schweren Wirtschaftskrise gebildeten Investitions- und Tilgungsfonds zur Tilgung verbliebener Schulden zugewiesen. Die Abflüsse aus dem im Sommer 2013 zum Ausgleich von Flutschäden gebildeten Hilfsfonds blieben zu Jahresbeginn weiter sehr verhalten. Im weiteren Jahresverlauf ist hier allerdings auch wegen der vom Bund geplanten Rückholung von 1 Mrd € mit spürbaren Aus-

zahlungen zu rechnen. Insgesamt dürften aber die zu erwartenden positiven Salden der Vorsorgerücklagen sowie des Investitions- und Tilgungsfonds dafür sorgen, dass die Extrahaushalte des Bundes 2014 mit einem leichten Überschuss abschließen werden, nachdem 2013 durch die Vorfinanzierung des Fluthilfsfonds und die Rückzahlung von Commerzbank-Hilfen an den SoFFin noch ein Plus von fast 11 Mrd € erzielt worden war.

Länderhaushalte¹¹⁾

Nach der positiven Entwicklung im abgelaufenen Jahr verdoppelte sich das Defizit der Kernhaushalte der Länder im ersten Quartal 2014 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 2 Mrd €. Die Einnahmen wuchsen insgesamt deutlich um 4% (3 Mrd €). Den wichtigsten Beitrag leistete das Steueraufkommen mit einem Plus von ebenfalls 4% (2½ Mrd €). Bei den empfangenen Zuweisungen kam es sogar zu einem Anstieg um 6% (1 Mrd €). Dem Einnahmenplus stand aber ein noch stärkerer Zuwachs auf der Ausgabenseite von 5% (4 Mrd €) gegenüber, obwohl die Zinslasten weiter deutlich rückläufig waren (– ½ Mrd €). So wuchsen allein die laufenden Zuweisungen an öffentliche Haushalte (darunter an die Kommunen durchgeleitete höhere Bundesmittel für die Grundsicherung) um 2 Mrd €. Auch bei den Personalausgaben war der Anstieg mit 4½% (1½ Mrd €) sehr deutlich, obwohl einige Länder die Tarifvereinbarung vom Frühjahr 2013 nicht voll auf die Beamten und Versorgungsempfänger übertragen haben.

Trotz der schwächeren Entwicklung zu Jahresbeginn ist im Haushaltsjahr eher mit einer weiteren Verbesserung der Finanzlage der Länder insgesamt in Richtung auf einen Haushaltsausgleich zu rechnen. Hierzu dürfte nicht zuletzt die weiter dynamische Steuerentwicklung bei-

Höheres Defizit im ersten Quartal wegen hoher Ausgabenzuwächse

Insgesamt aber weitere Verbesserung der Finanzlage zu erwarten

¹¹ Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im Gesamtjahr 2013 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts April 2014 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

tragen, für die nach der Steuerschätzung vom Mai ein solides Plus von 3 ½% erwartet wird, während der Zuwachs bei den besonders gewichtigen Personalausgaben im weiteren Jahresverlauf nachlassen sollte und die Belastung durch Zinsaufwendungen sogar weiter sinken könnte. Zudem könnten noch ausstehende Erstattungen für Fluthilfeleistungen der Länder entlastend wirken. Auf mittlere Sicht sehen die in den neuen Planungseckwerten des Bundes umgesetzten Koalitionsbeschlüsse zusätzliche Finanzmittel für Länder und Gemeinden von 5 ½ Mrd € im Zeitraum 2015 bis 2017 in den Bereichen Hochschulen, Schulen und Kindertagesbetreuung vor. Sofern diese Mittel nicht im vollen Umfang für zusätzliche Ausgaben verwendet werden, bleibt für die Länder- und Gemeindehaushalte eine Entlastung.

Trotz günstiger Entwicklung insgesamt in einigen Ländern weiterhin spürbar angespannte Finanzlage

Im vergangenen Jahr schlossen die Kernhaushalte der Länder gemäß revidierten Kassenergebnissen mit einem Defizit von 2 ½ Mrd € ab, während einschließlich der Sondervermögen ein Fehlbetrag von ½ Mrd € zu Buche stand.¹²⁾ Während Lage und Aussichten für die Ländergesamtheit somit positiv sind, sind einzelne Länder noch weit vom Mindestziel ausgeglichener Haushalte bis 2020 entfernt. Um den Vorgaben der Schuldenbremse und der europäischen Haushaltsüberwachung zu entsprechen, sind dabei – nach einer Bereinigung um die auszuklammernden finanziellen Transaktionen und Konsolidierungshilfen in der Übergangszeit – letztlich auch die Extrahaushalte zu berücksichtigen. Hier wurden in einigen Fällen regelmäßig defizitäre Einheiten – wie Baubetriebe – ausgelagert und mit eigenen Kreditermächtigungen ausgestattet. Daneben gibt es bei den Extrahaushalten aber auch zahlreiche Vorsorgeeinheiten wie die Versorgungsrücklagen, die derzeit noch aufgefüllt werden, um später einen Teil des erwarteten starken Anstiegs der Versorgungsausgaben aufzufangen und deren Überschüsse insofern aufgrund des Vorsorgemotivs eigentlich im Hinblick auf die Kreditobergrenzen herausgerechnet werden sollten.¹³⁾ Da keine Daten für die einzelnen Extrahaushalte verfügbar sind, besteht insoweit

Grund zu erhöhter Vorsicht bei der Interpretation der nun vorliegenden Angaben für das Gesamtjahr 2013. Besonders große Konsolidierungsbedarfe je Einwohner werden dabei erwartungsgemäß für die Konsolidierungshilfempfänger Bremen und Saarland angezeigt. Aber auch Hamburg wies ein sehr hohes Defizit in dieser erweiterten Abgrenzung aus. Für die anderen Länder hat sich die Lage demzufolge entspannt. Spürbare Handlungsbedarfe zeigen sich aber weiterhin in Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, wobei in den letzten beiden Ländern Überschüsse der Extrahaushalte das Bild deutlich verbessern. Die ostdeutschen Länder einschließlich Berlin erwirtschafteten auch bei dieser Betrachtung mitunter hohe Überschüsse. Insbesondere die demografische Entwicklung in Verbindung mit absehbar kräftig steigenden Pensionsaufwendungen und die bis zum Ende des Jahrzehnts abschmelzenden Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen der ostdeutschen Länder stellen aber letztlich weiter erhebliche langfristige Herausforderungen dar, die durch mögliche Entlastungen etwa aus einer rückläufigen Schülerzahl kaum aufzufangen sind. Insofern sollten die derzeit sehr günstigen Rahmenbedingungen insbesondere bei Steuern und Zinsausgaben konsequent zum schnellen Ausgleich der Haushalte genutzt und zudem spürbare Sicherheitsabstände zur Schuldengrenze angestrebt werden.

¹² Vgl. auch: Pressemitteilung Nr. 119 des Statistischen Bundesamtes vom 31. März 2014. Die Differenz zum ersten vorläufigen Ergebnis der Kernhaushalte (Defizit von ½ Mrd €) resultiert offenbar insbesondere aus einer saldenwirksamen Verbuchung von Zuführungen an Versorgungsfonds, die in den Haushalten traditionell defizitneutral veranschlagt sind.

¹³ Grundsätzlich neutralisiert sich in den VGR, die den Maastricht-Kriterien zugrunde liegen, ein aktueller Überschuss in einem Versorgungsfonds aufgrund der Konsolidierung mit den dadurch bedingten Belastungen im Kernhaushalt im Jahr der Vorsorgebildung. Im Falle der späteren Auflösung und dem dann entstehenden Defizit im Versorgungsfonds erfolgt (aufgrund der auch dann vorzunehmenden Konsolidierung mit dem Kernhaushalt) keine Entlastung des Maastricht-Defizits.

■ Sozialversicherungen¹⁴⁾

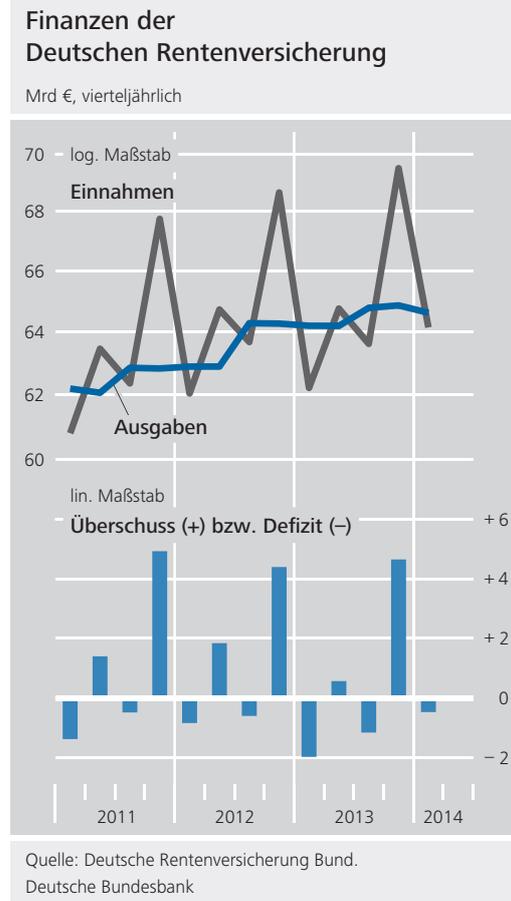
Rentenversicherung

Finanzielle Verbesserung durch unterlassene Beitragssatzsenkung ermöglicht

Das saisontypische Defizit der gesetzlichen Rentenversicherung fiel im ersten Quartal 2014 mit ½ Mrd € um 1½ Mrd € niedriger aus als vor einem Jahr. Die deutliche Ergebnisverbesserung beruht zum einen auf einem Einnahmewachstum von gut 3½%, in dem sich die günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung widerspiegelt. Zum anderen fiel das Ausgabenwachstum mit gut ½% äußerst moderat aus, weil die Rentenanpassung Mitte 2013 im Westen lediglich 0,25% betrug (+ 3,29% im Osten). Außerdem nahm die Zahl der Renten nicht zu.¹⁵⁾ Der Beitragssatz wurde zu Beginn des Jahres – unter Aussetzen des gesetzlichen Automatismus – nicht von 18,9% auf 18,3% gesenkt, sondern konstant gehalten, um die beabsichtigten selektiven Leistungsausweitungen vorerst aus den laufenden Einnahmen finanzieren zu können.

Im Gesamtjahr Überschuss und für kommendes Jahr Beitragssatzsenkung möglich

Ab dem zweiten Halbjahr ist infolge der insgesamt stärkeren Rentenanpassung (+ 1,67% im Westen und + 2,53% im Osten), vor allem aber bei Umsetzung des Entwurfs zum Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz mit merklich steigenden Ausgaben zu rechnen. Da sich die gesamtwirtschaftliche Entwicklung derzeit günstiger darstellt, als sie für die Vorausberechnungen im Rentenversicherungsbericht vom November 2013 angenommen wurde, ist nicht auszuschließen, dass die Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung bis zum Jahresende sogar noch einmal aufgestockt werden, wenn die Kosten der beabsichtigten Leistungsausweitungen tatsächlich nicht höher ausfallen als im Gesetzentwurf veranschlagt. Für das kommende Jahr könnte in diesem Fall entsprechend der bestehenden gesetzlichen Vorgabe eine Beitragssatzsenkung erforderlich werden, um die Rücklagenobergrenze von 1,5 Monatsausgaben bis Ende 2015 wieder zu erreichen. Damit würden die Defizite in den kommenden Jahren höher ausfallen und die Rücklagenuntergrenze von 0,2 Monatsausgaben, ab



der der Beitragssatz dann wieder angehoben werden müsste, rascher erreicht.

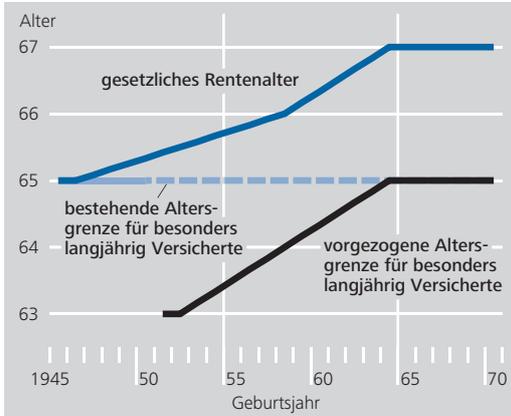
Mit dem Rentenversicherungs-Leistungsverbesserungsgesetz sollen insbesondere Erziehungsleistungen bei vor 1992 geborenen Kindern höher dotiert (zwei statt einem Entgeltpunkt pro Kind) und ein vorzeitiger abschlagsfreier Rentenzugang nach 45 Beitragsjahren (einschl. Zeiten der Arbeitslosigkeit) zunächst ab Vollendung des 63. Lebensjahres ermöglicht werden. Hinzu kommen längere Hinzurechnungszeiten für Erwerbsminderungsrentner (bis zum 62. statt zum 60. Lebensjahr) sowie zusätzliche Mittel für Rehabilitationszwecke. Bei Inkrafttre-

Erhebliche finanzielle Belastungen durch selektive Leistungsausweitungen

¹⁴ Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im Gesamtjahr 2013 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts März kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

¹⁵ Hierzu tragen neben den generell schwach besetzten rentennahen Geburtsjahrgängen die allmähliche Anhebung des gesetzlichen Rentenalters (2014: 65 Jahre plus drei Monate) und die Abschaffung der besonderen Altersgrenze für Frauen, die nur noch bis Ende 2011 mit Vollendung ihres 60. Lebensjahres in Rente gehen konnten, bei.

Zugangsalter für abschlagsfreie Renten



Quelle: Sozialgesetzbuch VI sowie Entwurf zum RV-Leistungsverbesserungsgesetz.
 Deutsche Bundesbank

ten zur Jahresmitte rechnet der Gesetzgeber für das laufende Jahr bereits mit Mehrausgaben in Höhe von 4½ Mrd €, die in den kommenden Jahren von 9 Mrd € auf 11 Mrd € bis 2030 (auf Basis heutiger Rentenwerte) ansteigen sollen. Die mit Abstand höchsten Kosten von rund 6½ Mrd € pro Jahr verursachen dabei die höheren Renten für Erziehungszeiten („Mütterrenten“). Insgesamt liegt damit der Schwerpunkt der finanzpolitischen Prioritäten der neuen Bundesregierung gemessen am Finanzbedarf bei den (überwiegend wohl als versicherungsfremd einzustufenden) Leistungsausweitungen der Rentenversicherung, die deutlich höher ausfallen als beispielsweise die zusätzlichen Ausgaben für Verkehrsinvestitionen, Kinderbetreuung, Bildung und Forschung von jahresdurchschnittlich 3½ Mrd €. Zur Finanzierung der höheren Rentenleistungen fällt der Beitragssatz perspektivisch höher aus, die Bundeszuschüsse werden über die automatische Dynamisierung hinaus diskretionär noch kräftiger erhöht (um ein Überschreiten der Beitragssatzobergrenze von 22% bis 2030 zu verhindern), und die allgemeine Rentenanpassung fällt geringer aus.¹⁶⁾

Abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren mit negativen Anreizen verbunden

Im Hinblick auf die damit verbundenen Anreizwirkungen ist insbesondere die Rente ab 63 Jahren kritisch zu sehen, weil damit die erst in der jüngeren Vergangenheit weitgehend abgeschaffte Förderung der Frühverrentung wie-

derbelebt wird. Dabei könnte auch die beabsichtigte Berücksichtigung von Zeiten des Bezugs von beitragsbegründeten Lohnersatzleistungen – in Verbindung mit dem besonders langen Anspruch auf Arbeitslosengeld I (bis zu 24 Monate nach dem 58. Lebensjahr) – ein vorzeitiges Ausscheiden aus der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigkeit bereits mit 61 Jahren und den anschließenden Übergang in den abschlagsfreien Rentenbezug begünstigen. Konkret gilt dies freilich nur für die Jahrgänge 1951 und 1952. Für die später Geborenen steigt das abschlagsfreie Rentenalter wieder um 2 Monate pro Jahr bis auf 65 Jahre ab 2029. Da das gesetzliche Renteneintrittsalter weitgehend parallel dazu auf 67 Jahre anwächst, bleibt die relative Vergünstigung über die Jahrgänge verteilt aber weitgehend stabil (vgl. nebenstehendes Schaubild).

Die Abschläge bei vorzeitigem Renteneintritt sollen grundsätzlich die Versicherungsgemeinschaft finanziell nicht schlechter stellen, indem bei insgesamt gleicher Beitragsleistung die Frührente so weit niedriger ausfällt, dass über die gesamte Bezugsdauer hinweg näherungsweise die gleiche Rentensumme ausgezahlt wird wie bei einem Ruhestandseintritt zum gesetzlichen Rentenalter. Daher war auch die bisherige Regelung eines abschlagsfreien Rentenzugangs ab 65 Jahren bei steigendem gesetzlichen Rentenalter bereits eine erhebliche Begünstigung der besonders langjährig Versicherten mit 45 Beitragsjahren. Der Wert der erweiterten Abschlagsfreiheit besteht praktisch in einer um zwei Jahresrenten höheren Versicherungsleistung gegenüber denjenigen, die bei identischer Beitragsleistung eine kürzere Erwerbsbiografie aufweisen. Mit der bestehenden Möglichkeit zum abschlagsfreien Rentenzugang ab 65 Jahren wäre diese Begünstigung entsprechend den zunehmenden Abschlägen infolge des auf 67 Jahre steigenden gesetzlichen Rentenalters allmählich aufgewachsen. Die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren gewährt

Begünstigung langjährig Versicherter

¹⁶ Jahresdurchschnittlich ergeben sich dadurch Minderausgaben von etwa 3 Mrd €.

diesen Vorteil nunmehr schon heute in voller Höhe und erweitert ihn durch die Anrechnung insbesondere von Zeiten der Arbeitslosigkeit.

Bundesagentur für Arbeit

Zum Jahresauftakt nahezu unverändertes Finanzergebnis

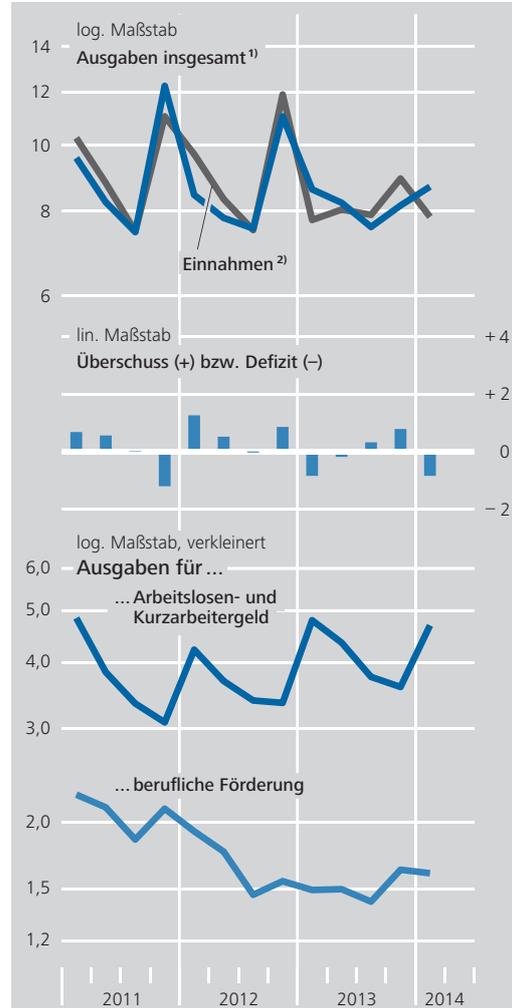
Das Defizit der Bundesagentur für Arbeit (BA) fiel im ersten Quartal mit knapp 1 Mrd € nahezu ebenso hoch aus wie vor einem Jahr. Während die Einnahmen um gut 1% stiegen, nahmen die Ausgaben um knapp 1% zu. Die Beitragseinnahmen wuchsen mit gut 4% zwar weiterhin kräftig, doch wurde im Februar des Vorjahres noch eine letzte Erstattung überzahlter Eingliederungsbeiträge aus dem Bundeshaushalt vereinnahmt. Auf der Ausgabenseite lagen die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld nur noch um knapp 2% über dem Vorjahr, nachdem inzwischen eine spürbare konjunkturelle Belebung eingesetzt hat. Deutlich weniger Mittel benötigte das (Saison-)Kurzarbeitergeld. Für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurden hingegen 7 ½% mehr ausgegeben.

Merklicher Überschuss im laufenden Jahr möglich

Die BA rechnet in ihrem Haushaltsplan für das Jahr 2014 mit einem praktisch ausgeglichenen Saldo. Da sich die gesamtwirtschaftlichen Einschätzungen seither aber merklich verbessert haben, erscheint aus heutiger Sicht ein spürbarer Überschuss möglich. Für einen etwaigen stärkeren Anstieg der Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist dabei in den Planungen bereits großzügig vorgesorgt. Neben der makroökonomischen Entwicklung, die vor allem auf die Ausgabenseite der BA wirkt, ergeben sich finanzielle Risiken insbesondere aus der Berücksichtigung von Zeiten der Arbeitslosigkeit bei der Rente ab 63 Jahren. Je stärker die Früh-

Finanzen der Bundesagentur für Arbeit

Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Bundesagentur für Arbeit. **1** Einschl. der Zuführungen an den Versorgungsfonds. **2** Ohne Liquiditätshilfen des Bundes.

Deutsche Bundesbank

verrentung – auch in Form versicherter Arbeitslosigkeit – dadurch wieder zunimmt, umso höher fallen die korrespondierenden Mehrausgaben für das Arbeitslosengeld I aus. Die diesbezüglichen Effekte dürften sich insbesondere bei einer wieder etwas ungünstigeren konjunkturellen Entwicklung verstärkt niederschlagen.

Statistischer Teil

■ Inhalt

■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

■ IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland.....	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche.....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck.....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen.....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland.....	38*

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39•
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40•

■ V. Mindestreserven

1. Reservesätze.....	42•
2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998.....	42•
3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion.....	42•

■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren.....	55•

■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	56•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	56•

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)	57*
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)	57*
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen	58*
6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten	58*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern	59*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen	59*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung	60*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung	60*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung	61*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme	61*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern	61*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten	62*

■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	63*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe	64*
3. Auftragseingang in der Industrie	65*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe	66*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen	66*
6. Arbeitsmarkt	67*
7. Preise	68*
8. Einkommen der privaten Haushalte	69*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft	69*

■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion	70*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland	71*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern	72*
4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen	73*
5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland .	73*
6. Vermögensübertragungen	73*
7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland	74*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998	75*
9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU	75*
10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland	76*
11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen	77*
12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU	77*
13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft	78*

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)				Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)	
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt							
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt			
2012 Juli	4,6	3,4	3,5	3,1	1,3	- 0,6	- 1,1	0,18	0,50	3,8	
Aug.	4,9	3,1	2,8	3,0	0,8	- 1,0	- 1,2	0,11	0,33	3,7	
Sept.	5,2	3,1	2,8	3,1	0,9	- 0,9	- 1,3	0,10	0,25	3,5	
Okt.	6,4	4,3	3,9	3,5	0,6	- 1,3	- 1,8	0,09	0,21	3,3	
Nov.	6,4	4,4	3,8	3,7	0,6	- 1,3	- 1,8	0,08	0,19	3,2	
Dez.	6,4	4,5	3,5	3,5	0,7	- 0,5	- 1,5	0,07	0,19	3,0	
2013 Jan.	6,5	4,4	3,4	3,3	0,2	- 0,8	- 1,7	0,07	0,20	2,9	
Febr.	7,0	4,2	3,1	3,0	0,1	- 0,7	- 1,6	0,07	0,22	3,0	
März	7,0	4,1	2,5	2,9	0,3	- 0,5	- 1,2	0,07	0,21	2,9	
April	8,6	4,8	3,2	2,8	0,3	- 0,5	- 1,5	0,08	0,21	2,7	
Mai	8,3	4,6	2,8	2,8	0,2	- 0,6	- 1,0	0,08	0,20	2,6	
Juni	7,5	4,3	2,4	2,4	0,1	- 0,6	- 1,0	0,09	0,21	2,9	
Juli	7,0	4,0	2,1	2,2	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0	
Aug.	6,7	4,0	2,3	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0	
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1	
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	3,0	
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8	
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,7	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9	
2014 Jan.	6,1	2,4	1,2	1,2	- 1,7	- 2,2	- 1,1	0,20	0,29	2,8	
Febr.	6,2	2,4	1,3	1,2	- 1,7	- 2,2	- 1,2	0,16	0,29	2,6	
März	5,6	2,2	1,1	...	- 2,1	- 2,4	- 1,1	0,19	0,31	2,5	
April	0,25	0,33	2,3	

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFI's gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen Nicht-MFI's.

5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE,FR,NL,BE,AT,FI,IE,PT,ES,IT,GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

2. Außenwirtschaft 1)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU 1)							Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz			Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Handelsbilanz	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapierverkehr 2)	übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real 4)
	Mio €							1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2012 Juli	+ 22 103	+ 13 975	- 4 748	+ 48 914	- 12 988	- 41 031	+ 358	1,2288	95,4	93,2
Aug.	+ 10 684	+ 5 592	- 20 902	- 26 641	+ 10 384	- 2 742	- 1 904	1,2400	95,2	93,1
Sept.	+ 12 495	+ 9 561	- 22 894	- 27 568	+ 485	+ 3 145	+ 1 045	1,2856	97,2	95,0
Okt.	+ 14 374	+ 10 199	- 25 102	- 38 621	+ 67 207	- 51 032	- 2 657	1,2974	97,8	95,5
Nov.	+ 21 166	+ 12 758	- 36 888	- 27 983	+ 27 171	- 35 111	- 964	1,2828	97,2	94,9
Dez.	+ 27 259	+ 9 287	- 43 470	+ 6 340	+ 12 066	- 62 497	+ 620	1,3119	98,7	96,3
2013 Jan.	- 5 404	- 3 373	+ 3 853	- 21 755	+ 30 963	- 587	- 4 768	1,3288	100,4	98,0
Febr.	+ 9 684	+ 10 815	- 11 133	+ 12 126	- 12 306	- 13 388	+ 2 437	1,3359	101,6	99,1
März	+ 24 325	+ 21 850	- 15 952	- 15 544	- 8 053	+ 5 368	+ 2 278	1,2964	100,2	97,9
April	+ 15 682	+ 15 966	- 22 109	- 7 492	- 12 040	- 2 536	- 41	1,3026	100,5	97,9
Mai	+ 13 281	+ 16 534	- 19 277	+ 43 749	+ 16 032	- 78 503	- 555	1,2982	100,5	98,0
Juni	+ 31 110	+ 17 359	- 30 802	- 14 289	+ 38 096	- 54 018	- 591	1,3189	101,6	98,9
Juli	+ 25 727	+ 18 655	- 28 642	+ 6 932	- 33 262	- 2 551	+ 239	1,3080	101,5	98,9
Aug.	+ 10 197	+ 6 737	- 6 788	- 311	+ 25 517	- 30 025	- 1 969	1,3310	102,2	99,5
Sept.	+ 15 496	+ 12 674	- 20 433	- 19 275	+ 20 258	- 20 286	- 1 131	1,3348	102,0	99,1
Okt.	+ 26 259	+ 17 725	- 18 838	+ 20 372	- 2 579	- 37 486	+ 855	1,3635	102,8	99,7
Nov.	+ 28 409	+ 17 573	- 30 283	- 19 779	+ 55 696	- 66 381	+ 181	1,3493	102,6	99,5
Dez.	+ 32 909	+ 12 683	- 46 522	- 9 656	+ 5 737	- 41 259	- 1 344	1,3704	103,9	100,7
2014 Jan.	+ 6 989	+ 744	- 4 680	- 9 053	+ 19 186	- 12 094	- 2 719	1,3610	103,4	p) 100,3
Febr.	+ 13 870	+ 15 762	- 12 200	+ 31 945	+ 26 958	- 71 939	+ 837	1,3659	103,6	p) 100,5
März	1,3823	104,6	p) 101,3
April	1,3813	104,5	p) 101,1

* Quelle: EZB. 1 Siehe auch Tab. XII.12 und 13, S. 77* / 78* 2 Einschl. Finanzderivate. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-20-Gruppe. 4 Auf Basis der Verbraucherpreisindizes.

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾										
2011	1,6	1,8	3,3	9,6	2,8	2,0	- 7,1	2,2	0,4	5,3
2012	- 0,7	- 0,1	0,7	3,9	- 1,0	0,0	- 7,0	0,2	- 2,4	5,2
2013	- 0,4	0,2	0,4	0,8	- 1,4	0,2	- 3,9	- 0,3	- 1,8	4,1
2012 4.Vj.	- 1,0	- 0,6	0,0	4,9	- 2,5	- 0,2	- 4,9	- 1,0	- 2,5	4,6
2013 1.Vj.	- 1,1	- 0,5	- 1,6	1,3	- 3,3	- 0,9	- 6,0	- 1,7	- 2,6	3,8
2.Vj.	- 0,6	0,1	0,9	1,1	- 0,9	0,5	- 4,0	- 1,6	- 2,3	4,4
3.Vj.	- 0,3	0,4	1,1	0,7	- 0,8	0,6	- 3,2	2,7	- 1,4	4,6
4.Vj.	0,5	0,8	1,3	0,3	- 0,6	0,6	- 2,3	- 0,7	- 1,1	3,6
2014 1.Vj.	0,9	...	2,5
Industrieproduktion ¹⁾³⁾										
2011	3,4	4,4	7,2	19,7	2,1	2,3	- 8,0	0,0	1,2	8,9
2012	- 2,5	- 3,3	4) - 0,4	1,5	- 1,6	- 2,8	- 3,7	- 1,3	- 6,4	6,2
2013	- 0,7	0,8	0,2	3,0	- 3,6	- 0,6	- 3,6	- 1,9	- 3,1	- 0,4
2012 4.Vj.	- 3,3	- 1,8	- 2,1	3,0	- 0,1	- 3,3	- 0,5	- 6,6	- 6,8	5,7
2013 1.Vj.	- 2,2	- 3,3	- 1,8	4,2	- 3,7	- 1,9	- 3,2	- 2,9	- 4,6	- 1,0
2.Vj.	- 1,1	1,2	- 0,3	3,8	- 6,3	0,4	- 1,5	- 2,5	- 3,9	- 0,1
3.Vj.	- 1,1	0,8	- 0,2	2,7	- 2,4	- 1,7	- 6,0	- 0,6	- 3,6	0,2
4.Vj.	1,5	4,5	3,0	1,4	- 2,0	0,6	- 3,5	- 1,1	- 0,2	- 0,6
2014 1.Vj.	s) 1,1	...	5) 3,2	- 1,4	- 5,9	- 0,8	p) 0,0	p) 2,3	0,4	- 2,8
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾										
2011	80,7	80,5	86,1	73,3	80,5	83,4	67,9	-	72,6	67,6
2012	78,9	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	70,1	70,8
2013	78,0	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	70,1	72,0
2013 1.Vj.	77,6	75,5	82,2	70,5	78,3	82,3	65,3	-	68,5	72,1
2.Vj.	77,5	76,4	81,5	70,8	77,4	80,9	64,0	-	68,4	72,0
3.Vj.	78,3	76,4	82,5	71,5	80,3	80,8	64,9	-	71,3	71,8
4.Vj.	78,4	78,2	82,3	72,5	77,5	79,6	65,9	-	72,2	72,2
2014 1.Vj.	80,1	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	72,5	72,1
2.Vj.	79,5	79,0	83,9	72,6	79,9	80,9	67,7	-	71,7	72,0
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾										
2011	10,1	7,2	6,0	12,3	7,8	9,2	17,7	14,7	8,4	16,2
2012	11,3	7,6	5,5	10,0	7,7	9,8	24,3	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,3	8,6	8,2	10,3	27,3	13,1	12,2	11,9
2013 Okt.	11,9	8,4	5,3	8,7	8,3	10,2	27,6	12,4	12,4	11,6
Nov.	11,9	8,5	5,2	8,8	8,3	10,2	27,5	12,2	12,7	11,6
Dez.	11,8	8,5	5,1	8,4	8,4	10,2	27,1	12,0	12,6	11,6
2014 Jan.	11,8	8,5	5,1	8,2	8,4	10,3	26,6	11,9	12,7	...
Febr.	11,8	8,5	5,1	7,8	8,5	10,4	26,5	11,9	12,7	...
März	11,8	8,5	5,3	...	8,5	10,4	...	11,8	12,7	...
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾										
2011	9) 2,7	3,4	2,5	5,1	3,3	2,3	3,1	1,2	2,9	4,2
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2013 Nov.	0,9	0,9	1,6	2,1	1,8	0,8	- 2,9	0,3	0,7	- 0,3
Dez.	0,8	1,2	1,2	2,0	1,9	0,8	- 1,8	0,4	0,7	- 0,4
2014 Jan.	10) 0,8	1,1	1,2	1,6	1,9	0,8	- 1,4	0,3	0,6	0,5
Febr.	0,7	1,0	1,1	1,1	1,6	1,1	- 0,9	0,1	0,4	0,5
März	0,5	0,9	0,9	0,7	1,3	0,7	- 1,5	0,3	0,3	0,3
April	p) 0,7	0,9	1,1	0,8	1,3	0,8	- 1,6	0,4	0,5	0,8
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾										
2011	- 4,1	- 3,8	- 0,8	1,1	- 0,7	- 5,2	- 9,6	- 13,1	- 3,7	- 3,5
2012	- 3,7	- 4,1	0,1	- 0,2	- 1,8	- 4,9	- 8,9	- 8,2	- 3,0	- 1,3
2013	- 3,0	- 2,6	0,0	- 0,2	- 2,1	- 4,3	- 12,7	- 7,2	- 3,0	- 1,0
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾										
2011	87,4	99,2	80,0	6,1	49,3	86,2	170,3	104,1	120,7	42,0
2012	90,7	101,1	81,0	9,8	53,6	90,6	157,2	117,4	127,0	40,8
2013	92,6	101,5	78,4	10,0	57,0	93,5	175,1	123,7	132,6	38,1

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.
1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. **2** Bruttoinlandsprodukt der EWU aus saisonbereinigten Werten berechnet. **3** Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und

Energie; arbeitstäglich bereinigt. **4** Positiv beeinflusst durch Nachmeldungen. **5** Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung sowie der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe. **6** Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt;

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹⁾²⁾									
1,9	1,6	0,9	2,8	- 1,2	3,0	0,7	0,1	0,4	2011
- 0,2	0,6	- 1,2	0,9	- 3,2	1,8	- 2,5	- 1,6	- 2,4	2012
2,1	2,4	- 0,8	...	- 1,4	1,0	- 1,1	...	- 5,4	2013
0,4	1,3	- 1,5	1,3	- 5,4	0,4	- 3,3	- 1,9	- 3,7	2012 4.Vj.
0,7	1,6	- 1,8	- 0,3	- 4,4	0,5	- 4,6	- 2,5	- 5,2	2013 1.Vj.
2,4	3,3	- 1,7	0,2	- 2,3	0,8	- 1,4	- 1,7	- 6,1	2.Vj.
2,9	2,3	- 0,6	0,5	- 1,8	0,9	- 0,5	- 0,6	- 5,2	3.Vj.
2,5	2,2	0,8	1,1	3,1	1,5	2,1	- 0,1	- 5,1	4.Vj.
...	2014 1.Vj.
Industrieproduktion ¹⁾³⁾									
2,0	-	- 0,7	6,8	- 1,0	5,4	1,9	- 1,7	- 8,4	2011
- 3,8	-	- 0,5	0,3	- 6,1	7,7	- 0,6	- 6,9	- 9,2	2012
- 2,8	-	0,6	0,3	0,5	5,3	- 1,0	- 1,7	- 12,5	2013
- 3,6	-	0,4	- 0,9	- 5,2	4,1	- 2,3	- 7,3	- 10,7	2012 4.Vj.
- 7,2	-	2,2	0,5	- 1,3	2,9	- 1,3	- 4,1	- 15,0	2013 1.Vj.
- 6,9	-	0,2	0,2	1,1	2,9	- 1,9	- 2,6	- 13,1	2.Vj.
- 2,2	-	- 0,4	0,3	- 1,5	4,5	- 2,1	- 0,9	- 11,0	3.Vj.
5,5	-	0,3	0,3	3,8	10,8	1,3	1,0	- 10,7	4.Vj.
9,8	-	p) - 9,2	...	2,1	p) 9,2	p) 1,7	p) 1,5	...	2014 1.Vj.
Kapazitätsauslastung in der Industrie ⁶⁾									
83,2	78,7	80,3	85,4	74,4	61,6	80,4	73,3	61,4	2011
76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
66,9	77,2	77,0	84,9	73,5	60,7	77,8	68,7	52,2	2013 1.Vj.
62,3	76,2	75,9	83,5	73,9	72,3	78,4	74,6	43,7	2.Vj.
63,1	76,1	76,6	83,5	73,2	55,2	78,2	76,2	50,5	3.Vj.
65,8	78,4	77,4	82,6	73,2	54,0	78,6	73,5	50,8	4.Vj.
67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
Standardisierte Arbeitslosenquote ⁷⁾⁸⁾									
4,8	6,5	4,4	4,2	12,9	13,7	8,2	21,4	7,9	2011
5,1	6,4	5,3	4,3	15,9	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
5,8	6,5	6,7	4,9	16,5	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
6,0	6,7	7,0	5,0	15,6	14,3	9,7	26,0	16,9	2013 Okt.
6,0	6,5	6,9	5,0	15,4	14,1	9,7	25,8	16,8	Nov.
6,1	6,7	7,0	5,0	15,3	14,1	9,8	25,6	16,9	Dez.
6,1	6,9	7,1	4,9	15,2	14,0	9,8	25,5	16,5	2014 Jan.
6,1	6,9	7,3	4,8	15,2	13,9	9,7	25,3	16,8	Febr.
6,1	6,8	7,2	4,9	15,2	13,9	9,7	25,3	17,4	März
Harmonisierter Verbraucherpreisindex ¹⁾									
3,7	2,5	2,5	3,6	3,6	4,1	2,1	3,1	3,5	2011
2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
1,1	0,3	1,2	1,5	0,1	0,5	1,2	0,3	- 0,8	2013 Nov.
1,5	1,0	1,4	2,0	0,2	0,4	0,9	0,3	- 1,3	Dez.
1,5	0,9	0,8	1,5	0,1	0,0	0,9	0,3	- 1,6	2014 Jan.
0,8	1,6	0,4	1,5	- 0,1	- 0,1	0,2	0,1	- 1,3	Febr.
0,8	1,4	0,1	1,4	- 0,4	- 0,2	0,6	- 0,2	- 0,9	März
0,9	0,5	0,6	...	- 0,1	- 0,2	0,5	0,3	- 0,4	April
Staatlicher Finanzierungssaldo ¹¹⁾									
0,2	- 2,7	- 4,3	- 2,5	- 4,3	- 4,8	- 6,4	- 9,6	- 6,3	2011
0,0	- 3,3	- 4,1	- 2,6	- 6,4	- 4,5	- 4,0	- 10,6	- 6,4	2012
0,1	- 2,8	- 2,5	- 1,5	- 4,9	- 2,8	- 14,7	- 7,1	- 5,4	2013
Staatliche Verschuldung ¹¹⁾									
18,7	68,8	65,7	73,1	108,2	43,6	47,1	70,5	71,5	2011
21,7	70,8	71,3	74,4	124,1	52,7	54,4	86,0	86,6	2012
23,1	73,0	73,5	74,5	129,0	55,4	71,7	93,9	111,7	2013

Vierteljahreswerte jeweils erster Monat im Quartal. **7** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **8** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **9** Ab

2011 einschl. Estland. **10** Ab 2014 einschl. Lettland. **11** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts; EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank (ESVG 1995), Mitgliedstaaten: Europäische Kommission (Maastricht-Definition).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang *) a) Europäische Währungsunion¹⁾

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2012 Aug.	- 77,5	- 60,6	- 15,2	- 16,9	- 7,6	22,0	- 23,8	- 45,8	3,3	2,9	- 1,3	- 1,0	2,7
Sept.	65,4	32,4	- 3,6	33,0	30,7	- 6,6	- 41,2	- 34,5	- 0,3	- 7,6	- 1,4	- 3,7	12,4
Okt.	- 3,9	- 19,7	- 6,1	15,8	1,1	20,5	7,3	- 13,2	- 24,9	- 12,6	- 0,7	- 12,7	1,0
Nov.	13,9	- 3,7	- 0,5	17,7	27,2	64,5	- 12,4	- 76,8	- 2,5	- 4,6	- 0,7	- 1,4	4,2
Dez.	- 71,8	- 6,4	66,6	- 65,4	- 50,6	32,4	- 89,5	- 121,9	16,5	- 4,2	- 1,8	- 19,5	42,1
2013 Jan.	48,6	18,0	- 2,5	30,6	26,5	32,4	60,3	28,0	- 6,6	- 4,3	- 1,0	- 7,1	5,8
Febr.	- 5,0	- 9,6	- 3,4	4,6	43,8	- 10,5	- 10,6	- 0,1	- 4,6	- 8,4	- 2,0	- 1,0	6,9
März	65,7	30,3	24,1	35,4	29,8	11,5	- 42,1	- 53,7	- 6,0	16,7	- 1,5	- 32,4	11,2
April	10,2	9,0	34,0	1,2	- 8,8	- 6,0	58,9	65,0	- 24,9	- 7,6	- 1,9	- 15,7	0,2
Mai	10,0	- 16,5	0,3	26,5	52,1	77,6	- 0,0	- 77,6	- 5,5	4,6	- 2,1	- 19,5	11,5
Juni	- 1,9	- 30,4	- 24,8	28,5	36,5	36,0	- 56,6	- 92,5	13,7	- 0,6	- 1,3	- 22,4	37,9
Juli	- 122,5	- 85,3	- 12,0	- 37,2	- 39,5	- 1,8	- 27,9	- 26,1	- 35,0	- 4,2	- 1,2	- 25,8	- 3,8
Aug.	- 52,0	- 34,2	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	0,5	16,6	- 2,0	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,3	- 3,9	- 1,3	- 2,1	- 1,0
Okt.	- 43,0	- 61,3	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 27,9	- 1,4	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,7	1,6	- 0,3	- 2,3	- 1,9
Dez.	- 168,8	- 93,9	- 38,7	- 75,0	- 73,1	79,3	- 85,1	- 164,4	- 12,4	- 8,8	- 0,5	- 9,6	6,5
2014 Jan.	47,9	- 14,5	10,2	62,4	42,7	8,3	125,8	117,4	1,2	- 2,7	0,1	- 11,2	15,0
Febr.	- 5,1	- 8,9	- 16,4	3,8	12,1	32,4	16,3	- 16,1	- 12,1	- 5,8	0,1	- 11,4	5,0
März	0,7	- 0,2	- 4,5	0,9	3,5	16,4	- 20,4	- 36,8	6,2	- 10,0	- 0,2	- 1,4	17,7

b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) ²⁾	Kapital und Rücklagen ³⁾
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2012 Aug.	- 4,1	0,6	1,6	- 4,7	2,1	- 7,0	13,2	20,2	- 5,0	- 1,9	- 1,4	- 2,4	0,7
Sept.	7,3	2,3	5,0	5,1	6,1	52,6	7,0	- 45,7	- 5,7	- 3,2	- 1,6	- 1,4	0,5
Okt.	18,7	8,2	- 5,0	10,5	3,2	10,1	0,9	- 9,2	- 14,0	- 8,9	- 0,7	- 3,8	- 0,6
Nov.	- 5,2	- 4,1	0,8	- 1,2	5,0	23,7	- 7,2	- 30,9	- 12,5	- 5,4	- 1,3	- 5,4	- 0,4
Dez.	- 50,5	- 32,0	- 2,8	- 18,5	- 7,0	53,7	- 20,2	- 73,9	- 12,5	- 1,0	- 1,6	- 10,6	0,8
2013 Jan.	34,9	34,0	10,6	0,9	- 1,0	- 13,7	- 2,1	11,6	- 7,9	- 2,0	- 1,8	- 4,9	0,8
Febr.	- 8,7	- 2,0	- 3,5	- 6,7	- 1,8	4,4	- 3,2	- 7,6	- 2,8	- 4,4	- 1,5	1,4	1,8
März	- 2,4	0,7	7,9	- 3,0	- 0,7	16,7	- 3,4	- 20,1	- 7,2	- 0,9	- 0,8	- 10,8	5,3
April	26,3	16,3	17,2	10,0	- 0,7	5,0	6,1	1,2	- 5,2	- 4,4	- 1,5	- 2,6	3,3
Mai	- 22,9	- 11,7	- 14,2	- 11,2	- 0,5	21,9	- 2,0	- 23,9	- 11,0	- 0,9	- 2,0	- 11,5	3,4
Juni	0,2	3,6	- 6,1	- 3,4	- 0,4	- 0,3	- 8,3	- 8,0	- 2,4	- 1,0	- 0,9	- 8,7	8,2
Juli	- 3,0	- 12,8	0,8	9,8	4,8	- 3,8	- 9,7	- 5,9	- 14,0	- 4,9	- 1,0	- 7,6	- 0,5
Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,6	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,6	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,2	7,8	6,0	- 3,6	1,1	15,7	- 3,1	- 18,8	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,7	0,6

* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)										Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufz. bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)	
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)				
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)						
- 39,6	- 8,0	-	- 11,3	- 3,6	1,8	- 1,3	3,1	- 13,7	8,3	- 13,5	4,3	- 10,4	2012 Aug.
33,5	7,7	-	17,8	43,1	47,2	- 3,5	50,7	- 6,3	2,2	14,2	- 20,7	- 4,2	Sept.
- 22,8	7,3	-	57,0	63,7	34,1	- 2,4	36,5	18,3	11,3	- 20,7	5,3	- 5,1	Okt.
40,5	33,1	-	7,3	29,6	35,4	- 0,2	35,5	- 13,9	8,1	7,6	- 1,2	- 19,6	Nov.
- 60,6	- 51,2	-	55,9	95,2	82,3	12,7	69,6	- 12,3	25,2	- 42,3	- 26,9	- 6,1	Dez.
33,9	78,3	-	- 24,6	- 35,3	- 53,9	- 19,8	- 34,1	- 5,4	24,1	11,8	7,2	- 6,7	2013 Jan.
5,7	- 17,9	-	1,2	9,9	5,1	- 1,2	6,2	- 3,4	8,2	28,0	6,3	- 13,4	Febr.
10,6	27,8	-	44,8	58,0	47,2	11,7	35,5	5,1	5,6	24,2	- 5,9	- 5,4	März
- 50,6	21,8	-	57,9	54,1	73,8	7,2	66,7	- 26,5	6,7	- 11,4	- 0,4	1,4	April
62,5	29,5	-	1,1	11,6	25,8	5,0	20,8	- 17,2	3,0	10,9	- 3,4	- 7,4	Mai
30,3	- 3,3	-	- 6,7	25,7	45,1	6,2	38,9	- 19,2	- 0,2	22,9	- 19,6	- 2,1	Juni
- 26,1	- 56,9	-	- 6,4	- 7,0	- 8,3	6,9	- 15,2	- 2,2	3,5	- 47,5	- 1,1	- 6,7	Juli
- 55,7	14,0	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,9	9,5	1,1	Aug.
11,2	55,0	-	- 33,7	- 1,2	23,6	- 0,2	23,8	- 19,2	- 5,6	- 7,2	- 26,4	6,6	Sept.
- 28,0	- 5,2	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	- 9,4	- 7,1	- 8,1	1,3	- 12,4	Okt.
18,4	- 20,2	-	28,3	33,8	47,1	5,4	41,7	- 15,2	1,9	1,2	- 1,1	- 4,0	Nov.
- 49,6	- 11,3	-	- 16,1	15,8	14,2	17,8	- 3,6	- 0,1	1,7	- 11,2	- 12,8	- 12,7	Dez.
20,7	41,4	-	- 7,1	- 41,2	- 37,7	- 13,5	- 24,2	- 15,9	12,5	- 6,7	24,1	- 0,8	2014 Jan.
36,9	- 12,7	-	15,2	14,0	11,9	1,9	10,0	2,2	- 0,0	25,3	- 1,1	- 4,9	Febr.
- 5,1	- 1,5	-	17,5	42,4	36,4	6,3	30,1	0,8	5,2	- 12,7	- 17,2	3,5	März

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)										Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)	
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)				
- 1,1	- 15,8	3,9	- 0,9	10,8	12,4	- 2,1	0,9	1,7	- 0,4	- 1,6	1,6	2012 Aug.	
1,0	62,5	3,4	- 1,2	2,1	23,9	- 13,5	0,3	- 10,1	- 0,2	1,7	- 0,2	1,7	Sept.
- 2,1	- 11,2	2,8	- 0,3	56,1	55,8	- 11,1	0,2	9,9	0,4	1,1	0,4	1,1	Okt.
1,3	12,0	2,6	- 0,1	17,5	25,9	- 9,0	0,5	- 0,8	- 0,0	1,1	0,0	1,1	Nov.
- 2,6	71,8	3,0	2,0	- 53,4	- 7,0	- 24,2	6,3	- 26,5	0,2	2,2	- 0,2	2,2	Dez.
0,9	40,4	- 0,9	- 3,6	- 12,1	- 1,9	- 10,2	0,9	2,7	0,1	3,6	- 0,1	3,6	2013 Jan.
- 2,9	- 12,4	2,0	- 0,6	13,8	2,5	- 8,3	1,4	16,6	0,3	1,5	0,3	1,5	Febr.
- 1,7	35,1	2,4	2,5	- 11,8	- 10,3	3,6	- 1,4	- 2,7	0,1	1,1	- 0,1	1,1	März
- 2,7	6,2	0,3	2,5	33,1	30,2	- 1,3	- 0,6	1,9	0,6	2,2	0,6	2,2	April
5,0	1,0	2,9	0,7	4,0	5,4	0,1	0,4	- 0,9	- 0,0	0,9	- 0,0	0,9	Mai
1,1	- 4,6	1,3	1,7	5,7	- 0,6	- 5,7	- 0,2	15,4	- 0,5	2,7	- 0,5	2,7	Juni
- 1,8	23,1	3,3	1,4	- 14,1	9,1	- 3,0	- 0,6	- 23,5	- 0,0	3,9	- 0,0	3,9	Juli
- 8,9	3,4	3,4	- 0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	- 9,4	0,0	3,0	0,0	3,0	Aug.
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	- 6,5	- 0,3	0,7	- 0,5	1,8	- 0,5	1,8	Sept.
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	- 0,7	0,0	4,0	- 0,3	2,1	- 0,3	2,1	Okt.
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	- 1,9	- 0,0	- 3,5	- 0,1	3,0	- 0,1	3,0	Nov.
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,9	13,6	7,1	4,1	2,9	- 0,0	3,9	- 0,0	3,9	Dez.
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	- 4,9	- 0,6	1,2	0,1	2,2	- 0,1	2,2	2014 Jan.
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	- 0,0	1,6	- 0,0	1,6	Febr.
- 1,6	37,4	1,6	1,9	- 10,8	- 7,9	- 3,7	- 1,2	- 2,8	- 0,2	2,3	- 0,2	2,3	März

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen				öffentliche Haushalte				
		zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte	zusammen	Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
2012 Febr.	26 832,2	16 686,9	13 451,7	11 165,7	1 539,0	747,0	3 235,2	1 158,9	2 076,3	5 015,7	5 129,6
März	26 693,8	16 707,6	13 447,9	11 163,9	1 526,6	757,3	3 259,8	1 155,6	2 104,1	5 034,1	4 952,1
April	26 862,2	16 703,9	13 447,1	11 157,7	1 520,8	768,6	3 256,8	1 159,6	2 097,2	5 056,0	5 102,3
Mai	27 825,4	16 721,3	13 448,4	11 175,7	1 520,6	752,1	3 272,8	1 161,3	2 111,5	5 205,5	5 898,6
Juni	27 211,8	16 729,0	13 386,4	11 190,8	1 463,1	732,5	3 342,6	1 187,0	2 155,6	5 089,7	5 393,1
Juli	27 534,1	16 699,8	13 371,0	11 218,1	1 416,1	736,8	3 328,8	1 186,4	2 142,4	5 183,4	5 651,0
Aug.	27 305,1	16 627,3	13 304,9	11 165,0	1 400,8	739,1	3 322,4	1 177,0	2 145,4	5 104,1	5 573,7
Sept.	27 159,9	16 695,7	13 325,3	11 188,4	1 386,6	750,3	3 370,4	1 180,1	2 190,3	5 045,6	5 418,6
Okt.	26 628,2	16 696,3	13 301,0	11 169,1	1 384,2	747,8	3 395,2	1 194,7	2 200,5	5 013,0	4 918,9
Nov.	26 695,9	16 719,0	13 293,5	11 161,7	1 370,3	761,5	3 425,5	1 185,1	2 240,4	4 996,6	4 980,3
Dez.	26 246,1	16 605,8	13 240,1	11 039,4	1 433,8	767,0	3 365,7	1 170,3	2 195,4	4 845,6	4 794,7
2013 Jan.	26 386,0	16 635,2	13 237,9	11 041,4	1 415,9	780,7	3 397,3	1 174,2	2 223,1	4 799,6	4 951,2
Febr.	26 500,1	16 623,2	13 225,9	11 031,4	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 563,0	16 693,7	13 257,7	11 039,7	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 700,1	16 721,5	13 261,1	11 005,3	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 365,2	16 721,8	13 242,8	10 985,8	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 925,2	16 690,6	13 199,5	10 974,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 672,9	16 570,4	13 110,4	10 892,7	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 457,6	16 416,1	12 976,1	10 766,6	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 416,7	16 419,3	12 992,3	10 779,1	1 420,5	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 460,2	16 382,7	12 923,9	10 730,4	1 400,2	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 413,3	16 352,1	12 916,8	10 724,8	1 396,8	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 444,6
Dez.	24 648,8	16 162,6	12 803,5	10 651,8	1 359,3	792,4	3 359,2	1 097,3	2 261,8	4 488,4	3 997,7
2014 Jan.	25 048,2	16 248,4	12 809,9	10 646,5	1 368,0	795,4	3 438,5	1 118,4	2 320,0	4 680,2	4 119,7
Febr.	24 994,3	16 228,8	12 778,7	10 642,2	1 343,0	793,5	3 450,1	1 110,2	2 339,9	4 672,0	4 093,6
März	24 915,2	16 234,8	12 774,7	10 640,9	1 329,0	804,7	3 460,2	1 107,7	2 352,5	4 642,0	4 038,4
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
2012 Febr.	6 239,0	3 746,7	3 001,7	2 595,0	179,9	226,8	745,0	398,1	346,9	1 193,1	1 299,2
März	6 185,1	3 751,3	3 002,6	2 587,7	182,1	232,9	748,7	395,8	352,9	1 191,6	1 242,1
April	6 250,5	3 775,2	3 022,0	2 594,1	179,8	248,0	753,3	401,1	352,2	1 198,9	1 276,4
Mai	6 499,3	3 745,2	3 001,6	2 594,7	178,2	228,7	743,5	395,8	347,7	1 221,4	1 532,7
Juni	6 313,4	3 752,8	2 970,9	2 592,7	156,5	221,7	781,8	406,4	375,4	1 183,7	1 377,0
Juli	6 448,1	3 784,2	3 006,9	2 629,3	154,0	223,6	777,3	402,5	374,8	1 205,4	1 458,5
Aug.	6 408,2	3 779,1	3 005,1	2 625,9	153,0	226,2	774,0	395,7	378,2	1 206,3	1 422,8
Sept.	6 361,1	3 785,2	3 004,1	2 620,0	153,3	230,8	781,1	395,6	385,5	1 209,7	1 366,2
Okt.	6 314,2	3 803,4	3 010,6	2 631,5	147,6	231,5	792,8	402,8	390,0	1 201,4	1 309,5
Nov.	6 280,7	3 798,0	3 005,5	2 625,8	148,3	231,4	792,5	396,6	395,9	1 194,7	1 288,1
Dez.	6 158,5	3 745,1	2 970,5	2 593,8	147,9	228,9	774,6	385,1	389,5	1 159,8	1 253,7
2013 Jan.	6 067,4	3 774,6	2 998,7	2 611,3	146,5	240,9	775,9	386,9	389,0	1 140,9	1 151,9
Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,4	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 601,0	3 658,2	2 893,9	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,1	1 106,4	836,3

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)	
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			von mehr als 2 Jahren	von mehr als 3 Monaten		
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten		
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)											
842,5	10 704,6	10 055,2	10 101,9	3 735,2	1 464,1	325,6	2 517,3	1 951,1	108,5	2012 Febr.	
844,9	10 731,4	10 103,4	10 128,0	3 775,3	1 469,1	323,2	2 491,4	1 960,9	108,1	März	
847,6	10 689,9	10 094,3	10 126,9	3 783,4	1 468,8	312,1	2 489,2	1 965,2	108,2	April	
856,3	10 707,2	10 079,2	10 101,9	3 811,1	1 440,0	312,0	2 459,7	1 971,8	107,4	Mai	
867,7	10 754,8	10 113,1	10 103,6	3 869,9	1 411,5	304,0	2 433,6	1 978,1	106,6	Juni	
871,5	10 686,7	10 067,8	10 064,9	3 886,4	1 405,2	302,9	2 381,5	1 983,4	105,5	Juli	
870,2	10 643,2	10 063,2	10 071,1	3 896,1	1 391,5	301,5	2 384,1	1 993,5	104,4	Aug.	
866,7	10 716,2	10 109,3	10 110,9	3 940,3	1 390,3	300,8	2 381,1	1 995,3	103,1	Sept.	
864,3	10 745,5	10 155,5	10 153,9	3 965,3	1 405,5	306,6	2 368,1	2 005,9	102,5	Okt.	
864,1	10 807,6	10 183,5	10 170,2	3 994,2	1 386,1	309,5	2 365,1	2 013,4	101,9	Nov.	
876,8	10 809,5	10 247,1	10 269,7	4 061,3	1 392,7	312,8	2 359,7	2 042,8	100,5	Dez.	
857,0	10 821,5	10 224,9	10 253,7	4 036,1	1 380,3	319,7	2 354,8	2 064,1	98,6	2013 Jan.	
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	Febr.	
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März	
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April	
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai	
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni	
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli	
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.	
894,0	10 924,8	10 323,5	10 348,3	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,3	2 085,6	87,2	Sept.	
898,0	10 915,5	10 342,7	10 373,0	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,6	2 078,9	86,8	Okt.	
903,4	10 962,1	10 370,0	10 389,9	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,4	2 080,3	86,7	Nov.	
921,2	10 900,1	10 351,9	10 401,2	4 310,1	1 153,6	431,3	2 335,3	2 084,5	86,4	Dez.	
908,3	10 918,7	10 348,3	10 399,0	4 303,8	1 132,3	442,3	2 337,9	2 096,5	86,1	2014 Jan.	
910,2	10 948,4	10 337,9	10 382,0	4 306,7	1 129,5	444,9	2 320,1	2 094,6	86,2	Febr.	
916,5	10 969,0	10 356,6	10 401,1	4 335,5	1 129,6	441,0	2 310,3	2 098,7	86,1	März	
Deutscher Beitrag (Mrd €)											
209,4	3 049,0	2 965,8	2 864,0	1 138,8	265,6	45,4	793,2	521,0	100,0	2012 Febr.	
209,3	3 041,1	2 968,3	2 857,2	1 143,7	259,8	44,8	788,4	521,4	99,2	März	
210,3	3 054,1	2 981,2	2 867,5	1 156,8	260,2	44,1	787,2	520,2	98,9	April	
212,3	3 072,2	2 998,5	2 874,4	1 170,8	257,5	43,8	784,0	520,2	98,1	Mai	
215,2	3 094,3	3 019,5	2 863,0	1 182,2	252,1	43,4	768,1	520,1	97,1	Juni	
216,9	3 104,4	3 034,0	2 878,4	1 205,8	249,6	43,0	763,1	520,7	96,2	Juli	
215,9	3 111,3	3 040,9	2 888,5	1 220,9	247,7	42,4	761,2	521,5	94,8	Aug.	
214,7	3 117,3	3 045,7	2 891,7	1 237,8	239,2	41,8	757,8	521,9	93,3	Sept.	
214,4	3 150,2	3 077,3	2 926,3	1 291,6	229,9	41,2	749,0	522,0	92,5	Okt.	
214,2	3 162,1	3 088,7	2 929,4	1 311,1	220,5	40,6	743,5	522,4	91,2	Nov.	
216,3	3 131,3	3 060,2	2 930,4	1 307,2	222,8	40,0	742,2	528,6	89,6	Dez.	
212,7	3 116,1	3 045,2	2 928,9	1 315,4	216,1	39,6	740,4	529,6	87,8	2013 Jan.	
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	Febr.	
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März	
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April	
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,5	529,0	81,8	Mai	
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni	
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli	
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.	
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.	
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.	
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.	
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	177,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.	
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.	
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.	
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,4	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März	

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) *)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva															
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet										Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet		Begebene Schuld-			
	öffentliche Haushalte															
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte									insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro	
zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)											
			bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten									
Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)																
2012 Febr.	342,2	260,5	122,3	87,9	5,5	29,8	8,0	7,1	428,1	425,7	500,9	2 982,2	2 303,8			
März	328,5	275,0	129,4	94,8	5,7	29,8	8,3	6,9	413,6	410,9	511,4	2 988,1	2 312,8			
April	289,9	273,2	123,1	99,4	5,6	29,6	8,7	6,8	419,8	417,3	521,0	2 981,5	2 289,4			
Mai	316,1	289,1	131,3	106,4	5,9	30,0	9,0	6,6	428,4	422,5	533,6	2 983,9	2 272,1			
Juni	333,3	317,9	134,8	117,9	6,6	42,8	9,3	6,5	428,9	425,1	510,1	2 975,5	2 275,5			
Juli	300,7	321,1	136,0	119,9	6,2	43,0	9,5	6,4	433,9	428,0	508,8	2 997,2	2 276,1			
Aug.	261,3	310,8	124,6	120,9	6,3	42,9	9,9	6,3	418,0	412,8	513,2	2 966,1	2 265,1			
Sept.	294,5	310,8	127,4	117,8	6,2	43,0	10,3	6,2	427,9	423,9	492,5	2 938,7	2 251,8			
Okt.	271,7	319,8	140,0	113,7	6,0	43,1	11,1	6,0	407,1	403,5	497,3	2 914,7	2 226,4			
Nov.	312,3	325,1	143,7	114,0	6,1	43,5	11,9	5,9	414,8	411,0	495,5	2 889,6	2 206,9			
Dez.	251,0	288,7	134,9	86,7	6,0	43,9	11,6	5,6	372,2	368,2	467,9	2 853,4	2 183,4			
2013 Jan.	284,9	282,9	129,2	83,5	6,0	43,4	14,4	6,4	383,6	379,8	459,7	2 807,9	2 172,5			
Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	411,9	406,6	465,9	2 807,1	2 151,7			
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	436,4	430,3	459,6	2 775,7	2 122,3			
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	424,7	417,3	459,1	2 747,6	2 102,3			
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	435,7	428,8	455,7	2 721,6	2 076,7			
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	458,5	452,0	436,0	2 696,1	2 062,1			
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	410,8	405,0	434,8	2 656,8	2 031,5			
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	333,3	327,0	444,4	2 646,5	2 013,2			
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	326,0	320,3	417,9	2 643,0	2 003,9			
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	306,3	300,3	419,1	2 638,2	2 006,3			
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	300,5	293,2	417,9	2 631,4	2 000,1			
Dez.	214,5	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	288,7	281,9	404,8	2 587,1	1 979,3			
2014 Jan.	236,5	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	282,2	273,7	428,9	2 583,9	1 971,1			
Febr.	272,6	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	307,3	295,7	427,7	2 558,4	1 958,6			
März	267,5	300,4	128,2	95,9	9,1	45,3	16,4	5,5	294,7	285,5	410,4	2 560,0	1 962,3			
Deutscher Beitrag (Mrd €)																
2012 Febr.	47,6	137,4	41,5	65,1	3,6	24,9	1,9	0,4	96,6	96,5	4,4	667,4	389,9			
März	36,9	147,0	45,4	70,6	3,7	24,9	1,9	0,4	93,1	93,0	4,1	660,3	379,3			
April	36,4	150,2	42,9	76,6	3,7	24,8	1,9	0,4	102,9	102,9	4,2	664,4	380,6			
Mai	36,4	161,4	47,2	82,8	3,9	25,1	2,0	0,4	108,3	105,0	4,2	666,3	373,8			
Juni	38,1	193,1	53,6	94,5	4,6	37,9	2,1	0,4	98,9	97,7	4,4	662,6	374,1			
Juli	32,9	193,1	50,9	97,0	4,3	38,1	2,3	0,5	106,6	103,2	4,4	668,8	371,1			
Aug.	31,9	190,9	47,6	98,0	4,4	38,0	2,4	0,5	108,1	105,4	4,0	658,6	366,5			
Sept.	32,6	193,0	53,8	93,9	4,4	38,1	2,4	0,5	98,0	97,3	3,8	654,1	367,7			
Okt.	30,5	193,4	55,6	92,6	4,3	38,0	2,4	0,5	107,8	107,3	4,2	649,9	362,0			
Nov.	31,9	200,9	62,0	93,4	4,5	38,1	2,5	0,5	107,0	106,6	4,1	644,4	357,6			
Dez.	29,2	171,7	58,5	67,5	4,4	38,2	2,5	0,5	80,4	80,1	4,3	627,0	350,3			
2013 Jan.	30,1	157,0	47,6	64,2	4,4	37,7	2,5	0,6	83,1	82,6	4,4	610,1	345,1			
Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1			
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4			
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1			
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7			
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4			
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1			
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2			
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5			
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5			
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1			
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5			
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4			
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5			
März	17,1	168,5	43,7	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,1	305,3			

* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

ligungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosistems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) ³⁾							sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) ¹⁴⁾	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet ⁵⁾	Kapital und Rücklagen ⁶⁾	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt ⁸⁾	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten ⁹⁾	Geldmengenaggregate ⁷⁾ (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)					
bis zu 1 Jahr ⁴⁾	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 ¹⁰⁾	M2 ¹¹⁾	M3 ¹²⁾	Geldkapitalbildung ¹³⁾		
Europäische Währungsunion (Mrd €) ¹⁾													
115,6	98,8	2 767,8	4 068,1	2 290,8	- 39,6	5 054,7	-	4 781,8	8 648,7	9 505,8	7 721,3	106,5	2012 Febr.
135,2	103,5	2 749,4	4 139,1	2 271,1	- 58,0	4 852,1	-	4 831,8	8 718,7	9 606,2	7 656,8	107,0	März
119,4	107,7	2 754,4	4 178,1	2 268,7	- 56,3	5 011,8	-	4 837,2	8 721,7	9 608,6	7 656,9	107,8	April
114,2	107,3	2 762,4	4 285,5	2 276,0	- 54,5	5 809,0	-	4 883,1	8 752,8	9 646,5	7 642,1	109,1	Mai
128,7	102,1	2 744,7	4 158,4	2 312,3	- 56,5	5 260,6	-	4 958,2	8 810,9	9 683,7	7 646,4	111,0	Juni
136,3	96,2	2 764,7	4 201,6	2 353,7	- 56,4	5 537,2	-	4 982,7	8 834,6	9 713,0	7 654,8	113,5	Juli
122,9	96,4	2 746,8	4 115,5	2 361,9	- 40,9	5 458,0	-	4 979,0	8 827,3	9 688,8	7 646,4	113,0	Aug.
120,1	92,6	2 726,0	4 047,4	2 405,8	- 61,1	5 325,8	-	5 022,9	8 868,1	9 702,0	7 665,2	113,1	Sept.
113,8	93,5	2 707,3	4 020,6	2 394,4	- 72,8	4 857,2	-	5 056,5	8 930,4	9 757,2	7 621,4	112,1	Okt.
96,3	91,2	2 702,1	3 939,7	2 408,9	- 69,0	4 944,8	-	5 091,6	8 957,5	9 761,4	7 627,4	114,6	Nov.
87,6	93,8	2 672,1	3 793,2	2 396,4	- 52,9	4 729,6	-	5 168,7	9 045,7	9 809,3	7 578,1	120,0	Dez.
70,4	92,3	2 645,3	3 774,3	2 387,7	- 37,9	4 932,3	-	5 109,7	9 002,2	9 749,2	7 536,2	112,0	2013 Jan.
62,0	88,1	2 657,0	3 812,4	2 378,2	- 50,1	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,3	7 529,6	111,1	Febr.
59,5	84,1	2 632,1	3 798,1	2 414,3	- 59,8	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 806,2	7 557,1	110,9	März
62,7	81,6	2 603,3	3 832,5	2 390,1	- 45,8	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,3	7 495,4	111,2	April
63,1	74,4	2 584,0	3 755,1	2 377,8	- 52,1	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 857,0	7 467,3	111,9	Mai
66,3	68,4	2 561,4	3 651,6	2 335,9	- 56,5	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,3	7 398,0	113,0	Juni
62,3	66,7	2 527,8	3 599,0	2 365,2	- 55,4	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,9	7 387,5	116,5	Juli
66,4	63,1	2 517,0	3 571,8	2 391,4	- 56,8	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,3	7 394,1	115,9	Aug.
76,2	58,3	2 508,5	3 500,5	2 372,9	- 44,2	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 847,2	7 362,4	116,6	Sept.
64,0	58,1	2 516,1	3 511,5	2 376,8	- 41,5	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,9	7 374,9	114,3	Okt.
64,0	53,4	2 514,0	3 474,0	2 357,2	- 54,7	4 421,7	-	5 432,0	9 236,1	9 888,6	7 354,2	117,2	Nov.
39,1	49,1	2 499,0	3 308,6	2 339,0	- 54,5	3 954,0	-	5 444,1	9 248,9	9 852,3	7 310,0	114,1	Dez.
43,0	43,8	2 497,1	3 467,4	2 385,5	- 35,2	4 108,6	-	5 417,8	9 223,5	9 860,8	7 357,3	107,7	2014 Jan.
42,7	39,0	2 476,6	3 421,9	2 405,2	- 25,6	4 040,8	-	5 426,8	9 233,9	9 872,1	7 339,2	105,3	Febr.
50,0	35,5	2 474,5	3 385,3	2 421,1	- 27,5	3 985,9	-	5 463,4	9 276,5	9 889,8	7 342,8	105,7	März
Deutscher Beitrag (Mrd €)													
20,2	11,4	635,8	815,9	493,4	- 670,9	1 783,3	172,2	1 180,3	2 082,8	2 215,4	2 047,8	-	2012 Febr.
19,9	9,8	630,5	873,9	491,9	- 710,2	1 730,8	175,5	1 189,1	2 091,3	2 218,3	2 035,4	-	März
16,6	11,5	636,3	889,0	497,3	- 733,8	1 772,5	177,6	1 199,7	2 106,4	2 241,6	2 044,8	-	April
13,4	9,9	643,0	919,2	495,5	- 796,5	2 029,9	179,3	1 218,0	2 128,2	2 264,1	2 046,1	-	Mai
13,8	10,5	638,3	913,8	501,1	- 829,7	1 868,1	181,0	1 235,7	2 152,5	2 280,1	2 042,9	-	Juni
15,5	11,2	642,1	937,5	512,6	- 840,9	1 953,8	184,5	1 256,7	2 173,6	2 311,3	2 052,6	-	Juli
14,6	10,3	633,7	951,4	513,4	- 857,1	1 918,4	188,5	1 268,5	2 184,9	2 322,0	2 041,6	-	Aug.
16,2	10,4	627,5	900,0	521,5	- 806,5	1 872,9	191,9	1 291,6	2 195,0	2 323,4	2 038,7	-	Sept.
17,3	10,3	622,3	889,1	515,3	- 822,5	1 820,3	194,7	1 347,2	2 239,6	2 379,2	2 017,6	-	Okt.
17,8	10,8	615,8	857,9	516,9	- 813,3	1 801,6	197,3	1 373,1	2 257,0	2 396,7	2 005,9	-	Nov.
16,0	10,3	600,7	780,0	510,2	- 759,5	1 784,7	200,3	1 365,7	2 231,6	2 342,6	1 981,4	-	Dez.
13,5	8,9	587,7	783,8	507,3	- 715,8	1 678,5	199,4	1 363,0	2 219,5	2 329,4	1 961,3	-	2013 Jan.
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	Febr.
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.
7,9	4,0	526,2	615,9	501,0	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,4	1 847,3	-	März

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

3. Liquiditätsposition des Bankensystems *) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)		
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
2011 Okt.	571,0	193,0	373,6	1,5	217,4	168,7	162,9	854,9	50,0	- 88,5	208,7	1 232,2
Nov.	612,1	196,1	387,1	2,8	231,9	204,6	178,0	861,4	57,9	- 80,8	208,9	1 274,8
Dez.	622,1	238,0	389,0	4,4	260,3	253,7	200,5	869,4	63,8	- 85,9	212,2	1 335,3
2012 Jan.	683,9	169,4	627,3	6,0	278,6	399,3	210,8	883,7	67,7	- 8,7	212,3	1 495,3
Febr.	698,3	120,6	683,6	2,3	282,4	489,0	218,5	870,1	100,1	1,6	108,1	1 467,1
März	688,2	89,1	860,1	2,2	288,1	621,0	219,5	868,8	129,0	- 19,4	108,9	1 598,6
April	667,6	56,4	1 093,4	3,0	280,6	771,3	215,8	871,2	146,3	- 13,3	109,6	1 752,1
Mai	659,3	47,0	1 088,7	1,0	281,3	771,4	214,0	872,7	137,1	- 28,5	110,5	1 754,6
Juni	656,8	58,1	1 071,0	1,6	281,1	770,8	212,8	880,8	117,8	- 24,2	110,8	1 762,3
Juli	666,7	160,7	1 074,9	1,8	280,7	770,6	210,9	892,5	138,8	60,6	111,5	1 774,6
Aug.	678,9	146,0	1 079,9	0,8	281,0	343,1	211,5	897,7	130,7	93,5	110,5	1 751,0
Sept.	676,8	130,6	1 076,8	0,8	279,7	328,6	210,5	897,6	107,0	81,0	540,0	1 766,2
Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	312,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Deutsche Bundesbank												
2011 Okt.	155,5	10,7	20,8	0,0	52,3	41,5	86,8	213,5	0,3	- 155,0	52,2	307,2
Nov.	167,5	4,0	18,0	0,1	55,7	55,0	87,9	213,8	0,2	- 164,5	53,0	321,8
Dez.	168,7	3,0	17,6	0,1	63,2	60,4	126,2	216,3	0,7	- 205,5	54,4	331,2
2012 Jan.	182,3	4,4	40,3	0,1	67,2	101,7	117,0	219,8	0,8	- 199,6	54,5	376,0
Febr.	183,2	1,8	46,7	0,0	69,2	141,9	130,5	216,9	0,8	- 217,6	28,3	387,1
März	183,6	1,2	59,4	0,0	69,2	192,6	142,2	217,0	0,8	- 266,8	27,7	437,3
April	182,0	1,2	73,8	0,1	68,8	257,2	142,7	218,1	0,7	- 321,6	28,8	504,1
Mai	181,3	1,3	73,4	0,1	68,8	260,5	144,6	217,8	0,7	- 327,5	28,9	507,2
Juni	180,4	3,8	74,6	0,5	68,7	276,9	150,3	219,8	0,8	- 349,1	29,3	526,0
Juli	180,3	3,1	76,5	0,1	68,6	293,3	152,1	222,3	1,0	- 369,8	29,6	545,2
Aug.	179,6	2,5	76,3	0,2	68,8	102,0	162,9	225,1	4,2	- 351,5	184,8	511,9
Sept.	177,7	1,6	75,4	0,0	68,6	112,1	134,6	224,6	6,0	- 349,1	195,2	531,9
Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. * Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. — 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab

Aug. 2009 einschl. der durch Devisenwappengeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Bericht-

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
Eurosystem 2)												
+ 30,7	+ 57,9	- 16,2	+ 1,2	+ 39,4	+ 46,9	+ 53,1	+ 1,7	- 2,3	+ 14,5	- 0,8	+ 47,7	2011 Okt.
+ 41,1	+ 3,1	+ 13,5	+ 1,3	+ 14,5	+ 35,9	+ 15,1	+ 6,5	+ 7,9	+ 7,7	+ 0,2	+ 42,6	Nov.
+ 10,0	+ 41,9	+ 1,9	+ 1,6	+ 28,4	+ 49,1	+ 22,5	+ 8,0	+ 5,9	- 5,1	+ 3,3	+ 60,5	Dez.
+ 61,8	- 68,6	+ 238,3	+ 1,6	+ 18,3	+145,6	+ 10,3	+ 14,3	+ 3,9	+ 77,2	+ 0,1	+ 160,0	2012 Jan.
+ 14,4	- 48,8	+ 56,3	- 3,7	+ 3,8	+ 89,7	+ 7,7	- 13,6	+ 32,4	+ 10,3	+ 104,2	- 28,2	Febr.
- 10,1	- 31,5	+ 176,5	- 0,1	+ 5,7	+132,0	+ 1,0	- 1,3	+ 28,9	- 21,0	+ 0,8	+ 131,5	März
- 20,6	- 32,7	+ 233,3	+ 0,8	- 7,5	+150,3	- 3,7	+ 2,4	+ 17,3	+ 6,1	+ 0,7	+ 153,5	April
- 8,3	- 9,4	- 4,7	- 2,0	+ 0,7	+ 0,1	- 1,8	+ 1,5	- 9,2	- 15,2	+ 0,9	+ 2,5	Mai
- 2,5	+ 11,1	- 17,7	+ 0,6	- 0,2	- 0,6	- 1,2	+ 8,1	- 19,3	+ 4,3	+ 0,3	+ 7,7	Juni
+ 9,9	+102,6	+ 3,9	+ 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,9	+ 11,7	+ 21,0	+ 84,8	+ 0,7	+ 12,3	Juli
+ 12,2	- 14,7	+ 5,0	- 1,0	+ 0,3	-427,5	+ 0,6	+ 5,2	- 8,1	+ 32,9	+ 398,7	- 23,6	Aug.
- 2,1	- 15,4	- 3,1	+ 0,0	- 1,3	- 14,5	- 1,0	- 0,1	- 23,7	- 12,5	+ 29,8	+ 15,2	Sept.
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Okt.
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	+ 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
Deutsche Bundesbank												
+ 8,8	+ 4,1	- 12,8	+ 0,0	+ 9,9	+ 13,7	+ 26,6	+ 0,1	- 0,0	- 30,7	+ 0,3	+ 14,2	2011 Okt.
+ 12,0	- 6,7	- 2,8	+ 0,1	+ 3,5	+ 13,5	+ 1,1	+ 0,3	- 0,0	- 9,5	+ 0,9	+ 14,6	Nov.
+ 1,2	- 1,0	- 0,4	+ 0,0	+ 7,5	+ 5,5	+ 38,4	+ 2,5	+ 0,5	- 41,0	+ 1,4	+ 9,4	Dez.
+ 13,6	+ 1,4	+ 22,7	- 0,0	+ 4,0	+ 41,3	- 9,2	+ 3,5	+ 0,1	+ 5,9	+ 0,1	+ 44,8	2012 Jan.
+ 0,9	- 2,6	+ 6,4	- 0,1	+ 2,0	+ 40,2	+ 13,5	- 2,9	- 0,1	- 18,0	+ 26,2	+ 11,1	Febr.
+ 0,4	- 0,6	+ 12,7	+ 0,0	± 0,0	+ 50,7	+ 11,7	+ 0,1	+ 0,0	- 49,3	+ 0,6	+ 50,2	März
- 1,6	+ 0,0	+ 14,4	+ 0,1	- 0,4	+ 64,7	+ 0,5	+ 1,1	- 0,0	- 54,7	+ 1,1	+ 66,8	April
- 0,7	+ 0,1	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 3,3	+ 1,8	- 0,3	- 0,0	- 5,9	+ 0,1	+ 3,1	Mai
- 0,9	+ 2,5	+ 1,1	+ 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 5,7	+ 2,0	+ 0,1	- 21,6	+ 0,4	+ 18,8	Juni
- 0,1	- 0,7	+ 1,9	- 0,4	- 0,1	+ 16,4	+ 1,8	+ 2,5	+ 0,3	- 20,7	+ 0,3	+ 19,2	Juli
- 0,6	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	-191,3	+ 10,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 18,3	+ 155,2	- 33,2	Aug.
- 1,9	- 0,9	- 0,9	- 0,2	+ 0,2	+ 10,0	- 28,3	- 0,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 10,4	+ 20,0	Sept.
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	- 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,2	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Okt.
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April

tigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknoten-umlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird

ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknoten-umlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets		
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II
Eurosystem 2)									
2013 Aug. 30.	2 360,6	320,0	249,6	84,6	165,1	24,0	22,3	22,3	–
Sept. 6.	2 356,7	320,0	251,4	84,7	166,8	23,2	22,3	22,3	–
13.	2 350,1	320,0	251,0	84,6	166,4	23,7	22,3	22,3	–
20.	2 346,6	320,0	250,7	84,7	166,0	22,7	23,1	23,1	–
27.	2 338,0	320,0	250,0	84,6	165,4	22,7	23,3	23,3	–
Okt. 4.	2 350,6	343,9	245,4	83,5	161,9	21,5	23,6	23,6	–
11.	2 340,4	343,9	245,7	83,5	162,2	20,9	22,8	22,8	–
18.	2 328,0	343,9	244,7	83,3	161,4	21,2	21,5	21,5	–
25.	2 318,7	343,9	245,4	83,1	162,3	21,3	21,7	21,7	–
Nov. 1.	2 314,4	343,9	244,8	83,2	161,6	22,2	21,5	21,5	–
8.	2 305,4	343,9	243,9	82,7	161,2	22,4	18,7	18,7	–
15.	2 299,0	343,9	244,2	82,5	161,7	22,5	19,1	19,1	–
22.	2 293,6	343,9	244,9	82,5	162,4	22,8	19,4	19,4	–
29.	2 291,0	343,9	244,3	82,5	161,8	23,4	19,3	19,3	–
Dez. 6.	2 280,8	343,9	244,6	82,5	162,1	23,6	20,4	20,4	–
13.	2 283,0	343,9	243,7	82,4	161,2	23,8	20,2	20,2	–
20.	2 287,5	343,9	244,0	82,7	161,3	23,3	19,5	19,5	–
27.	2 285,4	343,9	245,7	82,9	162,8	23,0	19,5	19,5	–
2014 Jan. 3.	2 278,6	303,2	241,6	81,7	159,9	23,2	20,2	20,2	–
10.	2 220,5	303,2	244,3	81,6	162,7	22,5	21,8	21,8	–
17.	2 197,9	303,2	245,8	81,6	164,2	22,6	21,0	21,0	–
24.	2 221,3	303,2	243,9	81,6	162,3	23,3	21,1	21,1	–
31.	2 217,1	303,2	244,2	81,4	162,8	23,7	20,2	20,2	–
2014 Febr. 7.	2 190,3	303,2	244,2	81,0	163,2	22,8	19,2	19,2	–
14.	2 190,1	303,2	244,5	80,5	164,0	23,1	19,1	19,1	–
21.	2 184,8	303,2	244,1	80,7	163,4	23,0	18,8	18,8	–
28.	2 181,1	303,2	243,8	80,7	163,1	24,1	19,0	19,0	–
März 7.	2 172,3	303,2	244,3	80,8	163,5	23,9	18,8	18,8	–
14.	2 167,8	303,1	244,5	80,8	163,7	23,8	18,3	18,3	–
21.	2 166,1	303,1	244,7	80,7	164,0	23,9	19,2	19,2	–
28.	2 152,1	303,1	244,5	80,7	163,9	23,1	17,7	17,7	–
April 4.	2 161,0	326,5	244,4	80,9	163,5	23,1	17,4	17,4	–
11.	2 169,1	326,5	244,4	80,9	163,5	23,5	17,7	17,7	–
18.	2 167,8	326,5	244,1	80,9	163,2	23,8	17,3	17,3	–
25.	2 169,1	326,5	245,2	81,8	163,4	23,8	18,4	18,4	–
Mai 2.	2 217,1	326,5	245,6	81,8	163,8	23,5	18,7	18,7	–
Deutsche Bundesbank									
2012 Juni	1 119,4	136,1	54,2	23,3	30,8	6,2	–	–	–
Juli	1 112,9	136,1	54,1	23,3	30,8	3,2	–	–	–
Aug.	1 135,4	136,1	54,5	23,5	31,0	1,7	–	–	–
Sept.	1 090,9	150,4	53,0	23,3	29,7	1,5	–	–	–
Okt.	1 110,0	150,2	53,1	23,3	29,8	1,8	–	–	–
Nov.	1 098,6	150,2	52,8	23,0	29,8	2,3	–	–	–
Dez.	1 026,0	137,5	51,1	22,3	28,8	3,3	–	–	–
2013 Jan.	964,1	137,5	51,6	22,5	29,1	1,6	–	–	–
Febr.	934,9	137,5	51,3	22,2	29,0	3,2	–	–	–
März	906,7	136,5	52,0	22,4	29,6	3,4	–	–	–
April	916,9	136,5	52,0	22,4	29,7	2,8	–	–	–
Mai	891,6	136,5	52,0	22,3	29,7	0,8	–	–	–
Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
Eurosystem ²⁾														
790,5	97,1	693,3	–	–	0,1	–	79,7	603,1	250,1	353,0	28,4	243,1	2013 Aug.	30.
786,5	95,6	688,6	–	–	2,2	–	75,2	604,2	250,1	354,1	28,4	245,6	Sept.	6.
779,5	97,2	682,3	–	–	0,1	–	77,1	604,3	250,1	354,2	28,4	243,9		13.
775,4	96,2	678,9	–	–	0,2	–	76,1	604,0	249,8	354,3	28,4	246,2		20.
767,3	97,0	670,2	–	–	0,1	–	81,3	600,1	246,7	353,4	28,4	245,1		27.
761,6	94,5	667,0	–	–	0,1	0,0	74,1	599,9	247,0	352,9	28,3	252,3	Okt.	4.
753,0	93,4	659,3	–	–	0,3	–	76,0	599,7	246,6	353,1	28,3	250,1		11.
749,7	91,2	658,5	–	–	–	0,0	73,5	599,6	246,6	353,0	28,3	245,6		18.
743,9	90,6	653,3	–	–	–	0,0	77,3	595,0	245,7	349,2	28,3	241,9		25.
740,2	89,3	650,8	–	–	0,0	0,0	80,4	593,4	241,6	351,7	28,3	239,8	Nov.	1.
729,7	89,5	640,2	–	–	0,0	0,0	83,2	593,2	241,6	351,6	28,3	242,2		8.
721,9	87,7	634,1	–	–	–	0,0	84,0	592,2	241,6	350,7	28,3	242,9		15.
717,6	86,9	630,6	–	–	0,2	0,0	81,4	592,3	241,5	350,8	28,3	242,9		22.
719,0	97,2	621,7	–	–	0,1	0,0	77,2	592,2	241,4	350,8	28,3	243,3		29.
709,3	94,6	614,5	–	–	0,2	0,0	75,9	591,4	241,4	350,0	28,3	243,4	Dez.	6.
713,0	98,5	614,4	–	–	0,1	0,0	73,2	591,9	241,3	350,7	28,3	244,9		13.
723,3	118,9	604,1	–	–	0,3	0,0	74,2	585,3	235,4	349,9	28,3	245,7		20.
717,1	133,6	583,3	–	–	0,2	–	75,0	586,1	235,4	350,6	28,3	246,8		27.
752,3	168,7	583,3	–	–	0,3	0,0	73,5	591,2	235,9	355,3	28,3	245,1	2014 Jan.	3.
695,9	112,5	583,3	–	–	0,0	0,1	72,1	590,8	235,9	354,9	28,3	241,6		10.
672,6	94,7	577,7	–	–	0,1	0,0	73,1	588,7	234,0	354,7	28,3	242,6		17.
693,2	116,3	576,7	–	–	0,2	0,0	74,7	589,3	233,5	355,7	28,3	244,5		24.
691,9	115,6	576,0	–	–	0,3	0,0	72,9	587,4	231,3	356,1	28,3	245,3		31.
671,3	95,1	575,6	–	–	0,5	0,0	70,5	586,2	230,6	355,6	28,2	244,8	2014 Febr.	7.
666,6	93,3	573,2	–	–	0,1	0,0	74,7	587,2	229,9	357,3	28,2	243,4		14.
665,2	92,9	572,2	–	–	0,2	0,0	77,0	585,8	229,4	356,5	28,2	239,5		21.
664,5	94,0	569,7	–	–	0,8	0,0	74,1	586,4	229,3	357,1	28,2	237,7		28.
654,0	87,0	566,7	–	–	0,3	0,0	72,9	588,0	229,3	358,7	28,2	239,0	März	7.
648,9	92,6	556,3	–	–	0,0	0,0	76,0	587,9	228,8	359,0	28,2	237,0		14.
644,1	96,9	546,2	–	–	0,9	0,0	77,8	588,5	228,6	359,9	28,2	236,6		21.
640,8	121,3	518,0	–	–	1,4	–	66,0	590,4	228,4	362,0	28,2	238,2		28.
627,4	110,6	516,5	–	–	0,2	–	66,5	588,4	224,9	363,5	28,2	239,1	April	4.
636,7	104,6	532,1	–	–	–	–	64,9	588,1	224,7	363,4	28,2	239,0		11.
636,3	112,2	523,8	–	–	0,3	–	63,6	588,3	224,7	363,7	28,2	239,5		18.
638,1	121,8	516,3	–	–	0,0	0,0	60,1	586,7	224,7	362,0	28,2	242,0		25.
688,3	172,6	515,0	–	–	0,8	0,0	61,3	581,6	219,6	362,0	27,3	244,2	Mai	2.
Deutsche Bundesbank														
79,5	2,5	77,0	–	–	0,1	–	8,8	73,1	68,7	4,3	4,4	757,2	2012 Juni	
78,6	2,9	75,7	–	–	0,0	–	7,6	73,2	68,8	4,3	4,4	755,7	Juli	
76,8	1,7	75,1	–	–	0,0	–	9,4	72,8	68,4	4,3	4,4	779,6	Aug.	
76,1	1,7	73,9	–	–	0,5	–	8,9	68,8	68,8	–	4,4	727,8	Sept.	
76,6	1,6	73,9	–	–	1,1	–	5,0	67,9	67,9	–	4,4	751,0	Okt.	
72,4	1,9	69,7	–	–	0,8	–	2,5	67,4	67,4	–	4,4	746,6	Nov.	
73,1	2,9	69,7	–	–	0,6	–	1,4	67,5	67,5	–	4,4	687,5	Dez.	
49,5	0,3	49,1	–	–	0,0	–	4,9	66,2	66,2	–	4,4	648,3	2013 Jan.	
25,8	0,8	24,9	–	–	0,0	–	5,0	65,2	65,2	–	4,4	642,5	Febr.	
21,8	0,1	21,6	–	–	0,2	–	5,7	65,0	65,0	–	4,4	617,9	März	
14,8	0,5	14,3	–	–	0,0	–	5,8	63,8	63,8	–	4,4	636,7	April	
12,3	0,1	12,1	–	–	0,0	–	4,9	62,9	62,9	–	4,4	617,8	Mai	
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet						Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet		
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung	Einlagen aus dem Margenausgleich			insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
Eurosystem 4)													
2013 Aug. 30.	2 360,6	919,4	533,5	272,3	70,6	190,5	–	0,1	5,6	–	108,8	86,4	22,3
Sept. 6.	2 356,7	920,4	539,6	269,2	79,9	190,5	–	0,0	6,3	–	94,6	70,4	24,2
13.	2 350,1	919,3	537,8	275,8	71,4	190,5	–	0,1	6,3	–	94,5	67,4	27,1
20.	2 346,6	916,7	515,1	274,5	50,1	190,5	–	0,0	6,1	–	112,8	84,9	27,9
27.	2 338,0	917,7	502,2	258,8	52,9	190,5	–	0,0	6,2	–	119,6	94,9	24,7
Okt. 4.	2 350,6	921,7	508,2	265,4	55,3	187,5	–	0,0	6,0	–	103,8	76,6	27,2
11.	2 340,4	920,1	508,6	268,0	52,6	188,0	–	0,0	5,9	–	94,1	73,4	20,8
18.	2 328,0	918,6	502,8	269,1	45,7	188,0	–	0,0	5,5	–	101,5	70,7	30,8
25.	2 318,7	917,9	469,7	230,2	51,3	188,0	–	0,2	5,5	–	119,0	88,8	30,3
Nov. 1.	2 314,4	924,5	467,1	226,9	52,1	188,0	–	0,0	5,7	–	110,3	62,7	47,7
8.	2 305,4	923,6	477,2	230,6	62,4	184,0	–	0,2	5,5	–	89,1	48,3	40,8
15.	2 299,0	922,6	459,8	231,9	43,9	184,0	–	0,0	5,3	–	106,4	68,0	38,4
22.	2 293,6	921,0	446,1	218,0	44,0	184,0	–	0,1	5,4	–	117,1	83,4	33,7
29.	2 291,0	927,5	429,6	215,5	56,1	157,8	–	0,2	5,1	–	133,9	96,5	37,4
Dez. 6.	2 280,8	935,1	442,1	203,7	54,1	184,0	–	0,4	5,2	–	103,8	77,3	26,5
13.	2 283,0	938,7	446,1	223,6	38,3	184,0	–	0,1	5,0	–	104,3	75,9	28,4
20.	2 287,5	950,5	462,5	256,1	53,3	152,3	–	0,8	4,2	–	81,4	56,0	25,4
27.	2 285,4	958,3	443,7	244,1	59,6	139,9	–	0,1	4,2	–	82,3	56,8	25,6
2014 Jan. 3.	2 278,6	952,9	492,0	298,9	88,2	104,8	–	0,0	3,2	–	81,0	55,5	25,5
10.	2 220,5	941,7	441,3	202,3	59,8	179,0	–	0,2	8,7	–	81,8	57,9	23,9
17.	2 197,9	934,9	418,0	202,4	36,5	179,0	–	0,1	4,0	–	98,3	72,5	25,8
24.	2 221,3	929,9	424,0	227,9	44,0	152,1	–	0,0	2,1	–	123,0	93,6	29,3
31.	2 217,1	932,5	423,1	215,7	56,1	151,2	–	0,2	3,1	–	116,1	92,9	23,2
2014 Febr. 7.	2 190,3	932,6	423,2	200,4	47,2	175,5	–	0,0	4,1	–	94,1	74,5	19,6
14.	2 190,1	931,2	429,6	223,7	29,9	175,5	–	0,5	5,2	–	86,4	65,8	20,6
21.	2 184,8	929,1	403,8	196,3	32,0	175,5	–	0,0	5,1	–	116,8	91,7	25,1
28.	2 181,1	933,8	392,5	187,4	29,4	175,5	–	0,2	5,2	–	126,1	99,3	26,9
März 7.	2 172,3	937,0	393,6	187,1	30,9	175,5	–	0,0	5,2	–	113,9	74,7	39,2
14.	2 167,8	938,1	425,8	226,8	23,5	175,5	–	0,0	5,0	–	83,4	56,4	27,1
21.	2 166,1	936,9	405,2	195,2	34,5	175,5	–	0,0	5,1	–	103,4	77,7	25,8
28.	2 152,1	938,7	382,9	179,2	28,3	175,5	–	–	9,5	–	117,1	89,9	27,2
April 4.	2 161,0	942,5	382,4	181,1	25,7	175,5	–	0,0	10,3	–	95,1	69,9	25,2
11.	2 169,1	944,2	392,0	198,2	21,2	172,5	–	0,2	4,1	–	99,9	68,9	31,0
18.	2 167,8	951,9	386,4	202,9	30,1	153,4	–	0,0	4,1	–	98,7	63,7	35,0
25.	2 169,1	946,4	356,9	166,1	24,0	166,8	–	0,0	4,0	–	129,2	91,1	38,1
Mai 2.	2 217,1	950,3	383,3	240,2	39,1	103,9	–	0,1	2,8	–	147,7	105,3	42,4
Deutsche Bundesbank													
2012 Juni	1 119,4	222,5	457,1	33,3	262,9	160,9	–	–	–	–	3,2	1,2	2,0
Juli	1 112,9	223,6	421,7	178,3	88,1	155,2	–	–	–	–	19,5	7,3	12,2
Aug.	1 135,4	223,2	442,5	201,4	111,4	129,7	–	–	–	–	17,6	5,5	12,1
Sept.	1 090,9	222,2	385,8	173,1	78,4	134,2	–	–	–	–	17,3	7,0	10,2
Okt.	1 110,0	222,0	372,3	177,9	59,0	135,5	–	–	–	–	50,7	5,1	45,7
Nov.	1 098,6	221,5	361,9	184,1	51,9	125,9	–	–	–	–	47,2	11,4	35,9
Dez.	1 026,0	227,2	300,0	129,6	40,5	129,9	–	–	0,0	–	39,9	11,9	28,1
2013 Jan.	964,1	219,7	260,4	128,3	39,1	93,0	–	–	–	–	25,9	2,3	23,6
Febr.	934,9	219,1	240,8	100,8	23,9	116,0	–	–	–	–	22,4	0,5	21,8
März	906,7	223,1	222,9	108,7	20,8	93,3	–	–	–	–	10,9	0,5	10,4
April	916,9	224,5	215,5	102,9	30,8	81,8	–	–	–	–	28,7	0,9	27,7
Mai	891,6	225,4	198,3	88,3	20,6	89,4	–	–	–	–	20,6	0,6	20,1
Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2

* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochenstichtage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva ³⁾	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ²⁾	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende ¹⁾
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
Eurosystem ⁴⁾										
135,0	1,8	5,8	5,8	–	54,2	221,5	–	284,7	90,4	2013 Aug. 30.
136,4	1,7	6,6	6,6	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	Sept. 6.
132,0	3,0	5,5	5,5	–	54,2	222,5	–	284,7	90,4	13.
134,8	2,6	4,4	4,4	–	54,2	224,8	–	284,7	90,4	20.
134,9	2,5	3,8	3,8	–	54,2	221,8	–	284,7	90,4	27.
129,2	2,1	4,0	4,0	–	53,6	227,0	–	304,5	90,4	Okt. 4.
131,1	2,4	3,3	3,3	–	53,6	226,3	–	304,5	90,4	11.
124,2	1,8	3,4	3,4	–	53,6	221,6	–	304,5	90,4	18.
126,7	1,7	4,6	4,6	–	53,6	225,2	–	304,5	90,4	25.
123,5	1,2	5,0	5,0	–	53,6	228,5	–	304,5	90,4	Nov. 1.
129,5	1,3	4,5	4,5	–	53,6	226,1	–	304,5	90,4	8.
122,7	1,3	4,9	4,9	–	53,6	227,4	–	304,5	90,4	15.
122,7	2,2	5,2	5,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	22.
114,3	2,3	5,1	5,1	–	53,6	224,6	–	304,5	90,4	29.
114,3	2,0	5,6	5,6	–	53,6	224,2	–	304,5	90,4	Dez. 6.
110,2	2,0	5,0	5,0	–	53,6	223,2	–	304,5	90,4	13.
109,6	2,4	4,0	4,0	–	53,6	224,5	–	304,5	90,4	20.
115,2	4,4	3,2	3,2	–	53,6	225,5	–	304,5	90,4	27.
114,2	4,8	3,2	3,2	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	2014 Jan. 3.
110,5	3,5	5,5	5,5	–	52,7	221,3	–	262,9	90,7	10.
106,1	2,7	5,9	5,9	–	52,7	221,6	–	262,9	90,6	17.
105,8	1,3	5,9	5,9	–	52,7	223,2	–	262,9	90,5	24.
106,1	2,9	5,1	5,1	–	52,7	222,0	–	262,9	90,6	31.
101,9	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	90,6	2014 Febr. 7.
99,4	1,4	7,2	7,2	–	52,7	223,5	–	262,9	90,6	14.
94,0	1,0	6,4	6,4	–	52,7	220,9	–	262,9	92,1	21.
93,5	2,8	4,9	4,9	–	52,7	214,2	–	262,9	92,4	28.
90,6	1,9	5,8	5,8	–	52,7	216,5	–	262,9	92,4	März 7.
88,1	1,2	6,5	6,5	–	52,7	211,5	–	262,9	92,5	14.
88,2	1,0	6,9	6,9	–	52,7	211,2	–	262,9	92,5	21.
81,6	1,4	5,7	5,7	–	52,7	206,8	–	262,9	92,7	28.
84,1	1,1	4,6	4,6	–	52,8	206,1	–	288,9	93,0	April 4.
82,9	1,1	4,9	4,9	–	52,8	205,4	–	288,9	93,0	11.
78,3	1,3	4,4	4,4	–	52,8	208,0	–	288,9	93,0	18.
80,5	1,4	4,5	4,5	–	52,8	211,4	–	288,9	93,0	25.
78,4	1,5	4,5	4,5	–	52,8	214,0	–	288,9	93,0	Mai 2.
Deutsche Bundesbank										
83,2	0,0	0,2	0,2	–	14,5	19,5	181,0	133,3	5,0	2012 Juni
90,9	0,0	0,0	0,0	–	14,5	19,9	184,5	133,3	5,0	Juli
89,9	0,0	0,3	0,3	–	14,5	20,6	188,5	133,3	5,0	Aug.
86,3	0,0	–	–	–	14,4	21,6	191,9	146,5	5,0	Sept.
82,1	0,0	0,2	0,2	–	14,4	22,3	194,7	146,5	5,0	Okt.
81,8	0,0	0,3	0,3	–	14,4	22,8	197,3	146,5	5,0	Nov.
83,3	0,0	0,1	0,1	–	14,1	23,6	200,3	132,6	5,0	Dez.
83,0	0,0	0,5	0,5	–	14,1	23,5	199,4	132,6	5,0	2013 Jan.
74,4	0,0	0,7	0,7	–	14,1	24,5	201,4	132,6	5,0	Febr.
70,2	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,0	203,8	132,1	5,0	März
67,9	0,0	0,6	0,6	–	14,1	24,4	204,1	132,1	5,0	April
63,5	0,0	0,6	0,6	–	14,1	25,0	207,0	132,1	5,0	Mai
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. ³ Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. ⁴ Quelle: EZB.

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *)

Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
2005	6 859,4	15,3	2 276,0	1 762,5	1 148,4	614,1	513,5	356,3	157,2	3 407,6	3 085,2	2 504,6	2 226,3	
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9	
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2012 Juni	8 636,4	15,5	2 566,1	2 041,1	1 571,3	469,8	525,0	351,0	174,1	3 699,4	3 297,2	2 692,7	2 432,4	
Juli	8 726,8	14,8	2 531,1	2 000,3	1 530,8	469,5	530,8	359,0	171,8	3 731,2	3 327,5	2 724,4	2 467,2	
Aug.	8 695,6	15,7	2 538,3	2 016,4	1 547,5	468,9	522,0	349,7	172,2	3 725,2	3 321,8	2 723,8	2 464,9	
Sept.	8 567,6	16,0	2 463,9	1 947,5	1 481,5	466,0	516,4	346,1	170,3	3 730,1	3 322,3	2 720,6	2 458,6	
Okt.	8 489,2	15,9	2 426,0	1 916,6	1 456,5	460,1	509,4	340,1	169,3	3 748,2	3 340,1	2 728,3	2 471,5	
Nov.	8 440,0	15,6	2 411,8	1 904,4	1 448,5	455,9	507,4	337,2	170,2	3 741,9	3 334,9	2 722,7	2 465,5	
Dez.	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013 Jan.	8 110,4	15,0	2 284,4	1 784,1	1 337,9	446,2	500,3	325,9	174,4	3 717,9	3 313,3	2 721,2	2 454,3	
Febr.	8 094,4	15,0	2 268,2	1 755,8	1 312,0	443,8	512,4	339,6	172,8	3 711,7	3 307,1	2 718,4	2 457,6	
März	8 063,0	16,9	2 228,8	1 727,6	1 290,0	437,6	501,1	332,8	168,3	3 710,8	3 302,6	2 715,8	2 451,0	
April	8 080,3	15,7	2 220,5	1 715,6	1 281,3	434,3	504,9	337,1	167,8	3 736,2	3 329,5	2 732,4	2 446,6	
Mai	7 937,6	16,0	2 196,9	1 692,8	1 258,9	433,9	504,1	335,6	168,5	3 713,8	3 302,1	2 720,5	2 451,6	
Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1	
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8	
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7	
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6	
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6	
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1	
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3	
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6	
März	7 513,1	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3	
Veränderungen 3)														
2006	356,8	1,1	84,2	0,5	28,0	- 27,6	83,7	22,4	61,3	56,0	1,5	32,5	13,3	
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	- 20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	- 1,0	38,7	53,2	
2008	313,3	- 0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	- 14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	- 0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	- 1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	- 0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	- 0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	- 0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2012 Juli	85,2	- 0,7	- 37,3	- 42,0	- 41,4	- 0,6	4,7	7,1	- 2,4	29,8	29,3	30,9	33,9	
Aug.	- 16,8	0,9	9,4	17,2	17,5	- 0,4	- 7,8	- 8,5	0,7	- 3,5	- 3,9	1,2	- 0,7	
Sept.	- 115,5	0,3	- 72,0	- 67,4	- 65,3	- 2,1	- 4,7	- 2,9	- 1,8	7,3	2,2	- 0,6	- 4,0	
Okt.	- 75,9	- 0,1	- 38,7	- 31,8	- 26,6	- 5,3	- 6,8	- 5,8	- 1,0	19,2	18,6	9,1	14,3	
Nov.	- 29,4	- 0,3	- 14,3	- 12,3	- 8,0	- 4,3	- 1,9	- 2,8	0,8	- 5,2	- 4,6	- 4,9	- 5,3	
Dez.	- 204,3	3,6	- 101,8	- 90,5	- 84,2	- 6,3	- 11,3	- 14,5	3,2	- 50,5	- 43,1	- 24,8	- 27,5	
2013 Jan.	- 97,7	- 4,2	- 21,9	- 27,6	- 24,8	- 2,8	5,7	5,0	0,7	35,4	28,8	30,4	23,3	
Febr.	- 27,1	0,0	- 15,6	- 26,4	- 23,7	- 2,7	10,8	12,6	- 1,8	- 8,1	- 7,4	- 4,0	2,0	
März	- 44,2	1,9	- 41,3	- 29,2	- 22,7	- 6,5	- 12,1	- 6,8	- 5,3	- 2,4	- 5,1	- 3,2	- 7,3	
April	27,6	- 1,3	- 6,9	- 11,2	- 8,1	- 3,1	4,3	4,9	- 0,5	27,6	28,4	18,1	- 2,8	
Mai	- 142,7	0,3	- 23,5	- 22,8	- 22,4	- 0,5	- 0,7	- 1,4	0,7	- 22,0	- 27,1	- 11,6	5,5	
Juni	- 102,1	- 0,2	- 7,2	- 16,1	- 14,9	- 1,1	8,8	9,1	- 0,3	1,1	6,6	7,3	12,9	
Juli	- 72,5	- 0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1	
Aug.	- 87,5	1,2	7,7	5,7	7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4	
Sept.	- 14,6	- 1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8	
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5	
Nov.	32,6	- 0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8	
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7	
2014 Jan.	71,1	- 3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	- 16,3	- 9,5	- 4,9	- 2,4	
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	- 1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1	
März	- 50,0	- 0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,2	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,8	2,3	

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen ¹⁾	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern											insgesamt	darunter Buchkredite		
Privat-			öffentliche Haushalte			Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere ²⁾	zusammen	zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende														
278,2	580,7	408,7	171,9	322,4	169,1	65,0	153,3	30,7	122,6	993,8	796,8	166,7	2005	
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
260,4	604,5	370,2	234,3	402,2	278,2	160,3	124,0	31,8	92,2	992,6	772,1	1 362,8	2012 Juni	
257,2	603,1	367,0	236,1	403,7	282,5	162,1	121,2	31,1	90,1	1 005,2	786,0	1 444,5	Juli	
258,9	598,1	359,6	238,4	403,4	281,3	161,0	122,1	31,7	90,4	1 007,4	787,3	1 408,9	Aug.	
262,1	601,7	359,8	241,9	407,8	283,5	161,4	124,3	31,4	92,9	1 005,3	788,1	1 352,2	Sept.	
256,9	611,8	366,5	245,3	408,0	282,2	160,0	125,8	31,9	93,9	1 003,5	784,8	1 295,6	Okt.	
257,2	612,2	360,2	252,0	407,1	282,8	160,3	124,3	32,0	92,3	996,2	778,1	1 274,5	Nov.	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	Dez.	
266,8	592,1	352,2	239,9	404,6	277,6	157,0	127,0	30,3	96,8	955,4	728,8	1 137,7	2013 Jan.	
260,8	588,7	347,3	241,4	404,6	280,2	157,0	124,4	30,3	94,1	959,5	739,4	1 140,0	Febr.	
264,8	586,8	345,2	241,6	408,1	284,8	157,6	123,4	30,1	93,2	965,3	740,5	1 141,2	März	
285,8	597,1	355,2	241,9	406,6	282,3	158,7	124,4	30,8	93,5	964,2	736,2	1 143,8	April	
268,9	581,6	344,6	237,0	411,8	282,3	155,8	129,5	30,7	98,8	962,8	733,7	1 048,1	Mai	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,3	583,2	336,7	246,6	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	955,6	724,0	824,1	März	
Veränderungen ³⁾														
19,3	- 31,0	- 18,6	- 12,4	54,5	59,6	20,9	- 5,1	- 1,3	- 3,8	205,7	165,7	9,8	2006	
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	- 83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	- 0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	- 112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
- 3,0	- 1,6	- 3,3	1,8	0,5	- 3,4	- 0,9	- 2,9	- 0,7	- 2,2	2,6	5,2	90,7	2012 Juli	
1,9	- 5,1	- 7,4	2,3	0,4	- 0,5	- 0,2	1,0	0,6	0,3	12,0	10,2	- 35,6	Aug.	
3,4	2,8	- 0,6	3,4	5,1	2,9	1,3	2,2	- 0,4	2,6	6,7	9,1	- 57,7	Sept.	
- 5,2	9,5	6,7	2,8	0,7	- 0,9	- 1,1	1,6	0,6	1,0	0,9	- 0,8	- 57,3	Okt.	
0,4	0,3	- 6,3	6,6	- 0,7	0,8	0,4	- 1,5	0,1	- 1,6	- 6,8	- 6,3	- 2,8	Nov.	
2,7	- 18,3	- 9,9	- 8,5	- 7,3	- 7,2	- 1,6	- 0,2	- 1,6	1,4	- 19,8	- 27,4	- 35,8	Dez.	
7,1	- 1,6	2,0	- 3,5	6,6	3,6	0,1	3,0	- 0,1	3,1	- 3,1	- 4,8	- 103,9	2013 Jan.	
- 6,0	- 3,4	- 4,9	1,5	- 0,7	2,0	- 0,5	- 2,7	0,0	- 2,7	- 2,4	1,6	- 1,1	Febr.	
4,1	- 2,0	- 2,1	0,2	2,8	3,9	0,0	- 1,1	- 0,2	- 0,9	- 3,1	- 7,1	0,6	März	
20,9	10,3	10,1	0,2	- 0,8	- 1,8	1,9	0,9	0,7	0,3	5,7	2,1	2,5	April	
- 17,1	- 15,5	- 10,5	- 4,9	5,1	- 0,1	- 3,0	5,1	- 0,1	5,2	- 1,9	- 2,8	- 95,6	Mai	
- 5,6	- 0,7	- 2,3	1,6	- 5,6	- 3,8	- 3,3	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 8,4	- 8,8	- 87,3	Juni	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,0	- 0,5	0,8	- 0,2	1,0	- 3,6	- 11,1	- 15,5	März	

Schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. ³⁾ Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung * in Tabelle II,1).

IV. Banken

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland *) Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Einlagen von Nicht-			
		insgesamt	von Banken			insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Laufzeit				mit vereinbarter Kündigungsfrist	
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern	insgesamt		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten			zusammen	täglich fällig
2005	6 859,4	1 569,6	1 300,8	268,8	2 329,1	2 225,4	715,8	906,2	233,4	603,4	519,1	62,2	9,6			
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9			
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6			
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4			
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7			
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3			
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9			
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2			
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8			
2012 Juni	8 636,4	1 469,5	1 207,6	262,0	3 091,1	2 975,0	1 203,3	1 155,7	378,1	616,0	519,4	78,9	30,3			
Juli	8 726,8	1 454,7	1 190,5	264,1	3 084,9	2 974,1	1 207,7	1 151,3	378,6	615,9	520,1	78,5	30,1			
Aug.	8 695,6	1 447,9	1 185,3	262,6	3 092,7	2 985,4	1 221,5	1 149,6	378,2	615,3	521,0	76,3	30,3			
Sept.	8 567,6	1 428,2	1 175,5	252,8	3 100,1	2 991,1	1 241,8	1 135,2	366,7	614,1	521,3	77,5	33,6			
Okt.	8 489,2	1 415,4	1 161,0	254,4	3 099,5	2 993,8	1 265,7	1 114,7	355,4	613,5	521,5	76,3	32,1			
Nov.	8 440,0	1 413,7	1 160,3	253,5	3 114,9	3 006,6	1 293,1	1 100,7	346,7	612,8	522,0	76,8	33,1			
Dez.	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2			
2013 Jan.	8 110,4	1 371,5	1 127,0	244,6	3 090,1	2 983,1	1 305,1	1 061,3	310,2	616,7	529,3	77,0	32,1			
Febr.	8 094,4	1 348,4	1 103,4	245,0	3 081,2	2 977,9	1 310,2	1 051,2	303,2	616,6	530,7	76,3	33,7			
März	8 063,0	1 333,9	1 093,6	240,3	3 082,3	2 979,7	1 310,5	1 054,7	307,1	614,4	529,3	77,2	35,3			
April	8 080,3	1 348,6	1 089,7	258,9	3 083,6	2 984,0	1 322,3	1 049,5	305,9	612,3	528,7	77,0	35,4			
Mai	7 937,6	1 320,9	1 071,5	249,4	3 100,0	2 998,0	1 337,7	1 049,6	306,6	610,7	529,1	74,3	32,7			
Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1			
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9			
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0			
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9			
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0			
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8			
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8			
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9			
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1			
März	7 513,1	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2			
Veränderungen 4)																
2006	356,8	105,6	81,5	24,1	122,9	118,6	30,4	105,0	77,1	- 16,8	- 31,7	0,4	4,4			
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6			
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	0,1			
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1			
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2			
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5			
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4			
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3			
2012 Juli	85,2	- 16,3	- 17,9	1,7	- 7,0	- 1,6	4,0	- 5,4	- 0,4	- 0,2	0,7	- 0,5	- 0,2			
Aug.	- 16,8	- 5,4	- 4,4	- 1,0	8,5	11,9	14,3	- 1,8	- 0,5	- 0,5	0,9	- 2,1	0,3			
Sept.	- 115,5	- 18,4	- 9,1	- 9,3	7,2	5,1	21,0	- 14,7	- 11,8	- 1,2	0,3	1,3	3,4			
Okt.	- 75,9	- 15,5	- 17,2	1,7	- 0,4	3,0	24,0	- 20,5	- 11,3	- 0,6	0,2	- 1,1	- 1,5			
Nov.	- 29,4	- 1,3	- 0,7	- 0,6	15,5	12,8	27,5	- 13,9	- 8,7	- 0,7	0,6	0,4	1,0			
Dez.	- 204,3	- 37,3	- 19,4	- 17,9	- 22,8	- 20,8	2,1	- 27,7	- 26,6	4,8	6,3	0,6	- 1,8			
2013 Jan.	- 97,7	2,3	- 7,4	9,8	- 0,2	- 1,2	10,9	- 11,2	- 9,7	- 0,8	1,0	- 0,1	1,0			
Febr.	- 27,1	- 24,8	- 24,6	- 0,2	- 9,8	- 5,9	4,5	- 10,3	- 7,2	- 0,1	1,4	- 0,9	1,5			
März	- 44,2	- 15,5	- 10,3	- 5,3	- 0,0	0,8	- 0,4	3,4	3,8	- 2,2	- 1,4	0,8	1,5			
April	27,6	15,8	- 3,2	19,1	1,9	4,9	12,5	- 5,4	- 1,4	- 2,1	- 0,6	- 0,2	0,1			
Mai	- 142,7	- 27,7	- 18,1	- 9,6	16,0	14,0	15,5	0,1	0,7	- 1,6	0,4	- 3,1	- 2,2			
Juni	- 102,1	- 19,8	- 11,6	- 8,2	5,4	0,3	7,6	- 6,2	- 4,6	- 1,1	- 0,2	4,0	4,5			
Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1			
Aug.	- 87,5	12,9	18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0			
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0			
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	- 4,9			
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8			
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1			
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	- 0,0			
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	- 1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2			
März	- 50,0	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,5	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,2	0,2			

* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen 1)	Zeit
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)				
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten										
Stand am Jahres- bzw. Monatsende													
50,2	9,8	2,4	2,0	41,6	38,8	19,5	31,7	1 611,9	113,8	626,2	346,9	324,5	2005
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013
44,9	16,5	3,8	2,8	37,2	33,8	98,9	5,7	1 291,7	62,9	737,8	489,4	1 452,5	2012 Juni
44,6	16,1	3,8	2,9	32,3	30,0	106,6	5,7	1 296,0	65,5	748,5	497,0	1 533,4	Juli
42,1	14,3	3,9	2,9	31,0	27,7	108,1	5,3	1 285,6	62,8	769,0	492,5	1 494,5	Aug.
40,0	12,5	3,9	2,9	31,5	26,7	98,0	5,1	1 277,2	61,0	726,4	487,8	1 444,8	Sept.
40,4	12,6	3,9	2,9	29,3	26,6	107,8	5,4	1 264,6	60,7	719,3	488,1	1 389,0	Okt.
39,9	12,3	3,8	2,9	31,5	26,6	107,0	5,4	1 255,2	60,8	685,8	490,6	1 367,4	Nov.
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	Dez.
41,2	14,2	3,7	2,8	30,0	24,0	83,1	7,4	1 212,4	52,0	613,2	489,8	1 242,9	2013 Jan.
38,9	13,1	3,7	2,8	27,1	23,6	99,7	6,8	1 215,9	51,7	612,0	499,8	1 230,6	Febr.
38,3	13,0	3,6	2,8	25,4	23,4	97,0	6,8	1 201,5	49,5	600,1	502,9	1 238,6	März
38,0	13,1	3,6	2,8	22,6	21,8	98,9	7,4	1 192,5	50,2	602,5	502,7	1 244,1	April
38,0	12,5	3,6	2,8	27,7	22,5	98,0	7,3	1 177,8	48,5	585,4	506,6	1 141,6	Mai
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	Juni
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,3	35,0	502,1	511,6	921,0	März
Veränderungen 4)													
- 3,9	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 3,9	- 3,1	- 3,3	- 0,3	- 34,8	- 22,1	- 32,4	- 27,5	- 36,6	2006
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	- 8,1	- 3,4	- 20,9	- 49,3	- 48,7	- 42,3	- 68,3	2007
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008
- 5,7	- 7,7	0,1	- 0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	- 16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	- 1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013
- 0,3	- 0,4	0,1	0,0	- 4,9	- 3,8	7,6	0,1	- 2,7	- 2,4	6,3	6,3	90,8	2012 Juli
- 2,4	- 1,8	0,0	0,0	- 1,3	- 2,3	1,7	- 0,4	- 4,1	- 2,5	25,2	- 3,3	- 39,0	Aug.
- 2,1	- 1,8	0,0	0,0	0,8	- 0,8	- 10,1	- 0,2	- 3,2	- 1,7	- 38,1	- 3,2	- 49,4	Sept.
- 0,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	- 0,0	9,9	0,4	- 10,5	- 0,2	- 5,8	0,7	- 54,6	Okt.
- 0,5	0,4	- 0,0	0,0	2,2	0,0	- 0,8	- 0,0	- 8,4	0,2	- 33,4	2,7	- 3,6	Nov.
2,5	2,5	- 0,1	- 0,1	- 2,6	- 0,7	- 26,5	1,9	- 17,6	- 3,7	- 71,5	- 2,5	- 28,1	Dez.
- 1,0	- 0,5	- 0,1	- 0,0	1,1	- 2,0	2,7	0,1	- 12,0	- 4,6	7,3	5,0	- 102,9	2013 Jan.
- 2,4	- 1,1	- 0,0	- 0,0	- 2,9	- 0,4	16,6	- 0,5	- 2,2	- 0,5	- 5,5	8,4	- 9,4	Febr.
- 0,6	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 1,7	- 0,2	- 2,7	- 0,1	- 19,8	- 2,3	- 16,3	1,8	8,4	März
- 0,3	0,1	- 0,0	0,0	- 2,8	- 1,6	1,9	- 0,7	- 4,3	0,8	6,0	0,9	4,7	April
- 0,9	- 0,6	- 0,0	0,0	5,1	0,7	- 0,9	- 0,1	- 14,7	- 1,7	- 17,6	4,0	- 101,7	Mai
- 0,5	- 1,0	- 0,0	- 0,0	1,1	- 0,6	15,4	- 1,6	- 10,8	- 3,0	- 10,1	10,8	- 91,2	Juni
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	Juli
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.
1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	1,2	0,1	- 12,2	- 3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	- 5,1	1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.
2,0	2,3	- 0,0	0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,2	- 2,4	- 9,2	- 3,0	- 9,7	März

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. * in Tabelle II,1).

IV. Banken

2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen *)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel	Wertpapiere von Nichtbanken		
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
Alle Bankengruppen													
2013 Okt.	1 849	7 747,9	76,8	2 658,2	2 029,0	622,1	3 847,3	380,0	2 731,3	0,5	723,2	137,2	1 028,4
Nov.	1 845	7 782,0	77,9	2 687,1	2 054,4	624,6	3 857,7	377,1	2 739,3	0,6	729,0	135,2	1 024,1
Dez.	1 846	7 604,2	104,4	2 565,4	1 935,5	620,9	3 832,6	367,4	2 730,0	0,7	725,1	131,3	970,5
2014 Jan.	1 840	7 685,5	89,1	2 618,0	1 990,0	619,3	3 855,9	381,7	2 732,2	0,6	732,3	133,6	989,0
Febr.	1 841	7 616,7	80,1	2 622,0	1 998,7	614,4	3 845,6	383,2	2 730,0	0,5	722,0	131,6	937,5
März	1 840	7 565,5	77,5	2 582,0	1 961,1	611,8	3 852,0	378,7	2 727,6	0,5	733,9	132,0	921,9
Kreditbanken 6)													
2014 Febr.	276	2 796,8	34,2	979,1	886,5	89,5	1 052,2	192,7	657,9	0,2	195,7	67,2	664,1
März	275	2 768,6	33,6	951,4	852,8	95,6	1 062,8	187,9	659,9	0,2	207,6	67,9	653,0
Großbanken 7)													
2014 Febr.	4	1 736,8	9,1	579,1	529,4	47,1	458,1	109,2	246,6	0,2	97,3	60,4	630,1
März	4	1 711,4	7,7	562,6	507,0	53,0	461,7	101,9	246,4	0,1	107,1	60,6	618,8
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken													
2014 Febr.	164	824,0	18,5	232,1	191,0	40,7	538,9	64,3	379,5	0,1	94,8	6,2	28,3
März	164	824,0	15,5	229,5	188,2	40,9	544,5	67,6	380,6	0,1	95,9	6,6	27,9
Zweigstellen ausländischer Banken													
2014 Febr.	108	236,1	6,6	167,9	166,2	1,7	55,2	19,1	31,8	0,0	3,7	0,7	5,7
März	107	233,3	10,3	159,3	157,6	1,7	56,6	18,4	32,9	0,0	4,6	0,7	6,3
Landesbanken													
2014 Febr.	9	1 099,2	5,7	384,4	275,4	107,5	562,6	70,5	374,8	0,1	114,2	14,4	132,1
März	9	1 091,2	6,1	380,4	271,8	107,0	560,3	69,0	373,9	0,1	114,2	14,2	130,2
Sparkassen													
2014 Febr.	417	1 103,2	14,8	220,4	83,3	136,4	835,3	55,9	652,7	0,1	126,5	15,0	17,7
März	417	1 099,6	13,5	217,0	81,1	135,3	836,7	57,2	651,8	0,1	127,5	15,0	17,6
Genossenschaftliche Zentralbanken													
2014 Febr.	2	278,3	0,3	161,5	129,1	32,4	66,3	13,8	21,4	0,0	30,9	14,4	35,9
März	2	275,1	0,1	160,6	128,0	32,5	64,8	13,4	21,1	0,0	30,1	14,4	35,3
Kreditgenossenschaften													
2014 Febr.	1 078	761,3	10,4	176,1	58,2	117,7	543,3	32,2	431,2	0,1	79,6	12,1	19,5
März	1 078	760,9	9,9	173,1	55,5	117,5	546,3	33,4	431,8	0,1	80,9	12,1	19,4
Realkreditinstitute													
2014 Febr.	17	436,3	0,7	115,0	68,6	43,4	304,6	5,3	227,5	-	71,8	0,6	15,4
März	17	430,9	0,5	113,4	73,3	37,0	301,2	6,1	225,2	-	70,0	0,6	15,2
Bausparkassen													
2014 Febr.	22	206,0	0,2	60,9	44,0	16,9	138,6	1,5	119,1	.	18,0	0,4	5,8
März	22	207,3	0,7	61,4	44,5	16,9	139,1	1,6	119,5	.	18,1	0,4	5,7
Banken mit Sonderaufgaben													
2014 Febr.	20	935,5	13,8	524,5	453,5	70,5	342,6	11,2	245,4	-	85,2	7,5	47,0
März	20	931,8	13,2	524,7	454,2	70,0	340,8	10,1	244,4	-	85,4	7,5	45,5
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)													
2014 Febr.	145	853,2	19,9	348,5	306,5	39,5	396,1	63,2	237,5	0,1	92,5	5,3	83,3
März	144	852,5	20,6	342,8	300,4	39,9	400,8	63,5	238,8	0,1	95,4	5,3	83,1
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)													
2014 Febr.	37	617,1	13,3	180,6	140,3	37,7	340,9	44,1	205,7	0,1	88,8	4,5	77,7
März	37	619,2	10,2	183,5	142,8	38,2	344,2	45,0	205,9	0,1	90,8	4,5	76,7

* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
Alle Bankengruppen															
1 736,3	408,9	1 327,4	3 273,9	1 517,1	301,9	745,6	71,7	616,3	536,2	93,1	1 213,7	437,0	1 086,9	2013 Okt.	
1 753,1	437,0	1 316,1	3 302,1	1 540,0	307,2	746,2	73,6	616,2	536,1	92,5	1 206,7	437,2	1 082,9	Nov.	
1 656,0	348,1	1 307,9	3 306,5	1 528,0	323,6	742,7	77,8	620,0	540,3	92,2	1 179,7	437,5	1 024,4	Dez.	
1 712,9	418,1	1 294,8	3 304,6	1 543,1	310,0	741,6	79,6	618,9	539,6	90,9	1 186,5	437,5	1 044,1	2014 Jan.	
1 702,9	409,7	1 293,2	3 312,8	1 551,3	314,2	738,0	81,9	619,6	540,0	89,8	1 173,4	438,5	989,2	Febr.	
1 686,2	406,7	1 279,5	3 299,9	1 546,2	312,3	735,6	75,3	618,3	538,8	87,5	1 161,7	439,1	978,6	März	
Kreditbanken 6)															
668,7	259,7	409,0	1 208,0	697,5	166,8	202,7	62,4	113,6	100,8	27,5	142,1	142,3	635,7	2014 Febr.	
659,3	254,5	404,8	1 196,3	690,1	164,4	202,8	55,3	113,0	100,3	26,0	143,0	141,8	628,2	März	
Großbanken 7)															
434,5	194,4	240,1	536,6	291,4	83,0	80,4	62,4	71,5	69,4	10,3	103,2	80,7	581,8	2014 Febr.	
428,8	190,2	238,6	522,9	285,3	78,5	79,3	55,3	71,2	69,1	8,7	103,8	80,8	575,1	März	
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken															
133,0	39,0	93,9	551,5	331,5	63,7	98,3	0,0	41,9	31,3	16,1	38,3	53,4	47,8	2014 Febr.	
133,7	38,4	95,4	552,3	330,1	65,1	99,3	0,0	41,6	31,2	16,1	38,6	52,8	46,7	März	
Zweigstellen ausländischer Banken															
101,3	26,3	75,0	119,9	74,5	20,1	24,0	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,3	6,1	2014 Febr.	
96,7	25,9	70,8	121,2	74,7	20,9	24,2	-	0,2	0,1	1,2	0,6	8,3	6,5	März	
Landesbanken															
326,0	55,9	270,1	309,2	109,8	56,8	127,8	15,2	14,6	10,7	0,1	264,1	61,6	138,3	2014 Febr.	
319,9	53,9	266,0	314,5	114,3	58,4	127,1	16,8	14,6	10,7	0,1	261,0	61,8	134,0	März	
Sparkassen															
152,4	15,9	136,4	806,6	414,9	29,1	15,5	-	301,0	258,9	46,0	15,7	84,2	44,3	2014 Febr.	
151,3	17,3	134,0	803,3	413,1	28,7	15,4	-	300,7	258,6	45,5	15,2	84,3	45,4	März	
Genossenschaftliche Zentralbanken															
137,1	31,8	105,3	35,2	11,7	10,0	11,3	3,0	-	-	2,2	57,5	13,8	34,7	2014 Febr.	
135,3	31,9	103,3	34,3	11,6	9,2	11,3	2,1	-	-	2,2	57,2	13,8	34,5	März	
Kreditgenossenschaften															
100,1	6,2	93,8	561,5	300,2	36,5	22,2	-	189,8	169,2	12,8	11,0	54,7	34,0	2014 Febr.	
100,3	7,2	93,1	559,7	299,6	36,1	22,0	-	189,4	168,7	12,6	11,0	54,9	35,0	März	
Realkreditinstitute															
111,8	6,4	105,4	155,4	8,2	8,2	138,6	-	0,2	0,2	.	133,7	16,8	18,7	2014 Febr.	
108,9	6,7	102,2	154,1	7,9	8,3	137,6	-	0,2	0,2	.	131,6	16,9	19,5	März	
Bausparkassen															
22,5	1,9	20,6	155,9	0,5	0,6	153,6	-	0,3	0,3	0,9	4,0	9,1	14,5	2014 Febr.	
23,1	2,3	20,8	156,3	0,5	0,6	154,0	-	0,3	0,3	1,0	4,0	9,1	14,7	März	
Banken mit Sonderaufgaben															
184,3	31,8	152,5	81,0	8,5	6,2	66,3	1,3	-	-	.	545,4	55,9	69,0	2014 Febr.	
188,2	33,0	155,2	81,2	9,1	6,5	65,5	1,1	-	-	.	538,7	56,4	67,3	März	
Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)															
222,0	68,1	153,8	464,7	294,5	62,5	74,1	9,2	21,5	21,2	12,1	28,2	46,9	91,4	2014 Febr.	
216,4	69,5	146,9	470,4	297,3	63,7	75,7	12,3	21,5	21,2	12,1	28,0	47,0	90,7	März	
darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)															
120,7	41,9	78,8	344,8	220,0	42,4	50,1	9,2	21,4	21,1	10,9	27,7	38,6	85,2	2014 Febr.	
119,7	43,6	76,1	349,2	222,6	42,9	51,5	12,3	21,4	21,1	11,0	27,5	38,7	84,2	März	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland *)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)					Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
2004	14,9	41,2	1 676,3	1 075,8	0,0	7,4	592,9	2,1	3 001,3	2 644,0	2,7	2,6	351,0
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2012 Okt.	15,0	178,6	1 713,5	1 277,5	-	3,6	432,3	2,1	3 271,1	2 837,5	0,5	6,5	426,7
Nov.	14,7	185,4	1 695,0	1 262,7	-	2,8	429,5	2,1	3 265,5	2 825,2	0,5	5,8	433,9
Dez.	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013 Jan.	14,4	131,5	1 629,0	1 206,0	-	2,0	421,0	2,4	3 243,1	2 806,0	0,5	2,1	434,4
Febr.	14,4	103,5	1 628,4	1 207,8	-	2,2	418,5	2,3	3 237,4	2 804,4	0,5	2,0	430,6
März	16,0	112,8	1 591,0	1 176,5	-	2,0	412,5	2,3	3 234,0	2 795,7	0,5	1,9	435,9
April	14,9	103,3	1 588,2	1 176,9	-	2,1	409,1	2,3	3 260,9	2 801,4	0,4	2,9	456,2
Mai	15,1	89,3	1 578,5	1 168,8	-	2,1	407,6	2,3	3 232,1	2 795,8	0,4	2,9	433,0
Juni	14,9	91,7	1 560,6	1 151,6	-	1,9	407,2	2,4	3 238,0	2 806,0	0,4	1,3	430,3
Juli	14,5	89,9	1 536,2	1 132,8	0,0	2,0	401,4	2,3	3 230,8	2 796,7	0,4	2,0	431,7
Aug.	15,1	91,5	1 637,1	1 235,3	-	1,9	399,9	2,3	3 127,2	2 691,9	0,4	1,9	433,1
Sept.	14,7	97,8	1 620,4	1 219,6	-	1,7	399,0	2,2	3 127,5	2 691,9	0,4	2,1	433,1
Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,5	442,1
Veränderungen *)													
2005	+ 0,2	+ 6,7	+ 8,4	+ 21,0	- 0,0	- 0,8	- 11,9	- 0,0	- 6,7	- 11,8	- 0,3	- 0,2	+ 6,6
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2012 Okt.	+ 0,1	+ 3,6	- 35,7	- 30,3	-	- 0,5	- 4,9	+ 0,0	+ 17,4	+ 19,6	+ 0,0	+ 0,9	- 3,0
Nov.	- 0,3	+ 6,8	- 18,4	- 14,8	-	- 0,8	- 2,8	+ 0,0	- 5,5	- 12,0	- 0,0	- 0,7	+ 7,3
Dez.	+ 3,8	- 51,2	- 40,0	- 33,7	-	- 0,4	- 6,0	+ 0,1	- 45,1	- 39,8	+ 0,2	- 3,7	- 1,8
2013 Jan.	- 4,0	- 2,8	- 26,1	- 23,1	-	- 0,4	- 2,6	- 0,0	+ 22,7	+ 20,5	- 0,1	- 0,0	+ 2,4
Febr.	- 0,0	- 27,9	+ 2,5	+ 4,8	-	+ 0,1	- 2,5	- 0,0	- 5,7	- 1,6	- 0,1	- 0,2	- 3,9
März	+ 1,6	+ 9,3	- 37,4	- 31,3	-	- 0,2	- 5,9	- 0,0	- 3,4	- 8,7	- 0,0	- 0,0	+ 5,4
April	- 1,1	- 9,5	- 2,8	+ 0,5	-	+ 0,2	- 3,4	- 0,0	+ 26,9	+ 5,7	- 0,0	+ 1,0	+ 20,3
Mai	+ 0,3	- 14,0	- 9,8	- 8,2	-	- 0,0	- 1,5	- 0,0	- 28,8	- 5,6	- 0,0	+ 0,0	- 23,2
Juni	- 0,2	+ 2,5	- 17,9	- 17,2	-	- 0,2	- 0,5	+ 0,0	+ 5,9	+ 10,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,1
Juli	- 0,4	- 1,8	- 24,5	- 18,8	+ 0,0	+ 0,1	- 5,8	- 0,1	- 7,2	- 9,3	- 0,0	+ 0,7	+ 1,4
Aug.	+ 0,6	+ 1,4	+ 3,4	+ 5,0	- 0,0	- 0,1	- 1,4	+ 0,0	- 10,7	- 12,0	- 0,0	- 0,2	+ 1,4
Sept.	- 0,4	+ 6,3	- 16,7	- 15,6	-	- 0,2	- 0,9	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1	- 0,0	+ 0,2	+ 0,0
Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,1	+ 4,7

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs-forderungen ²⁾	Nachrichtlich: Treuhand-kredite	Beteiligun-gen an in-ländischen Banken und Unter-nehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) ³⁾					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Zeit	
			insgesamt	Sicht-ein-lagen ⁴⁾	Termin-ein-lagen ⁴⁾	weiter-gegebene Wechsel ⁵⁾	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	insgesamt	Sicht-ein-lagen	Termin-ein-lagen ⁶⁾	Spar-ein-lagen ⁷⁾	Spar-briefe ⁸⁾	Nach-richtlich: Treuhand-kredite		
1,0	61,8	99,6	1 271,2	119,7	1 151,4	0,1	30,3	2 200,0	646,9	851,2	603,5	98,4	43,7	2004	
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005	
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006	
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007	
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008	
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009	
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010	
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013	
-	34,7	90,3	1 160,8	124,6	1 035,9	0,0	36,3	3 124,7	1 292,7	1 121,9	613,6	96,6	34,9	2012 Okt.	
-	35,0	90,2	1 160,0	136,1	1 023,7	0,0	36,4	3 137,0	1 317,7	1 111,8	612,8	94,6	35,2	Nov.	
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	Dez.	
-	34,5	90,8	1 126,1	125,9	1 000,2	0,0	35,4	3 087,3	1 326,2	1 053,6	616,8	90,7	35,0	2013 Jan.	
-	34,5	90,5	1 102,3	129,5	972,8	0,0	35,6	3 097,1	1 336,2	1 055,8	616,6	88,5	34,9	Febr.	
-	34,2	89,3	1 092,4	130,8	961,5	0,0	35,8	3 096,3	1 330,3	1 064,7	614,5	86,8	34,8	März	
-	33,7	89,3	1 088,3	130,5	957,8	0,0	35,4	3 100,3	1 344,5	1 058,4	612,3	85,1	34,6	April	
-	33,5	91,8	1 070,5	126,2	944,2	0,0	35,3	3 115,4	1 363,4	1 058,3	610,7	83,0	34,5	Mai	
-	33,2	91,0	1 059,4	124,9	934,5	0,0	34,8	3 129,7	1 369,8	1 069,2	609,7	81,0	34,4	Juni	
-	32,8	91,0	1 049,2	121,8	927,4	0,0	34,1	3 105,2	1 374,8	1 042,7	608,1	79,6	34,4	Juli	
-	32,6	91,0	1 148,5	140,4	1 008,2	0,0	34,0	3 023,6	1 372,9	964,4	607,5	78,8	34,4	Aug.	
-	31,9	91,1	1 147,2	146,3	1 000,9	0,0	33,9	3 020,6	1 379,4	956,9	606,4	78,0	33,5	Sept.	
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	Okt.	
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.	
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.	
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.	
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.	
-	27,8	92,3	1 132,0	149,5	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März	
Veränderungen ^{*)}															
-	1,0	- 4,9	+ 8,9	+ 28,9	+ 0,8	+ 28,0	+ 0,0	- 3,5	+ 76,6	+ 70,7	+ 12,4	- 1,2	- 5,4	- 1,2	2005
-	-	- 3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	-	- 2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	-	- 5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	-	- 4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	-	- 2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	-	- 1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	-	- 1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	-	- 3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	-	- 0,3	- 0,4	- 17,2	- 7,6	- 9,6	- 0,0	+ 0,2	+ 12,5	+ 29,8	- 15,4	- 0,6	- 1,3	- 0,2	2012 Okt.
-	-	+ 0,3	- 0,1	- 0,8	+ 11,4	- 12,2	-	+ 0,1	+ 12,2	+ 25,0	- 10,0	- 0,7	- 2,0	+ 0,3	Nov.
-	-	+ 0,0	- 0,2	- 19,9	+ 1,4	- 21,1	-	- 0,1	- 46,5	- 11,2	- 39,1	+ 4,8	- 1,0	- 0,3	Dez.
-	-	- 0,3	+ 0,9	- 9,0	- 6,8	- 2,2	-	- 0,8	- 2,9	+ 19,7	- 18,8	- 0,8	- 2,9	- 0,0	2013 Jan.
-	-	- 0,0	- 0,4	- 23,9	+ 3,5	- 27,4	-	+ 0,2	+ 9,8	+ 10,0	+ 2,2	- 0,1	- 2,2	- 0,0	Febr.
-	-	- 0,3	- 1,2	- 9,6	+ 1,6	- 11,3	- 0,0	+ 0,2	- 1,2	- 6,2	+ 8,9	- 2,2	- 1,8	- 0,1	März
-	-	- 0,5	+ 0,1	- 4,1	- 0,8	- 3,3	+ 0,0	- 0,4	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	April
-	-	- 0,2	+ 2,5	- 17,8	- 5,1	- 12,7	+ 0,0	- 0,1	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	- 2,2	- 0,1	Mai
-	-	- 0,3	- 0,8	- 11,4	- 1,4	- 10,0	- 0,0	- 0,5	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	Juni
-	-	- 0,5	- 0,1	- 10,2	- 3,0	- 7,1	+ 0,0	- 0,7	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 1,5	- 1,5	- 0,0	Juli
-	-	- 0,2	+ 0,1	+ 15,0	+ 2,8	+ 12,2	-	- 0,1	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 0,7	- 0,7	+ 0,0	Aug.
-	-	- 0,7	+ 0,1	- 1,3	+ 5,9	- 7,3	+ 0,0	- 0,5	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 1,1	- 0,9	- 0,5	Sept.
-	-	- 0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	Okt.
-	-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	-	- 0,2	+ 0,7	- 16,8	- 4,0	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März

rangiger Verbindlichkeiten. **4** Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. **5** Eigene Akzpte und Solawechsel im Umlauf. **6** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **7** Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. **8** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland *)

Mrd €

Zeit	Kredite an ausländische Banken (MFIs)								Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken	
		insgesamt	zusammen	kurzfristig					mittel- und langfristig	zusammen	kurzfristig			mittel- und langfristig
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2004	0,2	889,4	760,2	606,5	153,7	2,8	126,3	1,5	629,5	362,5	136,6	225,9	10,9	256,1
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2012 Okt.	0,9	1 087,8	857,6	579,4	278,2	6,4	223,8	2,6	742,9	459,1	116,8	342,4	9,2	274,6
Nov.	0,9	1 067,9	837,2	561,9	275,3	5,9	224,8	2,6	753,2	470,4	127,9	342,5	7,5	275,4
Dez.	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013 Jan.	0,6	1 033,1	798,8	535,3	263,5	6,3	228,0	2,5	731,5	441,4	110,5	330,9	10,0	280,0
Febr.	0,6	1 056,0	822,8	562,2	260,6	5,7	227,5	2,5	729,7	443,5	110,6	332,9	9,4	276,9
März	1,0	1 045,3	810,6	548,3	262,3	5,6	229,1	2,5	739,3	450,6	116,6	334,0	8,6	280,1
April	0,8	1 046,9	813,3	557,4	256,0	5,2	228,3	2,5	737,3	449,1	118,9	330,2	9,0	279,2
Mai	0,8	1 046,0	811,0	552,8	258,2	5,1	229,9	2,5	741,3	444,6	118,0	326,6	10,6	286,1
Juni	0,8	1 051,5	816,5	563,5	253,0	5,6	229,4	2,5	728,8	433,3	109,8	323,6	9,7	285,8
Juli	0,7	1 024,5	791,2	542,0	249,2	5,4	228,0	2,5	730,8	429,4	108,9	320,6	10,1	291,3
Aug.	1,3	1 032,2	796,0	548,1	247,9	5,2	230,9	2,5	723,6	425,0	108,6	316,4	12,7	285,9
Sept.	0,6	1 021,7	786,8	542,1	244,7	5,8	229,0	2,5	712,2	415,1	102,2	312,8	9,4	287,8
Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
Veränderungen *)														
2005	+ 0,0	+ 127,3	+ 78,9	+ 26,3	+ 52,6	+ 2,9	+ 45,4	- 0,0	+ 59,4	+ 7,3	- 9,4	+ 16,7	- 1,8	+ 54,0
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	+ 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2012 Okt.	- 0,2	- 6,5	- 5,3	- 3,5	- 1,9	- 0,0	- 1,2	- 0,0	+ 0,8	- 2,0	+ 0,5	- 2,5	+ 0,6	+ 2,2
Nov.	- 0,0	- 19,5	- 20,1	- 17,4	- 2,7	- 0,4	+ 1,0	+ 0,0	+ 10,7	+ 11,4	+ 11,1	+ 0,3	- 1,8	+ 1,0
Dez.	- 0,1	- 18,0	- 19,8	- 14,3	- 5,5	- 0,5	+ 2,3	- 0,0	- 21,0	- 25,6	- 22,2	- 3,4	+ 1,6	+ 3,0
2013 Jan.	- 0,2	- 4,6	- 6,7	- 5,8	- 0,9	+ 0,8	+ 1,2	- 0,0	+ 9,1	+ 4,5	+ 6,5	- 2,0	+ 1,0	+ 3,6
Febr.	+ 0,1	+ 16,5	+ 17,8	+ 23,4	- 5,6	- 0,6	- 0,7	+ 0,0	- 6,8	- 2,1	- 0,6	- 1,5	- 0,7	- 4,0
März	+ 0,3	- 15,9	- 16,6	- 16,6	- 0,0	- 0,1	+ 0,7	+ 0,0	+ 4,3	+ 2,7	+ 4,7	- 2,1	- 0,7	+ 2,3
April	- 0,2	+ 6,1	+ 7,2	+ 11,5	- 4,4	- 0,4	- 0,7	- 0,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 2,9	- 1,4	+ 0,4	- 0,1
Mai	+ 0,0	- 0,9	- 2,4	- 4,6	+ 2,2	- 0,1	+ 1,7	+ 0,0	+ 3,8	- 4,8	- 1,0	- 3,7	+ 1,6	+ 6,9
Juni	+ 0,0	+ 6,7	+ 6,8	+ 11,4	- 4,6	+ 0,5	- 0,5	- 0,0	- 11,4	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 0,9	- 0,1
Juli	- 0,2	- 23,3	- 21,8	- 19,5	- 2,2	- 0,1	- 1,4	- 0,0	+ 4,9	- 1,6	- 0,4	- 1,3	+ 0,4	+ 6,1
Aug.	+ 0,6	- 5,5	- 8,2	- 6,1	- 2,1	- 0,2	+ 2,8	+ 0,0	- 8,0	- 5,0	- 0,6	- 4,4	+ 2,6	- 5,6
Sept.	- 0,6	- 7,2	- 6,0	- 4,2	- 1,8	+ 0,6	- 1,8	+ 0,0	- 9,0	- 8,1	- 6,2	- 2,0	- 3,3	+ 2,4
Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	- 0,0	- 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)							Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)							Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite			
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)																
9,8	39,3	603,3	87,0	516,2	403,2	113,0	0,5	311,2	36,6	274,7	123,4	151,2	0,8	2004		
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005		
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006		
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007		
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008		
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009		
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010		
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013		
33,1	49,0	812,6	371,9	440,7	320,6	120,2	0,1	244,0	118,7	125,2	63,2	62,0	1,4	2012 Okt.		
33,1	49,0	780,0	353,5	426,5	307,5	119,0	0,1	244,5	120,2	124,3	62,7	61,6	1,3	Nov.		
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	Dez.		
32,1	49,6	702,8	318,1	384,7	268,8	115,9	0,1	241,9	116,4	125,5	65,5	60,0	1,2	2013 Jan.		
32,3	46,7	695,3	306,3	389,0	280,1	109,0	0,1	246,6	122,9	123,8	64,4	59,3	1,2	Febr.		
32,6	45,8	681,2	278,8	402,4	296,2	106,2	0,1	243,6	116,1	127,5	65,2	62,3	1,1	März		
32,5	46,3	689,5	302,2	387,2	283,1	104,1	0,1	255,6	122,4	133,3	71,9	61,4	1,1	April		
32,5	46,4	657,2	293,5	363,7	259,4	104,4	0,1	261,4	132,2	129,2	67,9	61,2	1,1	Mai		
32,1	46,4	649,3	269,6	379,7	275,1	104,6	0,1	255,5	126,6	128,9	67,9	61,0	1,1	Juni		
32,0	46,3	641,4	277,6	363,8	260,3	103,5	0,1	250,6	126,4	124,2	63,7	60,5	1,1	Juli		
32,0	46,3	627,6	254,2	373,3	269,3	104,0	0,1	253,6	129,3	124,3	65,0	59,3	1,1	Aug.		
31,7	46,1	601,4	273,2	328,2	225,5	102,7	0,1	246,8	123,1	123,7	63,6	60,0	1,1	Sept.		
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	Okt.		
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.		
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.		
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.		
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.		
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März		
Veränderungen *)																
+ 0,8	- 3,5	+ 28,6	+ 12,6	+ 16,0	+ 4,9	+ 11,1	+ 0,1	- 4,9	+ 23,9	- 28,8	- 7,7	- 21,1	+ 0,4	2005		
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006		
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007		
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008		
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009		
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010		
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011		
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012		
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013		
+ 0,4	+ 0,1	- 2,5	+ 3,0	- 5,5	- 2,1	- 3,3	- 0,0	- 5,0	- 3,9	- 1,1	- 1,5	+ 0,4	+ 0,1	2012 Okt.		
+ 0,1	- 0,0	- 32,1	- 18,3	- 13,8	- 13,0	- 0,8	- 0,0	+ 0,6	+ 1,4	- 0,8	- 0,5	- 0,3	- 0,1	Nov.		
- 0,5	- 2,5	- 86,4	- 63,2	- 23,2	- 21,8	- 1,4	- 0,0	- 6,1	- 12,5	+ 6,4	+ 6,6	- 0,2	- 0,1	Dez.		
- 0,5	+ 3,2	+ 16,2	+ 30,1	- 13,9	- 14,1	+ 0,1	-	+ 5,9	+ 9,8	- 3,9	- 3,2	- 0,7	- 0,0	2013 Jan.		
+ 0,1	- 2,9	- 11,5	- 13,4	+ 2,0	+ 9,9	- 7,9	-	+ 3,4	+ 5,9	- 2,5	- 1,5	- 1,0	- 0,0	Febr.		
+ 0,4	- 1,0	- 14,6	- 29,0	+ 14,4	+ 14,5	- 0,1	- 0,0	- 7,8	- 7,4	- 0,4	+ 0,4	- 0,8	- 0,0	März		
- 0,1	+ 0,6	+ 11,4	+ 24,6	- 13,1	- 11,6	- 1,5	-	+ 13,2	+ 6,8	+ 6,4	+ 7,0	- 0,6	- 0,0	April		
- 0,0	+ 0,1	- 32,5	- 9,1	- 23,5	- 23,7	+ 0,2	-	+ 5,2	+ 10,3	- 5,1	- 4,0	- 1,1	- 0,0	Mai		
- 0,4	- 0,0	- 7,0	- 23,5	+ 16,5	+ 16,1	+ 0,3	- 0,0	- 5,5	- 5,4	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	Juni		
- 0,1	- 0,1	- 5,7	+ 8,9	- 14,6	- 13,9	- 0,6	-	- 4,0	+ 0,3	- 4,2	- 4,0	- 0,3	+ 0,0	Juli		
- 0,0	+ 0,0	- 24,9	- 34,0	+ 9,1	+ 8,8	+ 0,3	-	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 1,2	- 1,3	- 0,0	Aug.		
- 0,3	- 0,2	- 23,9	+ 19,5	- 43,5	- 42,4	- 1,1	- 0,0	- 7,3	- 5,9	- 1,4	- 1,1	- 0,3	- 0,0	Sept.		
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	Okt.		
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.		
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.		
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.		
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.		
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März		

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausgleichsforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)											
2004	3 001,3	2 646,7	320,9	283,8	283,0	0,8	37,1	35,3	1,8	2 680,4	2 114,2
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2012 Okt.	3 271,1	2 838,0	430,6	351,1	350,6	0,5	79,6	73,6	6,0	2 840,5	2 309,7
Nov.	3 265,5	2 825,7	410,4	338,2	337,8	0,4	72,1	66,8	5,4	2 855,1	2 316,4
Dez.	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013 Jan.	3 243,1	2 806,5	399,6	338,2	337,4	0,8	61,4	60,1	1,4	2 843,4	2 314,1
Febr.	3 237,4	2 804,9	396,1	338,4	337,5	0,9	57,7	56,6	1,1	2 841,3	2 311,6
März	3 234,0	2 796,2	387,5	332,7	331,7	1,0	54,8	53,9	0,9	2 846,5	2 315,9
April	3 260,9	2 801,8	391,4	326,7	325,5	1,2	64,7	63,0	1,7	2 869,5	2 338,4
Mai	3 232,1	2 796,2	380,3	325,9	324,9	1,1	54,3	52,5	1,9	2 851,9	2 325,8
Juni	3 238,0	2 806,4	389,9	338,8	338,2	0,6	51,1	50,4	0,7	2 848,2	2 319,6
Juli	3 230,8	2 797,1	376,1	319,9	319,3	0,6	56,1	54,7	1,4	2 854,8	2 323,0
Aug.	3 127,2	2 692,3	269,9	220,6	220,1	0,6	49,3	48,0	1,3	2 857,3	2 324,5
Sept.	3 127,5	2 692,3	276,7	226,0	225,3	0,8	50,7	49,4	1,3	2 850,8	2 320,5
Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
März	3 136,4	2 692,9	271,8	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
Veränderungen *)											
2005	- 6,7	- 12,1	- 11,5	- 10,6	- 10,4	- 0,2	- 0,9	- 0,9	+ 0,0	+ 4,8	+ 26,8
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	- 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	+ 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2012 Okt.	+ 17,4	+ 19,6	+ 16,7	+ 10,2	+ 10,2	+ 0,0	+ 6,5	+ 5,7	+ 0,8	+ 0,7	- 1,9
Nov.	- 5,5	- 12,1	- 20,3	- 12,8	- 12,8	- 0,0	- 7,4	- 6,8	- 0,6	+ 14,8	+ 6,9
Dez.	- 45,1	- 39,6	- 34,3	- 21,4	- 21,4	+ 0,0	- 12,9	- 9,2	- 3,7	- 10,8	- 5,5
2013 Jan.	+ 22,7	+ 20,4	+ 24,4	+ 22,3	+ 22,0	+ 0,3	+ 2,2	+ 2,5	- 0,3	- 1,7	+ 2,3
Febr.	- 5,7	- 1,7	- 3,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 3,7	- 3,4	- 0,3	- 2,2	- 2,5
März	- 3,4	- 8,7	- 8,6	- 5,7	- 5,8	+ 0,1	- 2,9	- 2,8	- 0,1	+ 5,3	+ 4,4
April	+ 26,9	+ 5,7	+ 3,9	- 6,0	- 6,2	+ 0,2	+ 9,9	+ 9,1	+ 0,8	+ 23,0	+ 22,5
Mai	- 28,8	- 5,6	- 11,1	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 10,4	- 10,5	+ 0,1	- 17,6	- 12,6
Juni	+ 5,9	+ 10,2	+ 10,0	+ 13,2	+ 13,3	- 0,1	- 3,2	- 2,1	- 1,1	- 4,1	- 6,6
Juli	- 7,2	- 9,3	- 13,8	- 18,8	- 18,8	+ 0,0	+ 5,1	+ 4,3	+ 0,7	+ 6,6	+ 3,3
Aug.	- 10,7	- 12,0	- 16,4	- 9,6	- 9,5	- 0,1	- 6,8	- 6,7	- 0,1	+ 5,6	+ 4,7
Sept.	+ 0,3	+ 0,1	+ 6,9	+ 5,6	+ 5,4	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,4	- 0,0	- 6,6	- 4,1
Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 1,9	+ 2,4

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschlossen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite													Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte								
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite		
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig					
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													
1 940,8	194,3	1 746,5	173,5	55,3	566,1	387,7	32,9	354,8	177,5	1,0	6,5	2004	
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	-	4,5	2005	
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	-	4,8	2006	
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	-	4,7	2007	
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	-	4,5	2008	
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	-	4,3	2009	
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	-	3,1	2010	
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	-	3,6	2011	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	2012	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	2013	
2 120,9	249,8	1 871,1	188,7	31,2	530,8	292,9	39,9	253,0	237,9	-	3,5	2012 Okt.	
2 127,7	251,3	1 876,4	188,7	31,5	538,7	293,4	40,1	253,4	245,2	-	3,5	Nov.	
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	-	3,5	Dez.	
2 116,9	249,6	1 867,3	197,2	31,0	529,4	292,1	39,7	252,4	237,3	-	3,5	2013 Jan.	
2 120,1	249,3	1 870,8	191,5	31,0	529,7	290,6	39,3	251,4	239,1	-	3,4	Febr.	
2 119,3	249,6	1 869,7	196,6	30,8	530,6	291,3	40,5	250,8	239,3	-	3,4	März	
2 121,1	249,8	1 871,3	217,3	30,4	531,1	292,2	40,8	251,4	238,9	-	3,3	April	
2 126,7	252,0	1 874,7	199,1	30,3	526,1	292,2	40,3	251,8	233,9	-	3,2	Mai	
2 125,9	250,5	1 875,4	193,7	30,0	528,6	292,0	40,5	251,4	236,6	-	3,2	Juni	
2 130,5	252,0	1 878,5	192,4	29,6	531,8	292,6	41,2	251,4	239,2	-	3,1	Juli	
2 131,7	249,5	1 882,2	192,8	29,5	532,8	292,6	41,2	251,3	240,3	-	3,1	Aug.	
2 127,1	247,6	1 879,4	193,4	29,3	530,3	290,6	40,7	249,9	239,7	-	2,7	Sept.	
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	-	2,6	Okt.	
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	-	2,6	Nov.	
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	-	2,7	Dez.	
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	-	2,7	2014 Jan.	
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	-	2,3	Febr.	
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	-	2,3	März	
Veränderungen *)													
+ 12,5	+ 1,7	+ 10,8	+ 14,3	- 3,0	- 22,1	- 13,4	+ 0,9	- 14,2	- 7,7	- 1,0	- 2,0	2005	
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	- 3,9	- 28,8	- 16,4	- 1,4	- 15,0	- 12,4	-	+ 0,3	2006	
+ 9,6	+ 10,1	- 0,6	- 16,7	- 2,2	- 36,3	- 25,8	+ 0,1	- 26,0	- 10,5	-	- 0,1	2007	
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	- 5,3	- 34,5	- 23,2	- 2,3	- 20,8	- 11,4	-	- 0,1	2008	
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	- 3,9	+ 15,2	- 7,6	+ 2,5	- 10,2	+ 22,8	-	- 0,2	2009	
+ 18,6	- 4,0	+ 22,6	- 3,8	- 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	- 0,0	+ 31,7	-	- 0,3	2010	
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	- 13,2	- 1,0	+ 5,2	+ 2,1	+ 4,9	- 7,0	+ 7,3	-	- 0,2	2011	
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	- 10,7	- 1,1	+ 19,8	- 6,6	- 1,9	- 4,7	+ 26,4	-	- 0,2	2012	
+ 17,7	- 0,1	+ 17,8	- 0,1	- 2,5	+ 0,6	- 4,3	- 0,7	- 3,6	+ 4,9	-	- 0,8	2013	
+ 2,8	+ 0,8	+ 2,0	- 4,6	- 0,2	+ 2,6	+ 1,0	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,6	-	- 0,0	2012 Okt.	
+ 7,0	+ 1,5	+ 5,5	- 0,0	+ 0,3	+ 7,9	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 7,3	-	-	Nov.	
- 8,2	- 1,6	- 6,6	+ 2,7	+ 0,0	- 5,3	- 0,7	- 0,6	- 0,1	- 4,6	-	- 0,0	Dez.	
- 3,5	- 0,9	- 2,5	+ 5,7	- 0,3	- 4,0	- 0,6	+ 0,2	- 0,9	- 3,4	-	- 0,0	2013 Jan.	
+ 3,2	- 0,3	+ 3,5	- 5,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,5	- 0,4	- 1,0	+ 1,8	-	- 0,0	Febr.	
- 0,8	+ 0,3	- 1,0	+ 5,1	- 0,2	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,3	- 0,6	+ 0,3	-	- 0,0	März	
+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	+ 20,7	- 0,3	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	- 0,4	-	- 0,2	April	
+ 5,6	+ 2,2	+ 3,3	- 18,2	- 0,2	- 5,1	- 0,0	- 0,5	+ 0,4	- 5,0	-	- 0,0	Mai	
- 0,8	- 1,5	+ 0,7	- 5,8	- 0,2	+ 2,5	- 0,2	+ 0,2	- 0,4	+ 2,7	-	- 0,0	Juni	
+ 4,5	+ 1,2	+ 3,3	- 1,2	- 0,4	+ 3,3	+ 0,7	+ 0,7	- 0,0	+ 2,6	-	- 0,1	Juli	
+ 4,3	+ 0,6	+ 3,7	+ 0,4	- 0,1	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 1,0	-	- 0,0	Aug.	
- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 0,6	- 0,2	- 2,5	- 2,0	- 0,5	- 1,4	- 0,6	-	- 0,5	Sept.	
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	- 0,3	+ 2,5	- 0,9	- 1,4	+ 0,6	+ 3,4	-	- 0,0	Okt.	
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	- 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	- 0,2	+ 0,8	+ 1,4	-	+ 0,0	Nov.	
- 3,0	- 1,5	- 1,5	- 2,4	- 0,1	- 0,8	- 1,9	- 0,3	- 1,6	+ 1,1	-	+ 0,1	Dez.	
+ 0,8	+ 0,8	- 0,0	+ 6,9	- 0,3	- 2,1	- 0,8	- 0,4	- 0,5	- 1,3	-	- 0,0	2014 Jan.	
+ 1,3	- 0,1	+ 1,4	- 6,5	- 0,1	+ 0,2	- 1,0	- 0,4	- 0,6	+ 1,2	-	- 0,0	Febr.	
- 2,3	+ 0,6	- 2,9	+ 4,7	- 0,2	- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,2	- 0,0	-	- 0,0	März	

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

IV. Banken

6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche *)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
Kredite insgesamt														
2012	2 435,9	1 170,6	1 135,0	922,4	212,6	1 377,6	311,2	131,1	92,7	59,6	126,1	44,5	76,7	195,4
2013 März	2 451,1	1 173,5	1 136,8	926,0	210,8	1 394,1	311,9	133,2	94,6	60,3	126,9	44,7	76,2	208,8
2013 Juni	2 464,2	1 173,0	1 143,3	928,7	214,6	1 402,0	314,0	131,9	94,6	60,1	124,8	45,6	74,0	219,9
2013 Sept.	2 352,4	1 177,9	1 152,6	933,4	219,2	1 282,8	316,6	130,3	95,7	60,1	124,9	46,2	72,0	104,5
2013 Dez.	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Kurzfristige Kredite														
2012	316,4	-	7,9	-	7,9	277,7	3,8	34,8	6,9	12,0	43,0	3,3	6,8	112,8
2013 März	331,7	-	7,8	-	7,8	294,9	3,9	37,5	7,5	13,1	43,6	3,6	7,0	125,4
2013 Juni	338,2	-	8,0	-	8,0	301,4	3,9	37,4	6,7	12,9	41,8	4,1	6,3	135,1
2013 Sept.	225,3	-	8,1	-	8,1	187,8	4,0	35,9	6,5	13,0	42,2	4,0	6,2	23,9
2013 Dez.	217,1	-	8,3	-	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	-	8,6	-	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Mittelfristige Kredite														
2012	249,7	-	35,3	-	35,3	176,7	11,8	25,6	7,0	9,3	16,5	4,0	11,0	35,9
2013 März	249,6	-	34,9	-	34,9	176,5	11,6	25,8	6,8	9,2	16,6	3,9	11,3	37,0
2013 Juni	250,5	-	35,7	-	35,7	176,6	12,3	24,7	6,7	9,4	16,9	3,9	11,2	37,7
2013 Sept.	247,6	-	35,7	-	35,7	173,1	12,3	24,8	6,6	9,4	16,5	4,0	11,3	34,5
2013 Dez.	248,0	-	35,6	-	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	-	35,0	-	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Langfristige Kredite														
2012	1 869,8	1 170,6	1 091,8	922,4	169,4	923,2	295,6	70,7	78,8	38,3	66,6	37,2	58,9	46,7
2013 März	1 869,7	1 173,5	1 094,0	926,0	168,0	922,7	296,5	69,8	80,4	38,1	66,7	37,2	58,0	46,4
2013 Juni	1 875,4	1 173,0	1 099,7	928,7	170,9	924,0	297,8	69,9	81,2	37,8	66,1	37,6	56,5	47,1
2013 Sept.	1 879,4	1 177,9	1 108,8	933,4	175,4	922,0	300,3	69,6	82,6	37,7	66,2	38,2	54,5	46,1
2013 Dez.	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Kredite insgesamt														
Veränderungen im Vierteljahr *)														
2013 1.Vj.	+ 15,1	- 0,2	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 16,4	+ 0,9	+ 2,1	+ 1,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,2	- 0,4	+ 13,4
2013 2.Vj.	+ 13,1	- 0,5	+ 5,9	+ 2,2	+ 3,8	+ 7,8	+ 1,8	- 1,2	+ 0,0	- 0,2	- 2,1	+ 0,9	- 2,2	+ 10,9
2013 3.Vj.	- 18,8	+ 2,4	+ 9,1	+ 4,7	+ 4,4	- 26,5	+ 2,4	- 1,5	+ 1,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 22,6
2013 4.Vj.	+ 2,0	+ 2,3	+ 6,2	+ 2,6	+ 3,5	- 1,5	+ 2,1	- 2,4	+ 1,5	- 1,2	- 1,0	- 0,5	- 1,3	+ 0,6
2014 1.Vj.	+ 2,3	- 0,2	+ 0,9	+ 1,0	- 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	- 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	- 1,1	+ 2,3
Kurzfristige Kredite														
2013 1.Vj.	+ 16,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 17,2	+ 0,0	+ 2,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,2	+ 12,6
2013 2.Vj.	+ 6,5	-	+ 0,2	-	+ 0,2	+ 6,5	+ 0,1	- 0,1	- 0,8	- 0,1	- 1,8	+ 0,5	- 0,7	+ 9,8
2013 3.Vj.	- 23,0	-	+ 0,1	-	+ 0,1	- 23,7	+ 0,0	- 1,4	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1	- 0,1	- 21,4
2013 4.Vj.	- 6,0	-	+ 0,2	-	+ 0,2	- 5,9	+ 0,2	- 1,8	- 0,2	- 1,0	- 1,3	- 0,7	+ 0,2	- 0,9
2014 1.Vj.	+ 2,6	-	+ 0,3	-	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	- 0,0	+ 1,1
Mittelfristige Kredite														
2013 1.Vj.	- 1,0	-	- 0,4	-	- 0,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,2	- 0,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,3	+ 1,1
2013 2.Vj.	+ 0,9	-	+ 0,6	-	+ 0,6	+ 0,1	+ 0,6	- 1,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,4	- 0,0	- 0,1	+ 0,5
2013 3.Vj.	- 0,2	-	- 0,1	-	- 0,1	- 0,6	- 0,1	+ 0,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1
2013 4.Vj.	+ 0,1	-	- 0,1	-	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,6	- 0,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,8
2014 1.Vj.	+ 1,3	-	- 0,7	-	- 0,7	+ 1,7	- 0,2	+ 0,5	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	+ 0,5
Langfristige Kredite														
2013 1.Vj.	- 0,1	- 0,2	+ 2,1	+ 0,9	+ 1,2	- 0,5	+ 1,0	- 0,9	+ 1,6	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,3
2013 2.Vj.	+ 5,7	- 0,5	+ 5,2	+ 2,2	+ 3,0	+ 1,2	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,9	- 0,2	- 0,6	+ 0,4	- 1,5	+ 0,6
2013 3.Vj.	+ 4,3	+ 2,4	+ 9,0	+ 4,7	+ 4,4	- 2,3	+ 2,5	- 0,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,0	+ 0,6	- 2,0	- 1,0
2013 4.Vj.	+ 7,9	+ 2,3	+ 6,0	+ 2,6	+ 3,4	+ 4,2	+ 1,7	- 0,4	+ 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7
2014 1.Vj.	- 1,6	- 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	- 2,5	+ 0,6	- 0,8	+ 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 1,0	+ 0,7

* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)						Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit		
zusammen	darunter:			nachrichtlich:		zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau			
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen	Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk			zusammen	Ratenkredite 3)	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten					
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)													Kredite insgesamt		
651,6	184,6	39,0	178,5	388,4	51,0	1 044,9	820,3	224,6	147,2	13,0	13,4	3,5	2012		
649,4	184,6	38,5	178,7	387,3	51,3	1 043,6	821,3	222,3	146,5	12,6	13,3	3,5	2013 März		
651,2	186,7	38,5	178,1	388,0	51,1	1 048,6	825,8	222,9	147,7	12,4	13,5	3,6	Juni		
649,1	187,4	37,4	176,0	388,7	50,7	1 056,2	832,6	223,6	147,0	12,5	13,4	3,5	Sept.		
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	Dez.		
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März		
													Kurzfristige Kredite		
58,0	9,3	7,9	12,9	30,0	7,2	37,7	4,0	33,7	2,1	13,0	1,1	0,0	2012		
57,3	9,0	8,2	12,8	30,1	7,8	35,9	3,9	32,0	2,0	12,6	1,0	0,0	2013 März		
57,1	9,4	7,8	12,5	29,9	7,6	35,8	4,0	31,8	1,9	12,4	1,0	0,0	Juni		
56,0	9,2	7,4	12,3	28,8	7,4	36,6	4,1	32,5	1,7	12,5	1,0	0,0	Sept.		
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	Dez.		
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März		
													Mittelfristige Kredite		
67,5	8,9	7,9	20,2	32,2	3,5	72,5	23,5	49,0	44,1	-	0,5	0,0	2012		
65,9	8,6	7,2	19,9	31,9	3,6	72,6	23,3	49,3	43,8	-	0,5	0,0	2013 März		
66,2	8,7	7,1	19,8	32,0	3,7	73,4	23,3	50,0	44,7	-	0,5	0,0	Juni		
65,9	9,1	7,0	19,5	32,2	3,6	74,0	23,4	50,7	45,4	-	0,5	0,0	Sept.		
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	Dez.		
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März		
													Langfristige Kredite		
526,1	166,4	23,2	145,5	326,2	40,3	934,7	792,8	142,0	100,9	-	11,8	3,5	2012		
526,3	167,0	23,1	146,0	325,3	39,9	935,1	794,1	141,0	100,7	-	11,9	3,5	2013 März		
527,9	168,6	23,6	145,7	326,1	39,8	939,4	798,4	141,0	101,1	-	12,0	3,5	Juni		
527,2	169,1	23,0	144,2	327,6	39,6	945,6	805,1	140,5	99,9	-	11,9	3,4	Sept.		
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	Dez.		
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März		
Veränderungen im Vierteljahr *)													Kredite insgesamt		
- 2,2	- 0,0	- 0,6	+ 0,0	- 1,2	+ 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 2,1	- 0,7	- 0,4	- 0,1	+ 0,0	2013 1.Vj.		
+ 1,8	+ 1,9	+ 0,0	- 0,6	+ 0,7	+ 0,2	+ 5,1	+ 4,1	+ 1,0	+ 1,3	- 0,3	+ 0,2	+ 0,0	2.Vj.		
- 2,1	+ 1,0	- 1,1	- 2,2	+ 1,2	- 0,4	+ 7,8	+ 6,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	3.Vj.		
+ 2,7	+ 3,6	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 1,0	+ 3,3	+ 4,0	- 0,7	+ 0,2	- 0,7	+ 0,2	+ 0,0	4.Vj.		
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.		
													Kurzfristige Kredite		
- 0,7	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,1	+ 0,6	- 1,0	- 0,1	- 0,9	- 0,1	- 0,4	- 0,1	-	2013 1.Vj.		
- 0,2	+ 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	2.Vj.		
- 1,0	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 1,0	- 0,2	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7	- 0,2	+ 0,2	- 0,0	-	3.Vj.		
- 0,3	+ 0,5	- 0,3	- 0,0	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,7	+ 0,1	- 0,0	4.Vj.		
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.		
													Mittelfristige Kredite		
- 1,7	- 0,3	- 0,7	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	- 0,2	- 0,5	- 0,3	-	+ 0,0	-	2013 1.Vj.		
+ 0,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,9	-	- 0,0	+ 0,0	2.Vj.		
- 0,3	+ 0,4	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	+ 0,4	-	+ 0,0	- 0,0	3.Vj.		
- 0,4	+ 0,4	- 0,2	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,2	+ 0,3	-	-	- 0,0	4.Vj.		
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.		
													Langfristige Kredite		
+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	- 0,4	+ 0,4	+ 1,1	- 0,6	- 0,2	-	+ 0,0	+ 0,0	2013 1.Vj.		
+ 1,6	+ 1,3	+ 0,5	- 0,3	+ 0,8	- 0,1	+ 4,4	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.		
- 0,7	+ 0,8	- 0,6	- 1,7	+ 2,0	- 0,1	+ 6,7	+ 6,7	+ 0,0	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,1	3.Vj.		
+ 3,4	+ 2,6	+ 0,5	+ 0,2	- 0,2	- 0,3	+ 3,6	+ 4,3	- 0,6	- 0,3	-	+ 0,0	+ 0,0	4.Vj.		
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.		

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Nichtbanken insgesamt													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	3 045,5	1 168,3	1 156,2	386,1	770,2	31,5	738,7	616,1	104,8	36,5	34,3	97,1		
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2013 April	3 100,3	1 344,5	1 058,4	333,6	724,7	32,3	692,5	612,3	85,1	34,6	30,2	95,6		
Mai	3 115,4	1 363,4	1 058,3	332,0	726,2	32,9	693,4	610,7	83,0	34,5	30,1	96,8		
Juni	3 129,7	1 369,8	1 069,2	344,8	724,4	32,2	692,3	609,7	81,0	34,4	30,1	110,9		
Juli	3 105,2	1 374,8	1 042,7	322,8	719,9	31,2	688,8	608,1	79,6	34,4	30,4	88,5		
Aug.	3 023,6	1 372,9	964,4	254,9	709,5	29,2	680,3	607,5	78,8	34,4	30,4	1,2		
Sept.	3 020,6	1 379,4	956,9	251,2	705,7	29,0	676,7	606,4	78,0	33,5	30,2	1,2		
Okt.	3 027,2	1 392,9	950,6	247,6	703,0	29,4	673,6	606,4	77,3	33,4	30,1	3,1		
Nov.	3 044,4	1 413,4	947,8	246,4	701,4	29,6	671,7	606,3	76,9	33,3	30,1	1,0		
Dez.	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014 Jan.	3 047,2	1 416,0	946,7	250,8	695,9	29,0	666,9	609,1	75,4	32,9	29,1	2,5		
Febr.	3 056,6	1 422,6	949,8	255,8	694,0	29,1	664,9	609,8	74,4	32,7	29,0	3,1		
März	3 048,0	1 416,9	948,8	257,3	691,5	28,8	662,7	608,6	73,7	32,5	28,8	1,9		
Inländische öffentliche Haushalte													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	168,5	46,2	118,4	69,5	48,8	3,8	45,0	2,4	1,5	34,0	5,9	3,1		
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2013 April	184,1	51,5	128,1	71,7	56,4	5,2	51,2	3,3	1,2	32,3	5,8	2,3		
Mai	190,2	52,1	133,4	76,0	57,4	5,5	51,9	3,5	1,2	32,3	5,8	2,1		
Juni	194,8	54,0	135,9	78,9	57,1	5,5	51,5	3,5	1,3	32,0	5,8	0,5		
Juli	189,8	49,2	135,7	78,5	57,2	5,1	52,1	3,6	1,3	32,0	5,8	0,3		
Aug.	185,1	50,7	129,3	77,9	51,4	5,1	46,3	3,7	1,4	32,1	5,8	0,2		
Sept.	184,4	49,5	129,9	78,9	51,0	5,1	45,9	3,7	1,4	31,2	5,8	0,8		
Okt.	177,5	46,8	125,5	74,4	51,2	5,4	45,8	3,7	1,4	31,1	5,8	1,5		
Nov.	184,7	49,6	130,0	78,6	51,3	5,4	46,0	3,7	1,5	31,1	5,8	0,5		
Dez.	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014 Jan.	172,1	43,4	123,7	75,3	48,4	5,6	42,8	3,5	1,4	30,7	4,8	0,8		
Febr.	178,1	47,1	125,9	76,9	49,0	6,1	43,0	3,6	1,5	30,6	4,8	1,5		
März	180,5	47,3	128,2	79,4	48,8	6,1	42,7	3,5	1,5	30,5	4,7	0,7		
Veränderungen *)														
2012	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	- 47,7	- 39,0	+ 0,6	- 39,6	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	- 2,6	+ 16,8		
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2013 April	+ 4,1	+ 14,6	- 6,7	- 2,1	- 4,6	+ 0,1	- 4,7	- 2,1	- 1,6	- 0,2	- 0,2	+ 1,3		
Mai	+ 15,0	+ 18,9	- 0,1	- 1,6	+ 1,5	+ 0,6	+ 0,9	- 1,6	- 2,2	- 0,1	- 0,1	+ 1,2		
Juni	+ 14,6	+ 6,4	+ 11,3	+ 12,2	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 1,1	- 2,0	- 0,1	- 0,0	+ 14,1		
Juli	- 24,5	+ 5,0	- 26,5	- 21,9	- 4,6	- 1,0	- 3,6	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 0,3	- 22,5		
Aug.	+ 0,1	+ 13,3	- 11,8	- 3,3	- 8,4	- 0,2	- 8,2	- 0,7	+ 0,7	+ 0,0	+ 0,0	- 6,1		
Sept.	- 3,0	+ 6,4	- 7,5	- 3,7	- 3,8	- 0,2	- 3,6	- 1,1	- 0,9	- 0,5	- 0,2	- 0,0		
Okt.	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 3,4	- 2,9	+ 0,5	- 3,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	- 0,1	+ 1,9		
Nov.	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 1,2	- 1,6	+ 0,3	- 1,9	- 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,0	- 2,0		
Dez.	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 8,3	- 4,2	+ 0,0	- 4,2	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	- 1,1	+ 4,4		
2014 Jan.	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 4,0	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 1,0	- 1,2	- 0,1	+ 0,1	- 2,9		
Febr.	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 5,0	- 1,9	+ 0,1	- 2,0	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	- 0,2	+ 0,6		
März	- 8,7	- 5,8	- 0,9	+ 1,5	- 2,4	- 0,3	- 2,1	- 1,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	- 1,2		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland
von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
Inländische Unternehmen und Privatpersonen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	2 877,0	1 122,0	1 037,9	316,5	721,3	27,7	693,7	613,8	103,3	2,5	28,4	94,0		
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2013 April	2 916,2	1 293,0	930,2	261,9	668,4	27,1	641,3	609,0	83,9	2,3	24,4	93,3		
Mai	2 925,1	1 311,3	924,8	256,0	668,8	27,3	641,5	607,3	81,7	2,3	24,4	94,7		
Juni	2 934,9	1 315,7	933,3	265,9	667,4	26,6	640,7	606,2	79,7	2,3	24,3	110,4		
Juli	2 915,4	1 325,6	907,0	244,3	662,7	26,1	636,7	604,5	78,2	2,3	24,6	88,2		
Aug.	2 838,5	1 322,2	835,1	177,0	658,1	24,1	634,0	603,8	77,5	2,3	24,6	1,1		
Sept.	2 836,2	1 329,9	827,0	172,3	654,7	23,9	630,7	602,7	76,6	2,3	24,5	0,4		
Okt.	2 849,7	1 346,0	825,0	173,3	651,8	24,0	627,8	602,7	75,9	2,3	24,3	1,6		
Nov.	2 859,7	1 363,8	817,8	167,8	650,0	24,3	625,8	602,7	75,4	2,2	24,3	0,5		
Dez.	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014 Jan.	2 875,1	1 372,6	822,9	175,5	647,4	23,4	624,1	605,6	74,0	2,2	24,3	1,7		
Febr.	2 878,5	1 375,5	823,9	178,9	644,9	23,0	621,9	606,2	72,9	2,1	24,2	1,6		
März	2 867,4	1 369,6	820,6	177,9	642,7	22,7	620,0	605,0	72,2	2,1	24,1	1,2		
Veränderungen *)														
2012	+ 40,1	+ 135,8	- 85,1	- 50,4	- 34,7	- 0,1	- 34,6	+ 0,8	- 11,3	- 0,3	- 2,6	- 16,8		
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2013 April	+ 5,8	+ 12,5	- 2,9	+ 0,2	- 3,1	- 0,0	- 3,1	- 2,2	- 1,6	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 8,9	+ 18,3	- 5,4	- 5,9	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	- 1,8	- 2,2	- 0,0	- 0,1	+ 1,4		
Juni	+ 10,1	+ 4,4	+ 8,8	+ 9,4	- 0,6	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 2,1	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
Juli	- 19,5	+ 9,8	- 26,2	- 21,5	- 4,7	- 0,5	- 4,2	- 1,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	+ 4,1	+ 11,7	- 6,1	- 2,7	- 3,3	- 0,2	- 3,1	- 0,8	- 0,8	- 0,0	+ 0,0	- 6,0		
Sept.	- 2,4	+ 7,6	- 8,0	- 4,6	- 3,4	- 0,2	- 3,2	- 1,1	- 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 13,5	+ 16,2	- 2,0	+ 1,1	- 3,0	+ 0,2	- 3,2	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	+ 10,0	+ 17,8	- 7,2	- 5,4	- 1,7	+ 0,3	- 2,0	- 0,0	- 0,6	- 0,0	- 0,0	- 1,1		
Dez.	+ 5,9	- 2,2	+ 4,5	+ 5,8	- 1,3	- 0,2	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 9,4	+ 10,9	+ 0,4	+ 1,8	- 1,4	- 0,6	- 0,7	- 0,9	- 1,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,0		
Febr.	+ 4,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,5	- 2,5	- 0,3	- 2,2	+ 0,6	- 1,1	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
März	- 11,1	- 5,9	- 3,3	- 1,0	- 2,2	- 0,3	- 1,9	- 1,2	- 0,7	- 0,1	- 0,1	- 0,4		
darunter: inländische Unternehmen													Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	1 156,5	374,8	758,9	222,9	536,0	9,4	526,7	5,6	17,3	2,5	20,3	94,0		
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2013 April	1 108,9	424,0	662,5	185,6	476,8	11,1	465,8	6,9	15,5	2,3	17,0	93,3		
Mai	1 110,2	430,2	657,4	180,5	476,9	11,5	465,4	7,1	15,5	2,3	17,1	94,7		
Juni	1 116,9	426,8	667,6	192,0	475,6	11,4	464,2	7,2	15,3	2,3	17,1	110,4		
Juli	1 096,9	430,4	644,1	172,1	472,0	11,6	460,4	7,3	15,2	2,3	17,4	88,2		
Aug.	1 013,2	417,2	573,4	106,0	467,4	10,0	457,4	7,4	15,3	2,3	17,5	1,1		
Sept.	1 013,2	424,3	566,4	102,4	464,0	10,1	453,9	7,4	15,2	2,3	17,3	0,4		
Okt.	1 017,9	430,3	565,0	104,3	460,8	10,2	450,5	7,5	15,1	2,2	17,2	1,6		
Nov.	1 007,5	427,8	557,4	99,3	458,0	10,4	447,7	7,4	15,0	2,2	17,3	0,5		
Dez.	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014 Jan.	1 016,9	434,6	559,6	107,6	452,1	9,9	442,2	7,4	15,2	2,2	17,5	1,7		
Febr.	1 011,5	429,4	559,6	110,8	448,8	9,7	439,1	7,4	15,0	2,1	17,4	1,6		
März	1 004,6	426,1	555,9	109,7	446,2	9,6	436,6	7,5	15,1	2,0	17,5	1,2		
Veränderungen *)														
2012	- 37,3	+ 42,6	- 79,6	- 39,2	- 40,4	+ 1,1	- 41,5	+ 0,9	- 1,2	- 0,2	- 2,1	- 16,8		
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2013 April	+ 4,4	+ 6,3	- 1,9	+ 1,0	- 2,9	+ 0,3	- 3,2	+ 0,1	- 0,2	+ 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 1,3	+ 6,2	- 5,1	- 5,2	+ 0,1	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	+ 1,4		
Juni	+ 7,0	- 3,4	+ 10,5	+ 11,0	- 0,4	+ 0,0	- 0,5	+ 0,1	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 15,7		
Juli	- 20,0	+ 3,6	- 23,5	- 19,8	- 3,7	+ 0,2	- 3,8	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,3	- 22,2		
Aug.	- 2,6	+ 1,9	- 4,8	- 1,6	- 3,2	+ 0,2	- 3,3	+ 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 6,0		
Sept.	- 0,2	+ 7,0	- 7,1	- 3,5	- 3,6	+ 0,1	- 3,7	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,7		
Okt.	+ 4,7	+ 6,0	- 1,3	+ 1,9	- 3,2	+ 0,2	- 3,4	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 1,2		
Nov.	- 10,4	- 2,5	- 7,7	- 4,9	- 2,7	+ 0,1	- 2,9	- 0,0	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 1,1		
Dez.	+ 3,8	+ 1,3	+ 2,2	+ 6,2	- 4,0	- 0,3	- 3,7	- 0,1	+ 0,3	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
2014 Jan.	+ 5,2	+ 5,3	- 0,2	+ 1,9	- 2,0	- 0,2	- 1,8	+ 0,1	+ 0,0	- 0,0	+ 0,3	+ 1,0		
Febr.	- 4,7	- 4,7	+ 0,0	+ 3,3	- 3,3	- 0,1	- 3,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
März	- 6,9	- 3,3	- 3,7	- 1,1	- 2,6	- 0,1	- 2,5	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,1	- 0,4		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	inländische Privatpersonen			
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)												
2011	1 720,4	747,3	724,9	131,5	490,4	103,0	22,4	278,9	261,1	23,3	218,5	19,3
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2013 Okt.	1 831,8	915,7	887,2	161,4	597,0	128,9	28,5	260,0	244,7	16,4	212,4	15,9
Nov.	1 852,2	936,0	908,4	163,0	614,3	131,1	27,7	260,5	245,5	16,4	213,2	15,9
Dez.	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014 Jan.	1 858,3	938,0	908,7	164,4	613,0	131,3	29,2	263,3	248,2	16,4	216,4	15,3
Febr.	1 867,0	946,1	916,9	165,1	619,6	132,2	29,2	264,2	249,1	16,6	217,5	15,1
März	1 862,8	943,5	914,6	161,1	621,5	132,0	28,9	264,7	249,4	16,6	217,8	15,0
Veränderungen *)												
2012	+ 77,3	+ 93,2	+ 90,5	+ 14,0	+ 57,2	+ 19,3	+ 2,7	- 5,6	- 4,4	- 4,5	- 0,4	+ 0,5
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2013 Okt.	+ 8,8	+ 10,2	+ 9,9	+ 4,7	+ 4,0	+ 1,2	+ 0,2	- 0,7	- 0,8	- 0,1	- 0,5	- 0,3
Nov.	+ 20,4	+ 20,3	+ 21,1	+ 1,6	+ 17,3	+ 2,2	- 0,8	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,0	+ 0,8	+ 0,0
Dez.	+ 2,2	- 3,5	- 2,1	- 1,7	- 1,3	+ 1,0	- 1,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,1	+ 1,9	- 0,3
2014 Jan.	+ 4,2	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,1	- 0,8	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,1	- 0,0	+ 0,9	+ 0,1
Febr.	+ 8,8	+ 8,2	+ 8,2	+ 0,7	+ 6,4	+ 1,1	- 0,0	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,1	+ 1,1	- 0,2
März	- 4,2	- 2,7	- 2,3	- 4,2	+ 1,9	- 0,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,3	- 0,1

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen *)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite													
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder						
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen			Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sicht-einlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr	bis 1 Jahr einschl.					über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	168,5	37,9	6,2	9,4	22,2	0,1	16,9	34,8	11,4	10,7	12,5	0,2	16,8	
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9	
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2013 Okt.	177,5	13,9	2,9	2,7	8,2	0,1	16,2	45,9	11,1	11,7	22,9	0,2	14,6	
Nov.	184,7	14,3	3,1	2,8	8,3	0,1	16,2	43,2	10,1	10,0	22,9	0,2	14,5	
Dez.	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6	
2014 Jan.	172,1	11,7	3,2	3,1	5,4	0,1	15,7	40,7	9,8	7,8	22,9	0,2	14,6	
Febr.	178,1	12,0	3,2	3,3	5,4	0,1	15,6	43,6	10,3	10,2	23,0	0,2	14,6	
März	180,5	11,7	3,3	3,0	5,3	0,1	15,6	48,1	11,6	13,4	23,0	0,2	14,5	
Veränderungen *)														
2012	+ 2,2	- 9,2	- 2,5	- 0,7	- 6,0	+ 0,0	- 0,5	- 2,3	- 3,9	+ 2,7	- 1,1	- 0,0	- 0,9	
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9	
2013 Okt.	- 7,0	- 1,5	- 0,2	- 1,0	- 0,3	- 0,0	-	- 3,1	+ 0,0	- 3,0	- 0,1	+ 0,0	- 0,1	
Nov.	+ 7,2	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	- 0,0	+ 0,0	- 2,7	- 0,9	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,0	
Dez.	- 1,7	+ 1,7	- 0,2	+ 4,8	- 2,9	+ 0,0	- 0,5	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,1	
2014 Jan.	- 10,9	- 4,2	+ 0,3	- 4,5	+ 0,0	- 0,0	-	- 2,9	- 0,5	- 2,2	- 0,2	+ 0,0	- 0,0	
Febr.	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 0,2	- 0,0	- 0,0	
März	+ 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	-	- 0,1	+ 4,5	+ 1,3	+ 3,2	- 0,0	-	- 0,1	

* Siehe Tab. IV. 2, Anm. *; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen ³⁾			Nachrichtlich:				
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe ⁴⁾	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) ⁵⁾	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr ²⁾		darunter:								
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
17,8	93,6	185,3	18,3	167,0	608,2	599,0	9,2	86,1	0,1	8,1	–	2011
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
15,3	69,0	191,0	13,7	177,2	595,2	585,2	10,1	60,8	0,0	7,1	–	2013 Okt.
15,0	68,5	192,0	13,9	178,1	595,2	585,5	9,7	60,4	0,0	7,0	–	Nov.
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	Dez.
15,1	68,0	195,3	13,5	181,8	598,2	588,5	9,7	58,8	0,0	6,8	–	2014 Jan.
15,1	68,1	196,1	13,3	182,8	598,8	589,1	9,7	57,9	0,0	6,7	–	Febr.
15,3	68,2	196,5	13,2	183,4	597,6	587,9	9,7	57,1	0,0	6,6	–	März
Veränderungen ^{*)}												
– 1,1	– 11,2	+ 5,6	– 1,3	+ 6,9	– 0,2	– 1,1	+ 1,0	– 10,1	– 0,0	– 0,5	–	2012
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
+ 0,2	– 0,8	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	– 0,1	– 0,0	– 0,0	– 0,6	– 0,0	– 0,1	–	2013 Okt.
– 0,3	– 0,5	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,0	– 0,1	–	Nov.
+ 0,6	– 0,4	+ 2,7	+ 0,1	+ 2,6	+ 4,0	+ 4,0	+ 0,0	– 0,7	– 0,0	– 0,1	–	Dez.
– 0,5	+ 0,1	+ 0,7	– 0,4	+ 1,1	– 1,1	– 1,1	+ 0,0	– 1,0	+ 0,0	– 0,1	–	2014 Jan.
– 0,0	+ 0,2	+ 0,8	– 0,2	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,0	– 0,9	– 0,0	– 0,1	–	Febr.
+ 0,2	+ 0,0	+ 0,4	– 0,2	+ 0,5	– 1,2	– 1,2	– 0,0	– 0,8	+ 0,0	– 0,1	–	März

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen ³⁾		Spareinlagen und Sparbriefe ^{2) 4)}	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe ²⁾	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
Stand am Jahres- bzw. Monatsende ^{*)}												
39,3	18,1	13,0	5,0	3,2	0,4	56,5	10,5	36,4	9,1	0,4	0,0	2011
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
41,7	20,1	10,9	6,6	4,1	0,4	75,9	12,7	49,0	13,4	0,7	0,0	2013 Okt.
44,2	22,4	11,1	6,7	4,1	0,4	83,0	14,0	54,7	13,5	0,8	0,0	Nov.
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	Dez.
39,2	18,1	10,5	6,6	4,0	0,4	80,5	12,3	53,9	13,6	0,7	0,0	2014 Jan.
42,1	20,5	10,7	6,8	4,1	0,4	80,4	13,1	52,7	13,8	0,7	0,0	Febr.
41,4	19,7	11,0	6,6	4,1	0,4	79,3	12,7	52,0	13,9	0,7	0,0	März
Veränderungen ^{*)}												
+ 4,3	+ 4,8	– 1,7	+ 0,7	+ 0,4	– 0,0	+ 9,4	+ 4,5	+ 2,4	+ 2,1	+ 0,4	– 0,0	2012
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
– 1,5	– 1,3	– 0,3	+ 0,1	– 0,0	–	– 1,0	– 1,2	– 0,3	+ 0,5	+ 0,0	–	2013 Okt.
+ 2,5	+ 2,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	–	+ 7,1	+ 1,3	+ 5,7	+ 0,1	+ 0,0	–	Nov.
+ 0,6	+ 1,1	– 0,4	– 0,1	– 0,0	–	– 4,3	– 2,4	– 2,0	– 0,1	+ 0,1	– 0,0	Dez.
– 5,7	– 5,4	– 0,2	+ 0,0	– 0,1	–	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 0,1	– 0,2	–	2014 Jan.
+ 2,9	+ 2,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	–	– 1,5	+ 0,3	– 2,0	+ 0,2	+ 0,0	–	Febr.
– 0,7	– 0,8	+ 0,3	– 0,2	– 0,0	– 0,0	– 1,1	– 0,4	– 0,8	+ 0,1	– 0,0	–	März

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

IV. Banken

10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €															
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an					
Zeit	von Inländern						von Ausländern				Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)									
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)															
2011	626,3	616,1	515,3	413,7	100,8	91,3	10,2	7,8	10,0	122,5	104,8	74,6	17,7		
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9		
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6		
2013 Nov.	616,2	606,3	528,3	411,2	78,0	65,7	9,9	7,8	0,3	92,5	76,9	59,7	15,6		
2013 Dez.	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	4,4	92,2	76,6	59,3	15,6		
2014 Jan.	618,9	609,1	531,8	411,6	77,3	64,8	9,8	7,8	0,3	90,9	75,4	58,6	15,5		
2014 Febr.	619,6	609,8	532,3	411,0	77,5	65,0	9,8	7,8	0,2	89,8	74,4	58,0	15,4		
2014 März	618,3	608,6	531,1	408,9	77,5	64,9	9,7	7,7	0,2	87,5	73,7	57,5	13,7		
Veränderungen *)															
2012	+ 1,9	+ 1,5	+ 14,1	+ 5,6	- 12,6	- 14,6	+ 0,4	+ 0,3	.	- 12,0	- 11,2	- 6,1	- 0,7		
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4		
2013 Nov.	- 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,3	.	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	.	- 0,6	- 0,5	- 0,4	- 0,1		
2013 Dez.	+ 3,9	+ 3,9	+ 4,1	+ 2,5	- 0,2	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	.	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,1		
2014 Jan.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 1,9	- 0,5	- 0,4	- 0,1	- 0,0	.	- 1,2	- 1,2	- 0,6	- 0,0		
2014 Febr.	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	- 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	.	- 1,1	- 1,0	- 0,6	- 0,2		
2014 März	- 1,3	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	.	- 2,3	- 0,7	- 0,5	- 1,6		

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland *)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:								insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					über 2 Jahre
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)														
2011	1 375,4	352,6	37,2	373,9	75,3	95,2	3,0	53,6	4,5	1 226,6	0,6	0,4	43,2	1,5
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2013 Nov.	1 169,1	318,1	28,3	341,0	67,6	83,4	2,6	36,2	4,8	1 049,5	0,6	0,2	37,6	1,1
2013 Dez.	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014 Jan.	1 149,7	312,3	25,7	336,2	71,4	84,8	2,0	30,0	4,6	1 034,9	0,8	0,2	36,8	1,1
2014 Febr.	1 138,2	309,4	27,9	331,1	66,6	82,9	2,2	29,6	4,9	1 025,7	0,8	0,2	35,2	1,1
2014 März	1 126,5	306,5	26,2	320,9	63,7	78,2	2,3	28,3	5,0	1 020,0	0,8	0,2	35,2	1,1
Veränderungen *)														
2012	- 111,0	- 7,4	- 6,3	- 12,0	- 16,4	- 19,5	- 0,0	- 2,3	- 0,3	- 89,2	+ 0,3	- 0,1	- 4,6	- 0,5
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2013 Nov.	- 7,2	- 1,1	- 1,4	- 6,5	- 4,5	- 5,5	- 0,1	- 1,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0
2013 Dez.	- 26,4	- 2,3	- 2,1	- 19,8	- 12,8	- 14,4	- 0,1	- 1,5	- 0,4	- 10,5	-	+ 0,0	- 0,6	-
2014 Jan.	+ 7,0	- 3,6	- 0,6	+ 15,1	+ 16,6	+ 15,9	- 0,6	- 4,7	+ 0,2	- 4,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,2	- 0,0
2014 Febr.	- 11,5	- 2,9	+ 2,3	- 5,2	- 4,8	- 2,0	+ 0,3	- 0,4	+ 0,3	- 9,2	+ 0,1	-	- 1,6	-
2014 März	- 11,7	- 2,9	- 1,7	- 10,2	- 2,9	- 4,7	+ 0,0	- 1,3	+ 0,1	- 5,7	- 0,0	- 0,0	- 0,0	- 0,0

* Siehe Tab. IV. 2, Anm.*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland *)
 Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen			Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)			
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite	sonstige Baudar-lehen								
Alle Bausparkassen																
2012	22	200,6	42,2	0,0	17,5	24,0	78,3	16,0	14,5	1,3	21,0	141,9	6,4	4,9	8,7	101,8
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014 Jan.	22	205,5	43,6	0,0	16,9	20,9	82,7	17,0	17,9	1,6	21,2	149,7	5,5	4,0	9,2	7,6
Febr.	22	206,0	44,2	0,0	16,9	20,6	82,9	17,1	18,0	1,6	20,8	150,5	5,4	4,0	9,1	7,5
März	22	207,3	45,1	0,0	16,9	20,5	83,5	17,1	18,1	1,6	21,5	151,0	5,3	4,0	9,1	7,6
Private Bausparkassen																
2014 Jan.	12	144,8	26,2	0,0	10,2	14,4	65,2	14,7	8,5	1,1	17,8	99,0	5,4	4,0	6,2	4,9
Febr.	12	145,0	26,8	0,0	10,2	14,3	65,3	14,7	8,4	1,1	17,6	99,5	5,3	4,0	6,1	4,7
März	12	146,1	27,7	0,0	10,2	14,2	65,8	14,7	8,3	1,1	18,2	99,8	5,2	4,0	6,1	4,6
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Jan.	10	60,8	17,3	0,0	6,7	6,4	17,5	2,4	9,4	0,5	3,4	50,7	0,1	-	3,0	2,8
Febr.	10	61,0	17,5	0,0	6,7	6,4	17,6	2,4	9,6	0,5	3,3	51,0	0,1	-	3,0	2,8
März	10	61,2	17,5	0,0	6,7	6,3	17,7	2,4	9,7	0,5	3,2	51,2	0,1	-	3,0	3,0

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehen-de Auszahlungs-verpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspar-darlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohn-ungs-bau-prämien 12)	
	eingezahlte Bauspar-be-träge 9)	Zinsgut-schriften auf Bauspar-einlagen	Rückzah-lungen von Bauspar-einlagen aus nicht zuge-teilten Ver-trägen	ins-gesamt	darunter Netto-Zutei-lun-gen 11)	Zuteilungen			neu ge-währte Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite und sonstige Bau-darlehen	dar-unter aus Zutei-lungen	ins-gesamt	dar-unter aus Zutei-lungen	ins-gesamt	darunter Til-gungen im Quartal		
						Bauspareinlagen	Bauspardarlehen 9)	darunter zur Ab-lösung von Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-krediten								
Alle Bausparkassen																
2012	28,5	2,6	6,8	48,3	31,0	40,8	18,3	4,1	6,8	3,7	15,7	13,2	7,7	12,1	10,1	0,4
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014 Jan.	2,6	0,0	0,5	3,6	2,3	3,2	1,3	0,4	0,5	0,3	1,3	13,9	8,0	0,8		0,0
Febr.	2,5	0,0	0,5	3,6	2,4	2,9	1,3	0,3	0,5	0,3	1,2	14,2	8,3	0,8		0,0
März	2,5	0,0	0,5	3,9	2,3	3,5	1,5	0,4	0,6	0,3	1,4	14,2	8,1	0,8	...	0,1
Private Bausparkassen																
2014 Jan.	1,6	0,0	0,3	2,6	1,6	2,4	1,0	0,3	0,4	0,2	1,0	9,2	4,5	0,6		0,0
Febr.	1,6	0,0	0,3	2,4	1,4	2,1	0,9	0,2	0,3	0,2	0,9	9,3	4,5	0,6		0,0
März	1,6	0,0	0,3	2,9	1,6	2,5	1,0	0,3	0,4	0,2	1,1	9,5	4,6	0,6	...	0,0
Öffentliche Bausparkassen																
2014 Jan.	1,0	0,0	0,2	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,7	3,5	0,3		0,0
Febr.	0,9	0,0	0,2	1,2	0,9	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,9	3,7	0,2		0,0
März	0,9	0,0	0,3	1,0	0,7	0,9	0,5	0,1	0,2	0,1	0,3	4,7	3,6	0,2	...	0,0

* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspareinlagen aus zuteilten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) *)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen 7)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands			
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken		ausländische Banken	insgesamt	zusammen				an deutsche Nichtbanken	an ausländische Nichtbanken	
Auslandsfilialen															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	56	209	2 316,6	603,9	584,9	199,1	385,8	19,0	642,5	504,3	23,2	481,0	138,2	1 070,2	885,0	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2013 Mai	55	208	2 003,3	534,1	518,7	160,6	358,2	15,3	595,4	468,8	13,0	455,7	126,6	873,8	613,0	
Juni	55	207	1 909,3	528,0	512,8	162,1	350,6	15,2	563,0	446,7	12,8	433,9	116,3	818,3	605,9	
Juli	54	206	1 845,8	511,4	497,0	156,7	340,3	14,5	540,5	431,2	12,0	419,2	109,3	793,9	544,3	
Aug.	54	206	1 812,6	506,8	492,3	147,6	344,6	14,6	533,5	422,8	12,2	410,6	110,7	772,3	508,3	
Sept.	55	206	1 720,0	471,0	457,5	143,2	314,3	13,6	560,5	449,8	12,1	437,7	110,7	688,4	492,6	
Okt.	55	204	1 779,4	475,8	462,5	145,6	317,0	13,2	549,2	439,7	10,7	429,0	109,5	754,4	487,0	
Nov.	55	206	1 787,6	485,8	472,0	146,7	325,3	13,8	540,5	428,9	10,3	418,6	111,6	761,4	494,0	
Dez.	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014 Jan.	56	209	1 814,4	480,7	466,8	146,1	320,7	13,9	543,7	433,4	10,3	423,1	110,3	790,1	457,6	
Febr.	56	210	1 769,7	485,5	472,1	147,8	324,3	13,5	543,5	436,9	9,9	426,9	106,7	740,7	433,8	
Veränderungen *)																
2012	- 1	+ 1	- 261,8	- 45,7	- 41,0	- 19,6	- 21,4	- 4,7	- 86,9	- 73,0	- 6,4	- 66,7	- 13,9	- 129,3	- 213,2	
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2013 Juni	-	- 1	- 89,8	- 4,0	- 3,9	+ 1,6	- 5,4	- 0,1	- 30,5	- 20,6	- 0,2	- 20,4	- 9,9	- 55,3	- 7,1	
Juli	- 1	- 1	- 54,0	- 12,0	- 11,4	- 5,4	- 6,0	- 0,6	- 17,9	- 11,7	- 0,8	- 10,9	- 6,3	- 24,0	- 61,6	
Aug.	-	-	- 36,5	- 5,8	- 5,8	- 9,1	+ 3,2	+ 0,0	- 8,9	- 10,0	+ 0,2	- 10,3	+ 1,1	- 21,8	- 36,0	
Sept.	+ 1	-	- 82,9	- 30,1	- 29,2	- 4,4	- 24,7	- 0,9	+ 30,3	+ 29,6	- 0,1	+ 29,8	+ 0,7	- 83,1	- 15,7	
Okt.	-	- 2	+ 67,0	+ 7,8	+ 8,1	+ 2,4	+ 5,8	- 0,3	- 7,2	- 6,7	- 1,4	- 5,2	- 0,5	+ 66,3	- 5,6	
Nov.	-	+ 2	+ 7,1	+ 9,9	+ 9,3	+ 1,1	+ 8,2	+ 0,5	- 9,9	- 11,8	- 0,4	- 11,3	+ 1,9	+ 7,1	+ 7,1	
Dez.	+ 1	+ 3	- 52,4	- 45,8	- 45,7	- 5,1	- 40,6	- 0,1	- 17,1	- 14,6	+ 0,7	- 15,3	- 2,5	+ 10,6	- 8,5	
2014 Jan.	-	-	+ 76,2	+ 40,0	+ 40,0	+ 4,5	+ 35,5	+ 0,1	+ 18,1	+ 17,1	- 0,7	+ 17,8	+ 0,9	+ 18,1	- 28,0	
Febr.	-	+ 1	- 31,8	+ 11,1	+ 11,4	+ 1,7	+ 9,7	- 0,3	+ 5,5	+ 8,1	- 0,4	+ 8,5	- 2,6	- 48,5	- 23,8	
Auslandstöchter															Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)	
2011	35	87	478,6	210,3	172,8	95,3	77,5	37,5	210,5	165,1	35,6	129,5	45,5	57,7	-	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2013 Mai	35	83	438,4	193,0	161,6	96,5	65,1	31,4	196,2	154,3	28,9	125,4	41,9	49,2	-	
Juni	34	81	436,5	189,5	158,7	94,8	63,9	30,8	193,9	153,7	28,4	125,3	40,1	53,1	-	
Juli	33	78	430,7	190,0	159,2	97,3	61,9	30,8	187,8	148,6	28,6	119,9	39,3	52,8	-	
Aug.	33	78	435,0	193,9	163,3	97,8	65,5	30,6	187,4	148,2	28,5	119,7	39,2	53,7	-	
Sept.	32	77	430,6	190,9	159,9	97,8	62,2	31,0	187,8	149,6	28,3	121,3	38,2	51,9	-	
Okt.	33	77	427,3	190,3	160,1	97,5	62,6	30,2	187,1	148,8	27,9	120,9	38,3	50,0	-	
Nov.	33	76	425,6	189,4	160,0	95,1	64,9	29,4	184,0	146,8	27,7	119,1	37,2	52,2	-	
Dez.	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014 Jan.	33	74	425,9	187,3	159,3	92,2	67,1	28,0	181,2	145,8	25,5	120,2	35,4	57,4	-	
Febr.	33	74	408,3	170,0	142,7	75,9	66,8	27,4	181,5	145,5	25,5	120,0	35,9	56,8	-	
Veränderungen *)																
2012	-	- 4	- 18,2	- 9,9	- 5,9	- 0,8	- 5,1	- 4,1	- 5,2	- 2,3	- 5,0	+ 2,7	- 2,9	- 3,1	-	
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2013 Juni	- 1	- 2	- 1,6	- 3,3	- 2,7	- 1,7	- 1,0	- 0,6	- 2,2	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	- 1,8	+ 3,8	-	
Juli	- 1	- 3	- 4,6	+ 1,1	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,2	- 5,5	- 4,6	+ 0,2	- 4,8	- 0,9	- 0,2	-	
Aug.	-	-	+ 4,0	+ 3,7	+ 4,0	+ 0,6	+ 3,4	+ 0,3	- 0,6	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1	+ 0,9	-	
Sept.	- 1	- 1	- 3,2	- 2,2	- 2,7	- 0,1	- 2,7	+ 0,6	+ 0,8	+ 1,7	- 0,2	+ 2,0	- 0,9	- 1,8	-	
Okt.	+ 1	-	- 2,2	- 0,1	+ 0,6	- 0,3	+ 0,8	- 0,7	- 0,3	- 0,3	- 0,4	+ 0,1	+ 0,0	- 1,8	-	
Nov.	-	- 1	- 2,0	- 1,0	- 0,2	- 2,4	+ 2,2	- 0,9	- 3,2	- 2,2	- 0,2	- 2,0	- 1,0	+ 2,2	-	
Dez.	-	- 1	+ 0,7	- 0,9	- 0,8	- 3,7	+ 2,9	- 0,1	+ 1,8	+ 1,9	- 1,7	+ 3,6	- 0,1	- 0,2	-	
2014 Jan.	-	- 1	- 1,2	- 1,6	- 0,3	+ 0,8	- 1,1	- 1,3	- 5,0	- 3,3	- 0,5	- 2,8	- 1,7	+ 5,4	-	
Febr.	-	-	- 15,8	- 16,2	- 15,7	- 16,4	+ 0,7	- 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,5	- 0,6	-	

* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtsgebietes werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite										Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen im Umlauf 5)	Betriebskapital bzw. Eigenkapital	Sonstige Passivpositionen 6) 7)		Zeit
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)				insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands					
	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken	insgesamt	deutsche Nichtbanken 4)		ausländische Nichtbanken							
					zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristige							
Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)													Auslandsfilialen	
1 179,6	814,0	406,6	407,4	365,6	35,9	30,3	5,6	329,7	141,2	38,6	957,2	880,2	2011	
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013	
1 079,0	692,0	338,8	353,2	387,0	28,7	21,6	7,1	358,3	140,3	41,0	743,0	614,7	2013 Mai	
1 012,4	675,9	351,9	324,0	336,5	27,8	21,2	6,5	308,7	133,5	40,7	722,8	603,3	Juni	
1 008,1	651,8	323,6	328,2	356,4	27,8	21,4	6,4	328,6	134,3	40,1	663,2	544,5	Juli	
1 010,3	652,1	324,2	327,8	358,3	24,2	19,0	5,2	334,1	125,7	40,1	636,4	528,9	Aug.	
940,7	603,9	315,4	288,5	336,8	26,4	21,7	4,7	310,4	125,1	39,9	614,3	502,5	Sept.	
1 004,8	649,5	329,4	320,1	355,4	27,7	23,2	4,5	327,6	127,0	39,9	607,6	498,5	Okt.	
1 010,6	674,3	347,7	326,6	336,2	28,1	23,4	4,7	308,1	126,8	39,4	610,9	501,1	Nov.	
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	Dez.	
1 011,7	672,1	342,4	329,7	339,5	26,8	21,7	5,1	312,7	127,3	40,9	634,6	469,6	2014 Jan.	
1 008,5	664,1	336,0	328,1	344,4	28,0	23,0	5,0	316,4	130,1	40,4	590,6	450,4	Febr.	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 114,6	- 80,1	- 35,3	- 44,8	- 34,5	- 1,3	- 3,4	+ 2,1	- 33,2	- 14,3	+ 1,4	- 134,3	- 209,4	2012	
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013	
- 63,8	- 14,6	+ 13,0	- 27,7	- 49,2	- 0,9	- 0,3	- 0,6	- 48,3	- 6,8	- 0,3	- 18,9	- 11,4	2013 Juni	
+ 1,9	- 20,8	- 28,3	+ 7,5	+ 22,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 22,6	+ 0,8	- 0,5	- 56,1	- 58,8	Juli	
+ 0,2	- 0,6	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,8	- 3,6	- 2,4	- 1,2	+ 4,4	- 8,6	- 0,0	- 28,2	- 15,6	Aug.	
- 62,6	- 44,1	- 8,8	- 35,3	- 18,5	+ 2,2	+ 2,7	- 0,5	- 20,7	- 0,6	- 0,2	- 19,4	- 26,4	Sept.	
+ 69,0	+ 48,0	+ 14,0	+ 34,1	+ 21,0	+ 1,3	+ 1,5	- 0,2	+ 19,7	+ 1,9	- 0,0	- 3,9	- 4,1	Okt.	
+ 4,9	+ 24,5	+ 18,3	+ 6,2	- 19,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,3	- 20,1	- 0,2	- 0,5	+ 3,0	+ 2,6	Nov.	
- 114,0	- 74,7	- 20,7	- 54,0	- 39,3	- 3,9	- 4,2	+ 0,4	- 35,4	- 1,4	+ 1,8	+ 61,2	- 16,9	Dez.	
+ 113,2	+ 71,6	+ 15,4	+ 56,2	+ 41,6	+ 2,6	+ 2,5	+ 0,0	+ 39,0	+ 1,9	- 0,3	- 38,6	- 14,6	2014 Jan.	
+ 5,5	- 3,2	- 6,4	+ 3,2	+ 8,6	+ 1,2	+ 1,3	- 0,1	+ 7,5	+ 2,8	- 0,4	- 39,7	- 19,2	Febr.	
377,5	229,6	142,4	87,2	147,9	26,7	19,8	6,9	121,2	25,1	30,8	45,2	-	2011	
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013	
340,1	189,5	111,0	78,6	150,6	22,0	17,7	4,3	128,6	23,7	32,6	41,9	-	2013 Mai	
341,5	190,0	108,8	81,2	151,4	20,5	16,2	4,3	130,9	23,1	32,1	39,8	-	Juni	
336,8	188,4	109,8	78,6	148,4	21,4	17,3	4,1	127,1	22,5	31,8	39,6	-	Juli	
341,8	191,8	112,4	79,3	150,0	22,5	18,4	4,1	127,6	22,4	32,0	38,8	-	Aug.	
337,3	195,4	114,8	80,6	141,9	21,2	17,2	4,0	120,7	22,1	32,0	39,1	-	Sept.	
337,9	193,3	111,5	81,8	144,6	22,7	18,7	4,0	121,9	21,9	30,1	37,4	-	Okt.	
336,6	193,7	109,7	84,0	142,9	23,0	19,0	4,0	119,9	21,6	29,9	37,5	-	Nov.	
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	Dez.	
333,9	197,0	109,9	87,1	136,9	20,5	18,5	2,0	116,4	21,3	30,4	40,2	-	2014 Jan.	
320,7	186,5	94,5	92,0	134,2	19,8	17,8	2,0	114,3	21,0	28,9	37,7	-	Febr.	
Veränderungen *)													Auslandstöchter	
- 19,6	- 21,3	- 22,0	+ 0,7	+ 1,7	- 4,7	- 2,0	- 2,7	+ 6,4	- 0,2	+ 1,3	+ 0,3	-	2012	
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013	
+ 1,7	+ 0,7	- 2,1	+ 2,8	+ 1,0	- 1,5	- 1,5	- 0,0	+ 2,5	- 0,6	- 0,5	- 2,1	-	2013 Juni	
- 3,6	- 1,2	+ 1,0	- 2,2	- 2,4	+ 0,9	+ 1,1	- 0,2	- 3,3	- 0,6	- 0,3	- 0,1	-	Juli	
+ 4,7	+ 3,3	+ 2,7	+ 0,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,1	- 0,0	+ 0,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,9	-	Aug.	
- 3,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 1,8	- 7,6	- 1,3	- 1,3	- 0,0	- 6,3	- 0,3	- 0,1	+ 0,5	-	Sept.	
+ 1,4	- 1,7	- 3,3	+ 1,6	+ 3,1	+ 1,5	+ 1,5	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	- 1,9	- 1,5	-	Okt.	
- 1,5	+ 0,3	- 1,8	+ 2,1	- 1,8	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	- 2,1	- 0,3	- 0,2	+ 0,0	-	Nov.	
- 1,5	+ 7,9	+ 3,7	+ 4,2	- 9,5	- 4,6	- 2,6	- 2,0	- 4,9	- 0,2	+ 0,1	+ 2,4	-	Dez.	
- 1,7	- 4,9	- 3,5	- 1,4	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,1	- 0,0	+ 1,2	- 0,0	+ 0,5	+ 0,1	-	2014 Jan.	
- 11,8	- 9,6	- 15,4	+ 5,8	- 2,2	- 0,7	- 0,7	- 0,0	- 1,5	- 0,4	- 1,5	- 2,2	-	Febr.	

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

V. Mindestreserven

1. Reservesätze Deutschland

% der reservspflichtigen Verbindlichkeiten

Gültig ab:	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen
1995 1. August	2	2	1,5

Europäische Währungsunion

% der Reservebasis 1)

Gültig ab:	Satz
1999 1. Januar	2
2012 18. Januar	1

1 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt).

2. Reservehaltung in Deutschland bis Ende 1998

– gemäß der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR) –

Mio DM

Durchschnitt im Monat 1)	Reservspflichtige Verbindlichkeiten				Reserve-Soll 2)	Ist-Reserve 3)	Überschussreserven 4)		Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls
	insgesamt	Sichtverbindlichkeiten	befristete Verbindlichkeiten	Spareinlagen			Betrag	in % des Reserve-Solls	
1995 Dez.	2 066 565	579 337	519 456	967 772	36 492	37 337	845	2,3	3
1996 Dez.	2 201 464	655 483	474 342	1 071 639	38 671	39 522	851	2,2	4
1997 Dez.	2 327 879	734 986	476 417	1 116 477	40 975	41 721	745	1,8	3
1998 Dez.	2 576 889	865 444	564 878	1 146 567	45 805	46 432	627	1,4	4

1 Gemäß §§ 5 bis 7 der Anweisung der Deutschen Bundesbank über Mindestreserven (AMR). 2 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die reservspflichtigen Verbindlichkeiten (§ 5 Abs. 1 AMR). 3 Durchschnittliche Guthaben der

reservspflichtigen Kreditinstitute auf Girokonten bei der Deutschen Bundesbank. 4 Ist-Reserve abzüglich Reserve-Soll.

3. Reservehaltung in der Europäischen Währungsunion

– ab 1999 gemäß der EZB-Verordnung über Mindestreserven nach Art. 19.1 EZB/ESZB-Statut –

Erfüllungsperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Freibetrag 4)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages	Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe der Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
Europäische Währungsunion (Mrd €)							
2013 Sept.	10 422,7	104,2	0,5	103,8	268,4	164,7	0,0
Okt.	10 423,3	104,2	0,5	103,8	244,9	141,1	0,0
Nov.	10 379,0	103,8	0,5	103,3	220,2	116,9	0,0
Dez. 8)	10 385,9	103,9	0,5	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 Jan.	10 408,1	104,1	0,5	103,6	216,0	112,4	0,0
Febr.	10 330,4	103,3	0,5	102,8	201,1	98,3	0,0
März	10 403,5	104,0	0,5	103,6	195,2	91,6	0,0
April p)	10 397,5	104,0	0,5	103,5
Mai p)
Darunter: Deutschland (Mio €)							
2013 Sept.	2 749 459	27 495	178	27 317	92 920	65 603	20
Okt.	2 759 639	27 596	178	27 419	78 384	50 965	0
Nov.	2 741 870	27 419	177	27 241	67 149	39 908	0
Dez.	2 743 933	27 439	177	27 262	75 062	47 800	2
2014 Jan.	2 772 133	27 721	178	27 544	64 060	36 516	1
Febr.	2 733 718	27 337	178	27 159	61 004	33 845	3
März	2 765 104	27 651	178	27 473	58 580	31 107	0
April p)	2 769 221	27 692	178	27 515
Mai p)	2 759 990	27 600	178	27 422

1 Ab März 2004 beginnt die Erfüllungsperiode am Abwicklungstag des Hauptfinanzierungsgeschäfts, das auf auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die monatliche Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve-

plicht. 5 Durchschnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Lettland in Höhe von 0,187 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2013 betrug 103,2 Mrd €.

VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität	Gültig ab	Einlage- fazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzen- refi- nanzie- rungs- fazilität
		Festsatz	Mindest- bietungs- satz				Festsatz	Mindest- bietungs- satz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00
					11. März	0,50	1,50	–	2,50
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	8. April	0,25	1,25	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	13. Mai	0,25	1,00	–	1,75
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					

1 Gemäß § 247 BGB.

2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basis- zins- satz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2008 1. Jan.	3,32
1. Juli	2,47	1. Juli	3,19
2003 1. Jan.	1,97	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	1,22	1. Juli	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,13	2012 1. Jan.	0,12
2005 1. Jan.	1,21	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,38
2006 1. Jan.	1,37	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		

3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren) *)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender		Laufzeit
		Festsatz	Mindest- bietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.				Tage
Hauptrefinanzierungsgeschäfte						
2014 9. April	104 619	104 619	0,25	–	–	7
16. April	112 165	112 165	0,25	–	–	7
23. April	121 816	121 816	0,25	–	–	7
30. April	172 621	172 621	0,25	–	–	7
7. Mai	129 140	129 140	0,25	–	–	7
14. Mai	137 302	137 302	0,25	–	–	7
Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte						
2014 27. März	11 617	11 617	2) ...	–	–	91
9. April	28 023	28 023	0,25	–	–	35
2. Mai	13 193	13 193	2) ...	–	–	90
14. Mai	32 335	32 335	0,25	–	–	28

* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

4. Geldmarktsätze nach Monaten *)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA Swap Index 2)					EURIBOR 3)					
	EONIA 1)	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld	Wochengeld	Monatsgeld	Drei- monatsgeld	Sechs- monatsgeld	Zwölf- monatsgeld
2013 Okt.	0,09	0,09	0,09	0,11	0,13	0,17	0,10	0,13	0,23	0,34	0,54
Nov.	0,10	0,11	0,11	0,11	0,11	0,12	0,11	0,13	0,22	0,33	0,51
Dez.	0,17	0,16	0,18	0,16	0,15	0,15	0,17	0,21	0,27	0,37	0,54
2014 Jan.	0,20	0,18	0,18	0,17	0,17	0,16	0,19	0,22	0,29	0,40	0,56
Febr.	0,16	0,18	0,16	0,14	0,12	0,11	0,19	0,22	0,29	0,39	0,55
März	0,19	0,18	0,18	0,16	0,16	0,15	0,20	0,23	0,31	0,41	0,58
April	0,25	0,23	0,21	0,19	0,16	0,15	0,22	0,25	0,33	0,43	0,60

* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes, der EURIBOR Sätze und der EONIA Swap Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average; Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnitts-

satz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 EONIA Swap Index: Seit 20. Juni 2005 von Reuters veröffentlichter Referenzzinssatz für Eurogeldmarktderivate, der als Spot-Wert (T+2) auf der Zinsmethode act/360 basiert. 3 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

VI. Zinssätze

5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)

a) Bestände ^{o)}

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 März	1,43	112 731	2,10	226 940	0,64	79 303	3,30	21 000
April	1,38	110 618	2,09	226 550	0,60	80 849	3,25	20 869
Mai	1,35	108 839	2,06	225 847	0,58	78 814	3,23	20 652
Juni	1,30	106 091	2,04	225 027	0,57	77 887	3,23	20 352
Juli	1,22	103 026	2,03	224 111	0,55	79 887	3,16	20 464
Aug.	1,16	101 003	2,02	223 993	0,52	80 986	3,14	20 406
Sept.	1,12	99 321	2,01	223 867	0,53	79 626	3,11	20 467
Okt.	1,07	97 939	2,00	223 989	0,50	80 517	3,11	20 505
Nov.	1,05	97 422	1,98	224 581	0,49	79 894	3,10	20 486
Dez.	1,03	96 913	1,97	226 745	0,48	81 898	3,07	20 531
2014 Jan.	1,01	95 966	1,95	227 207	0,48	83 425	3,04	20 595
Febr.	0,99	95 572	1,94	227 617	0,44	86 581	3,02	20 561
März	0,97	95 257	1,92	227 607	0,45	85 749	3,01	20 226

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte ³⁾						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte ^{4) 5)}					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 März	3,32	5 380	3,34	28 892	4,19	959 296	7,59	61 732	5,19	75 792	5,19	308 862
April	3,35	5 429	3,31	28 943	4,17	960 434	7,57	60 887	5,17	76 405	5,17	309 418
Mai	3,34	5 513	3,28	28 887	4,15	962 645	7,51	60 234	5,15	76 791	5,15	309 610
Juni	3,33	5 484	3,26	28 964	4,12	965 019	7,56	61 368	5,13	76 634	5,14	308 931
Juli	3,28	5 653	3,22	28 977	4,09	968 047	7,53	59 608	5,12	77 021	5,12	309 175
Aug.	3,25	5 525	3,20	28 947	4,07	971 598	7,49	58 961	5,10	77 302	5,10	309 848
Sept.	3,29	5 599	3,18	29 073	4,05	973 593	7,64	60 893	5,08	77 444	5,08	308 291
Okt.	3,23	5 786	3,15	29 061	4,02	976 282	7,64	59 053	5,07	77 656	5,06	308 891
Nov.	3,17	5 644	3,13	29 027	4,01	979 253	7,55	56 483	5,03	77 800	5,05	309 729
Dez.	3,29	5 683	3,12	28 778	3,98	978 740	7,61	59 488	5,01	77 624	5,01	307 844
2014 Jan.	3,16	5 704	3,10	28 563	3,96	977 215	7,66	57 235	4,99	77 651	5,00	308 100
Febr.	3,20	5 602	3,08	28 337	3,94	979 347	7,61	56 749	4,97	77 550	4,98	308 406
März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 210	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr ⁶⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2013 März	3,14	138 467	3,00	125 754	3,33	580 544
April	3,13	135 048	2,96	125 073	3,32	582 836
Mai	3,09	135 366	2,93	125 949	3,31	583 258
Juni	3,14	136 903	2,92	124 651	3,30	582 718
Juli	3,10	133 507	2,89	125 709	3,29	583 497
Aug.	3,05	132 912	2,87	125 631	3,28	581 882
Sept.	3,12	135 674	2,87	123 701	3,28	580 155
Okt.	3,08	132 962	2,86	124 612	3,27	581 133
Nov.	3,07	133 346	2,85	124 895	3,26	584 312
Dez.	3,13	131 319	2,86	124 094	3,24	585 809
2014 Jan.	3,10	129 373	2,86	124 931	3,24	585 957
Febr.	3,11	131 524	2,84	125 835	3,23	586 261
März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 768

* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedsstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. ^{o)} Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. ¹⁾ Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. ²⁾ Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. ³⁾ Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. ⁴⁾ Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. ⁵⁾ Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. ⁶⁾ Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte													
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist ⁸⁾					
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten			
		Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ²⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ²⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ²⁾ Mio €
Erhebungszeitraum													
2013 März	0,50	862 900	0,79	7 753	1,37	620	1,52	1 501	0,96	529 260	1,33	85 257	
April	0,47	869 149	0,80	7 655	1,37	796	1,38	1 567	0,90	528 646	1,26	83 717	
Mai	0,46	881 098	0,82	7 485	1,47	868	1,53	1 545	0,90	528 835	1,21	81 737	
Juni	0,44	888 922	0,77	6 939	1,41	633	1,46	1 345	0,87	528 594	1,18	80 868	
Juli	0,43	895 155	0,74	8 578	1,26	765	1,37	1 475	0,86	527 971	1,14	79 828	
Aug.	0,42	904 740	0,75	7 310	1,17	546	1,36	1 130	0,85	528 142	1,12	78 869	
Sept.	0,41	905 458	0,73	7 130	1,16	586	1,45	1 237	0,85	527 842	1,09	78 103	
Okt.	0,40	915 399	0,71	7 583	1,06	883	1,44	1 553	0,82	527 870	1,06	78 030	
Nov.	0,39	935 789	0,74	7 097	1,09	869	1,58	1 750	0,83	527 862	1,02	77 998	
Dez.	0,39	931 980	0,66	7 630	1,06	700	1,48	1 406	0,79	532 012	0,99	77 698	
2014 Jan.	0,38	937 354	0,75	8 957	1,10	837	1,58	1 785	0,77	531 516	0,96	77 239	
Febr.	0,38	945 510	0,78	7 933	0,99	810	1,34	1 514	0,80	531 906	0,94	77 471	
März	0,37	942 553	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451	

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften									
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit							
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren			
		Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ²⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €
Erhebungszeitraum									
2013 März	0,20	298 710	0,19	19 875	0,77	507	1,30	266	
April	0,19	305 231	0,22	16 608	0,77	417	1,17	526	
Mai	0,18	308 618	0,19	23 572	0,74	508	1,53	202	
Juni	0,17	300 393	0,21	14 370	0,60	408	1,21	247	
Juli	0,16	305 708	0,20	15 631	0,96	460	1,60	538	
Aug.	0,16	312 892	0,17	16 639	0,73	516	1,62	191	
Sept.	0,16	318 355	0,17	17 489	0,72	463	1,38	224	
Okt.	0,16	321 180	0,15	18 642	0,71	381	1,48	277	
Nov.	0,16	322 015	0,16	17 258	0,72	383	1,46	232	
Dez.	0,16	328 291	0,23	23 419	0,79	367	1,63	428	
2014 Jan.	0,15	320 229	0,24	25 407	0,66	391	1,36	417	
Febr.	0,15	315 847	0,23	22 970	0,65	371	2,07	265	
März	0,17	313 214	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389	

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung ⁵⁾												
variabel oder bis 1 Jahr ⁹⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen ¹⁰⁾						
						variabel oder bis 1 Jahr ⁹⁾		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
						Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.	Volumen ⁷⁾ Mio €	Effektivzinssatz ¹⁾ % p.a.
Erhebungszeitraum												
2013 März	1,90	4 698	3,80	900	2,88	2 574	2,10	2 636	3,95	717	2,88	1 432
April	1,99	5 235	3,57	1 181	2,95	2 815	2,33	2 916	3,70	882	2,88	1 734
Mai	1,80	3 726	3,62	864	2,91	2 318	2,04	2 255	3,80	670	2,88	1 325
Juni	1,84	4 485	3,65	886	2,81	2 651	2,01	2 768	3,85	657	2,76	1 497
Juli	1,92	5 623	3,30	1 332	3,01	3 583	2,20	3 201	3,41	999	3,00	2 019
Aug.	1,93	4 052	3,55	961	3,03	2 398	2,04	2 464	3,75	628	2,97	1 568
Sept.	1,93	4 695	3,56	900	3,03	2 472	2,08	2 756	3,67	669	2,96	1 331
Okt.	1,85	5 116	3,48	1 047	3,09	2 141	2,05	2 979	3,62	760	3,04	1 271
Nov.	1,89	3 676	3,61	909	2,99	2 024	2,11	2 160	3,78	666	2,92	1 275
Dez.	1,87	6 139	3,45	1 098	2,90	2 922	2,01	3 261	3,57	858	2,85	1 729
2014 Jan.	1,98	5 139	3,38	1 102	2,91	2 188	2,31	2 887	3,49	806	2,83	1 438
Febr.	1,89	3 836	3,32	902	2,94	2 153	2,21	2 252	3,63	622	2,85	1 223
März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. ⁷ Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. ⁸ Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. ⁹ Ohne Überziehungskredite. ¹⁰ Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte									
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)									
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €						
Kredite insgesamt									
2013 März	6,33	6,15	5 186	4,56	488	5,00	2 503	7,81	2 195
April	6,30	6,18	5 658	4,89	554	4,94	2 725	7,91	2 379
Mai	6,39	6,29	5 325	5,60	697	5,00	2 401	7,89	2 227
Juni	6,41	6,29	5 396	5,46	618	5,03	2 399	7,77	2 379
Juli	6,52	6,42	5 990	5,28	480	5,15	2 708	7,84	2 802
Aug.	6,44	6,34	5 253	5,40	554	5,09	2 288	7,73	2 411
Sept.	6,40	6,32	4 759	5,79	379	5,02	2 195	7,71	2 185
Okt.	6,40	6,33	5 232	5,95	504	5,02	2 417	7,77	2 311
Nov.	6,31	6,22	4 766	5,78	592	5,01	2 218	7,73	1 956
Dez.	5,97	5,87	4 327	5,32	588	5,00	2 254	7,41	1 485
2014 Jan.	6,56	6,47	5 445	5,73	538	5,20	2 478	7,93	2 429
Febr.	6,40	6,32	5 076	5,87	591	5,09	2 300	7,73	2 185
März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420
darunter: besicherte Kredite 12)									
2013 März	.	4,10	278	3,43	49	4,70	140	3,52	89
April	.	3,92	316	2,96	60	4,55	165	3,40	91
Mai	.	3,95	273	3,19	41	4,57	141	3,32	91
Juni	.	4,15	274	3,65	43	4,66	155	3,41	76
Juli	.	4,09	334	3,27	60	4,74	171	3,48	103
Aug.	.	4,16	259	3,49	44	4,69	137	3,60	78
Sept.	.	4,28	246	3,47	33	4,67	143	3,87	70
Okt.	.	4,37	250	3,63	38	4,70	146	4,07	66
Nov.	.	4,40	221	3,64	35	4,71	133	4,12	53
Dez.	.	4,24	247	3,48	42	4,63	149	3,79	56
2014 Jan.	.	4,04	245	2,65	61	4,73	122	4,06	62
Febr.	.	4,35	217	3,11	33	4,84	119	4,10	65
März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €								
Kredite insgesamt											
2013 März	2,87	2,81	15 659	2,75	2 291	2,54	2 045	2,77	6 235	2,99	5 088
April	2,90	2,83	18 191	2,87	2 887	2,50	2 364	2,74	7 590	3,08	5 350
Mai	2,79	2,71	15 740	2,91	2 281	2,38	2 004	2,64	6 498	2,84	4 957
Juni	2,71	2,64	16 804	2,79	2 317	2,31	2 054	2,57	6 758	2,78	5 675
Juli	2,78	2,71	21 404	2,80	3 304	2,39	2 727	2,67	9 161	2,85	6 212
Aug.	2,87	2,79	16 749	2,81	2 302	2,45	2 166	2,74	7 027	2,97	5 254
Sept.	2,92	2,86	15 567	2,86	2 266	2,46	2 017	2,82	6 594	3,07	4 690
Okt.	2,97	2,89	17 153	2,75	3 065	2,53	2 373	2,91	7 044	3,14	4 671
Nov.	2,98	2,90	14 279	2,82	2 106	2,51	1 912	2,91	5 686	3,09	4 575
Dez.	2,90	2,83	14 896	2,75	2 436	2,45	2 119	2,85	6 169	3,04	4 172
2014 Jan.	2,94	2,84	16 675	2,70	3 082	2,54	2 460	2,86	6 752	3,07	4 381
Febr.	2,90	2,83	15 089	2,85	2 762	2,43	2 061	2,81	5 540	3,02	4 726
März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
darunter: besicherte Kredite 12)											
2013 März	.	2,71	7 343	2,56	929	2,34	1 012	2,70	2 980	2,95	2 422
April	.	2,79	8 545	2,73	1 170	2,39	1 181	2,66	3 591	3,16	2 603
Mai	.	2,61	7 361	2,69	907	2,23	998	2,58	3 117	2,80	2 339
Juni	.	2,53	8 137	2,49	958	2,18	1 039	2,51	3 326	2,70	2 814
Juli	.	2,60	10 324	2,65	1 236	2,27	1 392	2,58	4 435	2,76	3 261
Aug.	.	2,69	7 910	2,51	979	2,33	1 045	2,68	3 307	2,91	2 579
Sept.	.	2,76	7 391	2,65	860	2,36	1 045	2,76	3 193	2,99	2 293
Okt.	.	2,84	8 293	2,64	1 219	2,49	1 268	2,87	3 471	3,09	2 335
Nov.	.	2,83	6 718	2,68	801	2,45	969	2,85	2 709	3,03	2 239
Dez.	.	2,74	6 812	2,55	895	2,34	1 066	2,80	2 849	2,95	2 002
2014 Jan.	.	2,79	7 816	2,68	1 079	2,48	1 271	2,80	3 255	3,01	2 211
Febr.	.	2,80	7 211	2,87	1 276	2,37	1 011	2,76	2 664	2,99	2 600
März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 12 s. S. 47*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) *)
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2013 März	9,55	45 946	9,60	39 869	14,69	3 774	4,24	72 271	4,26	72 031		
April	9,52	45 107	9,62	38 827	14,70	3 846	4,25	69 020	4,26	68 777		
Mai	9,50	45 021	9,60	38 709	14,70	3 891	4,18	69 112	4,20	68 890		
Juni	9,50	46 126	9,52	39 588	14,65	4 127	4,32	69 789	4,34	69 530		
Juli	9,55	44 772	9,51	38 381	14,58	4 136	4,30	66 621	4,31	66 406		
Aug.	9,44	44 307	9,49	37 586	14,60	4 183	4,22	66 681	4,24	66 472		
Sept.	9,48	46 356	9,54	39 542	14,63	4 254	4,31	69 234	4,33	68 982		
Okt.	9,43	44 775	9,44	38 011	14,63	4 258	4,26	66 570	4,28	66 316		
Nov.	9,35	42 848	9,30	36 099	14,64	4 288	4,21	67 193	4,23	66 944		
Dez.	9,30	45 730	9,41	38 335	14,62	4 358	4,28	66 825	4,30	66 572		
2014 Jan.	9,36	43 888	9,38	37 050	14,51	4 288	4,27	65 336	4,29	65 106		
Febr.	9,31	43 418	9,29	36 571	14,55	4 259	4,28	66 556	4,31	66 281		
März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
Kredite insgesamt												
2013 März	2,92	7 360	3,58	1 322	2,88	1 144	1,83	38 944	2,63	2 000	2,81	4 220
April	2,92	7 813	3,50	1 509	2,85	1 170	1,80	37 523	2,85	1 491	2,77	4 495
Mai	3,00	7 028	3,51	1 197	2,67	1 076	1,68	33 009	2,77	1 239	2,52	4 020
Juni	2,97	7 849	3,62	902	2,67	1 260	1,75	41 928	2,58	2 153	2,80	5 651
Juli	2,95	8 387	3,57	1 131	2,80	1 489	1,71	43 328	2,84	2 497	3,00	6 045
Aug.	2,80	6 715	3,66	830	2,80	1 275	1,70	32 698	2,51	1 386	2,83	4 394
Sept.	2,97	7 696	3,69	822	2,82	1 074	1,80	38 460	2,84	1 757	2,87	4 817
Okt.	2,92	8 264	3,61	992	2,95	1 181	1,79	42 301	2,86	2 872	3,03	4 462
Nov.	2,99	6 860	3,69	903	2,85	1 022	1,70	32 900	2,43	1 180	2,70	5 032
Dez.	3,01	7 750	3,59	1 032	2,74	1 380	1,86	44 537	2,62	3 368	2,75	8 311
2014 Jan.	2,92	7 777	3,50	995	2,93	1 164	1,85	40 304	2,41	1 534	2,82	4 479
Febr.	2,97	6 822	3,67	726	2,87	1 009	1,71	32 393	2,14	1 285	2,91	3 721
März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 920	2,51	1 289	2,76	4 529
darunter: besicherte Kredite 12)												
2013 März	2,86	1 027	3,04	127	2,78	319	2,04	7 793	2,45	861	2,70	1 161
April	2,70	1 305	3,03	175	2,71	337	2,19	7 219	2,61	560	2,98	1 458
Mai	2,85	961	2,79	134	2,48	321	2,04	5 488	2,82	474	2,78	1 322
Juni	2,82	948	2,82	124	2,50	336	2,10	6 829	2,51	1 058	2,55	1 344
Juli	2,83	1 301	2,85	184	2,63	468	2,20	7 145	2,98	985	2,95	1 621
Aug.	2,82	799	3,08	130	2,61	404	2,14	4 994	2,60	459	2,86	1 245
Sept.	2,87	904	2,80	138	2,65	318	2,10	5 972	3,08	926	2,71	1 439
Okt.	2,67	1 133	2,88	153	2,79	326	2,22	8 531	2,99	1 523	2,92	1 288
Nov.	2,88	746	2,97	114	2,77	274	2,11	4 596	2,75	415	2,65	1 445
Dez.	2,83	912	2,75	154	2,55	449	2,24	6 744	2,35	1 542	2,73	3 014
2014 Jan.	2,71	1 122	2,69	161	2,85	324	2,16	8 627	2,65	519	2,87	1 224
Febr.	2,86	772	2,72	105	2,66	316	2,16	4 281	2,39	300	2,73	796
März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 620	2,68	408	2,66	994

Anmerkungen * und 1 bis 6 s. S. 44*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45*; Anmerkung 11 s. S. 46*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingkredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	Finanzielle Aktiva									Nichtfinanzielle Aktiva
insgesamt	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013	2 229,4	2 158,3	540,1	322,5	285,3	224,3	656,7	64,9	64,5	71,1
2011 4.Vj.	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012 1.Vj.	2 058,3	1 994,4	572,5	248,3	275,5	222,1	549,8	62,4	63,8	63,9
2.Vj.	2 078,0	2 013,1	568,9	259,6	275,6	221,0	561,3	62,6	64,0	64,9
3.Vj.	2 124,8	2 059,2	566,1	277,5	277,0	223,5	588,0	62,9	64,3	65,6
4.Vj.	2 157,2	2 090,9	560,1	289,6	278,4	223,7	611,6	63,1	64,4	66,3
2013 1.Vj.	2 196,3	2 129,1	559,9	304,0	280,3	225,2	629,3	64,9	65,6	67,2
2.Vj.	2 190,5	2 122,6	554,2	306,4	280,5	224,6	626,6	64,7	65,6	67,9
3.Vj.	2 207,7	2 138,3	546,9	311,8	284,0	224,3	641,8	64,6	64,9	69,4
4.Vj.	2 229,4	2 158,3	540,1	322,5	285,3	224,3	656,7	64,9	64,5	71,1
Versicherungen										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 743,4	1 697,0	382,9	274,2	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
2011 4.Vj.	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012 1.Vj.	1 620,6	1 578,7	415,4	211,4	249,4	210,3	381,3	58,6	52,5	41,9
2.Vj.	1 635,4	1 592,7	412,5	220,6	249,3	209,0	389,9	58,7	52,6	42,7
3.Vj.	1 671,2	1 628,1	409,4	236,7	250,6	211,3	408,6	58,8	52,7	43,0
4.Vj.	1 694,4	1 651,1	403,7	247,6	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013 1.Vj.	1 726,1	1 682,3	402,1	261,5	253,5	212,5	438,2	60,7	53,8	43,8
2.Vj.	1 719,6	1 675,3	397,2	262,2	253,8	211,9	436,1	60,5	53,7	44,3
3.Vj.	1 730,7	1 685,2	390,1	266,6	256,8	211,3	447,2	60,4	52,8	45,5
4.Vj.	1 743,4	1 697,0	382,9	274,2	257,9	211,1	458,2	60,6	52,2	46,4
Pensionseinrichtungen 4)										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013	486,0	461,3	157,2	48,3	27,4	13,2	198,5	4,3	12,3	24,6
2011 4.Vj.	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012 1.Vj.	437,7	415,7	157,1	36,9	26,1	11,8	168,5	3,9	11,3	22,0
2.Vj.	442,6	420,4	156,4	39,0	26,2	12,0	171,4	3,9	11,4	22,2
3.Vj.	453,6	431,1	156,7	40,9	26,4	12,2	179,4	4,0	11,5	22,5
4.Vj.	462,8	439,8	156,5	42,0	26,7	12,3	186,5	4,1	11,7	23,0
2013 1.Vj.	470,3	446,8	157,8	42,5	26,8	12,7	191,1	4,2	11,8	23,4
2.Vj.	470,9	447,3	157,0	44,2	26,7	12,8	190,6	4,2	11,9	23,6
3.Vj.	477,0	453,1	156,8	45,2	27,3	12,9	194,6	4,3	12,0	23,9
4.Vj.	486,0	461,3	157,2	48,3	27,4	13,2	198,5	4,3	12,3	24,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionsstreuthand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva *)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungs- fälle		
Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013	2 229,4	16,9	80,1	197,7	1 786,4	1 507,9	278,6	73,8	74,4
2011 4.Vj.	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012 1.Vj.	2 058,3	19,4	72,9	134,6	1 652,9	1 383,4	269,6	71,8	106,6
2.Vj.	2 078,0	18,7	75,5	123,0	1 667,9	1 398,2	269,7	71,5	121,3
3.Vj.	2 124,8	19,3	77,2	141,1	1 684,5	1 414,5	270,0	71,4	131,3
4.Vj.	2 157,2	22,4	77,1	158,9	1 703,2	1 432,0	271,2	71,4	124,0
2013 1.Vj.	2 196,3	21,4	78,1	169,7	1 739,0	1 460,7	278,3	72,8	115,3
2.Vj.	2 190,5	17,8	79,0	172,1	1 751,6	1 474,0	277,6	73,1	97,0
3.Vj.	2 207,7	16,5	79,6	177,0	1 766,0	1 488,6	277,3	73,4	95,3
4.Vj.	2 229,4	16,9	80,1	197,7	1 786,4	1 507,9	278,6	73,8	74,4
Versicherungen									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
2011 4.Vj.	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012 1.Vj.	1 620,6	19,4	69,1	128,8	1 245,0	975,9	269,1	69,9	88,4
2.Vj.	1 635,4	18,7	71,5	117,7	1 256,4	987,1	269,3	69,7	101,4
3.Vj.	1 671,2	19,3	73,2	135,0	1 268,5	998,9	269,6	69,6	105,6
4.Vj.	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013 1.Vj.	1 726,1	21,4	74,0	162,3	1 308,8	1 031,0	277,8	70,9	88,6
2.Vj.	1 719,6	17,8	74,8	164,5	1 317,7	1 040,5	277,2	71,2	73,7
3.Vj.	1 730,7	16,5	75,4	169,2	1 326,8	1 050,0	276,9	71,4	71,4
4.Vj.	1 743,4	16,9	75,8	188,8	1 338,3	1 060,2	278,1	71,8	51,8
Pensionseinrichtungen 5)									
2005	259,3	–	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	–	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	–	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	–	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	–	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	–	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013	486,0	–	4,3	8,9	448,2	447,7	0,5	2,0	22,6
2011 4.Vj.	426,6	–	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012 1.Vj.	437,7	–	3,9	5,8	407,9	407,5	0,5	1,9	18,2
2.Vj.	442,6	–	3,9	5,3	411,5	411,1	0,5	1,9	19,9
3.Vj.	453,6	–	4,0	6,1	416,0	415,6	0,4	1,9	25,7
4.Vj.	462,8	–	4,1	6,9	423,3	422,8	0,4	1,9	26,6
2013 1.Vj.	470,3	–	4,1	7,4	430,1	429,7	0,5	1,9	26,7
2.Vj.	470,9	–	4,2	7,5	433,9	433,5	0,5	1,9	23,3
3.Vj.	477,0	–	4,2	7,8	439,1	438,7	0,5	2,0	23,9
4.Vj.	486,0	–	4,3	8,9	448,2	447,7	0,5	2,0	22,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. * Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1. Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2. Einschl. Genuss-Scheine. 3. Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4. Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5. Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversicherungs-einrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere						Erwerb				
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz				aus- ländische Schuldver- schrei- bungen 4)	Inländer				
		zu- sam- men	Bank- schuld- ver- schrei- bungen	Anleihen von Unter- nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent- lichen Hand 3)		zu- sam- men 5)	Kredit- institute einschließ- lich Bauspar- kassen 6)	Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)	Aus- länder 8)
2002	175 396	124 035	47 296	14 506	62 235	51 361	60 476	13 536	.	46 940	114 920
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	538	114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	68 536	19 945
2010	146 620	1 212	7 621	24 044	17 635	147 831	92 682	103 271	22 967	172 986	53 938
2011	36 638	13 575	46 796	850	59 521	23 064	17 173	94 793	36 805	40 814	53 811
2012	54 965	21 419	98 820	8 701	86 103	76 382	7 184	42 017	3 573	52 774	47 781
2013	11 172	101 616	117 187	153	15 415	90 443	24 158	25 778	12 708	62 646	35 330
2013 Mai	17 279	2 884	9 809	421	6 504	20 162	1 838	3 962	1 050	6 850	15 441
2013 Juni	13 132	17 431	9 542	5 473	2 416	4 298	12 255	3 451	1 280	10 084	25 387
2013 Juli	19 574	28 318	12 903	2 594	12 821	8 744	3 454	3 106	796	448	16 120
2013 Aug.	929	6 470	12 968	70	6 428	7 399	2 952	1 447	1 568	2 831	3 881
2013 Sept.	4 645	4 784	560	1 743	2 481	139	5 965	6 077	351	463	1 320
2013 Okt.	7 451	5 582	5 401	5 716	5 266	1 869	6 018	3 717	751	10 486	1 433
2013 Nov.	19 214	4 316	8 410	1 251	13 977	14 898	6 386	7 717	167	1 164	12 828
2013 Dez.	38 456	39 871	24 847	4 973	10 051	1 415	4 338	4 647	1 215	1 524	34 118
2014 Jan.	6 649	2 476	3 705	3 516	4 744	4 173	4 128	4 149	1 511	1 532	10 777
2014 Febr.	4 135	691	8 978	409	9 260	3 444	9 808	1 895	560	7 353	13 943
2014 März	5 280	14 577	12 262	1 890	425	19 857	15 721	641	203	15 283	10 441

Mio €

Zeit	Aktien						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb			
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu- sam- men 11)	Kredit- institute 6)	übrige Sektoren 12)	Ausländer 13)
2002	39 338	9 232	30 106	18 398	23 236	41 634	20 941
2003	11 896	16 838	4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	3 317	10 157	13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	5 009	10 053	15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	23 718	21 713	2 005	38 558	670	37 888	14 838
2012	19 164	5 120	14 044	18 022	10 259	7 763	1 142
2013	30 015	10 106	19 910	24 994	11 991	13 003	5 022
2013 Mai	10 682	5 560	5 122	4 921	10 712	5 791	15 603
2013 Juni	2 296	1 544	752	5 635	8 772	3 137	7 931
2013 Juli	7 986	109	7 877	6 613	4 697	1 916	1 373
2013 Aug.	790	158	632	408	855	447	1 198
2013 Sept.	1 609	188	1 421	249	3 053	2 804	1 361
2013 Okt.	1 847	181	1 666	5 545	242	5 787	3 698
2013 Nov.	1 327	153	1 480	4 640	347	4 987	3 312
2013 Dez.	2 573	1 042	3 615	7 874	2 257	5 617	5 301
2014 Jan.	3 931	115	3 816	11 526	8 586	2 940	7 595
2014 Febr.	4 284	599	4 883	9 985	11 608	1 623	5 701
2014 März	5 095	111	4 984	9 180	10 246	1 066	4 086

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

VIII. Kapitalmarkt

2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
Brutto-Absatz 4)									
2002	818 725	569 232	41 496	119 880	117 506	290 353	17 574	231 923	10 313
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2013 Aug.	112 069	71 290	2 809	2 970	50 358	15 153	3 725	37 054	–
Sept.	110 040	61 322	1 038	644	45 215	14 426	3 476	45 242	–
Okt.	128 631	81 762	1 466	1 003	67 675	11 617	7 351	39 518	–
Nov.	128 109	79 061	1 435	1 276	63 765	12 585	7 094	41 954	–
Dez.	87 498	64 466	2 593	83	52 602	9 189	3 694	19 338	–
2014 Jan.	139 700	84 157	3 375	739	67 865	12 178	8 279	47 264	–
Febr.	124 699	75 356	1 798	1 693	56 175	15 689	6 962	42 382	–
März	106 104	67 913	1 311	1 140	51 987	13 474	6 396	31 795	–
darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)									
2002	309 157	176 486	16 338	59 459	34 795	65 892	12 149	120 527	9 213
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2013 Aug.	28 577	11 793	1 891	2 931	1 909	5 062	1 789	14 996	–
Sept.	31 256	13 633	474	401	6 944	5 814	2 127	15 496	–
Okt.	37 193	15 712	894	1 003	9 319	4 496	5 682	15 799	–
Nov.	34 143	9 962	995	1 266	2 947	4 754	3 910	20 271	–
Dez.	15 389	5 600	1 003	83	1 140	3 375	3 013	6 775	–
2014 Jan.	47 766	19 040	1 966	678	11 913	4 483	5 450	23 277	–
Febr.	37 065	14 515	1 456	1 193	4 557	7 309	5 831	16 718	–
März	30 525	14 067	1 025	555	8 299	4 188	4 175	12 283	–
Netto-Absatz 6)									
2002	131 976	56 393	7 936	– 26 806	20 707	54 561	14 306	61 277	– 44 546
2003	124 556	40 873	2 700	– 42 521	44 173	36 519	18 431	65 253	– 54 990
2004	167 233	81 860	1 039	– 52 615	50 142	83 293	18 768	66 605	– 22 124
2005	141 715	65 798	– 2 151	– 34 255	37 242	64 962	10 099	65 819	– 35 963
2006	129 423	58 336	– 12 811	– 20 150	44 890	46 410	15 605	55 482	– 19 208
2007	86 579	58 168	– 10 896	– 46 629	42 567	73 127	– 3 683	32 093	– 29 570
2008	119 472	8 517	15 052	– 65 773	25 165	34 074	82 653	28 302	– 31 607
2009	76 441	– 75 554	858	– 80 646	25 579	– 21 345	48 508	103 482	– 21 037
2010	21 566	– 87 646	– 3 754	– 63 368	28 296	– 48 822	23 748	85 464	– 10 904
2011	22 518	– 54 582	1 657	– 44 290	32 904	– 44 852	– 3 189	80 289	– 5 989
2012	– 85 298	– 100 198	– 4 177	– 41 660	– 3 259	– 51 099	– 6 401	21 298	– 2 605
2013	– 140 017	– 125 932	– 17 364	– 37 778	– 4 027	– 66 760	1 394	– 15 479	– 3 057
2013 Aug.	1 865	– 11 635	– 2 962	– 1 543	423	– 7 552	– 346	13 154	–
Sept.	– 5 438	– 3 138	– 1 208	– 1 649	5 047	– 5 328	– 1 167	– 1 134	– 994
Okt.	– 491	– 6 757	– 1 376	– 2 986	5 398	– 7 793	5 348	918	–
Nov.	13 485	– 6 268	– 452	– 1 779	– 1 315	– 2 722	1 627	18 127	– 15
Dez.	– 38 645	– 26 745	– 258	– 2 089	– 14 217	– 10 180	– 3 261	– 8 639	– 264
2014 Jan.	– 16 657	669	1 245	– 6 460	14 678	– 8 795	1	– 17 327	–
Febr.	12 134	– 8 752	– 1 965	– 703	– 3 936	– 2 149	4 413	16 473	– 4
März	– 16 495	– 14 777	– 862	– 956	– 9 313	– 3 646	505	– 2 223	–

* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihft 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

VIII. Kapitalmarkt

3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland *)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2002	2 481 220	1 563 034	155 620	649 061	222 427	535 925	36 646	881 541	247 655
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2013 Sept.	3 170 979	1 328 110	129 728	116 145	580 270	501 968	218 137	1 624 732	10 702
Okt.	3 170 488	1 321 353	128 352	113 159	585 668	494 175	223 485	1 625 650	10 702
Nov.	3 183 974	1 315 085	127 900	111 379	584 353	491 453	225 112	1 643 777	10 687
Dez.	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014 Jan.	3 128 671	1 289 009	128 887	102 830	584 815	472 477	221 852	1 617 811	10 422
Febr.	3 140 805	1 280 256	126 922	102 127	580 879	470 329	226 265	1 634 283	10 419
März	3 124 310	1 265 480	126 060	101 171	571 566	466 683	226 770	1 632 060	10 419

Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: März 2014

Restlaufzeit	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
bis unter 2	1 190 303	570 337	50 763	49 931	225 807	243 835	49 033	570 934	4 062
2 bis unter 4	666 363	299 542	39 947	26 974	140 543	92 078	36 566	330 254	2 800
4 bis unter 6	441 912	183 329	19 254	14 326	103 446	46 299	36 602	221 981	306
6 bis unter 8	279 933	90 043	10 267	3 770	51 552	24 452	20 356	169 534	341
8 bis unter 10	215 948	42 697	4 242	3 312	16 192	18 950	16 022	157 230	1 332
10 bis unter 15	75 772	24 390	1 446	2 240	12 767	7 936	7 341	44 042	579
15 bis unter 20	41 400	10 790	11	248	5 133	5 399	2 564	28 046	30
20 und darüber	212 680	44 354	128	369	16 125	27 732	58 286	110 041	967

* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten *)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtigungsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2002	168 716	2 528	4 307	1 291	486	1 690	868	2 152	2 224	647 492	
2003	162 131	6 585	4 482	923	211	513	322	10 806	1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	1 760	2 286	887 217	
2005	163 071	1 733	2 470	1 040	694	268	1 443	3 060	1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	1 868	1 256	3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	682	1 847	1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	428	608	1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	97	3 741	1 269	974	927 256	
2010	174 596	1 096	3 265	497	178	10	486	993	3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	552	762	3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	9	478	594	2 411	1 150 188	
2013	171 741	6 879	2 971	718	476	9	1 432	619	8 992	1 432 658	
2013 Sept.	171 651	163	149	113	1	9	56	24	20	1 291 028	
Okt.	171 643	8	88	8	9	9	60	18	26	1 358 708	
Nov.	171 811	167	63	5	127	9	2	13	16	1 410 435	
Dez.	171 741	70	280	9	0	9	8	317	27	1 432 658	
2014 Jan.	171 660	81	65	1	0	9	49	32	164	1 382 182	
Febr.	171 638	22	131	0	17	9	3	143	24	1 439 031	
März	171 576	62	96	200	0	9	81	246	30	1 435 810	

* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierte Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regelierten Markt aufge-

haben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

VIII. Kapitalmarkt

5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)							Indizes 2) 3)			
	Anleihen der öffentlichen Hand				Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien	
	insgesamt	zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre		Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)							
% p.a.						Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
2002	4,7	4,6	4,6	4,8	4,7	5,1	6,0	117,56	97,80	188,46	2 892,63
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2013 Nov.	1,4	1,4	1,4	1,7	1,3	2,1	3,6	133,97	107,47	460,21	9 405,30
2013 Dez.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,2	3,5	132,11	105,92	466,53	9 552,16
2014 Jan.	1,5	1,5	1,5	1,8	1,4	2,3	3,4	134,32	108,06	455,15	9 306,48
2014 Febr.	1,3	1,3	1,3	1,6	1,2	2,1	3,4	134,67	107,99	474,14	9 692,08
2014 März	1,3	1,3	1,3	1,5	1,2	2,1	3,4	134,70	108,16	467,04	9 555,91
2014 April	1,3	1,3	1,3	1,5	1,1	2,0	3,3	134,91	108,60	465,58	9 603,23

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominiert sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Mio €

Zeit	Absatz							Erwerb						
	inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer						
	Absatz = Erwerb insgesamt	Publikumsfonds		darunter				ausländische Fonds 4)	zusammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)		Ausländer 5)
		zusammen	zusammen	Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Offene Immobilien-fonds	Spezial-fonds			zusammen	darunter ausländische Anteile	zusammen	darunter ausländische Anteile	
2002	66 571	59 482	25 907	3 682	7 247	14 916	33 575	7 089	67 251	2 100	3 007	65 151	4 082	680
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 497	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 277	39 401	7 576	694	46 977	1 970	7 095
2012	111 639	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 696	115 438	3 062	1 562	118 500	23 257	3 799
2013	122 652	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 315	116 651	771	100	115 880	31 214	6 001
2013 Sept.	6 111	4 206	498	88	419	19	3 708	1 905	5 451	14	435	5 465	1 470	660
2013 Okt.	12 755	5 849	1 824	105	2 156	470	4 025	6 906	10 848	1 332	1 608	9 516	5 298	1 907
2013 Nov.	9 710	8 784	2 882	94	3 139	313	11 666	926	6 776	737	418	6 039	508	2 934
2013 Dez.	14 437	13 930	520	15	40	398	13 410	507	13 927	1 662	1 537	15 589	2 044	510
2014 Jan.	7 048	4 613	750	124	15	479	3 863	2 435	6 350	365	451	6 715	2 886	698
2014 Febr.	12 757	8 445	2 163	52	2 426	114	6 282	4 312	12 737	99	243	12 836	4 069	20
2014 März	13 527	10 588	1 731	205	558	192	10 761	2 939	14 325	121	322	14 204	2 617	798

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Finanzierung der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012				2013			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	66,7	86,4	68,3	21,1	22,2	19,9	23,3	9,1	17,3	10,3	31,6
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	- 1,9	- 17,0	- 15,0	- 2,8	- 2,4	- 4,7	- 7,2	- 4,6	- 5,5	- 1,0	- 3,8
Aktien	16,1	- 3,4	- 5,7	- 1,0	0,5	- 0,5	- 2,5	2,6	- 0,6	- 4,3	- 3,5
Sonstige Anteilsrechte	3,0	3,1	3,0	0,8	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,6
Investmentzertifikate	- 14,5	0,2	20,3	- 1,6	- 2,1	- 1,1	5,0	10,5	3,9	2,8	3,1
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	45,7	69,8	70,4	24,3	16,5	12,8	16,2	24,7	17,0	12,6	16,1
kurzfristige Ansprüche	0,6	2,3	2,8	0,6	0,6	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6	0,7
längerfristige Ansprüche	45,2	67,5	67,6	23,6	16,0	12,2	15,7	23,9	16,3	12,0	15,5
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	11,1	11,9	10,9	2,9	3,0	2,9	3,0	2,7	2,8	2,7	2,8
Sonstige Forderungen 4)	17,6	1,2	- 4,5	6,1	- 0,0	- 0,2	- 4,7	1,2	1,3	7,9	- 14,9
Insgesamt	143,8	152,1	147,7	49,8	38,5	30,0	33,8	47,0	36,9	31,9	31,9
II. Finanzierung											
Kredite	11,6	14,9	11,5	- 1,1	6,7	6,1	3,2	- 3,7	5,8	8,6	0,7
kurzfristige Kredite	- 2,1	- 1,0	- 3,2	- 0,1	0,8	- 0,9	- 0,8	- 1,5	- 0,3	- 0,0	- 1,3
längerfristige Kredite	13,6	16,0	14,6	- 1,0	5,9	7,0	4,0	- 2,1	6,1	8,7	2,0
Sonstige Verbindlichkeiten	1,6	0,6	0,3	0,4	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,0	0,1
Insgesamt	13,1	15,6	11,8	- 0,7	6,8	6,2	3,3	- 3,5	5,9	8,7	0,7
Unternehmen											
I. Geldvermögensbildung											
Bargeld und Einlagen	14,0	6,6	- 4,8	- 21,4	- 10,2	4,7	33,5	- 46,0	- 16,2	43,5	13,8
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	4,9	- 2,6	- 0,2	0,2	- 0,0	- 0,6	- 2,2	1,4	- 2,1	1,2	- 0,7
Finanzderivate	14,8	9,3	6,8	- 0,2	3,9	2,2	3,4	1,3	2,9	0,7	1,9
Aktien	19,6	20,9	15,6	6,4	- 6,5	5,5	15,5	10,7	0,9	8,6	- 4,6
Sonstige Anteilsrechte	43,8	25,2	15,8	9,4	13,3	13,4	- 10,8	12,8	- 1,1	4,2	- 0,2
Investmentzertifikate	8,2	- 0,2	7,4	- 5,2	1,0	0,7	3,3	4,5	- 1,0	2,1	1,9
Kredite	5,3	26,5	- 10,6	10,4	12,1	0,6	3,4	5,3	- 1,2	4,3	- 19,1
kurzfristige Kredite	10,2	16,3	10,4	7,2	11,1	- 1,8	- 0,3	10,3	- 1,8	2,8	- 0,9
längerfristige Kredite	- 4,9	10,2	- 21,0	3,2	1,0	2,4	3,6	- 5,0	0,7	1,5	- 18,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	0,6	1,4	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
kurzfristige Ansprüche	0,6	1,4	1,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	25,4	48,9	81,2	8,2	- 23,7	37,3	27,1	25,9	- 0,4	48,2	7,6
Insgesamt	136,7	136,0	112,7	8,1	- 9,8	64,1	73,6	16,2	- 17,8	113,2	1,0
II. Finanzierung											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	7,6	18,7	12,8	3,1	3,9	7,1	4,7	9,1	3,2	- 0,5	0,9
Finanzderivate
Aktien	7,4	2,9	1,5	0,6	1,0	0,4	1,0	0,6	0,1	- 0,3	1,0
Sonstige Anteilsrechte	19,3	9,3	10,6	2,4	1,5	- 4,0	9,4	1,0	2,1	1,7	5,8
Kredite	27,6	19,1	6,3	- 0,1	14,8	26,0	- 21,7	19,7	11,6	- 15,3	- 9,7
kurzfristige Kredite	19,1	7,4	- 3,5	1,7	7,5	3,8	- 5,6	12,1	10,2	- 16,3	- 9,4
längerfristige Kredite	8,5	11,7	9,7	- 1,8	7,3	22,3	- 16,1	7,6	1,5	1,0	- 0,3
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	5,8	6,6	5,7	1,6	1,6	1,6	1,7	1,4	1,4	1,4	1,4
Sonstige Verbindlichkeiten	45,2	28,0	- 12,3	- 8,5	6,3	14,5	15,7	- 1,1	- 16,9	17,0	- 11,2
Insgesamt	112,9	84,6	24,6	- 0,8	29,1	45,6	10,7	30,8	1,6	4,0	- 11,8

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
 3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-

IX. Finanzierungsrechnung

2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten nichtfinanziellen Sektoren (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Position	2011	2012	2013	2012				2013			
				1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
Private Haushalte 1)											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	1 927,5	2 014,9	2 082,2	1 948,6	1 971,4	1 991,4	2 014,9	2 023,1	2 040,4	2 050,6	2 082,2
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	247,1	238,2	216,0	249,6	245,4	244,8	238,2	231,7	221,9	220,0	216,0
Aktien	221,5	259,2	299,5	252,4	229,9	250,0	259,2	267,8	264,4	279,5	299,5
Sonstige Anteilsrechte	188,5	198,4	198,7	189,5	195,1	195,2	198,4	199,3	197,4	197,1	198,7
Investmentzertifikate	394,9	420,1	449,5	410,9	401,7	414,8	420,1	435,0	430,8	439,7	449,5
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	1 401,1	1 476,9	1 551,7	1 420,7	1 437,7	1 455,2	1 476,9	1 503,2	1 521,3	1 534,6	1 551,7
Kurzfristige Ansprüche	71,4	73,7	76,5	72,0	72,6	73,2	73,7	74,5	75,2	75,8	76,5
Längerfristige Ansprüche	1 329,6	1 403,2	1 475,2	1 348,6	1 365,1	1 382,0	1 403,2	1 428,7	1 446,1	1 458,8	1 475,2
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	295,4	307,3	318,2	298,3	301,4	304,3	307,3	310,0	312,8	315,5	318,2
Sonstige Forderungen 4)	38,4	37,1	36,5	38,3	38,2	37,9	37,1	37,0	37,0	36,7	36,5
Insgesamt	4 714,3	4 952,0	5 152,4	4 808,2	4 820,9	4 893,6	4 952,0	5 007,2	5 025,9	5 073,6	5 152,4
II. Verbindlichkeiten											
Kredite	1 538,6	1 552,5	1 563,1	1 536,7	1 543,0	1 549,0	1 552,5	1 548,9	1 554,7	1 562,6	1 563,1
Kurzfristige Kredite	73,9	72,6	67,7	73,8	74,4	73,1	72,6	70,2	69,9	69,8	67,7
Längerfristige Kredite	1 464,8	1 479,9	1 495,5	1 463,0	1 468,7	1 475,9	1 479,9	1 478,6	1 484,7	1 492,8	1 495,5
Sonstige Verbindlichkeiten	13,4	14,5	15,2	15,3	15,1	15,0	14,5	16,7	15,7	15,8	15,2
Insgesamt	1 552,0	1 567,0	1 578,3	1 552,0	1 558,1	1 564,0	1 567,0	1 565,6	1 570,4	1 578,5	1 578,3
Unternehmen											
I. Geldvermögen											
Bargeld und Einlagen	460,5	506,5	505,4	452,6	453,1	468,3	506,5	459,9	449,5	488,3	505,4
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	52,6	51,9	51,1	53,9	53,6	53,9	51,9	53,0	50,3	51,9	51,1
Finanzderivate
Aktien	811,4	946,7	1 077,2	904,7	838,6	894,1	946,7	981,1	945,4	1 002,3	1 077,2
Sonstige Anteilsrechte	401,2	441,6	451,3	411,0	434,9	446,8	441,6	454,7	447,5	449,0	451,3
Investmentzertifikate	123,1	129,0	138,1	120,5	119,6	123,9	129,0	134,1	131,9	135,6	138,1
Kredite	369,3	395,8	385,2	379,7	391,8	392,5	395,8	401,1	399,9	404,3	385,2
Kurzfristige Kredite	252,3	268,6	278,9	259,5	270,6	268,9	268,6	278,9	277,0	279,9	278,9
Längerfristige Kredite	117,0	127,2	106,2	120,2	121,2	123,6	127,2	122,3	122,9	124,4	106,2
Ansprüche gegenüber Versicherungen 3)	41,9	43,3	44,7	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7
Kurzfristige Ansprüche	41,9	43,3	44,7	42,2	42,6	42,9	43,3	43,6	44,0	44,3	44,7
Längerfristige Ansprüche
Sonstige Forderungen	809,9	846,7	875,8	816,9	819,6	836,9	846,7	877,9	856,2	868,3	875,8
Insgesamt	3 070,0	3 361,4	3 528,8	3 181,6	3 153,8	3 259,3	3 361,4	3 405,4	3 324,7	3 443,9	3 528,8
II. Verbindlichkeiten											
Festverzinsliche Wertpapiere 2)	110,7	130,9	138,9	115,6	117,2	124,6	130,9	139,6	141,3	137,5	138,9
Finanzderivate
Aktien	1 110,5	1 373,6	1 664,7	1 282,5	1 166,3	1 294,9	1 373,6	1 430,9	1 389,6	1 503,6	1 664,7
Sonstige Anteilsrechte	741,4	750,7	761,4	743,8	745,3	741,3	750,7	751,8	753,9	755,6	761,4
Kredite	1 367,1	1 397,4	1 425,0	1 367,5	1 381,6	1 401,5	1 397,4	1 415,8	1 428,3	1 421,9	1 425,0
Kurzfristige Kredite	421,1	427,6	437,0	422,5	429,3	433,0	427,6	439,3	449,6	445,7	437,0
Längerfristige Kredite	946,0	969,8	988,0	945,0	952,3	968,5	969,8	976,4	978,7	976,2	988,0
Ansprüche aus Pensionsrückstellungen	235,0	241,5	247,2	236,6	238,2	239,9	241,5	243,0	244,4	245,8	247,2
Sonstige Verbindlichkeiten	879,6	907,8	904,1	880,6	900,8	911,9	907,8	925,5	888,9	905,7	904,1
Insgesamt	4 444,3	4 802,0	5 141,3	4 626,6	4 549,5	4 714,2	4 802,0	4 906,6	4 846,3	4 970,1	5 141,3

1 Einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. 2 Einschl. Geldmarktpapiere.
3 Einschl. Pensionskassen und -fonds, Sterbekassen sowie berufsständische Ver-

sorgungswerke und Zusatzversorgungseinrichtungen. 4 Einschl. verzinslich ange-sammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
Finanzierungssaldo ¹⁾										
2008	- 1,9	- 16,6	- 1,2	+ 9,0	+ 6,9	- 0,1	- 0,7	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 73,7	- 38,6	- 18,4	- 2,5	- 14,3	- 3,1	- 1,6	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 ²⁾ p)	- 104,2	- 82,9	- 20,1	- 5,2	+ 4,1	- 4,2	- 3,3	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 p)	- 22,0	- 27,3	- 11,3	+ 1,4	+ 15,2	- 0,8	- 1,0	- 0,4	+ 0,1	+ 0,6
2012 p)	+ 2,4	- 14,4	- 6,8	+ 5,2	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,3	+ 0,2	+ 0,7
2013 ts)	+ 0,2	- 6,7	- 3,2	+ 3,5	+ 6,6	+ 0,0	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2
2012 1.Hj. p)	+ 8,1	- 8,0	- 0,0	+ 4,3	+ 11,8	+ 0,6	- 0,6	- 0,0	+ 0,3	+ 0,9
2.Hj. p)	- 5,8	- 6,5	- 6,7	+ 1,0	+ 6,5	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	+ 0,5
2013 1.Hj. ts)	+ 7,6	- 3,7	+ 1,0	+ 6,2	+ 4,0	+ 0,6	- 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,3
2.Hj. ts)	- 7,3	- 3,1	- 4,0	- 2,7	+ 2,6	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 0,2	+ 0,2
Schuldenstand ³⁾										
Stand am Jahres- bzw. Quartalsende										
2008	1 652,8	1 007,8	536,7	123,6	1,5	66,8	40,7	21,7	5,0	0,1
2009	1 770,7	1 076,7	578,5	130,0	1,3	74,6	45,3	24,4	5,5	0,1
2010 p)	2 059,2	1 315,5	625,1	135,1	1,3	82,5	52,7	25,1	5,4	0,1
2011 p)	2 087,7	1 324,5	640,2	139,3	1,3	80,0	50,7	24,5	5,3	0,1
2012 p)	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 ts)	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0
2012 1.Vj. p)	2 117,7	1 345,3	647,0	142,6	1,3	80,5	51,2	24,6	5,4	0,1
2.Vj. p)	2 163,5	1 374,2	666,1	141,9	1,3	81,9	52,0	25,2	5,4	0,0
3.Vj. p)	2 154,1	1 357,4	672,3	141,3	1,3	81,1	51,1	25,3	5,3	0,1
4.Vj. p)	2 161,0	1 369,1	664,7	142,9	1,2	81,0	51,3	24,9	5,4	0,0
2013 1.Vj. ts)	2 149,3	1 369,3	656,7	144,0	1,2	80,5	51,3	24,6	5,4	0,0
2.Vj. ts)	2 148,8	1 377,2	646,2	143,0	1,1	79,8	51,2	24,0	5,3	0,0
3.Vj. ts)	2 129,6	1 362,5	639,2	143,4	1,1	78,5	50,2	23,5	5,3	0,0
4.Vj. ts)	2 147,0	1 372,8	647,1	143,6	1,3	78,4	50,1	23,6	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Im Unterschied zum Finanzierungssaldo in den VGR wird das Maastricht-Defizit unter Berücksichtigung der Zinsströme aufgrund von Swapvereinbarungen und Forward Rate Agreements berechnet. Die Angaben zu den Halbjahren entsprechen dem Finanzierungssaldo gemäß

VGR. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in % des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen *)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt ¹⁾
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
Mrd €												
2008	1 088,6	572,6	408,3	107,7	1 090,5	590,3	182,6	68,3	38,9	210,5	- 1,8	993,8
2009	1 072,7	548,1	410,8	113,8	1 146,3	623,6	191,0	63,5	41,6	226,6	- 73,6	969,1
2010 p)	1 089,8	549,9	421,2	118,7	²⁾ 1 194,1	633,2	195,7	63,5	41,6	²⁾ 260,2	²⁾ - 104,3	981,3
2011 p)	1 157,2	592,8	437,0	127,4	1 178,7	633,2	199,5	65,7	43,6	236,7	- 21,5	1 040,3
2012 p)	1 193,8	617,7	448,9	127,1	1 191,5	643,4	203,8	63,8	41,4	239,1	+ 2,3	1 077,3
2013 ts)	1 223,4	636,4	459,1	127,9	1 223,1	663,9	208,4	59,1	42,8	248,9	+ 0,3	1 106,2
in % des BIP												
2008	44,0	23,1	16,5	4,4	44,1	23,9	7,4	2,8	1,6	8,5	- 0,1	40,2
2009	45,2	23,1	17,3	4,8	48,3	26,3	8,0	2,7	1,8	9,5	- 3,1	40,8
2010 p)	43,7	22,0	16,9	4,8	²⁾ 47,9	25,4	7,8	2,5	1,7	²⁾ 10,4	²⁾ - 4,2	39,3
2011 p)	44,3	22,7	16,7	4,9	45,2	24,3	7,6	2,5	1,7	9,1	- 0,8	39,9
2012 p)	44,8	23,2	16,8	4,8	44,7	24,1	7,6	2,4	1,6	9,0	+ 0,1	40,4
2013 ts)	44,7	23,2	16,8	4,7	44,7	24,3	7,6	2,2	1,6	9,1	+ 0,0	40,4
Zuwachsraten in %												
2008	+ 2,5	+ 2,5	+ 1,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 1,9	+ 2,5	- 0,4	+ 7,9	+ 8,2	.	+ 2,3
2009	- 1,5	- 4,3	+ 0,6	+ 5,6	+ 5,1	+ 5,6	+ 4,6	- 6,9	+ 7,2	+ 7,7	.	- 2,5
2010 p)	+ 1,6	+ 0,3	+ 2,5	+ 4,3	+ 4,2	+ 1,6	+ 2,5	- 0,1	- 0,2	+ 14,8	.	+ 1,3
2011 p)	+ 6,2	+ 7,8	+ 3,7	+ 7,3	- 1,3	+ 0,0	+ 1,9	+ 3,5	+ 4,9	- 9,0	.	+ 6,0
2012 p)	+ 3,2	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,1	+ 1,6	+ 2,2	- 2,8	- 5,2	+ 1,0	.	+ 3,6
2013 ts)	+ 2,5	+ 3,0	+ 2,3	+ 0,6	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,2	- 7,4	+ 3,5	+ 4,1	.	+ 2,7

Quelle: Statistisches Bundesamt. * Ergebnisse gemäß ESVG 1995. In den Monatsberichten bis Dezember 2006 wurden die Zölle, der Mehrwertsteueranteil und die Subventionen der EU in die VGR-Daten mit eingerechnet (ohne Einfluss auf den Finanzierungssaldo). Entsprechende Angaben werden auf den Internetseiten der Deutschen

Bundesbank weiterhin zur Verfügung gestellt. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen und Mehrwertsteueranteil der EU. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)								Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt				
	Einnahmen			Ausgaben					Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2007	642,8	538,2	18,1	644,0	176,5	256,5	66,0	33,7	9,5	- 1,2	475,3	466,5	+ 8,8	1 023,6	1 016,0	+ 7,6
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,5	1 117,5	- 104,0
2010	634,6	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 ts)	745,2	600,0	14,6	769,9	217,9	285,3	70,3	43,3	25,5	- 24,7	536,1	518,8	+ 17,3	1 171,1	1 178,6	- 7,5
2013 ts)	761,5	619,7	14,7	771,3	224,4	286,6	66,2	42,5	23,8	- 9,8	537,4	531,7	+ 5,7	1 198,4	1 202,5	- 4,1
2011 1.Vj. p)	162,3	134,9	4,1	182,1	49,7	73,8	21,2	6,3	4,6	- 19,7	127,3	127,2	+ 0,1	260,4	280,0	- 19,6
2.Vj. p)	189,4	145,6	18,6	171,3	50,0	68,0	10,9	8,7	8,7	+ 18,0	130,3	126,2	+ 4,1	292,3	270,2	+ 22,1
3.Vj. p)	162,5	136,6	2,7	181,4	50,9	67,2	18,8	10,8	4,5	- 18,9	127,9	125,8	+ 2,0	264,2	281,1	- 16,9
4.Vj. p)	196,0	156,3	5,0	195,3	55,8	72,6	8,9	15,3	5,0	+ 0,7	140,1	132,0	+ 8,1	307,6	298,7	+ 8,9
2012 1.Vj. p)	173,9	142,9	2,5	191,4	51,7	75,6	28,0	6,9	3,4	- 17,5	129,1	128,5	+ 0,7	274,7	291,5	- 16,9
2.Vj. p)	190,3	150,4	2,7	178,5	52,8	68,0	17,2	8,2	3,2	+ 11,8	132,2	128,0	+ 4,2	296,1	280,2	+ 16,0
3.Vj. p)	177,9	147,5	4,3	181,3	53,7	66,6	17,7	10,4	3,9	- 3,4	130,2	128,9	+ 1,3	282,4	284,5	- 2,1
4.Vj. p)	200,2	159,4	4,9	212,5	58,7	73,6	7,2	16,5	14,9	- 12,3	143,4	133,3	+ 10,1	314,4	316,6	- 2,2
2013 1.Vj. p)	177,7	148,6	2,6	186,1	53,5	74,8	22,5	5,9	2,9	- 8,3	128,5	132,3	- 3,8	281,0	293,2	- 12,2
2.Vj. p)	193,4	155,3	4,8	182,9	54,4	68,6	14,2	8,4	8,0	+ 10,5	133,1	132,6	+ 0,5	301,6	290,6	+ 11,0
3.Vj. p)	183,2	151,8	2,4	190,2	54,9	70,8	20,1	11,4	3,2	- 7,0	131,6	132,6	- 1,0	299,8	297,8	+ 2,0
4.Vj. p)	204,8	164,1	4,6	205,9	60,6	70,9	10,5	15,5	8,3	- 1,1	142,7	134,2	+ 8,5	322,0	314,6	+ 7,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungsgruppen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungserwerbe und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2007	278,1	292,8	- 14,7	273,1	265,5	+ 7,6	169,7	161,5	+ 8,2
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 ts)	312,5	335,3	- 22,8	312,0	320,3	- 8,3	199,8	198,5	+ 1,3
2013 ts)	313,2	335,6	- 22,4	324,2	324,6	- 0,4	207,8	206,3	+ 1,5
2011 1.Vj. p)	65,4	84,5	- 19,1	74,1	75,6	- 1,5	37,1	42,5	- 5,3
2.Vj. p)	76,6	73,5	+ 3,1	76,0	75,8	+ 0,2	45,4	44,3	+ 1,1
3.Vj. p)	72,6	84,8	- 12,2	71,9	75,1	- 3,2	46,4	46,6	- 0,2
4.Vj. p)	92,5	82,0	+ 10,5	81,2	87,5	- 6,3	54,7	51,9	+ 2,8
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	83,2	90,7	- 7,5	58,7	56,5	+ 2,3
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,3	+ 3,3
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,0	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	89,0	- 3,3	60,4	57,9	+ 2,5

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2007	538 243	465 554	251 747	191 558	22 249	72 551	+	138	21 643
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	-	190	21 510
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	-	34	24 846
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	-	28	28 726
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+	43	28 615
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	-	101	28 498
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+	262	27 775
2012 1.Vj.	143 334	122 846	62 467	50 558	9 821	13 945	+	6 543	6 831
2.Vj.	150 393	129 545	72 573	51 679	5 293	20 978	-	131	6 878
3.Vj.	147 755	127 189	70 803	50 981	5 404	20 522	+	44	7 643
4.Vj.	158 564	139 383	78 958	54 628	5 798	25 739	-	6 558	7 145
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+	7 353	6 494
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	-	246	6 914
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	-	155	7 554
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	-	6 690	6 813
2014 1.Vj.	...	130 986	64 962	54 529	11 495	6 638
2013 Febr.	.	40 955	19 915	15 692	5 347	.	.	.	2 165
März	.	48 091	25 799	20 088	2 204	.	.	.	2 165
2014 Febr.	.	40 798	18 539	16 019	6 239	.	.	.	2 213
März	.	51 512	27 439	21 628	2 445	.	.	.	2 213

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteuerertrag, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und dem im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern								Gewerbesteuerumlagen 6)	Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)					Steuern vom Umsatz 5)							
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2007	493 817	204 698	131 774	25 027	22 929	24 969	169 636	127 522	42 114	6 975	85 690	22 836	3 983	28 263
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2012 1.Vj.	130 623	56 569	34 106	8 456	5 471	8 537	48 966	36 340	12 626	275	20 059	3 629	1 126	7 777
2.Vj.	137 597	59 832	36 148	10 010	4 995	8 679	46 600	32 871	13 730	1 661	25 235	3 255	1 013	8 052
3.Vj.	135 170	54 841	36 582	8 877	2 532	6 850	49 147	36 232	12 915	1 841	24 423	3 718	1 200	7 981
4.Vj.	148 394	60 313	42 230	9 919	3 936	4 228	49 922	36 995	12 926	3 360	30 077	3 600	1 123	9 011
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2013 Febr.	43 188	12 931	11 859	- 79	2	1 148	19 658	15 216	4 442	232	8 753	1 190	424	2 233
März	51 634	28 202	11 312	10 115	5 334	1 440	14 002	10 238	3 764	6	7 720	1 363	340	3 543
2014 Febr.	43 159	13 460	12 710	- 80	- 389	1 220	19 746	15 552	4 195	160	8 034	1 356	403	2 362
März	55 358	30 269	12 165	11 028	5 436	1 640	14 797	10 889	3 908	6	8 255	1 673	357	3 846

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2013: 53,4/44,6/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2013: 22,3/77,7. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer	Grund- steuern
2007	38 955	14 254	12 349	10 331	.	6 355	1 959	1 488	8 898	6 952	4 203	2 783	51 401	40 116	10 713
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2012 1.Vj.	4 406	2 305	3 308	5 180	2 328	1 714	576	241	.	1 876	1 057	696	12 986	9 981	2 717
2.Vj.	9 707	3 550	3 644	2 011	2 258	1 966	490	1 610	.	1 683	972	601	14 457	11 166	3 048
3.Vj.	10 015	3 610	3 183	2 161	2 005	1 567	506	1 376	.	1 913	1 210	594	14 426	10 545	3 604
4.Vj.	15 177	4 678	3 489	1 785	1 852	1 727	549	820	.	1 917	1 066	617	13 529	10 652	2 648
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782
2013 Febr.	1 265	819	803	4 226	579	641	219	200	.	688	304	198	.	.	.
März	2 954	840	1 625	637	727	616	155	166	.	686	368	309	.	.	.
2014 Febr.	1 276	721	847	3 883	422	461	224	199	.	783	352	221	.	.	.
März	3 061	962	1 667	1 157	536	571	135	166	.	845	510	318	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer.

8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen *)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Ein- nahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	Nach- richtlich: Verwal- tungsver- mögen
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2007	236 642	162 225	72 928	235 459	201 642	13 665	+ 1 183	12 196	11 270	765	46	115	4 819
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 2 11	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013 p)	260 076	181 981	77 044	258 010	219 877	15 521	+ 2 066	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2011 1.Vj.	60 804	41 608	18 902	62 188	53 176	3 742	- 1 384	18 063	17 069	819	74	101	4 482
2.Vj.	63 452	44 307	18 855	62 058	52 920	3 731	+ 1 394	19 704	18 507	1 019	78	100	4 475
3.Vj.	62 354	43 109	18 902	62 844	53 341	3 761	- 490	19 959	19 266	519	79	94	4 445
4.Vj.	67 748	48 391	19 030	62 823	53 371	3 774	+ 4 925	25 339	22 226	2 919	79	114	4 410
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. * Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentli-

cher Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung ^{*)}

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizit-ausgleich bzw. Darlehen des Bundes
	ins-gesamt 1)	darunter:			ins-gesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenz-geld-umlage	Bundes-beteiligung		Arbeits-losen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld	Ver-waltungs-ausgaben 6)		
2007	42 838	32 264	674	6 468	36 196	16 934	533	8 259	1 945	696	3 896	+ 6 642	-
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2011 1.Vj.	10 259	5 853	46	3 666	9 583	4 157	685	2 255	-	186	1 205	+ 676	-
2.Vj.	8 802	6 358	- 5	1 605	8 246	3 477	353	2 134	-	175	1 213	+ 556	-
3.Vj.	7 467	6 205	- 4	305	7 450	3 177	168	1 857	26	187	1 229	+ 17	-
4.Vj.	11 036	7 017	- 1	2 470	12 245	2 965	119	2 122	4 484	134	1 443	- 1 210	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. * Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitausgleich bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltssicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grund-sicherung für Arbeitsuchende.

10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	ins-gesamt	darunter:		ins-gesamt	Kranken-haus-behand-lung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfs-mittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2007	156 058	149 964	2 500	154 314	50 850	27 791	24 788	10 687	8 692	6 017	8 472	+ 1 744
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013 6)	196 182	182 152	11 500	194 493	62 904	30 146	32 833	12 569	12 100	9 748	9 929	+ 1 689
2011 1.Vj.	45 339	40 871	3 825	44 392	15 075	7 158	7 361	2 893	2 528	2 210	2 173	+ 947
2.Vj.	46 887	42 370	3 825	44 955	14 601	7 239	7 372	3 001	2 834	2 106	2 263	+ 1 931
3.Vj.	46 865	42 298	3 825	44 432	14 594	7 236	7 160	2 768	2 762	2 069	2 292	+ 2 433
4.Vj.	49 866	45 291	3 825	45 878	14 418	7 382	7 161	2 997	3 117	2 125	2 682	+ 3 988
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigungen. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2007	18 036	17 858	18 385	2 475	8 831	4 050	861	896	-	350
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013 p)	24 955	24 863	24 329	3 365	10 058	5 688	873	1 150	+	626
2011 1.Vj.	5 306	5 269	5 457	750	2 408	1 165	216	277	-	150
2.Vj.	5 519	5 496	5 396	713	2 417	1 173	210	263	+	123
3.Vj.	5 513	5 486	5 551	774	2 442	1 191	221	255	-	38
4.Vj.	5 904	5 877	5 526	742	2 442	1 216	223	240	+	378
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2007	+ 214 995	+ 6 996	+ 1 086	- 4 900
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2011 1.Vj.	+ 76 394	+ 15 958	- 607	- 5 206
2.Vj.	+ 77 158	+ 10 392	- 49	+ 26 625
3.Vj.	+ 59 256	- 8 152	- 4 177	- 22 608
4.Vj.	+ 51 764	- 12 308	- 42	- 7 847
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern *)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2007	1 540 381	4 440	456 900	68	317 473	761 500
2008	1 564 590	4 440	435 600	62	314 588	809 900
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 531	4 440	399 900	21	385 270	942 900
2011	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 ts)	1 818 818	4 440	442 800	53	267 825	1 103 700
2011 1.Vj.	1 750 580	4 440	412 800	87	370 653	962 600
2.Vj.	1 763 413	4 440	404 900	82	361 591	992 400
3.Vj.	1 759 638	4 440	388 400	82	380 516	986 200
4.Vj.	1 752 476	4 440	356 600	102	412 134	979 200
2012 1.Vj.	1 766 324	4 440	398 800	91	353 993	1 009 000
2.Vj.	1 780 408	4 440	410 600	92	324 376	1 040 900
3.Vj.	1 772 573	4 440	430 100	92	284 442	1 053 500
4.Vj.	1 791 406	4 440	426 700	70	290 796	1 069 400
2013 1.Vj. p)	1 801 773	4 440	429 900	20	265 513	1 101 900
2.Vj. p)	1 805 465	4 440	424 200	23	289 603	1 087 200
3.Vj. p)	1 793 464	4 440	422 700	28	276 996	1 089 300
4.Vj. ts)	1 818 818	4 440	442 800	53	267 825	1 103 700

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten ^{*)}

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
Gebietskörperschaften												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 531	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 396	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 476	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 179	102	111 765	4 440	2
2012 1.Vj.	1 766 324	54 692	410 585	226 486	7 869	647 077	2 134	303 188	91	109 759	4 440	2
2.Vj.	1 780 408	55 392	410 186	224 607	7 518	663 695	2 137	295 910	92	116 431	4 440	2
3.Vj.	1 772 573	53 325	409 957	237 746	7 110	654 513	1 893	286 823	92	116 673	4 440	2
4.Vj.	1 791 406	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 364	4 440	2
2013 1.Vj. p)	1 801 773	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	288 855	20	111 515	4 440	2
2.Vj. p)	1 805 465	57 919	415 548	234 612	5 890	679 394	1 516	294 488	23	111 634	4 440	2
3.Vj. p)	1 793 464	54 808	417 120	247 942	4 970	672 115	1 464	278 690	28	111 886	4 440	2
4.Vj. ts)	1 818 818	50 128	422 776	245 372	4 488	684 728	1 397	295 243	53	110 190	4 440	2
Bund ^{7) 8) 9) 10)}												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012 1.Vj.	1 093 828	52 161	126 956	226 486	7 869	646 696	2 134	17 894	-	9 190	4 440	2
2.Vj.	1 107 451	52 578	122 937	224 607	7 518	663 314	2 137	20 827	-	9 092	4 440	2
3.Vj.	1 098 824	51 638	120 240	237 746	7 110	654 132	1 893	12 646	-	8 979	4 440	2
4.Vj.	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
Länder												
2008	483 875	3 825	231 827	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 619	1 176	265 631	167 353	1	94 459	.	1
2011	537 491	1 975	283 601	154 465	62	97 387	.	1
2012 1.Vj.	535 494	2 531	283 629	153 643	51	95 639	.	1
2.Vj.	536 354	2 814	287 249	143 830	52	102 409	.	1
3.Vj.	537 827	1 687	289 717	143 606	52	102 764	.	1
4.Vj.	540 822	950	299 750	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj. p)	541 322	1 949	302 720	137 141	2	99 510	.	1
2.Vj. p)	538 301	1 425	303 722	133 278	5	99 871	.	1
3.Vj. p)	537 836	270	307 046	130 521	10	99 989	.	1
4.Vj. p)	549 774	125	312 747	138 524	35	98 343	.	1
Gemeinden ¹¹⁾												
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 497	.	-	.	.	375	.	121 695	20	6 407	.	.
2011	133 681	.	-	.	.	381	.	128 331	40	4 929	.	.
2012 1.Vj.	137 001	.	-	.	.	381	.	131 651	40	4 930	.	.
2.Vj.	136 603	.	-	.	.	381	.	131 252	40	4 930	.	.
3.Vj.	135 922	.	-	.	.	381	.	130 571	40	4 930	.	.
4.Vj.	137 552	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 195	.	.
2013 1.Vj. p)	137 881	.	-	.	.	423	.	134 245	18	3 195	.	.
2.Vj. p)	136 111	.	-	.	.	423	.	132 475	18	3 195	.	.
3.Vj. p)	136 559	.	-	.	.	423	.	132 923	18	3 195	.	.
4.Vj. ts)	136 538	.	-	.	.	423	.	132 902	18	3 195	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. * Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2012			2013			
	2011	2012	2013	2011	2012	2013	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
	Index 2005 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %									
Preisbereinigt, verkettet													
I. Entstehung des Inlandsprodukts													
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	112,8	112,3	112,3	5,5	- 0,4	0,0	- 0,8	- 1,4	- 1,7	- 4,3	0,7	1,0	2,6
Baugewerbe	106,7	104,2	103,7	4,6	- 2,4	- 0,4	- 2,4	- 2,1	- 6,4	- 7,3	- 0,7	1,4	4,6
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	104,0	104,6	105,6	2,7	0,6	0,9	1,1	- 0,9	- 0,3	- 2,4	1,4	2,3	2,2
Information und Kommunikation	146,9	149,9	151,7	8,4	2,0	1,2	2,2	2,7	0,5	1,2	1,5	0,9	1,0
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	117,9	120,0	114,4	2,2	1,8	- 4,7	0,3	1,1	6,5	1,1	- 5,3	- 5,9	- 8,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	110,8	112,6	113,6	3,5	1,6	0,9	1,8	1,8	1,2	0,7	1,0	1,0	1,0
Unternehmensdienstleister ¹⁾	107,0	110,1	113,9	3,1	2,9	3,5	3,0	3,1	2,0	1,6	4,0	4,2	4,1
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	110,5	111,5	111,7	1,5	0,9	0,2	1,0	1,0	0,6	- 0,1	0,3	0,1	0,5
Sonstige Dienstleister	105,2	106,7	105,7	0,2	1,4	- 0,9	2,0	1,7	- 0,1	- 1,9	- 0,5	- 1,0	- 0,3
Bruttowertschöpfung	111,1	112,0	112,5	3,3	0,8	0,5	0,8	0,4	- 0,0	- 1,5	0,8	1,1	1,5
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4	0,6	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1	1,3
II. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	105,7	106,5	107,5	2,3	0,8	0,9	0,8	0,0	0,5	- 0,4	1,2	1,6	1,0
Konsumausgaben des Staates	111,3	112,3	113,2	1,0	1,0	0,7	0,5	1,1	0,6	0,4	0,4	1,0	1,0
Ausrüstungen	114,2	109,6	106,9	5,8	- 4,0	- 2,4	- 4,1	- 6,6	- 6,2	- 8,9	- 1,1	- 0,2	0,0
Bauten	112,3	110,8	110,9	7,8	- 1,4	0,1	- 1,9	- 0,8	- 3,1	- 7,0	0,6	2,4	3,3
Sonstige Anlagen ⁴⁾	129,7	134,1	138,1	5,1	3,4	3,0	3,6	3,9	3,3	2,1	3,2	3,3	3,1
Vorratsveränderungen ^{5) 6)}	.	.	.	- 0,1	- 0,5	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	0,3	0,1	0,1	- 0,7
Inländische Verwendung	108,9	108,6	109,1	2,8	- 0,3	0,5	- 0,8	- 0,9	- 0,7	- 1,1	0,9	1,6	0,4
Außenbeitrag ⁶⁾	.	.	.	0,7	0,9	0,0	1,3	1,3	0,8	- 0,5	0,1	- 0,5	0,9
Exporte	136,0	140,3	141,4	8,0	3,2	0,8	4,6	3,2	0,5	- 2,9	1,1	0,9	4,1
Importe	135,8	137,8	139,1	7,4	1,4	0,9	2,2	0,7	- 1,0	- 2,2	1,2	1,9	2,7
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	110,4	111,1	111,6	3,3	0,7	0,4	0,6	0,4	0,0	- 1,6	0,9	1,1	1,3
In jeweiligen Preisen (Mrd €)													
III. Verwendung des Inlandsprodukts													
Private Konsumausgaben ³⁾	1 498,4	1 533,9	1 572,4	4,4	2,4	2,5	2,1	1,7	2,2	1,1	3,0	3,3	2,5
Konsumausgaben des Staates	499,6	514,4	533,0	2,5	3,0	3,6	2,4	3,1	3,1	3,5	3,6	4,3	3,2
Ausrüstungen	181,2	175,0	170,9	6,2	- 3,4	- 2,4	- 3,5	- 5,9	- 5,5	- 8,7	- 1,1	- 0,1	0,0
Bauten	263,3	266,1	271,3	11,1	1,1	2,0	0,6	1,5	- 0,9	- 5,3	2,5	4,3	5,2
Sonstige Anlagen ⁴⁾	28,6	29,4	30,0	4,5	2,6	2,1	2,7	2,8	2,8	1,9	2,2	2,2	2,0
Vorratsveränderungen ⁵⁾	3,2	- 10,3	- 13,7
Inländische Verwendung	2 474,3	2 508,5	2 563,9	5,1	1,4	2,2	0,7	0,8	1,1	0,6	2,8	3,4	1,9
Außenbeitrag	135,7	157,9	173,7
Exporte	1 321,4	1 381,0	1 385,5	11,2	4,5	0,3	6,0	4,5	1,7	- 2,9	0,8	0,0	3,4
Importe	1 185,8	1 223,1	1 211,8	13,1	3,1	- 0,9	3,9	2,3	0,3	- 2,9	- 0,7	- 0,3	0,2
Bruttoinlandsprodukt ²⁾	2 609,9	2 666,4	2 737,6	4,6	2,2	2,7	1,9	1,9	1,8	0,4	3,4	3,4	3,4
IV. Preise (2005 = 100)													
Privater Konsum	108,4	110,2	112,0	2,1	1,6	1,6	1,3	1,6	1,7	1,6	1,7	1,7	1,5
Bruttoinlandsprodukt	106,3	107,9	110,3	1,2	1,5	2,2	1,3	1,5	1,8	2,0	2,5	2,2	2,1
Terms of Trade	97,3	96,9	98,2	- 2,3	- 0,4	1,4	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,8	1,6	1,4	1,7
V. Verteilung des Volkseinkommens													
Arbeitnehmerentgelt	1 325,9	1 377,6	1 416,1	4,4	3,9	2,8	4,1	3,9	3,8	3,0	2,7	2,9	2,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	686,1	676,6	702,7	5,3	- 1,4	3,9	- 1,5	- 1,9	- 4,0	- 4,1	7,2	4,9	8,9
Volkseinkommen	2 012,0	2 054,3	2 118,8	4,7	2,1	3,1	2,3	1,8	1,5	0,4	4,1	3,6	4,4
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 668,9	2 730,1	2 804,6	4,7	2,3	2,7	2,3	2,0	1,9	0,5	3,5	3,2	3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2014. **1** Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. **2** Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). **3** Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Immaterielle Anlageinvestitionen (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. **5** Einschl. Nettozugang an Wertsachen. **6** Wachstumsbeitrag zum BIP.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

2. Produktion im Produzierenden Gewerbe *)

Arbeitstäglich bereinigt o)

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe 1)	Baugewerbe 2)	Energie 3)	Industrie								
				zusammen	davon: nach Hauptgruppen				darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	
2010=100												
Gewicht in % 4)	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2010	99,4	99,2	100,1	99,4	99,5	99,3	99,4	99,5	99,5	99,3	99,3	99,2
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,8	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013 r)	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,7	108,3	106,0	113,7	114,8
2013 1.Vj. r)	101,2	77,1	104,9	104,2	102,6	108,3	100,7	97,5	105,4	104,6	105,9	112,3
2.Vj. r)	106,0	108,7	90,0	107,7	105,5	113,8	98,1	98,1	109,2	105,0	113,7	115,9
3.Vj. r)	107,3	117,4	91,1	108,0	106,0	112,9	98,8	101,3	109,4	106,1	112,2	114,0
4.Vj. r)	111,0	119,4	99,7	111,2	103,6	121,0	102,8	105,8	109,2	108,3	123,1	116,8
2014 1.Vj. x)	105,4	88,1	100,8	108,5	106,7	113,4	102,2	100,3	111,0	106,2	107,6	123,1
2013 März r)	112,0	93,5	109,1	115,0	111,1	123,2	110,3	103,0	114,5	117,6	122,1	127,8
April r)	105,0	104,9	94,3	106,4	103,5	112,9	97,7	97,4	107,4	101,2	111,5	118,3
Mai r)	103,5	106,9	88,0	105,0	105,1	108,2	91,9	98,5	107,0	102,8	106,8	110,6
Juni r)	109,5	114,4	87,7	111,6	107,9	120,2	104,8	98,4	113,1	110,9	122,9	118,9
Juli r)	107,7	119,8	91,1	108,1	108,0	111,7	97,0	100,4	110,9	105,2	113,1	109,2
Aug. r)	101,7	113,1	89,3	101,7	101,2	104,2	85,3	99,1	102,5	101,8	102,7	104,8
Sept. r)	112,6	119,3	92,8	114,2	108,8	122,7	114,2	104,4	114,9	111,3	120,7	128,0
Okt. r)	112,3	120,0	99,1	112,9	110,9	116,9	107,1	108,2	115,5	110,4	112,9	120,4
Nov. r)	116,2	121,4	99,4	117,6	110,1	128,1	111,7	109,1	117,5	115,5	122,9	134,0
Dez. r)	104,5	116,7	100,6	103,2	89,7	117,9	89,7	100,1	94,6	99,1	133,6	96,1
2014 Jan. x)	98,2	73,4	104,0	100,9	101,8	101,4	93,6	98,6	104,9	98,0	97,1	108,3
Febr. x)	102,7	85,4	96,6	106,0	104,0	111,6	101,0	96,3	108,0	104,1	103,7	124,0
März x)p) 5)	115,4 5)	105,6	101,9	118,5	114,4	127,3	112,0	106,1	120,0	116,5	122,0	137,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %												
2010	+ 10,2	.	+ 3,3	+ 11,7	+ 14,8	+ 12,8	+ 9,2	+ 1,8	+ 16,4	+ 16,4	+ 10,2	+ 24,8
2011	+ 7,3	+ 7,9	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,8	+ 9,7	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,1	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013 r)	+ 0,2	- 0,2	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,9	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2013 1.Vj. r)	- 2,1	- 5,4	- 0,5	- 1,9	- 2,1	- 2,5	- 1,9	+ 0,4	- 1,3	- 2,2	- 5,0	- 4,0
2.Vj. r)	- 0,3	- 0,4	- 2,1	- 0,2	- 1,4	+ 0,6	- 1,1	+ 1,2	- 0,2	- 2,5	- 1,0	+ 1,7
3.Vj. r)	± 0,0	+ 1,0	- 0,8	- 0,1	- 0,4	+ 0,1	- 0,7	+ 0,2	+ 0,9	- 3,7	- 1,7	+ 1,8
4.Vj. r)	+ 3,0	+ 2,5	- 0,4	+ 3,4	+ 3,4	+ 4,0	+ 2,3	+ 1,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,4	+ 8,0
2014 1.Vj. x)	+ 4,2	+ 14,4	- 3,9	+ 4,1	+ 4,0	+ 4,7	+ 1,5	+ 2,9	+ 5,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 9,6
2013 März r)	- 2,3	- 12,4	+ 3,7	- 1,6	- 1,2	- 2,1	± 0,0	- 1,6	± 0,0	+ 1,5	- 7,1	- 0,6
April r)	+ 0,5	± 0,0	- 0,8	+ 0,7	- 2,1	+ 2,5	- 0,5	+ 3,0	+ 0,7	- 3,0	+ 0,5	+ 4,0
Mai r)	- 2,1	- 1,5	- 4,1	- 2,1	- 1,5	- 3,2	- 7,2	+ 1,0	- 2,2	- 3,2	- 5,2	- 2,0
Juni r)	+ 0,6	+ 0,2	- 1,3	+ 0,9	- 0,6	+ 2,4	+ 4,3	- 0,2	+ 0,8	- 1,4	+ 1,5	+ 3,0
Juli r)	- 1,4	+ 0,9	± 0,0	- 1,9	- 1,1	- 3,5	- 0,7	+ 0,6	- 0,3	- 6,4	- 4,2	- 5,5
Aug. r)	+ 0,5	+ 2,2	- 2,5	+ 0,6	- 1,0	+ 2,2	- 3,1	+ 0,4	+ 0,7	- 3,0	- 1,2	+ 8,8
Sept. r)	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,2	- 0,4	+ 2,3	- 1,6	+ 0,3	+ 3,2
Okt. r)	+ 1,3	+ 0,3	- 0,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,9	- 0,4	± 0,0	+ 3,1	- 0,3	+ 0,2	+ 4,0
Nov. r)	+ 3,9	+ 1,8	- 0,9	+ 4,7	+ 3,8	+ 6,0	+ 4,5	+ 3,4	+ 6,0	+ 3,1	+ 3,8	+ 10,7
Dez. r)	+ 3,8	+ 5,8	- 0,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 3,8	+ 2,3	+ 3,0	+ 9,7
2014 Jan. x)	+ 5,0	+ 14,0	- 1,9	+ 5,0	+ 3,9	+ 7,2	+ 0,5	+ 2,4	+ 5,6	+ 1,2	+ 6,2	+ 12,6
Febr. x)	+ 4,7	+ 16,5	- 3,1	+ 4,5	+ 5,4	+ 4,2	+ 2,4	+ 3,4	+ 5,6	+ 4,8	- 0,5	+ 9,7
März x)p) 5)	+ 3,0 5)	+ 12,9	- 6,6	+ 3,0	+ 3,0	+ 3,3	+ 1,5	+ 3,0	+ 4,8	- 0,9	- 0,1	+ 7,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. o) Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1) Bis Dezember 2009 ohne, ab Januar 2010 einschl. Ausbaugewerbe. 2) Daten erst ab Januar 2010 verfügbar. 3) Ab Januar 2010 Entwicklung einschl. Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien (Wind- und Photovoltaikanlagen). 4) Gewicht für die Angaben ab 2010: Anteil an

der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. 5) Vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 3 %). x) Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

3. Auftragseingang in der Industrie *)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:									
	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	Vorleistungsgüterproduzenten		Investitionsgüterproduzenten		Konsumgüterproduzenten		davon:			
			2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010=100	Veränderung gegen Vorjahr %
insgesamt												
2009	79,8	- 24,4	77,8	- 26,3	79,4	- 24,5	94,6	- 12,2	86,8	- 14,5	97,2	- 11,7
2010	99,5	+ 24,7	99,6	+ 28,0	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,5	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,5	- 5,5	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,3	107,4	+ 2,0
2013 März	119,6	+ 0,1	115,3	+ 1,1	124,1	- 0,2	109,5	- 3,1	111,3	- 0,7	108,9	- 3,9
April	106,2	- 0,3	103,0	- 3,3	109,0	+ 0,9	102,2	+ 7,0	100,8	+ 1,9	102,7	+ 8,8
Mai	105,2	- 2,1	102,9	- 3,9	107,4	- 1,2	101,1	+ 0,6	98,5	- 0,5	102,0	+ 1,0
Juni	115,9	+ 5,1	104,4	- 1,5	125,9	+ 10,1	102,3	± 0,0	108,3	+ 7,5	100,2	- 2,5
Juli	108,9	+ 1,6	104,3	- 1,1	111,9	+ 3,4	111,5	+ 1,5	99,1	- 1,0	115,9	+ 2,5
Aug.	99,8	+ 2,0	95,7	- 2,0	102,1	+ 5,4	103,8	- 1,2	91,6	- 1,2	107,9	- 1,4
Sept.	112,3	+ 7,4	102,0	+ 1,5	119,6	+ 11,6	111,9	+ 4,4	111,5	± 0,0	112,2	+ 6,1
Okt.	111,3	+ 3,0	107,7	+ 3,7	113,8	+ 2,4	112,0	+ 3,9	110,0	+ 7,3	112,8	+ 2,8
Nov.	114,5	+ 6,8	106,0	+ 2,7	120,7	+ 9,1	112,8	+ 8,6	107,6	+ 9,9	114,6	+ 8,0
Dez.	107,7	+ 5,6	90,2	+ 0,7	121,9	+ 8,7	94,8	+ 2,5	88,5	+ 6,2	97,1	+ 1,5
2014 Jan.	111,4	+ 6,3	108,0	+ 2,8	113,8	+ 8,4	112,6	+ 10,7	100,8	+ 1,9	116,7	+ 13,6
Febr.	113,0	+ 5,9	106,0	+ 4,1	117,4	+ 6,6	116,8	+ 8,7	97,6	+ 2,2	123,5	+ 10,7
März p)	120,2	+ 0,5	113,9	- 1,2	125,7	+ 1,3	113,3	+ 3,5	113,4	+ 1,9	113,2	+ 3,9
aus dem Inland												
2009	83,8	- 22,2	77,2	- 26,2	88,0	- 19,5	98,2	- 15,9	95,1	- 16,1	99,2	- 15,9
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,4	+ 4,5	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,9	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,5	+ 2,0	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2013 März	115,5	- 0,8	113,1	+ 0,2	119,3	- 1,6	106,5	- 1,7	114,3	- 1,8	103,7	- 1,7
April	102,6	- 3,5	101,6	- 5,7	104,7	- 2,1	95,5	+ 1,6	102,3	+ 2,0	93,1	+ 1,4
Mai	100,1	- 4,5	101,2	- 4,7	99,7	- 5,1	95,2	+ 0,1	95,6	- 0,8	95,1	+ 0,4
Juni	106,5	+ 1,1	102,5	- 1,3	112,2	+ 3,4	96,9	+ 2,5	103,0	+ 8,9	94,7	+ 0,2
Juli	106,6	+ 0,9	104,1	- 0,9	109,5	+ 2,3	104,7	+ 2,0	99,0	+ 0,6	106,7	+ 2,5
Aug.	100,1	+ 3,8	96,5	- 1,1	103,6	+ 9,7	101,4	+ 0,1	92,8	- 4,0	104,4	+ 1,5
Sept.	106,0	+ 3,6	100,9	± 0,0	111,2	+ 7,3	105,1	+ 2,1	113,6	- 1,0	102,1	+ 3,4
Okt.	105,5	+ 2,2	103,7	+ 1,0	107,2	+ 3,7	105,5	+ 1,0	117,3	+ 4,6	101,4	- 0,4
Nov.	109,6	+ 5,3	105,4	+ 1,4	114,6	+ 9,0	104,5	+ 5,9	108,7	+ 4,9	103,0	+ 6,2
Dez.	94,0	+ 1,6	87,9	+ 1,7	101,7	+ 1,3	84,5	+ 3,3	81,4	+ 1,2	85,6	+ 4,0
2014 Jan.	106,2	+ 3,3	106,2	+ 1,2	106,5	+ 5,0	104,9	+ 6,3	102,6	- 1,8	105,7	+ 9,3
Febr.	107,0	+ 3,3	104,2	+ 2,8	109,4	+ 3,8	109,7	+ 3,6	99,9	- 1,9	113,1	+ 5,3
März p)	116,7	+ 1,0	109,5	- 3,2	124,8	+ 4,6	111,2	+ 4,4	113,7	- 0,5	110,3	+ 6,4
aus dem Ausland												
2009	76,7	- 26,0	78,5	- 26,5	74,1	- 27,7	91,5	- 8,7	79,5	- 12,8	95,6	- 7,5
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,5	+ 25,2	99,6	+ 4,2
2011	110,0	+ 10,4	108,5	+ 8,9	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,5	105,2	+ 5,6
2012	109,2	- 0,7	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,9	104,7	- 0,5	118,4	+ 6,1	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2013 März	123,0	+ 0,8	117,8	+ 2,2	127,0	+ 0,6	112,1	- 4,3	108,6	+ 0,2	113,3	- 5,6
April	109,1	+ 2,3	104,7	- 0,3	111,6	+ 2,8	107,9	+ 11,5	99,5	+ 1,9	110,8	+ 14,7
Mai	109,4	- 0,3	104,8	- 3,1	112,2	+ 1,1	106,2	+ 1,0	101,0	- 0,3	107,9	+ 1,4
Juni	123,5	+ 8,0	106,7	- 1,6	134,3	+ 13,7	106,9	- 1,8	113,0	+ 6,5	104,8	- 4,6
Juli	110,8	+ 2,1	104,6	- 1,4	113,3	+ 4,0	117,4	+ 1,3	99,1	- 2,5	123,8	+ 2,6
Aug.	99,5	+ 0,6	94,8	- 3,2	101,2	+ 2,8	105,8	- 2,3	90,6	+ 1,6	110,9	- 3,5
Sept.	117,4	+ 10,2	103,4	+ 3,4	124,8	+ 14,0	117,8	+ 6,3	109,6	+ 0,8	120,7	+ 8,2
Okt.	116,0	+ 3,5	112,4	+ 6,6	117,8	+ 1,7	117,6	+ 6,2	103,6	+ 10,1	122,5	+ 5,2
Nov.	118,5	+ 7,9	106,8	+ 4,4	124,5	+ 9,2	119,9	+ 10,6	106,6	+ 14,7	124,5	+ 9,4
Dez.	118,8	+ 8,3	92,9	- 0,4	134,3	+ 12,6	103,7	+ 2,0	94,6	+ 10,3	106,8	- 0,3
2014 Jan.	115,7	+ 8,6	110,1	+ 4,5	118,3	+ 10,3	119,2	+ 14,3	99,2	+ 5,4	126,0	+ 16,9
Febr.	117,9	+ 7,9	108,1	+ 5,7	122,4	+ 8,3	122,9	+ 13,0	95,6	+ 6,1	132,3	+ 14,8
März p)	123,1	+ 0,1	119,1	+ 1,1	126,2	- 0,6	115,1	+ 2,7	113,1	+ 4,1	115,7	+ 2,1

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14 bis II.16. ◊ Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe *)

Arbeitsmäßig bereinigt ①)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		Tiefbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber	
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2009	98,4	- 5,2	94,2	- 12,2	90,9	- 0,4	95,3	- 21,3	97,0	- 1,1	102,5	+ 2,2	94,3	- 14,9	105,4	+ 3,6
2010	99,7	+ 1,3	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,9	+ 3,0	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,1	102,2	+ 2,5	112,8	+ 13,1	96,0	- 3,8
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,6	- 0,2	107,6	+ 5,3	118,5	+ 5,1	103,3	+ 7,6
2013	119,1	+ 4,0	126,4	+ 4,1	140,6	+ 6,2	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,3	111,7	+ 3,8	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2013 Febr.	98,2	+ 2,1	100,8	- 1,3	108,3	- 3,6	104,3	+ 3,2	75,6	- 10,7	95,6	+ 5,8	104,3	+ 5,2	87,9	+ 1,3
März	130,9	- 3,6	133,1	- 9,8	151,2	+ 2,5	131,2	- 17,7	103,3	- 7,6	128,7	+ 3,7	129,8	- 8,2	124,0	- 1,0
April	123,6	- 0,5	130,2	+ 2,8	145,2	+ 2,1	125,5	- 4,1	114,4	+ 36,7	117,1	- 3,9	117,8	- 3,6	120,9	+ 1,6
Mai	125,5	+ 5,6	135,3	+ 14,0	142,2	+ 9,6	140,4	+ 16,6	106,7	+ 16,1	115,7	- 2,9	127,2	+ 6,4	117,0	+ 2,8
Juni	145,9	+ 11,7	157,6	+ 15,3	182,0	+ 12,0	158,1	+ 22,0	108,0	+ 0,8	134,2	+ 7,8	151,3	+ 18,5	125,9	+ 4,2
Juli	142,5	+ 14,5	141,9	+ 14,6	158,2	+ 14,1	142,3	+ 12,2	108,8	+ 26,7	143,0	+ 14,3	133,1	+ 9,5	145,8	+ 19,7
Aug.	123,8	- 1,2	124,1	- 11,8	144,8	+ 5,9	121,1	- 19,3	92,4	- 23,3	123,4	+ 12,2	119,3	- 10,8	119,9	+ 7,1
Sept.	125,9	+ 4,9	135,7	+ 4,9	152,8	+ 10,1	132,8	+ 1,3	110,8	+ 4,5	116,1	+ 5,1	130,5	+ 3,0	110,4	+ 4,6
Okt.	117,5	- 11,1	128,6	- 2,4	141,4	+ 3,9	134,6	- 2,2	85,6	- 19,2	106,5	- 19,7	125,3	- 9,3	100,0	- 19,7
Nov.	106,6	+ 16,6	119,6	+ 18,4	122,9	+ 0,7	132,4	+ 34,1	75,0	+ 12,4	93,6	+ 14,4	123,1	+ 30,8	83,2	+ 8,9
Dez.	106,2	+ 13,7	120,0	+ 11,0	136,8	+ 11,7	121,3	+ 6,9	82,9	+ 29,9	92,5	+ 17,5	113,6	+ 8,0	86,5	+ 24,3
2014 Jan.	93,1	+ 13,4	106,5	+ 17,8	112,9	+ 10,8	113,3	+ 22,4	73,7	+ 20,8	79,7	+ 7,8	110,7	+ 27,8	67,1	- 3,7
Febr.	102,3	+ 4,2	112,9	+ 12,0	134,0	+ 23,7	114,3	+ 9,6	67,0	- 11,4	91,7	- 4,1	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen,

Tabelle II.21. ① Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ② Ohne Wohnungsbauaufträge.

5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen *)

Kalenderbereinigt ①)

Zeit	Einzelhandel														Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen ③)	
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen 1):															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010	100,0	+ 2,2	100,0	+ 1,2	100,2	+ 0,8	99,8	+ 4,4	99,9	+ 3,0	100,0	+ 2,5	100,2	+ 3,9	99,3	- 4,7
2011	102,6	+ 2,6	101,1	+ 1,1	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,2	105,1	+ 2,5	102,3	+ 0,7	99,0	- 0,4	104,5	+ 0,8	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013 4)	106,1	+ 1,5	101,2	+ 0,3	109,0	+ 3,7	103,6	+ 1,3	95,5	- 3,5	102,5	- 1,9	103,4	+ 3,0	104,9	- 0,9
2013 März	108,0	+ 0,7	102,7	- 0,7	111,6	+ 4,6	98,4	- 9,8	96,1	+ 0,4	107,8	- 6,4	105,4	+ 1,0	114,0	- 8,4
April	106,9	+ 1,5	101,5	+ 0,1	108,4	+ 1,6	110,3	+ 5,1	85,6	- 5,5	108,3	- 1,5	102,1	+ 0,5	111,6	- 0,6
Mai	107,5	+ 2,5	102,0	+ 1,1	110,3	+ 2,9	103,8	+ 2,0	83,3	- 3,4	107,8	+ 0,9	101,5	+ 0,8	110,1	± 0,0
Juni	104,4	+ 1,3	99,1	- 0,6	110,0	+ 4,4	100,8	+ 5,8	84,6	- 11,0	101,6	- 0,1	98,9	+ 0,3	110,5	- 0,3
Juli	106,1	+ 2,0	101,4	+ 0,3	111,7	+ 6,6	103,0	+ 0,4	86,4	- 6,8	103,2	- 1,6	106,1	+ 3,3	106,6	- 1,3
Aug.	103,2	+ 1,6	98,7	+ 0,4	108,0	+ 4,1	97,7	+ 4,5	88,5	- 2,1	97,9	- 6,0	99,3	+ 3,2	98,0	+ 0,5
Sept.	104,8	+ 1,4	99,7	+ 0,4	103,8	+ 1,4	115,5	+ 2,0	95,2	+ 2,0	102,2	- 1,4	101,7	+ 6,0	105,3	- 0,5
Okt.	109,5	+ 0,9	103,9	± 0,0	110,9	+ 3,8	118,0	- 0,3	95,7	- 3,2	109,0	- 2,7	106,7	+ 4,6	115,9	+ 2,9
Nov.	111,4	+ 1,9	105,9	+ 1,0	112,0	+ 4,8	110,7	+ 6,8	105,8	- 2,4	110,1	- 1,6	106,4	+ 3,0	112,9	+ 3,5
Dez.	121,1	- 0,2	115,5	- 1,1	124,0	+ 1,5	119,8	- 1,9	138,3	- 6,4	104,0	- 2,4	115,3	+ 6,6	98,1	+ 4,5
2014 Jan.	99,3	+ 1,8	94,8	+ 0,6	101,4	+ 1,7	91,4	+ 3,5	97,7	- 3,1	87,7	- 1,8	105,4	+ 4,8	92,5	+ 8,2
Febr.	95,8	+ 2,7	91,1	+ 1,8	100,7	+ 2,9	83,3	+ 7,8	83,0	- 2,8	90,3	+ 2,0	102,4	+ 6,4	96,6	+ 6,6
März	110,6	+ 2,4	104,3	+ 1,6	116,0	+ 3,9	110,4	+ 12,2	85,9	- 10,6	110,4	+ 2,4	107,7	+ 2,2

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. * Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. ① Mit Hilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. ② In Verkaufsräumen. ③ Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. ④ Ab Januar 2011 basierend

auf Daten aus Umsatzsteuer-Voranmeldungen und Primärerhebungen, davor Stichprobenbefragung. ④ Ergebnisse ab Januar 2013 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt *)

	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:			insgesamt	konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbereich ohne Arbeitnehmerüberlassung	Arbeitnehmerüberlassung					Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)		
2009	40 372	+ 0,1	27 493	- 0,1	8 521	18 210	549	4 905	1 144	1 078	3 415	1 190	8,1	301
2010	40 587	+ 0,5	27 757	+ 1,0	8 426	18 438	679	4 883	503	429	3 238	1 075	7,7	359
2011	41 152	+ 1,4	28 440	+ 2,5	8 583	18 836	798	4 865	148	100	2 976	892	7,1	466
2012	41 607	+ 1,1	28 991	+ 1,9	8 731	19 250	775	4 805	112	67	2 897	902	6,8	478
2013	41 847	+ 0,6	29 360	+ 1,3	8 778	19 601	743	4 797	...	77	2 950	970	6,9	434
2011 1.Vj.	40 588	+ 1,4	27 944	+ 2,3	8 428	18 578	740	4 852	291	158	3 290	1 088	7,8	412
2.Vj.	41 064	+ 1,4	28 266	+ 2,4	8 535	18 721	786	4 867	121	107	2 977	850	7,1	470
3.Vj.	41 343	+ 1,4	28 566	+ 2,4	8 638	18 862	836	4 865	76	64	2 893	843	6,9	497
4.Vj.	41 611	+ 1,3	28 983	+ 2,6	8 732	19 184	830	4 874	102	72	2 743	787	6,5	486
2012 1.Vj.	41 145	+ 1,4	28 638	+ 2,5	8 623	19 036	760	4 797	201	82	3 074	998	7,3	472
2.Vj.	41 545	+ 1,2	28 860	+ 2,1	8 696	19 149	773	4 798	77	65	2 876	847	6,8	499
3.Vj.	41 779	+ 1,1	29 077	+ 1,8	8 770	19 265	799	4 803	56	43	2 856	885	6,7	493
4.Vj.	41 961	+ 0,8	29 391	+ 1,4	8 835	19 550	767	4 823	113	76	2 782	878	6,6	446
2013 1.Vj.	41 394	+ 0,6	29 016	+ 1,3	8 689	19 405	702	4 765	234	102	3 131	1 109	7,4	427
2.Vj.	41 749	+ 0,5	29 214	+ 1,2	8 737	19 508	726	4 779	99	87	2 941	945	6,8	438
3.Vj.	42 029	+ 0,6	29 451	+ 1,3	8 807	19 626	772	4 810	70	57	2 903	934	6,7	445
4.Vj.	42 214	+ 0,6	29 760	+ 1,3	8 880	19 867	772	4 833	...	61	2 827	891	6,6	428
2014 1.Vj.	41 738	+ 0,8	3 109	1 078	7,2	426
2010 Dez.	40 931	+ 1,1	28 033	+ 2,0	8 460	18 635	743	4 931	279	162	3 011	949	7,1	380
2011 Jan.	40 527	+ 1,3	27 863	+ 2,3	8 399	18 540	732	4 842	322	177	3 345	1 146	7,9	375
Febr.	40 559	+ 1,5	27 912	+ 2,5	8 416	18 560	738	4 831	305	155	3 313	1 107	7,9	418
März	40 679	+ 1,5	28 080	+ 2,5	8 477	18 632	759	4 836	246	143	3 211	1 010	7,6	442
April	40 908	+ 1,5	28 214	+ 2,4	8 518	18 703	771	4 857	133	117	3 078	907	7,3	461
Mai	41 092	+ 1,4	28 354	+ 2,5	8 559	18 768	798	4 880	122	107	2 960	839	7,0	470
Juni	41 192	+ 1,4	28 381	+ 2,4	8 580	18 753	821	4 894	110	96	2 893	804	6,9	480
Juli	41 209	+ 1,4	28 357	+ 2,4	8 591	18 712	831	4 890	81	68	2 939	859	7,0	492
Aug.	41 303	+ 1,4	28 658	+ 2,4	8 660	18 922	843	4 840	71	59	2 945	867	7,0	497
Sept.	41 518	+ 1,3	28 984	+ 2,5	8 746	19 149	845	4 833	76	65	2 796	802	6,6	502
Okt.	41 656	+ 1,3	29 039	+ 2,6	8 750	19 206	839	4 851	81	70	2 737	778	6,5	500
Nov.	41 679	+ 1,3	29 024	+ 2,6	8 744	19 207	835	4 901	85	76	2 713	769	6,4	492
Dez.	41 498	+ 1,4	28 787	+ 2,7	8 655	19 128	784	4 909	140	72	2 780	813	6,6	467
2012 Jan.	41 140	+ 1,5	28 580	+ 2,6	8 613	18 995	758	4 813	206	82	3 084	1 011	7,3	452
Febr.	41 091	+ 1,3	28 580	+ 2,4	8 601	19 012	752	4 743	230	87	3 110	1 028	7,4	473
März	41 203	+ 1,3	28 719	+ 2,3	8 653	19 077	758	4 763	167	78	3 028	955	7,2	491
April	41 395	+ 1,2	28 836	+ 2,2	8 687	19 144	765	4 784	83	71	2 963	893	7,0	499
Mai	41 584	+ 1,2	28 924	+ 2,0	8 713	19 185	780	4 812	77	65	2 855	831	6,7	499
Juni	41 655	+ 1,1	28 921	+ 1,9	8 723	19 163	792	4 834	71	58	2 809	817	6,6	499
Juli	41 689	+ 1,2	28 910	+ 2,0	8 730	19 137	806	4 829	54	42	2 876	885	6,8	500
Aug.	41 740	+ 1,1	29 154	+ 1,7	8 789	19 321	802	4 777	47	34	2 905	910	6,8	493
Sept.	41 908	+ 0,9	29 414	+ 1,5	8 863	19 512	789	4 775	66	54	2 788	862	6,5	485
Okt.	42 044	+ 0,9	29 470	+ 1,5	8 863	19 579	782	4 803	85	70	2 753	846	6,5	468
Nov.	42 034	+ 0,9	29 424	+ 1,4	8 840	19 580	767	4 851	98	85	2 751	864	6,5	451
Dez.	41 804	+ 0,7	29 143	+ 1,2	8 739	19 471	715	4 854	156	72	2 840	924	6,7	421
2013 Jan.	41 380	+ 0,6	28 965	+ 1,3	8 678	19 372	699	4 762	234	104	3 138	1 121	7,4	405
Febr.	41 368	+ 0,7	28 981	+ 1,4	8 674	19 387	700	4 736	245	104	3 156	1 132	7,4	431
März	41 433	+ 0,6	29 062	+ 1,2	8 692	19 439	700	4 740	222	98	3 098	1 072	7,3	444
April	41 599	+ 0,5	29 201	+ 1,3	8 735	19 505	719	4 761	113	100	3 020	1 001	7,1	441
Mai	41 787	+ 0,5	29 277	+ 1,2	8 752	19 542	734	4 796	86	74	2 937	935	6,8	437
Juni	41 862	+ 0,5	29 269	+ 1,2	8 757	19 517	748	4 819	99	86	2 865	897	6,6	437
Juli	41 939	+ 0,6	29 266	+ 1,2	8 765	19 484	773	4 829	81	68	2 914	943	6,8	444
Aug.	41 966	+ 0,5	29 548	+ 1,4	8 826	19 701	775	4 795	60	47	2 946	956	6,8	445
Sept.	42 182	+ 0,7	29 810	+ 1,3	8 903	19 868	785	4 795	70	56	2 849	904	6,6	446
Okt.	42 298	+ 0,6	29 807	+ 1,1	8 895	19 879	783	4 805	83	70	2 801	870	6,5	439
Nov.	42 271	+ 0,6	29 805	+ 1,3	8 897	19 894	775	4 862	...	67	2 806	881	6,5	431
Dez.	42 073	+ 0,6	29 530	+ 1,3	8 795	19 786	730	4 867	...	45	2 873	923	6,7	414
2014 Jan.	41 701	+ 0,8	29 370	+ 1,4	8 739	19 690	723	4 796	...	68	3 136	1 104	7,3	401
Febr.	41 709	+ 0,8	29 417	+ 1,5	8 748	19 720	725	4 772	...	60	3 138	1 105	7,3	429
März	41 805	+ 0,9	3 055	1 026	7,1	447
April	2 943	938	6,8	455

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. * Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind runderungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stellen mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren

Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden. 9 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2011 und 2012 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,2 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 1,0 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 10 Ab Mai 2013 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 11 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
2010 = 100													
Indexstand													
2009	98,9	98,6	99,4	96,2	99,5	98,8	99,1	98,5	88,1	97,0	93,4	72,8	74,5
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	7) 102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,0	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	7) 104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,0	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	121,1	104,3	105,9	133,1	101,0
2012 Juni	103,7	105,8	101,9	114,2	102,0	102,4		106,6	113,3	104,8	107,7	124,5	108,9
Juli	104,1	105,2	101,2	115,4	103,6	102,5		106,6	114,4	105,0	108,2	136,5	116,8
Aug.	104,5	105,1	101,6	118,0	103,5	102,6	106,0	107,0	117,9	105,2	109,2	149,1	114,2
Sept.	104,6	105,0	102,5	119,3	102,6	102,7		107,3	121,4	105,2	108,5	143,2	111,9
Okt.	104,6	105,7	103,0	118,1	102,4	102,8		107,4	122,7	105,0	108,0	139,9	108,7
Nov.	104,7	107,0	102,8	116,7	102,7	102,9	106,3	107,4	125,2	105,1	108,0	138,5	107,0
Dez.	105,0	108,0	102,7	115,5	104,0	102,9		107,1	124,4	104,8	107,4	136,2	106,5
2013 Jan.	104,5	109,0	101,7	118,1	101,9	103,2		107,7	124,0	104,8	107,3	138,6	106,2
Febr.	105,1	108,9	102,2	119,5	103,0	103,3	107,1	107,5	124,5	104,7	107,6	141,7	106,9
März	105,6	109,9	103,2	117,8	103,7	103,4		107,2	124,1	104,9	107,6	136,3	107,7
April	105,1	110,0	103,3	118,2	101,8	103,5		107,1	125,0	104,7	106,4	127,8	104,0
Mai	105,5	111,1	103,2	117,7	103,2	103,6	107,7	106,8	125,3	104,5	106,0	129,0	103,3
Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	123,1	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	120,7	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	120,4	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	121,4	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,4	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,1	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,4	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5 p)	120,2	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5 p)	120,1	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2 p)	121,3	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	115,7	104,7	105,1		126,2	99,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %													
2009	+ 0,3	- 1,3	+ 1,3	- 5,4	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	- 4,2	- 19,0	- 2,2	- 8,5	- 33,6	- 19,0
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	7) + 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,0	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	7) + 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	- 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,8	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2012 Juni	+ 1,7	+ 3,5	+ 1,4	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,1	- 3,2	+ 1,5	+ 1,6	- 4,6	- 4,5
Juli	+ 1,9	+ 3,1	+ 1,2	+ 4,3	+ 1,4	+ 1,2		+ 0,6	- 0,4	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,0	+ 1,6
Aug.	+ 2,2	+ 3,2	+ 1,1	+ 7,6	+ 1,3	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 1,7	+ 3,0	+ 16,9	+ 1,2
Sept.	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 7,1	+ 1,4	+ 1,2		+ 1,2	+ 7,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 5,5	- 1,9
Okt.	+ 2,0	+ 3,3	+ 1,4	+ 5,6	+ 1,5	+ 1,2		+ 1,1	+ 9,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 6,0	+ 3,4
Nov.	+ 1,9	+ 4,3	+ 1,1	+ 3,8	+ 1,8	+ 1,2	+ 2,5	+ 1,2	+ 10,2	+ 1,5	+ 1,0	+ 3,0	+ 3,9
Dez.	+ 2,0	+ 4,7	+ 1,4	+ 3,6	+ 1,9	+ 1,1		+ 1,4	+ 10,9	+ 1,1	± 0,0	+ 1,0	+ 2,7
2013 Jan.	+ 1,7	+ 4,5	+ 0,9	+ 3,9	+ 1,0	+ 1,2		+ 1,5	+ 11,2	+ 0,4	- 1,3	- 1,8	- 2,9
Febr.	+ 1,5	+ 3,1	+ 1,0	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,2	+ 2,2	+ 0,9	+ 9,2	± 0,0	- 1,7	- 4,5	- 2,2
März	+ 1,4	+ 3,7	+ 1,1	+ 0,5	+ 1,5	+ 1,3		+ 0,1	+ 6,4	+ 0,1	- 2,2	- 12,1	- 2,5
April	+ 1,2	+ 4,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,2		- 0,2	+ 6,7	- 0,4	- 3,0	- 14,0	- 5,6
Mai	+ 1,5	+ 5,4	+ 0,9	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,1	- 0,2	+ 9,1	- 0,5	- 2,9	- 8,2	- 6,2
Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 8,6	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 5,5	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 2,1	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	± 0,0	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,1	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,5	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,6	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1 p)	- 3,1	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9 p)	- 3,5	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9 p)	- 2,3	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 1,3	- 4,5

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Netto-

mieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industrie- rohstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

8. Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter ¹⁾		Nettolöhne und -gehälter ²⁾		Empfangene monetäre Sozialleistungen ³⁾		Masseneinkommen ⁴⁾		Verfügbares Einkommen ⁵⁾		Sparen ⁶⁾		Sparquote ⁷⁾
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2006	935,0	1,4	627,8	0,4	358,5	- 0,4	986,3	0,1	1 502,0	2,6	162,5	3,6	10,8
2007	965,9	3,3	646,2	2,9	353,6	- 1,4	999,8	1,4	1 524,8	1,5	168,1	3,4	11,0
2008	1 002,6	3,8	664,0	2,7	356,2	0,7	1 020,1	2,0	1 569,9	3,0	180,3	7,3	11,5
2009	1 003,8	0,1	667,7	0,6	384,1	7,8	1 051,8	3,1	1 562,9	- 0,4	170,3	- 5,5	10,9
2010	1 033,2	2,9	696,7	4,4	387,8	1,0	1 084,5	3,1	1 609,9	3,0	174,9	2,7	10,9
2011	1 081,7	4,7	723,4	3,8	384,2	- 0,9	1 107,6	2,1	1 672,0	3,9	173,6	- 0,7	10,4
2012	1 126,6	4,2	751,9	3,9	389,2	1,3	1 141,1	3,0	1 710,3	2,3	176,5	1,6	10,3
2013	1 160,9	3,0	772,8	2,8	397,4	2,1	1 170,2	2,6	1 746,7	2,1	174,2	- 1,3	10,0
2012 3.Vj.	277,9	4,1	189,1	3,8	97,4	1,7	286,6	3,1	431,3	1,6	37,9	1,1	8,8
4.Vj.	311,7	4,0	207,9	3,7	97,3	1,6	305,2	3,0	429,5	1,9	38,0	- 1,1	8,8
2013 1.Vj.	270,1	3,3	180,2	3,1	100,2	2,4	280,4	2,8	428,2	0,6	56,3	- 3,0	13,2
2.Vj.	283,5	2,9	184,8	2,6	99,0	2,5	283,8	2,6	434,3	2,5	41,5	- 2,4	9,6
3.Vj.	286,8	3,2	195,1	3,1	99,4	2,1	294,5	2,8	444,4	3,0	37,8	- 0,2	8,5
4.Vj.	320,4	2,8	212,7	2,3	98,8	1,5	311,5	2,1	439,8	2,4	38,6	1,5	8,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2014. * Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbstandigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex ¹⁾								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer ³⁾	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen ²⁾			
2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	2005 = 100	% gegen Vorjahr	
2006	101,0	1,0	101,2	1,2	100,8	0,8	100,8	0,8	100,8	0,8
2007	102,2	1,2	102,5	1,4	102,2	1,5	102,2	1,4	102,2	1,4
2008	105,0	2,7	105,4	2,8	105,3	3,0	105,5	3,2	104,6	2,3
2009	107,1	2,0	107,6	2,0	107,7	2,3	108,1	2,4	104,5	- 0,0
2010	108,8	1,6	109,4	1,7	109,4	1,7	110,0	1,8	106,9	2,3
2011	110,7	1,8	111,4	1,8	111,5	1,9	112,0	1,8	110,4	3,3
2012	113,7	2,7	114,3	2,6	114,7	2,9	115,2	2,9	113,6	2,9
2013	116,5	2,4	117,1	2,4	117,5	2,5	118,0	2,5	116,1	2,2
2012 4.Vj.	127,2	3,1	127,9	3,0	128,3	3,0	116,2	3,0	124,3	3,0
2013 1.Vj.	107,8	2,8	108,4	2,9	108,8	2,9	117,0	2,9	109,1	2,4
2.Vj.	109,0	2,1	109,6	2,1	109,9	2,1	117,3	2,1	113,7	2,1
3.Vj.	118,7	2,3	119,4	2,3	119,8	2,4	118,7	2,4	114,5	2,4
4.Vj.	130,3	2,4	131,0	2,4	131,5	2,5	118,9	2,4	126,8	2,0
2014 1.Vj.	111,4	3,3	112,0	3,3	111,9	2,8	120,3	2,8	.	.
2013 Sept.	109,5	2,4	110,1	2,5	110,5	2,5	118,9	2,5	.	.
Okt.	109,5	2,4	110,1	2,4	110,5	2,4	118,9	2,4	.	.
Nov.	169,0	2,4	169,9	2,4	170,5	2,4	118,9	2,3	.	.
Dez.	112,3	2,4	113,0	2,5	113,4	2,7	119,0	2,4	.	.
2014 Jan.	112,4	4,3	113,0	4,3	111,6	2,6	120,0	2,6	.	.
Febr.	110,6	2,6	111,3	2,7	111,7	2,7	120,1	2,6	.	.
März	111,3	3,1	111,9	3,1	112,3	3,2	120,8	3,1	.	.

1 Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2014.

XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion *)

Mio €

Position	2011 ¹⁾	2012 ¹⁾	2013 ¹⁾	2013 ¹⁾				2014	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr. ²⁾
A. Leistungsbilanz	+ 12 059	+ 133 091	+ 227 675	+ 60 073	+ 51 420	+ 87 577	+ 32 909	+ 6 989	+ 13 870
1. Warenhandel									
Ausfuhr (fob)	1 792 948	1 921 514	1 935 783	489 641	479 571	495 962	153 633	152 643	157 146
Einfuhr (fob)	1 792 075	1 832 463	1 770 587	439 783	441 505	447 981	140 950	151 899	141 385
Saldo	+ 874	+ 89 048	+ 165 198	+ 49 859	+ 38 066	+ 47 981	+ 12 683	+ 744	+ 15 762
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	590 798	633 551	662 929	166 460	176 763	173 217	61 660	53 002	49 737
Ausgaben	512 900	538 515	549 686	136 164	143 283	142 711	50 240	44 251	40 944
Saldo	+ 77 897	+ 95 037	+ 113 242	+ 30 295	+ 33 480	+ 30 507	+ 11 420	+ 8 751	+ 8 794
3. Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Saldo)	+ 39 571	+ 56 262	+ 70 296	+ 9 967	+ 13 990	+ 24 004	+ 10 941	+ 7 503	+ 6 536
4. Laufende Übertragungen									
fremde Leistungen	95 827	98 623	99 740	19 793	17 610	34 607	18 783	10 529	11 517
eigene Leistungen	202 112	205 881	220 799	49 841	51 725	49 522	20 918	20 538	28 739
Saldo	- 106 284	- 107 257	- 121 059	- 30 047	- 34 115	- 14 915	- 2 135	- 10 009	- 17 222
B. Saldo der Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nicht-produzierten Vermögensgütern	+ 10 687	+ 6 477	+ 20 129	+ 5 553	+ 4 554	+ 7 913	+ 2 576	+ 975	+ 2 696
C. Kapitalbilanz (Nettokapitalexport: -)	- 50 943	- 165 046	- 246 926	- 72 188	- 55 863	- 95 643	- 46 522	- 4 680	- 12 200
1. Direktinvestitionen	- 101 719	- 71 566	- 24 922	+ 21 968	- 12 654	- 9 063	- 9 656	- 9 053	+ 31 945
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 500 864	- 410 125	- 324 169	- 69 670	- 50 361	- 151 875	+ 31 047	- 25 020	+ 46 603
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 399 147	+ 338 559	+ 299 246	+ 91 638	+ 37 707	+ 142 812	- 40 703	+ 15 966	- 14 658
2. Wertpapieranlagen	+ 238 594	+ 95 440	+ 105 833	+ 43 967	+ 4 920	+ 54 558	+ 3 918	+ 19 309	+ 24 262
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 53 663	- 194 261	- 250 188	- 24 391	- 69 144	- 50 351	- 20 628	- 17 636	- 14 622
Aktien	+ 66 257	- 57 983	- 163 421	- 14 172	- 45 940	- 39 380	- 14 540	- 6 827	+ 4 826
Anleihen	+ 21 785	- 133 895	- 78 869	- 10 396	- 21 027	- 12 628	+ 338	- 2 876	- 10 490
Geldmarktpapiere	- 34 379	- 2 384	- 7 897	+ 178	- 2 177	+ 1 657	- 6 426	- 7 933	- 8 958
ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 184 930	+ 289 703	+ 356 019	+ 68 356	+ 74 065	+ 104 908	+ 24 546	+ 36 945	+ 38 883
Aktien	+ 64 393	+ 164 940	+ 236 623	+ 66 687	+ 44 426	+ 58 372	+ 41 532	+ 14 817	+ 7 792
Anleihen	+ 165 290	+ 128 769	+ 80 597	+ 3 839	- 14 157	+ 90 370	+ 8 356	- 4 538	+ 51 903
Geldmarktpapiere	- 44 752	- 4 009	+ 38 800	- 2 170	+ 43 796	- 43 834	- 25 342	+ 26 665	- 20 812
3. Finanzderivate	- 5 552	+ 5 294	+ 18 226	- 1 879	+ 7 593	+ 4 296	+ 1 819	- 123	+ 2 696
4. Übriger Kapitalverkehr (Saldo)	- 171 998	- 179 260	- 341 652	- 135 057	- 52 862	- 145 126	- 41 259	- 12 094	- 71 939
Eurosysteem	+ 137 861	+ 13 179	- 58 988	- 10 782	- 16 362	- 9 354	+ 253	- 3 216	- 13 374
Staat	+ 69 918	- 3 712	+ 6 293	+ 4 784	+ 6 910	- 14 848	- 3 940	+ 2 739	- 242
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	- 341 608	- 111 858	- 268 528	- 103 460	- 36 496	- 113 678	- 56 647	- 21 420	- 47 978
langfristig	- 16 768	+ 6 476	+ 43 213	+ 20 505	+ 5 264	+ 19 622	+ 21 948	+ 4 210	+ 1 823
kurzfristig	- 324 842	- 118 337	- 311 743	- 123 966	- 41 761	- 133 300	- 78 595	- 25 629	- 49 801
Unternehmen und Privatpersonen	- 38 172	- 76 872	- 20 433	- 25 600	- 6 915	- 7 248	+ 19 075	+ 9 803	- 10 345
5. Veränderung der Währungsreserven des Eurosysteems (Zunahme: -)	- 10 266	- 14 957	- 4 409	- 1 187	- 2 861	- 308	- 1 344	- 2 719	+ 837
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 28 197	+ 25 477	- 878	+ 6 563	- 111	+ 154	+ 11 038	- 3 284	- 4 366

* Quelle: Europäische Zentralbank.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögensübertragungen und Kauf/Verkauf von immateriellen nichtproduzierten Vermögensgütern	Kapitalbilanz			Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	
	Saldo der Leistungsbilanz	Außenhandel 1)	Ergänzungen zum Außenhandel 2)	Dienstleistungen 3)	Erwerbs- und Vermögenseinkommen	laufende Übertragungen		insgesamt 4)	darunter Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten 5)			
	Mio DM											
2000	- 69 351	+ 115 645	- 17 742	- 95 848	- 16 956	- 54 450	+ 13 345	+ 66 863	+ 11 429	- 10 857		
2001	- 23	+ 186 771	- 14 512	- 97 521	- 22 557	- 52 204	- 756	- 23 068	+ 11 797	+ 23 847		
	Mio €											
1999	- 25 834	+ 65 211	- 8 153	- 46 035	- 12 457	- 24 401	- 154	- 10 396	+ 12 535	+ 36 384		
2000	- 35 459	+ 59 128	- 9 071	- 49 006	- 8 670	- 27 840	+ 6 823	+ 34 187	+ 5 844	- 5 551		
2001	- 12	+ 95 495	- 7 420	- 49 862	- 11 533	- 26 692	- 387	- 11 794	+ 6 032	+ 12 193		
2002	+ 42 669	+ 132 788	- 8 552	- 35 728	- 18 888	- 26 951	- 212	- 38 448	+ 2 065	- 4 010		
2003	+ 40 525	+ 129 921	- 11 148	- 34 506	- 15 677	- 28 064	+ 311	- 61 758	+ 445	+ 20 921		
2004	+ 102 368	+ 156 096	- 16 470	- 29 375	+ 19 681	- 27 564	+ 435	- 122 984	+ 1 470	+ 20 181		
2005	+ 112 591	+ 158 179	- 14 057	- 27 401	+ 24 391	- 28 522	- 1 369	- 129 635	+ 2 182	+ 18 413		
2006	+ 144 739	+ 159 048	- 12 888	- 17 346	+ 44 460	- 28 536	- 258	- 175 474	+ 2 934	+ 30 992		
2007	+ 180 914	+ 195 348	- 9 816	- 14 852	+ 42 918	- 32 685	+ 104	- 210 151	- 953	+ 29 133		
2008	+ 153 633	+ 178 297	- 13 628	- 10 258	+ 32 379	- 33 157	- 210	- 173 910	- 2 008	+ 20 487		
2009	+ 140 724	+ 138 697	- 16 917	- 7 220	+ 59 355	- 33 191	+ 28	- 156 416	+ 3 200	+ 15 664		
2010	+ 159 329	+ 154 863	- 12 408	+ 337	+ 54 836	- 38 299	- 575	- 124 952	- 1 613	- 33 802		
2011	+ 178 427	+ 158 702	- 20 296	+ 3 353	+ 70 530	- 33 863	+ 634	- 174 729	- 2 836	- 4 331		
2012	+ 198 571	+ 189 841	- 33 187	+ 3 289	+ 76 376	- 37 749	+ 16	- 222 705	- 1 297	+ 24 118		
2013	+ 205 952	+ 197 654	- 28 986	+ 2 400	+ 76 921	- 42 037	+ 1 810	- 250 599	- 838	+ 42 836		
2011 2.Vj.	+ 36 123	+ 38 562	- 4 993	- 139	+ 7 422	- 4 730	- 290	- 57 077	- 438	+ 21 243		
3.Vj.	+ 40 415	+ 39 609	- 6 581	- 4 305	+ 21 358	- 9 665	+ 97	- 13 384	- 639	- 27 127		
4.Vj.	+ 53 348	+ 39 630	- 6 657	+ 3 626	+ 22 565	- 5 816	- 116	- 33 476	- 366	- 19 756		
2012 1.Vj.	+ 50 009	+ 46 229	- 4 457	+ 2 034	+ 21 251	- 15 047	+ 184	- 42 696	- 963	- 7 496		
2.Vj.	+ 43 491	+ 48 058	- 10 911	+ 2 676	+ 10 090	- 6 421	+ 387	- 48 159	- 769	+ 4 281		
3.Vj.	+ 48 302	+ 50 775	- 8 677	- 5 830	+ 21 431	- 9 397	+ 59	- 50 859	- 59	+ 2 497		
4.Vj.	+ 56 768	+ 44 780	- 9 142	+ 4 408	+ 23 605	- 6 883	- 614	- 80 991	+ 494	+ 24 837		
2013 1.Vj.	+ 47 441	+ 49 289	- 7 694	+ 48	+ 21 756	- 15 959	+ 387	- 40 042	- 86	- 7 786		
2.Vj.	+ 50 358	+ 48 634	- 3 838	+ 1 276	+ 12 295	- 8 010	+ 345	- 70 438	- 72	+ 19 735		
3.Vj.	+ 45 237	+ 49 784	- 8 451	- 5 118	+ 19 423	- 10 402	+ 77	- 64 747	+ 784	+ 19 433		
4.Vj.	+ 62 916	+ 49 946	- 9 004	+ 6 194	+ 23 447	- 7 666	+ 1 001	- 75 372	- 1 464	+ 11 454		
2014 1.Vj. p)	+ 48 455	+ 47 678	- 7 664	+ 4 566	+ 19 591	- 15 716	+ 1 817	- 66 173	+ 565	+ 15 902		
2011 Okt.	+ 12 409	+ 11 000	- 2 199	- 511	+ 7 623	- 3 504	- 184	- 15 212	+ 55	+ 2 987		
Nov.	+ 18 586	+ 16 110	- 1 924	+ 733	+ 7 315	- 3 647	+ 118	- 8 401	+ 263	- 10 303		
Dez.	+ 22 354	+ 12 520	- 2 534	+ 3 405	+ 7 627	+ 1 335	- 50	- 9 863	- 684	- 12 441		
2012 Jan.	+ 12 820	+ 13 536	- 1 564	- 1 071	+ 6 185	- 4 266	- 37	- 12 795	- 140	+ 13		
Febr.	+ 15 099	+ 15 418	- 1 945	+ 1 454	+ 7 468	- 7 296	+ 212	- 8 194	- 547	- 7 117		
März	+ 22 091	+ 17 275	- 948	+ 1 652	+ 7 597	- 3 485	+ 8	- 21 707	- 276	- 393		
April	+ 13 016	+ 14 358	- 3 456	+ 2 139	+ 2 651	- 2 675	+ 309	- 16 585	- 581	+ 3 261		
Mai	+ 9 987	+ 15 702	- 4 485	- 311	+ 551	- 1 470	+ 233	- 19 675	- 207	+ 9 455		
Juni	+ 20 488	+ 17 998	- 2 970	+ 848	+ 6 889	- 2 276	- 155	- 11 898	+ 19	+ 8 435		
Juli	+ 15 779	+ 17 169	- 3 148	- 2 783	+ 7 072	- 2 532	- 228	+ 122	+ 48	- 15 673		
Aug.	+ 14 662	+ 16 747	- 2 864	- 2 581	+ 7 029	- 3 668	+ 166	- 19 055	- 389	+ 4 227		
Sept.	+ 17 862	+ 16 859	- 2 665	- 465	+ 7 330	- 3 197	+ 122	- 31 926	+ 281	+ 13 943		
Okt.	+ 16 663	+ 15 967	- 2 816	- 980	+ 7 964	- 3 472	- 192	- 18 726	- 176	+ 2 256		
Nov.	+ 19 015	+ 16 872	- 2 841	+ 763	+ 7 623	- 3 402	+ 148	- 30 196	+ 308	+ 11 033		
Dez.	+ 21 090	+ 11 941	- 3 485	+ 4 625	+ 8 018	- 9	- 570	- 32 069	+ 362	+ 11 548		
2013 Jan.	+ 10 633	+ 13 622	- 2 433	- 1 507	+ 6 690	- 5 740	+ 24	+ 9 792	- 493	- 20 450		
Febr.	+ 15 668	+ 16 809	- 1 940	+ 383	+ 7 418	- 7 002	+ 19	- 16 820	+ 321	+ 1 133		
März	+ 21 139	+ 18 858	- 3 321	+ 1 171	+ 7 648	- 3 218	+ 344	- 33 014	+ 86	+ 11 531		
April	+ 17 521	+ 17 995	- 1 302	+ 894	+ 2 528	- 2 595	+ 182	- 23 748	- 56	+ 6 045		
Mai	+ 13 933	+ 13 622	- 569	- 287	+ 3 613	- 2 446	+ 109	- 15 267	+ 23	+ 1 225		
Juni	+ 18 904	+ 17 017	- 1 967	+ 668	+ 6 155	- 2 969	+ 54	- 31 423	- 38	+ 12 465		
Juli	+ 15 131	+ 16 253	- 2 658	- 1 753	+ 6 772	- 3 483	+ 39	- 10 458	+ 654	- 4 711		
Aug.	+ 9 823	+ 13 255	- 2 943	- 3 353	+ 6 662	- 3 798	- 77	- 28 991	- 425	+ 19 244		
Sept.	+ 20 283	+ 20 276	- 2 849	- 12	+ 5 989	- 3 121	+ 116	- 25 298	+ 556	+ 4 899		
Okt.	+ 19 288	+ 17 867	- 2 105	- 659	+ 7 283	- 3 098	+ 527	- 19 789	+ 212	- 26		
Nov.	+ 22 530	+ 18 208	- 3 046	+ 2 462	+ 7 562	- 2 656	+ 270	- 23 293	- 407	+ 494		
Dez.	+ 21 098	+ 13 870	- 3 853	+ 4 391	+ 8 602	- 1 912	+ 204	- 32 289	- 1 269	+ 10 987		
2014 Jan. p)	+ 15 181	+ 15 045	- 2 478	+ 1 734	+ 5 662	- 4 782	+ 1 009	- 1 720	+ 375	- 14 469		
Febr.	+ 13 779	+ 16 210	- 2 860	+ 1 656	+ 6 216	- 7 443	+ 446	- 25 996	+ 898	+ 11 772		
März p)	+ 19 495	+ 16 423	- 2 326	+ 1 176	+ 7 713	- 3 491	+ 362	- 38 456	- 708	+ 18 599		

1 Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. Ab Januar 2007 ohne Warenlieferungen zur bzw. nach Reparatur/Wartung, die bis Dezember 2006 über die Ergänzungen zum Außenhandel abgesetzt wurden. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzung der Rückwaren.

3 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Fracht- und Versicherungskosten. 4 Saldo der Kapitalbilanz einschließlich Veränderung der Währungsreserven. Kapalexport: - . 5 Zunahme: - .

XII. Außenwirtschaft

3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern ¹⁾

Mio €

Ländergruppe/Land		2011	2012	2013	2013			2014		
					Oktober	November	Dezember	Januar ¹⁾	Februar ¹⁾	März ¹⁾
Alle Länder ¹⁾	Ausfuhr	1 061 225	1 095 766	1 093 811	99 118	94 669	82 104	90 747	92 362	95 991
	Einfuhr	902 523	905 925	896 157	81 251	76 461	68 233	75 703	76 151	79 568
	Saldo	+ 158 702	+ 189 841	+ 197 654	+ 17 867	+ 18 208	+ 13 870	+ 15 045	+ 16 210	+ 16 423
I. Europäische Länder	Ausfuhr	752 295	751 071	748 833	68 399	64 349	54 880	63 586	64 022	...
	Einfuhr	622 870	629 305	633 693	57 845	54 796	48 935	53 145	55 420	...
	Saldo	+ 129 425	+ 121 766	+ 115 140	+ 10 554	+ 9 553	+ 5 945	+ 10 441	+ 8 602	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	629 953	622 674	623 113	57 379	53 460	46 377	54 498	54 691	...
	Einfuhr	506 211	504 494	514 693	47 792	44 387	39 982	42 667	45 090	...
	Saldo	+ 123 742	+ 118 180	+ 108 419	+ 9 588	+ 9 073	+ 6 395	+ 11 832	+ 9 600	...
EWU-Länder (18)	Ausfuhr	421 845	407 666	403 578	36 854	34 421	30 282	35 095	34 899	...
	Einfuhr	338 988	339 072	343 964	31 646	29 289	26 854	28 536	29 816	...
	Saldo	+ 82 857	+ 68 593	+ 59 613	+ 5 208	+ 5 133	+ 3 428	+ 6 559	+ 5 083	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	53 161	49 424	47 828	4 144	3 902	3 648	4 074	3 898	...
	Einfuhr	41 302	40 528	41 910	3 897	3 635	3 136	3 390	3 547	...
	Saldo	+ 11 859	+ 8 896	+ 5 919	+ 246	+ 267	+ 512	+ 683	+ 351	...
Frankreich	Ausfuhr	101 444	102 911	100 320	9 428	8 633	7 411	8 662	8 889	...
	Einfuhr	65 948	64 035	64 073	6 271	5 330	5 000	5 395	5 777	...
	Saldo	+ 35 496	+ 38 875	+ 36 247	+ 3 158	+ 3 303	+ 2 411	+ 3 266	+ 3 112	...
Italien	Ausfuhr	62 044	55 529	53 321	4 824	4 572	3 749	4 711	4 560	...
	Einfuhr	47 844	47 957	47 540	4 377	3 953	3 728	3 891	4 225	...
	Saldo	+ 14 200	+ 7 572	+ 5 781	+ 446	+ 619	+ 21	+ 819	+ 335	...
Niederlande	Ausfuhr	69 423	70 381	70 947	6 327	5 985	5 663	6 273	6 107	...
	Einfuhr	81 804	85 738	89 065	7 827	7 498	7 079	7 712	7 526	...
	Saldo	- 12 382	- 15 357	- 18 119	- 1 500	- 1 512	- 1 415	- 1 439	- 1 420	...
Österreich	Ausfuhr	57 671	56 591	56 178	5 179	4 824	4 151	4 611	4 619	...
	Einfuhr	37 028	36 419	36 834	3 343	3 151	2 900	2 886	3 014	...
	Saldo	+ 20 643	+ 20 172	+ 19 344	+ 1 835	+ 1 673	+ 1 251	+ 1 725	+ 1 604	...
Spanien	Ausfuhr	34 811	31 047	31 331	2 940	2 736	2 298	2 939	2 977	...
	Einfuhr	22 491	23 206	23 758	2 181	1 994	1 865	1 878	2 164	...
	Saldo	+ 12 320	+ 7 841	+ 7 574	+ 760	+ 742	+ 432	+ 1 061	+ 813	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	208 108	215 008	219 535	20 525	19 038	16 095	19 404	19 791	...
	Einfuhr	167 223	165 421	170 729	16 145	15 098	13 128	14 131	15 274	...
	Saldo	+ 40 885	+ 49 587	+ 48 806	+ 4 380	+ 3 940	+ 2 966	+ 5 273	+ 4 517	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	65 570	73 283	75 642	6 863	6 413	5 855	6 808	7 324	...
	Einfuhr	44 741	42 820	42 278	3 778	3 591	3 499	3 152	3 849	...
	Saldo	+ 20 829	+ 30 462	+ 33 364	+ 3 086	+ 2 822	+ 2 355	+ 3 656	+ 3 476	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	122 342	128 398	125 720	11 019	10 889	8 503	9 088	9 331	...
	Einfuhr	116 660	124 811	119 000	10 053	10 409	8 953	10 478	10 330	...
	Saldo	+ 5 683	+ 3 586	+ 6 721	+ 966	+ 480	- 450	- 1 390	- 999	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	47 875	48 933	47 323	4 250	4 216	3 257	3 875	3 773	...
	Einfuhr	36 996	37 775	38 211	3 532	3 420	2 601	3 172	3 391	...
	Saldo	+ 10 879	+ 11 158	+ 9 112	+ 718	+ 796	+ 657	+ 704	+ 383	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	308 193	340 980	342 492	30 408	30 097	26 979	26 868	28 102	...
	Einfuhr	279 653	276 620	262 465	23 406	21 665	19 298	22 557	20 731	...
	Saldo	+ 28 541	+ 64 360	+ 80 027	+ 7 002	+ 8 432	+ 7 681	+ 4 310	+ 7 371	...
1. Afrika	Ausfuhr	20 717	21 920	22 047	1 745	1 642	1 758	1 582	1 850	...
	Einfuhr	21 944	24 145	22 865	1 908	1 697	1 529	1 775	1 640	...
	Saldo	- 1 227	- 2 224	- 817	- 164	- 55	+ 228	- 193	+ 211	...
2. Amerika	Ausfuhr	110 424	128 703	130 924	12 082	11 897	9 323	10 286	10 989	...
	Einfuhr	80 568	80 549	74 982	6 942	6 374	5 586	5 771	5 982	...
	Saldo	+ 29 856	+ 48 154	+ 55 942	+ 5 139	+ 5 523	+ 3 737	+ 4 515	+ 5 007	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	73 776	86 971	88 375	8 449	7 974	6 431	7 223	7 634	...
	Einfuhr	48 531	51 070	48 497	4 330	4 190	3 492	3 754	4 138	...
	Saldo	+ 25 244	+ 35 901	+ 39 878	+ 4 119	+ 3 784	+ 2 939	+ 3 469	+ 3 496	...
3. Asien	Ausfuhr	167 574	179 630	179 539	15 733	15 735	15 190	14 313	14 466	...
	Einfuhr	173 115	167 873	161 258	14 349	13 373	11 968	14 717	12 898	...
	Saldo	- 5 541	+ 11 757	+ 18 281	+ 1 383	+ 2 362	+ 3 222	- 404	+ 1 568	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	28 711	32 503	32 854	2 928	3 349	3 214	2 276	2 835	...
	Einfuhr	8 874	8 134	8 647	837	664	754	663	663	...
	Saldo	+ 19 837	+ 24 369	+ 24 207	+ 2 090	+ 2 684	+ 2 460	+ 1 613	+ 2 173	...
Japan	Ausfuhr	15 115	17 138	17 125	1 588	1 515	1 440	1 608	1 368	...
	Einfuhr	23 595	21 910	19 487	1 679	1 698	1 417	1 619	1 485	...
	Saldo	- 8 480	- 4 772	- 2 361	- 91	- 184	+ 23	- 11	- 117	...
Volksrepublik China ²⁾	Ausfuhr	64 863	66 746	67 025	5 936	5 890	5 371	5 644	5 401	...
	Einfuhr	79 528	78 529	73 557	6 681	6 171	5 572	6 923	6 012	...
	Saldo	- 14 665	- 11 783	- 6 531	- 745	- 282	- 200	- 1 279	- 611	...
Südostasiatische Schwellenländer ³⁾	Ausfuhr	41 569	45 651	46 042	3 936	3 760	3 719	3 597	3 517	...
	Einfuhr	39 546	37 428	36 632	3 269	3 054	2 631	3 337	2 813	...
	Saldo	+ 2 023	+ 8 223	+ 9 410	+ 668	+ 706	+ 1 088	+ 260	+ 703	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	9 479	10 727	9 982	849	823	707	687	797	...
	Einfuhr	4 026	4 054	3 361	206	221	214	295	212	...
	Saldo	+ 5 453	+ 6 672	+ 6 621	+ 643	+ 602	+ 493	+ 392	+ 586	...

* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Lettland. ¹ Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. ² Ohne Hongkong. ³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungsverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland, Erwerbs- und Vermögenseinkommen (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen										Erwerbsein- kommen 5)	Vermögens- einkommen (Kapital- erträge)
	insgesamt	Reise- verkehr 1)	Transport 2)	Finanz- dienst- leistungen	Patente und Lizenzen	Regierungs- leistungen 3)	übrige Dienstleistungen					
							zusammen	darunter:				
								Entgelte für selb- ständige Tätigkeit 4)	Bauleistungen, Montagen, Ausbes- serungen			
2009	- 7 220	- 33 341	+ 7 048	+ 4 320	+ 154	+ 2 644	+ 11 955	- 1 261	+ 3 062	+ 872	+ 58 484	
2010	+ 337	- 32 775	+ 8 119	+ 4 305	+ 3 174	+ 2 863	+ 14 650	- 1 158	+ 3 266	+ 1 557	+ 53 279	
2011	+ 3 353	- 33 755	+ 9 050	+ 4 081	+ 3 544	+ 2 939	+ 17 493	- 1 207	+ 3 554	+ 1 787	+ 68 742	
2012	+ 3 289	- 33 566	+ 9 133	+ 5 133	+ 4 119	+ 3 117	+ 15 353	- 1 333	+ 2 434	+ 2 594	+ 73 783	
2013	+ 2 400	- 33 646	+ 8 322	+ 4 775	+ 7 073	+ 3 063	+ 12 814	- 701	+ 1 231	+ 2 096	+ 74 825	
2012 3.Vj.	- 5 830	- 14 963	+ 2 474	+ 2 007	+ 1 340	+ 778	+ 2 534	- 403	+ 515	- 186	+ 21 617	
4.Vj.	+ 4 408	- 5 678	+ 2 060	+ 1 101	+ 1 884	+ 738	+ 4 303	- 320	+ 782	+ 1 455	+ 22 150	
2013 1.Vj.	+ 48	- 5 040	+ 1 844	+ 703	+ 964	+ 802	+ 774	- 300	+ 173	+ 1 003	+ 20 753	
2.Vj.	+ 1 276	- 8 114	+ 2 225	+ 707	+ 1 833	+ 800	+ 3 825	- 367	+ 275	+ 446	+ 11 849	
3.Vj.	- 5 118	- 15 239	+ 2 191	+ 1 805	+ 1 570	+ 763	+ 3 792	- 67	+ 177	- 90	+ 19 513	
4.Vj.	+ 6 194	- 5 253	+ 2 061	+ 1 560	+ 2 706	+ 697	+ 4 423	+ 32	+ 606	+ 737	+ 22 710	
2014 1.Vj. p)	+ 4 566	- 4 893	+ 1 829	+ 574	+ 1 230	+ 747	+ 5 078	- 797	+ 18	+ 986	+ 18 605	
2013 Mai	- 287	- 2 738	+ 772	+ 191	+ 605	+ 262	+ 621	- 83	+ 108	+ 148	+ 3 465	
Juni	+ 668	- 3 689	+ 693	+ 236	+ 759	+ 266	+ 2 404	- 134	+ 98	+ 150	+ 6 005	
Juli	- 1 753	- 3 950	+ 841	+ 263	+ 519	+ 262	+ 312	- 26	+ 106	- 30	+ 6 802	
Aug.	- 3 353	- 6 198	+ 585	+ 517	+ 753	+ 236	+ 752	- 20	- 46	- 31	+ 6 692	
Sept.	- 12	- 5 091	+ 765	+ 1 024	+ 297	+ 265	+ 2 728	- 21	+ 116	- 29	+ 6 019	
Okt.	- 659	- 3 804	+ 616	+ 211	+ 537	+ 255	+ 1 526	- 25	- 31	+ 212	+ 7 071	
Nov.	+ 2 462	- 1 078	+ 627	+ 435	+ 1 406	+ 255	+ 817	+ 24	+ 112	+ 212	+ 7 350	
Dez.	+ 4 391	- 371	+ 817	+ 914	+ 763	+ 187	+ 2 081	+ 33	+ 526	+ 313	+ 8 289	
2014 Jan.	+ 1 734	- 1 483	+ 538	+ 139	+ 221	+ 251	+ 2 069	- 306	+ 50	+ 331	+ 5 331	
Febr.	+ 1 656	- 1 181	+ 624	+ 22	+ 556	+ 240	+ 1 395	- 210	- 3	+ 327	+ 5 888	
März p)	+ 1 176	- 2 229	+ 667	+ 414	+ 453	+ 257	+ 1 614	- 281	- 30	+ 327	+ 7 386	

1 Ab 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 2 Ohne die im cif-Wert der Einfuhr enthaltenen Ausgaben für Frachtkosten. 3 Einschl. der Einnahmen von ausländischen militärischen Dienst-

stellen für Warenlieferungen und Dienstleistungen. 4 Ingenieur- und sonstige technische Dienstleistungen, Forschung und Entwicklung, kaufmännische Dienstleistungen u.a.m. 5 Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

5. Laufende Übertragungen der Bundesrepublik Deutschland an das bzw. vom Ausland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Öffentlich 1)				Privat 1)		
		zusammen	Internationale Organisationen 2)		sonstige laufende Übertragungen 3)	insgesamt	Über- weisungen der Gast- arbeiter	sonstige laufende Übertragungen
			zusammen	darunter: Europäische Gemein- schaften				
2009	- 33 191	- 18 822	- 19 037	- 16 573	+ 215	- 14 370	- 2 995	- 11 375
2010	- 38 299	- 23 354	- 22 899	- 19 474	- 456	- 14 945	- 3 035	- 11 910
2011	- 33 863	- 20 199	- 22 306	- 19 108	+ 2 107	- 13 663	- 2 977	- 10 686
2012	- 37 749	- 23 857	- 24 453	- 21 094	+ 596	- 13 891	- 3 080	- 10 812
2013	- 42 037	- 28 026	- 29 000	- 25 574	+ 974	- 14 010	- 3 229	- 10 781
2012 3.Vj.	- 9 397	- 6 027	- 5 530	- 5 033	- 497	- 3 370	- 770	- 2 600
4.Vj.	- 6 883	- 2 859	- 1 561	- 800	- 1 299	- 4 024	- 770	- 3 254
2013 1.Vj.	- 15 959	- 12 736	- 12 500	- 11 141	- 235	- 3 223	- 807	- 2 416
2.Vj.	- 8 010	- 4 660	- 7 133	- 6 381	+ 2 473	- 3 350	- 807	- 2 543
3.Vj.	- 10 402	- 7 073	- 7 148	- 6 465	+ 75	- 3 329	- 807	- 2 522
4.Vj.	- 7 666	- 3 558	- 2 220	- 1 587	- 1 339	- 4 108	- 807	- 3 301
2014 1.Vj. p)	- 15 716	- 12 910	- 12 889	- 11 817	- 20	- 2 806	- 863	- 1 943
2013 Mai	- 2 446	- 1 211	- 2 170	- 2 057	+ 958	- 1 234	- 269	- 965
Juni	- 2 969	- 1 974	- 2 377	- 2 160	+ 403	- 995	- 269	- 726
Juli	- 3 483	- 2 372	- 2 231	- 2 054	- 141	- 1 110	- 269	- 841
Aug.	- 3 798	- 2 734	- 2 599	- 2 203	- 135	- 1 064	- 269	- 794
Sept.	- 3 121	- 1 966	- 2 318	- 2 208	+ 351	- 1 155	- 269	- 886
Okt.	- 3 098	- 2 084	- 1 669	- 1 524	- 415	- 1 014	- 269	- 745
Nov.	- 2 656	- 1 924	- 1 419	- 1 353	- 505	- 731	- 269	- 462
Dez.	- 1 912	+ 450	+ 869	+ 1 290	- 418	- 2 363	- 269	- 2 094
2014 Jan.	- 4 782	- 3 776	- 3 928	- 3 236	+ 151	- 1 006	- 288	- 718
Febr.	- 7 443	- 6 548	- 6 433	- 6 125	- 115	- 896	- 288	- 608
März p)	- 3 491	- 2 586	- 2 529	- 2 456	- 57	- 905	- 288	- 617

1 Für die Zuordnung zu Öffentlich und Privat ist maßgebend, welchem Sektor die an der Transaktion beteiligte inländische Stelle angehört. 2 Laufende Beiträge zu den Haushalten der internationalen Organisationen und Leistungen im Rahmen des

EU-Haushalts (ohne Vermögensübertragungen). 3 Zuwendungen an Entwicklungsländer, Renten und Pensionen, Steuereinnahmen und -erstattungen u.a.m. 4 Soweit erkennbar; insbesondere Schuldenerlass.

6. Vermögensübertragungen (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt 4)	Öffentlich 1)	Privat 1)
2010	- 575	- 2 039	+ 1 464
2011	+ 634	- 2 326	+ 2 959
2012	+ 16	- 2 661	+ 2 677
2013	+ 1 810	- 1 437	+ 3 247
2012 3.Vj.	+ 59	- 556	+ 616
4.Vj.	- 614	- 1 332	+ 718
2013 1.Vj.	+ 387	- 306	+ 693
2.Vj.	+ 345	- 477	+ 822
3.Vj.	+ 77	- 351	+ 429
4.Vj.	+ 1 001	- 302	+ 1 303
2014 1.Vj. p)	+ 1 817	- 21	+ 1 837
2013 Mai	+ 109	- 140	+ 248
Juni	+ 54	- 182	+ 236
Juli	+ 39	- 163	+ 202
Aug.	- 77	- 151	+ 74
Sept.	+ 116	- 37	+ 153
Okt.	+ 527	- 8	+ 535
Nov.	+ 270	-	+ 270
Dez.	+ 204	- 294	+ 498
2014 Jan.	+ 1 009	-	+ 1 009
Febr.	+ 446	- 11	+ 457
März p)	+ 362	- 9	+ 372

XII. Außenwirtschaft

7. Kapitalverkehr der Bundesrepublik Deutschland mit dem Ausland

Mio €

Position	2011	2012	2013	2013			2014			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj. p)	Jan.	Febr.	März p)
I. Deutsche Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme/Kapitalausfuhr: -)	- 245 685	- 355 139	- 15 765	- 37 135	+ 17 094	+ 30 595	- 88 247	- 60 103	- 17 552	- 10 592
1. Direktinvestitionen 1)	- 58 247	- 61 958	- 43 344	- 4 825	- 8 192	- 9 506	- 22 698	- 7 417	- 10 514	- 4 767
Beteiligungskapital	- 32 898	- 37 346	- 13 158	- 5 937	- 2 338	+ 1 989	- 8 502	- 5 027	- 2 187	- 1 287
reinvestierte Gewinne 2)	- 31 349	- 31 692	- 30 034	- 5 101	- 8 671	- 6 108	- 11 349	- 4 162	- 4 038	- 3 149
Kreditverkehr deutscher Direktinvestoren	+ 6 000	+ 7 080	- 152	+ 6 214	+ 2 817	- 5 387	- 2 848	+ 1 772	- 4 289	- 332
2. Wertpapieranlagen	- 21 627	- 109 814	- 140 964	- 39 133	- 32 642	- 23 660	- 40 603	- 8 939	- 4 058	- 27 607
Aktien 3)	+ 2 713	- 11 736	- 19 206	- 3 263	- 8 667	+ 2 861	- 3 443	- 2 331	+ 3 698	- 4 810
Investmentzertifikate 4)	- 1 277	- 21 696	- 31 315	- 4 097	- 7 694	- 8 339	- 9 686	- 2 435	- 4 312	- 2 939
Anleihen 5)	- 18 272	- 76 487	- 86 689	- 32 010	- 16 610	- 17 704	- 22 578	- 2 454	- 714	- 19 410
Geldmarktpapiere	- 4 791	+ 105	- 3 754	+ 237	+ 329	- 478	- 4 895	- 1 718	- 2 730	- 447
3. Finanzderivate 6)	- 27 749	- 16 268	- 16 100	- 5 700	- 1 154	- 5 455	- 4 470	- 2 149	- 1 930	- 391
4. übriger Kapitalverkehr	- 135 226	- 165 802	+ 185 481	+ 12 593	+ 58 296	+ 70 681	- 21 041	- 41 973	- 1 948	+ 22 880
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	+ 44 069	+ 62 182	+ 56 741	+ 525	+ 49 718	+ 6 482	- 31 746	- 46 823	+ 3 831	+ 18 908
langfristig	- 12 958	+ 47 867	+ 50 524	+ 13 409	+ 13 222	+ 12 354	- 3 222	+ 1 934	- 151	- 5 005
kurzfristig	+ 57 027	+ 14 315	+ 6 217	- 12 884	+ 36 496	- 5 872	- 28 524	- 48 757	- 3 680	+ 23 913
Unternehmen und Privatpersonen	- 20 161	+ 14 292	- 9 743	+ 1 573	+ 6 891	+ 9 442	- 27 825	- 5 666	- 648	- 21 511
langfristig	+ 5 615	- 750	- 1 074	+ 473	- 1 214	- 1 522	- 119	+ 984	- 515	- 588
kurzfristig 7)	- 25 776	+ 15 043	- 8 668	+ 1 100	+ 8 104	+ 10 964	- 27 706	- 6 649	- 133	- 20 923
Staat	- 21 061	- 49 597	- 7 037	- 2 751	- 3 465	- 5 411	- 2 120	+ 147	+ 1 406	- 3 673
langfristig	- 2 232	- 49 608	- 15 786	- 8 877	- 3 054	- 3 907	+ 4 424	+ 275	+ 2 781	+ 1 368
kurzfristig 7)	- 18 829	+ 10	+ 8 749	+ 6 126	- 411	- 1 504	- 6 544	- 128	- 1 375	- 5 041
Bundesbank	- 138 073	- 192 679	+ 145 519	+ 13 246	+ 5 153	+ 60 167	+ 40 651	+ 10 369	+ 1 125	+ 29 157
5. Veränderung der Währungsreserven zu Transaktionswerten (Zunahme: -)	- 2 836	- 1 297	- 838	- 72	+ 784	- 1 464	+ 565	+ 375	+ 898	- 708
II. Ausländische Nettokapitalanlagen in der Bundesrepublik (Zunahme/Kapitaleinfuhr: +)	+ 70 956	+ 132 434	- 234 834	- 33 303	- 81 841	- 105 967	+ 22 074	+ 58 383	- 8 444	- 27 864
1. Direktinvestitionen 1)	+ 42 670	+ 10 276	+ 20 125	- 9 366	+ 4 239	+ 19 501	- 1 246	- 1 951	+ 4 270	- 3 565
Beteiligungskapital	+ 16 226	+ 5 059	+ 2 502	- 2 235	+ 748	+ 5 691	- 241	+ 575	- 313	- 503
reinvestierte Gewinne 2)	- 701	+ 6 039	+ 3 565	- 1 221	+ 691	+ 187	+ 3 601	+ 1 321	+ 1 495	+ 785
Kreditverkehr ausländischer Direktinvestoren	+ 27 146	- 822	+ 14 059	- 5 911	+ 2 801	+ 13 623	- 4 606	- 3 847	+ 3 088	- 3 846
2. Wertpapieranlagen	+ 49 581	+ 45 076	- 24 002	- 13 185	- 5 721	- 10 326	+ 8 884	+ 3 852	+ 19 905	- 14 872
Aktien 3)	- 11 325	+ 1 094	+ 5 328	+ 2 533	+ 3 975	+ 4 180	- 5 315	- 7 624	+ 5 942	- 3 634
Investmentzertifikate	+ 7 095	- 3 799	+ 6 001	- 789	+ 1 223	+ 5 351	- 80	+ 698	+ 20	- 798
Anleihen 5)	+ 51 088	+ 52 220	- 12 290	- 18 506	- 5 274	+ 10 945	+ 7 454	+ 4 367	+ 14 627	- 2 806
Geldmarktpapiere	+ 2 723	- 4 438	- 23 040	+ 3 577	- 5 645	- 30 801	+ 6 825	+ 15 145	- 684	- 7 636
3. übriger Kapitalverkehr	- 21 295	+ 77 082	- 230 958	- 10 752	- 80 359	- 115 142	+ 14 436	+ 56 482	- 32 619	- 9 427
Monetäre Finanzinstitute 7) 8)	- 96 708	+ 51 508	- 158 453	- 14 206	- 65 025	- 70 382	+ 32 528	+ 54 887	- 18 161	- 4 199
langfristig	- 18 368	- 10 250	- 16 955	- 2 544	- 2 678	- 1 586	- 3 213	- 3 921	- 2 486	+ 3 194
kurzfristig	- 78 340	+ 61 758	- 141 498	- 11 662	- 62 347	- 68 796	+ 35 741	+ 58 809	- 15 675	- 7 393
Unternehmen und Privatpersonen	+ 24 921	- 3 588	- 19 516	+ 6 308	- 4 087	- 31 914	+ 8 583	+ 5 736	- 1 747	+ 4 594
langfristig	- 11 780	- 6 927	- 22 175	- 5 257	- 4 445	- 8 137	- 3 569	- 998	- 2 153	- 418
kurzfristig 7)	+ 36 701	+ 3 339	+ 2 659	+ 11 565	+ 357	- 23 777	+ 12 152	+ 6 734	+ 406	+ 5 012
Staat	+ 18 539	- 30 775	- 3 714	+ 8 333	- 8 062	- 4 127	- 3 909	- 890	- 2 555	- 464
langfristig	+ 5 104	+ 36 230	+ 9 441	+ 6 122	+ 1 894	+ 656	- 1 776	- 1 824	+ 122	- 73
kurzfristig 7)	+ 13 436	- 67 005	- 13 155	+ 2 210	- 9 955	- 4 783	- 2 134	+ 934	- 2 677	- 392
Bundesbank	+ 31 952	+ 59 936	- 49 275	- 11 187	- 3 185	- 8 720	- 22 766	- 3 251	- 10 157	- 9 358
III. Saldo der Kapitalbilanz 9) (Nettokapitalausfuhr: -)	- 174 729	- 222 705	- 250 599	- 70 438	- 64 747	- 75 372	- 66 173	- 1 720	- 25 996	- 38 456

1 Die Abgrenzung der Direktinvestitionen ist ab 1996 geändert. 2 Geschätzt. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Ab 1991 einschl. thesaurierter Erträge. 5 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. 6 Verbriefte und nicht verbiefte Optionen sowie Finanztermingeschäfte. 7 Die hier ausgewiesenen Transaktionswerte sind überwiegend

aus Bestandsveränderungen abgeleitet. Rein statistisch bedingte Veränderungen sind – soweit möglich – ausgeschaltet. 8 Ohne Bundesbank. 9 Saldo der Kapitalbilanz einschl. Veränderung der Währungsreserven.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank bis zum Jahresende 1998 *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva						Auslandsverbindlichkeiten				Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 8)
	Währungsreserven					Kredite und sonstige Forder- ungen an das Ausland 3)	insgesamt	Verbind- lichkeiten aus dem Auslands- geschäft 4)	Verbind- lichkeiten aus Liquiditäts- U-Schätzen		
	insgesamt	zusammen	Gold	Devisen und Sorten 1)	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte					Forder- ungen an die EZB 2) netto	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1997	127 849	126 884	13 688	76 673	13 874	22 649	966	16 931	16 931	-	110 918
1998	135 085	134 005	17 109	100 363	16 533	-	1 079	15 978	15 978	-	119 107

* Bewertung des Goldbestandes und der Auslandsforderungen nach § 26 Abs. 2 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches, insbesondere § 253. Im Jahresverlauf Bewertung zu den Bilanzkursen des Vorjahres. 1 Hauptsächlich US-Dollar-Anlagen. 2 Europäische Zentralbank (bis 1993 Forderungen an den Europäischen Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit –

EFWZ). 3 Einschl. Kredite an die Weltbank. 4 Einschl. der durch die Bundesbank an Gebietsfremde abgegebenen Liquiditätspapiere; ohne die von März 1993 bis März 1995 an Gebietsfremde verkauften Liquiditäts-U-Schätze, die in Spalte 10 ausgewiesen sind.

9. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion o)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Währungsreserven und sonstige Auslandsforderungen								Auslands- verbind- lichkeiten 3) 4)	Netto- Auslands- position (Spalte 1 abzüglich Spalte 9)
	Währungsreserven					sonstige Forderungen an Ansässige außerhalb des Euro- Währungs- gebiets 1) 3)	Forderungen innerhalb des Euro- systems (netto) 2)	sonstige Forderungen an Ansässige in anderen EVU- Ländern		
	insgesamt	zusammen	Gold und Goldforder- ungen	Reserve- position im Inter- nationalen Währungs- fonds und Sonder- ziehungs- rechte	Devisen- reserven					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
1999 Jan. 5)	95 316	93 940	29 312	8 461	56 167	140	1 225	11	8 169	87 146
1999	141 958	93 039	32 287	8 332	52 420	9 162	39 746	11	6 179	135 779
2000	100 762	93 815	32 676	7 762	53 377	313	6 620	14	6 592	94 170
2001	76 147	93 215	35 005	8 721	49 489	312	17 385	5	8 752	67 396
2002	103 948	85 002	36 208	8 272	40 522	312	18 466	167	9 005	94 942
2003	95 394	76 680	36 533	7 609	32 538	312	17 945	456	10 443	84 951
2004	93 110	71 335	35 495	6 548	29 292	312	20 796	667	7 935	85 175
2005	130 268	86 181	47 924	4 549	33 708	350	42 830	906	6 285	123 983
2006	104 389	84 765	53 114	3 011	28 640	350	18 344	931	4 819	99 570
2007	179 492	92 545	62 433	2 418	27 694	350	84 064	2 534	16 005	163 488
2008	230 775	99 185	68 194	3 285	27 705	350	128 668	2 573	30 169	200 607
2009	323 286	125 541	83 939	15 969	25 634	350	189 936	7 460	9 126	314 160
2010	524 695	162 100	115 403	18 740	27 957	50	337 869	24 676	14 620	510 075
2011	714 662	184 603	132 874	22 296	29 433	50	475 942	54 067	46 557	668 106
2012	921 002	188 630	137 513	22 344	28 774	50	668 617	63 706	106 496	814 506
2013	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2013 Febr.	871 508	183 222	132 131	22 011	29 079	50	625 519	62 717	96 300	775 208
März	852 611	188 447	136 454	22 403	29 590	50	601 669	62 446	80 341	772 271
April	857 433	173 980	122 844	22 096	29 040	50	620 813	62 590	94 482	762 951
Mai	832 746	169 105	118 228	21 984	28 893	50	602 136	61 456	82 781	749 965
Juni	798 888	150 825	100 280	21 926	28 618	50	588 423	59 590	69 145	729 743
Juli	807 165	158 611	109 338	21 650	27 623	50	589 372	59 133	71 106	736 059
Aug.	808 649	164 477	114 714	21 434	28 330	50	586 531	57 591	69 088	739 560
Sept.	796 646	156 452	107 819	21 296	27 337	50	583 271	56 874	65 950	730 697
Okt.	785 449	154 486	106 477	20 922	27 086	50	574 400	56 514	85 712	699 737
Nov.	761 730	148 010	99 631	20 907	27 473	50	557 391	56 280	70 398	691 332
Dez.	721 741	143 753	94 876	20 798	28 080	50	523 103	54 834	57 214	664 527
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	21 110	28 388	50	512 734	54 154	53 965	662 902
Febr.	718 317	152 432	104 678	20 589	27 165	50	511 610	54 225	43 789	674 528
März	687 557	150 615	102 179	20 586	27 850	50	482 453	54 440	34 434	653 123
April	692 956	150 048	101 564	20 950	27 534	50	490 066	52 792	53 041	639 916

o Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsstände zu Marktpreisen bewertet. 1 Einschl. Kredite an die Weltbank. 2 Enthält auch die Salden im grenzüberschreitenden Zahlungsverkehr der Bundesbank innerhalb des Euro-

systems. Ab November 2000 einschl. der TARGET-Positionen, die zuvor als bilaterale Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber nationalen Zentralbanken außerhalb des Eurosystems dargestellt wurden (in Spalte 6 bzw. 9). 3 Vgl. Anmerkung 2. 4 Ohne vom Internationalen Währungsfonds (IWF) zugeteilte Sonderziehungsrechte in Höhe von 12 059 Mio SZR. 5 Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

XII. Außenwirtschaft

10. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland *)

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland							Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland						
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken					insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken				
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten					zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten		
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele	geleistete An- zahlungen					zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
Alle Länder														
2010	670 695	242 028	428 667	272 426	156 241	143 032	13 209	807 185	162 091	645 094	498 310	146 784	88 288	58 496
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	747 469	274 802	472 667	298 059	174 608	158 836	15 772	910 840	170 265	740 575	578 392	162 183	94 291	67 892
2013	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2013 Okt.	785 639	292 066	493 573	313 150	180 423	164 886	15 537	933 886	160 176	773 710	608 772	164 938	95 315	69 623
Nov.	792 236	290 570	501 666	316 214	185 452	169 885	15 567	932 475	162 642	769 833	605 310	164 523	95 812	68 711
Dez.	780 219	280 295	499 924	319 864	180 060	164 767	15 293	916 415	142 433	773 982	611 659	162 323	95 260	67 063
2014 Jan.	781 158	287 312	493 846	318 770	175 076	159 824	15 252	915 341	149 655	765 686	610 015	155 671	88 275	67 396
Febr.	788 014	288 560	499 454	322 367	177 087	162 230	14 857	919 203	143 531	775 672	615 749	159 923	90 283	69 640
März	817 202	307 559	509 643	326 530	183 113	168 171	14 942	926 968	147 767	779 201	617 703	161 498	94 794	66 704
Industrieländer ¹⁾														
2010	598 167	240 915	357 252	249 497	107 755	98 428	9 327	725 644	159 522	566 122	464 105	102 017	73 987	28 030
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	659 800	272 400	387 400	269 072	118 328	104 985	13 343	824 182	167 856	656 326	542 994	113 332	79 123	34 209
2013	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2013 Okt.	694 910	288 099	406 811	284 397	122 414	108 945	13 469	847 968	158 631	689 337	573 129	116 208	80 619	35 589
Nov.	699 512	286 240	413 272	287 178	122 094	112 462	13 632	846 787	160 852	685 935	570 094	115 841	80 389	35 452
Dez.	690 340	276 963	413 377	291 097	122 280	108 838	13 442	829 534	141 063	688 471	574 254	114 217	79 524	34 693
2014 Jan.	691 988	284 012	407 976	289 546	118 430	105 175	13 255	829 875	148 290	681 585	572 729	108 856	73 816	35 040
Febr.	698 225	285 309	412 916	293 061	119 855	106 774	13 081	832 534	142 111	690 423	579 008	111 415	75 551	35 864
März	725 730	303 412	422 318	296 832	125 486	112 343	13 143	840 907	146 308	694 599	580 794	113 805	79 234	34 571
EU-Länder ¹⁾														
2010	494 360	230 746	263 614	184 862	78 752	71 525	7 227	618 145	150 817	467 328	395 566	71 762	50 035	21 727
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	547 557	250 191	297 366	212 698	84 668	74 190	10 478	695 214	156 552	538 662	458 505	80 157	53 623	26 534
2013	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2013 Okt.	587 412	273 218	314 194	226 596	87 598	77 207	10 391	715 489	146 426	569 063	487 361	81 702	54 398	27 304
Nov.	593 005	271 654	321 351	230 198	91 153	80 436	10 717	713 716	147 484	566 232	484 065	82 167	55 081	27 086
Dez.	582 602	262 525	320 077	233 074	87 003	76 438	10 565	694 404	126 314	568 090	488 571	79 519	53 187	26 332
2014 Jan.	587 684	268 794	318 890	233 571	85 319	74 991	10 328	700 465	136 463	564 002	487 660	76 342	49 661	26 681
Febr.	594 118	269 999	324 119	237 452	86 667	76 407	10 260	700 601	130 594	570 007	491 074	78 933	51 780	27 153
März	618 808	288 192	330 616	240 234	90 382	80 096	10 286	709 172	133 358	575 814	494 374	81 440	54 701	26 739
darunter: EWU-Mitgliedsländer ²⁾														
2010	366 774	184 299	182 475	130 430	52 045	47 239	4 806	497 433	98 177	399 256	351 352	47 904	33 444	14 460
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	396 816	189 865	206 951	152 060	54 891	48 992	5 899	572 523	110 052	462 471	408 502	53 969	36 754	17 215
2013	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2013 Okt.	427 683	206 283	221 400	165 590	55 810	49 529	6 281	611 956	120 422	491 534	436 897	54 637	36 748	17 889
Nov.	430 406	203 503	226 903	168 543	58 360	51 865	6 495	608 590	122 289	486 301	431 182	55 119	37 628	17 491
Dez.	422 992	195 834	227 158	171 157	56 001	49 799	6 202	587 628	99 689	487 939	434 631	53 308	36 467	16 841
2014 Jan.	425 407	199 154	226 253	170 982	55 271	48 987	6 284	594 488	108 446	486 042	435 530	50 512	33 383	17 129
Febr.	433 128	202 913	230 215	174 178	56 037	49 823	6 214	595 520	104 594	490 926	438 735	52 191	34 745	17 446
März	446 119	212 228	233 891	175 981	57 910	51 762	6 148	600 162	105 529	494 633	440 633	54 000	36 597	17 403
Schwellen- und Entwicklungsländer ³⁾														
2010	72 528	1 113	71 415	22 929	48 486	44 604	3 882	81 541	2 569	78 972	34 205	44 767	14 301	30 466
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 669	2 402	85 267	28 987	56 280	53 851	2 429	86 658	2 409	84 249	35 398	48 851	15 168	33 683
2013	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2013 Okt.	90 729	3 967	86 762	28 753	58 009	55 941	2 068	85 918	1 545	84 373	35 643	48 730	14 696	34 034
Nov.	92 724	4 330	88 394	29 036	59 358	55 423	1 935	85 688	1 790	83 898	35 216	48 682	15 423	33 259
Dez.	89 879	3 332	86 547	28 767	57 780	55 929	1 851	86 881	1 370	85 511	37 405	48 106	15 736	32 370
2014 Jan.	89 170	3 300	85 870	29 224	56 646	54 649	1 997	85 466	1 365	84 101	37 286	46 815	14 459	32 356
Febr.	89 789	3 251	86 538	29 306	57 232	55 456	1 776	86 669	1 420	85 249	36 741	48 508	14 732	33 776
März	91 472	4 147	87 325	29 698	57 627	55 828	1 799	86 061	1 459	84 602	36 909	47 693	15 560	32 133

* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab

Januar 2014 einschl. Lettland. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Bis Dezember 2010 einschl. Lettland, Niederländische Antillen; ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl.Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien.

XII. Außenwirtschaft

11. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen *)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2013 Jan.	1,2658	8,2698	7,4614	118,34	1,3189	7,3821	8,6217	1,2288	1,3288	0,83271
Febr.	1,2951	8,3282	7,4598	124,40	1,3477	7,4232	8,5083	1,2298	1,3359	0,86250
März	1,2537	8,0599	7,4553	122,99	1,3285	7,4863	8,3470	1,2266	1,2964	0,85996
April	1,2539	8,0564	7,4553	127,54	1,3268	7,5444	8,4449	1,2199	1,3026	0,85076
Mai	1,3133	7,9715	7,4536	131,13	1,3257	7,5589	8,5725	1,2418	1,2982	0,84914
Juni	1,3978	8,0905	7,4576	128,40	1,3596	7,7394	8,6836	1,2322	1,3189	0,85191
Juli	1,4279	8,0234	7,4579	130,39	1,3619	7,8837	8,6609	1,2366	1,3080	0,86192
Aug.	1,4742	8,1477	7,4580	130,34	1,3853	7,9386	8,7034	1,2338	1,3310	0,85904
Sept.	1,4379	8,1690	7,4579	132,41	1,3817	7,9725	8,6758	1,2338	1,3348	0,84171
Okt.	1,4328	8,3226	7,4592	133,32	1,4128	8,1208	8,7479	1,2316	1,3635	0,84720
Nov.	1,4473	8,2221	7,4587	134,97	1,4145	8,2055	8,8802	1,2316	1,3493	0,83780
Dez.	1,5243	8,3248	7,4602	141,68	1,4580	8,4053	8,9597	1,2245	1,3704	0,83639
2014 Jan.	1,5377	8,2368	7,4614	141,47	1,4884	8,3927	8,8339	1,2317	1,3610	0,82674
Febr.	1,5222	8,3062	7,4622	139,35	1,5094	8,3562	8,8721	1,2212	1,3659	0,82510
März	1,5217	8,5332	7,4638	141,48	1,5352	8,2906	8,8666	1,2177	1,3823	0,83170
April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520

* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis 29. Dezember 2000.

12. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten	
1999	1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
		Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
		Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
		Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
		Irland	Irisches Pfund	IEP	0,787564
		Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
		Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
		Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
		Österreich	Schilling	ATS	13,7603
		Portugal	Escudo	PTE	200,482
		Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001	1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007	1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008	1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
		Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009	1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011	1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014	1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804

XII. Außenwirtschaft

13. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft *)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-20 1)		EWK-39 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	25 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	25 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,2	96,1	95,9	96,2	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,6	98,2	98,0	97,6	
2000	87,0	86,6	86,0	85,4	87,9	85,8	91,7	97,2	85,2	90,8	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,5	84,5	90,4	87,1	91,3	96,0	85,7	89,9	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,3	89,5	87,8	94,9	90,7	91,9	95,1	88,2	90,5	93,5	91,9	91,7	
2003	100,6	101,4	100,5	98,8	106,8	101,6	95,2	94,0	97,2	94,6	97,0	96,5	96,7	
2004	104,4	105,2	103,4	102,3	111,4	105,2	95,5	92,9	99,6	94,9	98,4	97,9	98,2	
2005	102,9	103,7	101,4	100,3	109,4	102,7	94,4	91,5	98,8	92,9	98,4	96,9	96,5	
2006	102,8	103,7	100,6	99,2	109,4	102,0	93,3	90,1	98,4	91,3	98,5	96,4	95,7	
2007	106,2	106,4	102,6	100,9	112,8	104,0	94,2	89,2	102,4	91,5	100,8	97,8	96,9	
2008	109,3	108,5	103,9	103,7	117,0	106,0	94,3	87,8	105,4	90,5	102,2	97,7	97,0	
2009	110,6	109,1	104,8	106,0	119,8	106,9	93,9	87,9	104,0	90,5	101,7	97,8	97,3	
2010	103,6	101,6	96,7	98,7	111,5	98,2	91,7	87,7	97,8	87,2	98,8	93,8	92,2	
2011	103,4	100,7	95,1 p)	96,7	112,2	97,7	91,4	87,6	97,5	86,6	98,2	93,1	91,7	
2012	97,9	95,6	89,8	91,4	107,1	92,9	89,6	87,4	92,5	84,2	96,0	90,3	88,8	
2013	101,7	98,9 p)	93,2 p)	94,6	112,0 p)	96,2 p)	91,8 p)	87,8 p)	98,0 p)	86,1	98,3	92,1 p)	90,8	
2010 Nov.	103,7	101,2	95,9	98,4	111,8	97,7	91,6	87,7	97,6	87,0	98,7	93,6	92,0	
2010 Dez.	101,6	99,2			109,4	95,6					97,9	92,7	90,9	
2011 Jan.	101,4	99,0			109,4	95,6					97,8	92,4	90,7	
2011 Febr.	102,4	99,9	94,7	96,7	110,7	96,6	91,5	87,8	97,3	86,7	98,1	92,8	91,2	
2011 März	104,1	101,6			112,4	98,2					98,6	93,5	92,0	
2011 April	105,8	103,4			114,1	99,8					99,5	94,3	92,8	
2011 Mai	104,8	102,1	96,9	99,3	113,3	98,7	92,4	87,6	100,0	87,6	98,9	93,7	92,1	
2011 Juni	104,9	102,2			113,5	98,8					99,0	93,7	92,2	
2011 Juli	104,0	101,1			112,4	97,8					98,6	93,3	91,7	
2011 Aug.	103,8	100,9	94,9	97,3	113,0	98,1	91,3	87,5	97,3	86,5	98,1	93,0	91,8	
2011 Sept.	102,8	99,9			112,1	97,5					97,8	92,7	91,5	
2011 Okt.	103,0	100,2			112,6	97,9					97,9	92,9	91,8	
2011 Nov.	102,6	99,9	93,6 p)	93,5	112,1	97,4	90,6	87,3	95,5	85,7	97,6	92,7	91,5	
2011 Dez.	100,8	98,2			110,3	95,8					96,9	91,8	90,6	
2012 Jan.	99,0	96,4			108,1	93,8					96,2	90,8	89,4	
2012 Febr.	99,7	97,3	91,4 p)	93,3	108,4	94,3	89,9	87,3	93,8	84,7	96,8	91,3	89,7	
2012 März	99,9	97,4			108,7	94,4					96,9	91,2	89,6	
2012 April	99,5	97,2			108,5	94,3					96,7	91,1	89,5	
2012 Mai	98,1	95,7	90,1 p)	92,2	107,3	93,1	89,6	87,4	92,7	84,4	95,9	90,4	88,9	
2012 Juni	97,2	94,9			106,6	92,5					95,5	89,9	88,6	
2012 Juli	95,4	93,2			104,3	90,7					94,8	89,1	87,5	
2012 Aug.	95,2	93,1	88,0 p)	90,0	104,5	90,6	88,9	87,4	90,7	83,5	95,0	89,0	87,5	
2012 Sept.	97,2	95,0			106,6	92,5					95,6	89,9	88,5	
2012 Okt.	97,8	95,5			107,3	92,9					95,9	90,1	88,6	
2012 Nov.	97,2	94,9	89,6 p)	90,2	106,7	92,3	89,7	87,4	93,0	84,3	95,8	89,8	88,4	
2012 Dez.	98,7	96,3			108,3	93,6					96,6	90,6	89,2	
2013 Jan.	100,4	98,0			109,9	94,9					97,4	91,5	89,9	
2013 Febr.	101,6	99,1	92,5 p)	94,3	111,1	95,8	91,0	87,4	96,6	85,6	98,1	92,0	90,4	
2013 März	100,2	97,9			109,5	94,4					97,7	91,5	89,7	
2013 April	100,5	97,9			109,8	94,4					97,5	91,2	89,5	
2013 Mai	100,5	98,0 p)	92,9 p)	94,2	110,0	94,6	91,7	87,8	97,7	86,0	98,1	91,7	89,9	
2013 Juni	101,6	98,9			112,0	96,2					98,2	92,1	90,8	
2013 Juli	101,5	98,9			112,0	96,2					98,4	92,1	90,8	
2013 Aug.	102,2	99,5 p)	93,3 p)	94,7	113,4	97,3	91,9	87,8	98,3	86,1	98,5	92,4	91,3	
2013 Sept.	102,0	99,1			113,3	97,0					98,5	92,3	91,3	
2013 Okt.	102,8	99,7			114,2	97,4					98,8	92,6	91,5	
2013 Nov.	102,6	99,5 p)	94,1 p)	95,4	114,2	97,3 p)	92,5 p)	88,1 p)	99,5 p)	86,8	99,0	92,8	91,8	
2013 Dez.	103,9	100,7			115,8 p)	98,6					99,2	93,2 p)	92,3	
2014 Jan.	103,4 p)	100,3			115,9 p)	98,6					99,1 p)	93,0 p)	92,3	
2014 Febr.	103,6 p)	100,5	116,3 p)	98,9	99,0 p)	93,1 p)	92,4	
2014 März	104,6 p)	101,3			117,5 p)	99,6					99,3 p)	93,5 p)	92,9	
2014 April	104,5 p)	101,1			117,0 p)	99,1					99,3 p)	93,5 p)	92,6	

* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnittsreihe der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Litauen, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes König-

reich und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-20-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-20-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-39-Länder (siehe Fußnote 2).

Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

■ Geschäftsbericht

- Die Umsetzung von Basel III in europäisches und nationales Recht

■ Finanzstabilitätsbericht

Juli 2013

- Gemeinsame europäische Bankenaufsicht – Erster Schritt auf dem Weg zur Bankenunion
- Zinsstrukturkurvenschätzungen im Zeichen der Finanzkrise
- Unterschiede im Geldmengen- und Kreditwachstum im Euro-Raum und in einzelnen Mitgliedsländern

■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2013 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2014 beigefügte Verzeichnis.

August 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2013

Aufsätze im Monatsbericht

Juni 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2013 und 2014
- Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland: Ergebnisse der Bundesbankstudie
- Finanzen der privaten Haushalte, Sparen und Ungleichheit: eine internationale Perspektive – Konferenz der Deutschen Bundesbank und des Max-Planck-Instituts für Sozialrecht und Sozialpolitik

September 2013

- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2012
- Die Entwicklung staatlicher Zinsausgaben in Deutschland
- Prognosemodelle in der kurzfristigen Konjunkturanalyse – Ein Werkstattbericht

Oktober 2013

- Die Preissteigerungen bei Wohnimmobilien seit dem Jahr 2010: Einflussfaktoren und regionale Abhängigkeiten
- Makroökonomische Ansätze zur Einschätzung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit
- Internationale Kooperation auf dem Gebiet der Finanzsektorpolitik – der Finanzstabilitätsrat (FSB)

November 2013

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2013

Dezember 2013

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015
- Perspektiven im europäischen Massenzahlungsverkehr
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2012
- Finanzsystem im Wandel: neue Bedeutung der Repomärkte

Januar 2014

- Anpassungsprozesse in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion

Februar 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2013/2014

März 2014

- Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2013
- Zur Krisenanfälligkeit von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland – Ergebnisse einer Risikoanalyse mit Jahresabschlussdaten

April 2014

- Zur Verlässlichkeit der Schätzungen internationaler Organisationen zur Produktionslücke

- Implikationen der Geldmarktsteuerung des Eurosystems während der Finanzkrise
- Einige Erklärungsansätze zur Inflationsentwicklung seit der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise

Mai 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2014

Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik ¹⁾
- 2 Kapitalmarktstatistik ¹⁾
- 3 Zahlungsbilanzstatistik ¹⁾
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen ¹⁾
- 5 Devisenkursstatistik

Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 ²⁾

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 ²⁾

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 ²⁾

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 ²⁾

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005 ²⁾

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006 ²⁾

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

■ Statistische Sonderveröffentlichungen

- 1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014 ³⁾
- 2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2014 ²⁾³⁾
- 3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013 ²⁾³⁾
- 4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2007 bis 2012, Juni 2013 ³⁾
- 5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013 ³⁾
- 6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014 ²⁾³⁾
- 7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013
- 8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990 ⁰⁾
- 9 Wertpapierdepots, August 2005
- 10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2014 ¹⁾

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011 ²⁾

■ Diskussionspapiere ^{*)}

01/2014

The distribution of debt across euro area countries: the role of individual characteristics, institutions and credit conditions

02/2014

Filling in the blanks: network structure and interbank contagion

03/2014

Investor fears and risk premia for rare events

04/2014

Cash management and payment choices: a simulation model with international comparisons

05/2014

Earnings baths by bank CEOs during turnovers

06/2014

Lucas paradox and allocation puzzle – is the euro area different?

07/2014

Wealth shocks, credit-supply shocks, and asset allocation: evidence from household and firm portfolios

08/2014

The financial accelerator and market-based debt instruments: a role for maturities

⁰⁾ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.

^{*} Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.

Weitere Anmerkungen siehe S. 82 ^{*}.

■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 ²⁾

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 ²⁾

1 Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

2 Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

3 Nur im Internet verfügbar.